

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: **4772**

LEITZ

Leltz-Ordner R 80

Reichsvereinigungs-

~~Landesarchiv~~
Berlin

(Vorstandsprotokolle,
Aktenrollen
Schriftwechsel)

39

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 4772

R III / 39

1143

RV

Fiktionalisten

u

Schriftwechsel

(10.3.41 - 30.6.42)

Alle Dokumente in diesem Halbhefter
stammen aus der Publikation

"Akten der Reichsvereinigung
der Juden in Deutschland
1939 - 1941"

herausgegeben von O.D. Kulka, Jerusalem

Dr. L./W

10. März 1941

An den
Vorstand der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin
Wohnungsberatungsstelle
z.Hd. von Herrn Assessor B r a s c h
Oranienburgerstrasse 29
B e r l i n W 4

Betrifft: Zuzug von Jenny Sara und Hellmut Israel MISCHKOWSKI
aus Halberstadt

In der Anlage überreichen wir einen Aktenvermerk über den Zuzug von zwei Personen aus Halberstadt mit der Bitte, der Wohnungsberatungsstelle aufgrund der staatspolizeilichen Weisung entsprechende Mitteilung zu machen und Jenny Sara Mischkowski zur weiteren Regelung schnellstens einzubestellen, da sie ihre polizeiliche Anmeldung bis dahin zurückstellen muss.

Nach Entscheidung über die Unterbringung bitten wir um einen kurzen Bericht in zweifacher Ausfertigung zur Weitergabe in Urschrift an die Staatspolizeileitstelle Berlin.

Mit vorzüglicher Hochachtung
REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Anlage

✓ 58

A k t e n n o t i z

Es erscheint auf Weisung der Staatspolizeileitstelle Berlin Fräulein Jenny Sara M i s c h k o w s k i, geb. 21.6.1922 in Halberstadt, deutsche Staatsangehörigkeit, Mischling jüdischer Konfession, zurzeit fürsorglich untergebracht bei ihrer Schwester, Wally Sara Mischkowski, geb. 30.1.1916 in Halberstadt, wohnhaft Motzstrasse 6 bei Arnstein. Jenny Sara Mischkowski befindet sich dort seit dem 5. März 1941. Sie berichtet folgendes:

Sie hat bei der Wohnungsberatungsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin um die Genehmigung zum Zuzug in das möblierte Zimmer ihrer Schwester gebeten. Diese Genehmigung wurde ihr im Zusammenhang mit der Zuzugsregelung versagt. Fräulein Mischkowski hat dann versucht, die Genehmigung durch die Staatspolizeileitstelle zu erlangen, die sie an den Unterzeichneten verwiesen hat.

Aus der Darstellung der Familienverhältnisse ergibt sich folgendes: Vater (Jude) ist am 29.3.1940 verstorben, die Mutter (Arierin jüdischer Konfession) ist am 27.7.1937 verstorben. Fräulein Mischkowski hat nach der Schulentlassung aus der Jüdischen Schule in Halberstadt den elterlichen Haushalt veranlagt. Es sind fünf Geschwister vorhanden: ein Bruder Herbert, der über Palästina nach U.S.A. ausgewandert ist, ein weiterer Bruder Werner, der zugleich Vormund der minderjährigen Geschwister ist und in Nürnberg arbeitet, die in Berlin wohnhafte Schwester Wally, die sich seit einem halben Jahr bei Pertrix im Arbeitseinsatz befindet, sowie ein jüngerer Bruder Helmuth (11 Jahre alt), der zurzeit in Halberstadt die jüdische Schule besucht und von den Geschwistern unterhalten wird. An Wohlfahrtsunterstützungen wurde für den Haushalt bisher seitens der Jüdischen Kultusvereinigung Halberstadt zur Verfügung gestellt eine Mietbeihilfe von RM 10.- und ein Waisengeld von RM 15.- monatlich. Fräulein Mischkowski, deren Entschluss nach Berlin zu übersiedeln, auch dadurch beeinflusst worden ist, dass sie wegen Zusammenkommens mit Arierern in Halberstadt drei Wochen im Polizeigefängnis in Haft war, verfolgt bei dieser Übersiedlung im wesentlichen die Absicht, hier in den Arbeitseinsatz zu gehen und dadurch ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Nach ihrer Angabe ist in Halberstadt ein Arbeitseinsatz nicht möglich. Sie hat weiter die Absicht, den elfjährigen Jungen mit nach Berlin zu nehmen und hier in einem möblierten Zimmer oder Leerzimmer zusammen mit ihrer älteren Schwester und dem jüngeren Bruder zu wohnen. Auf diese Weise würde der Lebensunterhalt dieser drei Personen ohne Wohlfahrtsunterstützung möglich werden, indem die beiden Schwestern aus ihrem Verdienst im Arbeitseinsatz in Berlin sowie der in Nürnberg lebende Bruder aus dem Arbeitsverdienst für einen etwa übrig bleibenden Fehlbetrag allein aufkommen.

Anruf bei der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle, Herrn Prüfer
10.3.1941, 11.40 Uhr

Der Sachverhalt wird vorgetragen. Die Staatspolizeileitstelle erklärt sich bereit, in diesem Fall einer Ausnahme von der Zuzugsperre zuzustimmen. Die Wohnungsberatungsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin könne in diesem Fall eine Einweisung von Jenny

Sara und Hellmut Israel Mischkowski set in das möblierte Dr. E.
der Schwester Wally, Metzstrasse 6 bei Arnstein, vornehmen
die drei Personen zusammen in einem anderen Zimmer in ein-
schen Haus unterbringen. Über das Veranlasste soll der Sta-
zeistelle berichtet werden.

Berlin, den 10.3.1941
Dr. E./My

E. M.

Anruf der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeileitstelle
Berlin

(Herr P r ü f e r)

am 13.3.1941, 15³⁰ Uhr

Herr P r ü f e r ersucht darum, dass in geeigneter Weise ein Umlauf unter sämtlichen Mitarbeitern der Reichsvereinigung und der J.K.V. Berlin erfolge, in dem bekanntgegeben werde, dass Zuschriften von bisherigen Mitarbeitern der jüdischen Organisationen über ihre Entlassung an die Geheime Staatspolizei zu unterlassen seien. Es könne darauf hingewiesen werden, dass diese Mitteilung auf behördliche Weisung erfolge.

Es seien in der letzten Zeit mehrere Zuschriften dieser Art eingegangen, u.a. eine Zuschrift von Jda Sara M e y e r, in der auf die Tatsache, dass Brüder im Weltkrieg gefallen seien, hingewiesen werde. Derartige Zuschriften seien nicht anständig. Wenn Entlassungen verfügt worden seien, dann müsse es hierbei sein Bewenden haben. Die Mitarbeiter hätten sich damit abzufinden. Sollten weitere derartige Zuschriften erfolgen, müsste staatspolizeiliche Massnahmen gegen die Verfasser vorbehalten bleiben.

14.3.1941

Dr.E/Sch.


(Dr. Eppstein)

Herrn Dr. Lilienthal

Herrn H e n s c h e l

Anruf der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
am 26. März 1941, 12.15 Uhr

Es wird um eine Auskunft darüber ersucht, ob der Arzt Dr. Flatow, Wilmerstr. 5, Prinzregentenstrasse 5, zugelassen sei. Gegebenenfalls sind die Personaldaten mitzuteilen sei. Der Betreffende sei zu befragen, ob er zwei Personen, namens Meyer, Joachimstalerstr. 5 und Fisch, behandelt habe.

Nach fernmündlicher Rücksprache mit Dr. Metz wird der zugelassene Krankenbehandler Dr. Berthold Israel Flatow, Praxis: Pariserstr. 11, Wohnung Droysenstr. 18 (97-9094) angerufen. Auf Befragen erklärt Dr. Flatow, dass er niemals in der Prinzregentenstr. 5, jedoch vor mehr als 20 Jahren Prinzregentenstr. 95, gewohnt habe. Die Frage, die im Auftrag der Staatspolizeileitstelle zu stellen war, ob die Patienten Meyer bzw. Fisch von ihm behandelt worden seien, wird von Dr. Flatow verneint. Er gibt jedoch an, dass möglicherweise sein Vetter, Dr. Fritz Israel Flatow, Prinzregentenstr. 6, der Zahnbehandler sei, gemeint sein könnte. Die Personaldaten seines Vetters sind ihm unbekannt, jedoch sei diesem vor kurzem die Praxis entzogen worden.

Es wird festgestellt, dass im Fernsprechbuch eine Fernsprechnummer von Dr. Fritz Israel Flatow nicht enthalten ist. Darauf wird der festgestellte Sachverhalt der Staatspolizeileitstelle mitgeteilt. Weiteres ist nicht zu veranlassen.

Dr. E. / My

gez. Dr. EPPstein

Herrn Dr. Metz

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle
Herrn Pastewka, am 9.4.1941, 11.30 Uhr

1. Anmeldung der Ausstellungs-Veranstaltung

Die Anmeldung der Veranstaltungen anlässlich der Ausstellung Awodah soll mit allen in Betracht kommenden Genehmigungsgescheiden, insbesondere des Propaganda-Ministeriums, am 10. ds. Mts. eingereicht werden.

2. Fortschreibung der Tabelle, betr. Abnahme der Juden in Berlin durch Auswanderung und natürliche Verminderung

Der Zeichner soll am 10. ds. Mts. vormittags 8 Uhr zur Fortschreibung der Tabelle erscheinen.

3. Grundstück Pankow, Berlinerstrasse (Altersheim)

Es wird davon Kenntnis gegeben, dass das Altersheim Pankow besichtigt worden sei und dass, wie gestern im Reichssicherheitshauptamt eröffnet wurde, die Baupläne eingefordert worden sind. Es sei jedoch erklärt worden, dass noch nicht entschieden sei, ob das Heim in Anspruch genommen werde, zumal für den in Betracht kommenden Zweck zwei weitere Grundstücke (Siegmundshof 11 und Meinekestrasse 10) benannt worden sind. Herr Pastewka nimmt hiervon Kenntnis und ersucht darum, dass sofort Meldung erfolge, sobald über die etwaige Inanspruchnahme weiteres bekannt werde.

Dr.E./My

gez. Dr.Eppstein

48

I. Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr Prüfer am 15.4.1941, 12 Uhr

1. Zuzug Ehepaar Freund, Chemnitz

Herr Prüfer teilt mit, dass Alfred Israel Freund, geb. 20.10.79 in Rybnik O/S, wohnhaft, Chemnitz, Agricolastr. 9, mit seiner (Arischen) Ehefrau nach Berlin gereist sei, um hier zuzuziehen mit der Angabe, dass ein Aufenthalt in Chemnitz nicht genehmigt sei. Ein derartiger Zuzug könne nicht in Betracht kommen. Es sei sofort mit der JKV Chemnitz in Verbindung zu treten, damit das Ehepaar bis längstens 16. ds. Mts. abends nach Chemnitz zurückkehren könne. Das Ehepaar werde zur Vorsprache bei der RV veranlasst.

2. Anmeldung der Ausstellung

Herr Prüfer ersucht darum, sofort eine Abschrift der Anmeldung, die am 10. ds. Mts. bei der Postannahme (Zimmer 231) abgegeben worden ist und bisher noch nicht in seinen Besitz gelangte, durch Boten im Zimmer 178 a abgegeben werde. Künftig sollen Briefe, die für Zimmer 178a bestimmt sind, nur dort abgegeben werden, um eine etwaige Verzögerung durch den Geschäftsgang zu vermeiden.

II. Telefongespräch mit der JKV Chemnitz
Herrn Benjamin 12.30 Uhr

Herrn Benjamin erklärt, dass dem Ehepaar Freund in einem Vorort von Chemnitz, Siegmar-Schönau, ein Zimmer in einer jüdischen Villa zugewiesen worden sei. Das Ehepaar könne diese Wohnung beziehen. Es sei auf eigene Verantwortung nach Berlin gefahren, um dort einen Zuzug zu versuchen. Die JKV Chemnitz habe hiervon abgeraten.

Es wird Herrn Benjamin davon Kenntnis gegeben, dass das Ehepaar Freund gemäss Auflage der Staatspolizeileitstelle Berlin bis längstens 16. ds. Mts. abends nach Chemnitz zurückkehren werde. Es sei zu veranlassen, dass das Ehepaar die zugewiesene Wohnung beziehe und für den Fall, dass diese Wohnung nicht mehr zur Verfügung stehen sollte, eine andere Wohnung in Siegmar-Schönau oder in Chemnitz zugewiesen erhalte.

III. Vorsprache des Ehepaars Freund, 15.15 Uhr

Auf Vorhalt bestätigt Herr Freund die Angaben des Herrn Benjamin. Er weist jedoch darauf hin, dass bezüglich der Villa Verkaufsverhandlungen schweben, sodass das Ehepaar befürchtet, nach Verkauf dieses Hauses in Siegmar-Schönau keine andere Wohnung zu finden und in Chemnitz die Zuzugserlaubnis nichts zu erhalten. Aus diesem Grunde habe es versucht in Berlin zuzuziehen. Herr und Frau Freund bestätigen, dass sie gemäss der erteilten Auflage bis längstens 16. ds. Mts. abends Berlin verlassen und nach Siegmar-

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle
Herrn Prüfer
am 17.4.1941, 15 Uhr

1. Ehepaar Freund

Es wird über die Unterbringung des Ehepaars Freund in Siegmarschönau berichtet.

2. Ausstellung

Es wird berichtet, dass als Termin für die Behörden-Vorbesichtigung der Ausstellung der 21. April, 9 Uhr bestimmt worden ist. Herr Prüfer nimmt hiervon Kenntnis.

3. Zeitungsbezug für Dr. Hirsch

Es wird vorgetragen, dass das Reichssicherheitshauptamt die Genehmigung für ein Zeitungsabonnement für Dr. Hirsch erteilt und wegen der Erledigung der hierfür erforderlichen Formalitäten an die Staatspolizeileitstelle verwiesen habe. Herr Prüfer erklärt, dass eine schriftliche Mitteilung an die Staatspolizeileitstelle zu richten sei, in der erwähnt werde, dass die Genehmigung durch das Reichssicherheitshauptamt (O.I. Wehr) erteilt worden sei. Dieser Brief werde dann durch die Staatspolizeileitstelle dem Polizeigefängnis übermittelt werden.

gez. Dr. Eppstein

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin.
Herrn P a s t e w k a
22. April 1941, 14.30 Uhr

Es wird um Auskunft darüber ersucht, ob der amerikanische Anwalt Frederic W i r t h Jude sei und ob er in Berlin ein Büro unterhalte. Es wird zunächst darüber berichtet, dass die amerikanischen Eigentümer des von der RV gepachteten Grundstücks in Neuenhof, soweit wir erfahren haben, nach Auswanderung des derzeitigen Beauftragten Testamentsvollstreckers J a c o b y die Absicht hatten, den amerikanischen Anwalt W i r t h zu dessen Nachfolger zu bestellen.

Nach Erkundigung bei Konsulent Dr. Marcuse wird berichtet, dass Herr Wirth nicht Jude sei. Er unterhalte in Berlin, Lützowufer 17, ein Büro und sei als Devisenberater zur Vertretung amerikanischer Interessen vor deutschen Behörden zugelassen. Soweit bekannt, befindet er sich bereits seit etwa 20 Jahren in Deutschland.

Dr. E. / My

gez. Dr. Eppstein

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herrn P a s t e w k a
22. April 1941, 16 Uhr

Betrifft: Ila

Herr Pastewka fragt an, ob im Zusammenhang mit der Änderung in der Berufsumsichtung die Jüdische Landarbeit G.m.b.H. noch aufrechterhalten werden müsse. Es wird berichtet, dass die Ila aktiv mit der Berufsausbildung nichts zu tun habe, dass sie vielmehr Siedlungsprojekte bearbeite, insbesondere Träger der in Parana vorgesehenen Siedlung sei, die jedoch bisher nicht zustande gekommen ist. Herr Pastewka bemerkt, dass dann doch wohl eine Eingliederung oder Auflösung in Betracht gezogen werden könne. Es soll ein Bericht über Aufgaben- und Tätigkeitsgebiet der Ila mit Angaben über deren Vermögen eingereicht werden.

gez. Dr. Eppstein

Ahruf der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr Pastewka am 25.4.1941, 12.30 Uhr

Betrifft: Sammlungsveranstaltung in Berlin

Herr Pastewka empfiehlt, vor Durchführung von besonderen Sammlungsveranstaltungen in Berlin eindeutig zu klären, dass dieser Veranstaltungen nach den Bestimmungen des Sammlungsgesetzes entweder genehmigt werden oder nicht genehmigungspflichtig sind. Erst wenn diese Frage geklärt sei, sei die Voraussetzung zu einer Erörterung über Anmeldung und Durchführung solcher Veranstaltungen gegeben. Die Klärung dieser Frage könne auch bei der Abteilung IV des Herrn Polizeipräsidenten in Berlin erfolgen.

gez. Dr. Eppstein

Anruf bei der Staatspolizeistelle Berlin
Herrn Pastewka am 10.5.1941. 12.15 Uhr

1. Akten des Büros Pfarrer Brüder

Im Zusammenhang mit der Freimachung der Räume, in denen bisher das Büro Pfarrer Brüder untergebracht war, sollen die Akten, die die RV (Wanderungsabteilung, Fürsorge) betreffen, wie seitens der Aufsichtsbehörde eröffnet, zu gegebener Zeit nach deren Aussonderung abgeholt werden. Herr Pastewka sagt zu, sich mit der Abteilung C (Herrn Linth) in Verbindung zu setzen und bezüglich des Termins Mitteilung zu machen.

2. Grundstück Artilleriestrasse 14

Es wird Bezug genommen auf die Anzeige der SKV Berlin und darüber berichtet, dass das Grundstück im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Umzug der RV in einem gemeindeeigenen Grundstück als Bürohaus Verwendung finden soll. Infolgedessen sei der Universitätskurator, der sich für den Erwerb des Grundstücks interessiert, gebeten worden, sich unmittelbar mit der Aufsichtsbehörde in Verbindung zu setzen.

3. Genehmigungspflicht für Grundstücksverkäufe

Herr Pastewka lässt sich über das seitens der Aufsichtsbehörde verfügte Verfahren berichten und gibt anheim, bei nächster Gelegenheit ein Stück des Rundschreibens, mit dem dieses Verfahren bekannt gemacht worden sei, einzureichen. Auf Befragen wird geantwortet, dass sich dieses Verfahren nur auf den Verkauf von Grundstücken, dagegen nicht auf Miete oder Pacht beziehe.

In diesem Zusammenhang bemerkt Herr Pastewka, dass bei Inanspruchnahme aufgrund des Reichsleistungsgesetzes eine rechtzeitige Einschaltung der Staatspolizeistellen zweckmäßig sei und gibt anheim, diesen Sachverhalt unter Bezugnahme auf das Beispiel des Grundstücks Lützowstrasse der Aufsichtsbehörde zwecks genereller Regelung vorzutragen.

gez. Dr. Appstein

216

Akt Nr. 10

Anruf der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Berlin
am 6.5.1941, 12 Uhr

Es wird mitgeteilt, dass dem Antrag der Reichsvereinigung auf Haftentlassung von Arthur Israel B e h r e n d, Henriette Sara B e h r e n d und bei den anderen in diesem Antrag erwähnten Fällen (F u s s , V p e r t , L i c h t L i p p m a n n etc) bis auf weiteres nicht entsprochen werden könne.

gez. Dr. Eppstein

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle
Herrn Prüfer am 11.6.1941; 12.30 Uhr

1. Kommerzialrat Samuel und Salie Jaffé'sche Familien-Stiftung, Berlin

Es wird darüber berichtet, dass die Eingliederungsverfügung durch Boten der Staatspolizeileitstelle anforderungsgemäss zugeschiekt werde. Eine Bekanntgabe der Aufhebung der Eingliederungsanordnung an die RV sei seitens des Reichssicherheitshauptamts bisher noch nicht erfolgt. Im Zuge der Eingliederung, die am 10.10.1940 zum Abschluss gelangt sei, seien Barmittel in Höhe von RM 1.807,42 und Wertpapiere im Nennwert von RM 54.700.- auf die RV übergegangen. Sobald die Genehmigung zur Rückzahlung erteilt sei, werde eine Rücküberweisung erfolgen. Herr Prüfer bemerkt, dass die Zurücknahme der Eingliederungsverfügung damit zusammenhänge, dass sich die Stiftung nachträglich als paritätisch erwiesen habe. Eine entsprechende Eröffnung werde der RV gegenüber unmittelbar erfolgen. Bei dieser Gelegenheit soll auch die Rückzahlung der übernommenen Vermögenswerte erörtert werden. Dr. Ostberg habe seitens der Staatspolizeileitstelle die Auflage erhalten, in der Angelegenheit einen Bescheid der RV abzuwarten.

2. Grundstück Altersheim Pankow, Berlinerstrasse

Es wird berichtet, dass eine Besichtigung des Altersheims Pankow, Berlinerstrasse durch das Reichssicherheitshauptamt angekündigt worden sei. Wenn sich aus der Besichtigung ergebe, dass eine etwaige Inanspruchnahme des Grundstücks in Betracht zu ziehen sei, werde Dr. Gohn hierüber berichten.

gez. Dr. Oppstein

Aktennotiz Nr. A 14

212

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr Pastewka am 18.6.1941, 12.30 Uhr

Betrifft: Jüdisches Kindergärtnerinnen-Seminar

Herr Pastewka erkundigt sich nach dem derzeitigen Status des Jüdischen Kindergärtnerinnen-Seminars. Nach Rücksprache mit Fräulein Karminski wird berichtet, dass der Lehrgang für Kinderpflegerinnen mit Wirkung vom 1. Juni an eingestellt worden sei und dass von den beiden Lehrgängen für Kindergärtnerinnen nur die Oberklasse weitergeführt werde, die planmässig im März 1942 beendet wird. Eine weitere Fortführung des Kindergärtnerinnen-Seminars sei nicht geplant.

gez. Dr. Epstein

14

Aktennotiz Nr. A 15

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
(51 0023 Apparat 354)
am 22.7.1941, 8.20 Uhr

Der Beamte erkundigt sich danach, ob im Hause Kantstrasse 158 wohnende Mieter über die Zentrale der Reichsvereinigung telefonieren können. Es wird darauf geantwortet, dass dies grundsätzlich nicht der Fall sei mit einer Ausnahme, nämlich des im Hause Kantstrasse 158 wohnenden Mitarbeiters Gronowski, der einen Nebenanschluss der Reichsvereinigung in seiner Wohnung habe. Der Beamte erkundigt sich dann nach der Möglichkeit, ob von diesem Telefonapparat aus Amtsgespräche geführt werden können. Diese Frage wird bejaht.

gez. Meyer

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr Prüfer
am 22.7.1941, 9.15 Uhr

Herr Prüfer eröffnet folgendes:

Mit sofortiger Wirkung sind Privatgespräche von dem Telefonapparat Gronowski aus untersagt. Der Apparat darf nur zu dienstlichen Zwecken benutzt werden bzw. nur dann, wenn auf diesem Apparat Anrufe etwa von Behörden zu Zeiten, in denen die Büros der Reichsvereinigung geschlossen sind, ankommen. Dies ist Gronowski und seiner Familie zur strikten Einhaltung bei Vermeidung weiterer Massnahmen, zu denen auch die Sperre von weiteren Telefonapparaten der Reichsvereinigung gehören könne, bekannt zu geben.

Bei dieser Gelegenheit erkundigt sich Herr Prüfer nach der Tätigkeit von Gronowski bei der Reichsvereinigung, und nach dem Grund, warum er im Hause Kantstrasse 158 wohne. Die Tätigkeit von Gronowski in der Expedition als Botenmeister wird kurz beschrieben und mitgeteilt, dass Gronowski für die Büros der Reichsvereinigung den ständigen Luftschutzdienst wahrnehme, weshalb ein Interesse daran bestünde, dass er im Hause wohne.

gez. Dr. Eppstein

Dr. E/Eh
22. Juli 1941

1. Herrn Dr. L i l i e n t h a l mit der Bitte um weitere
Veranlassung
2. Fräulein H a l i t z k i

15

Dr. Eppstein
Schragenhelm

211

Berlin, den 22. Juli 1941
I/Dr. Li/Kl.

An die
T e l e f o n - Z e n t r a l e
im Hause -

Im Einvernehmen mit Herrn Gronowski ersuche ich bis auf
weiteres

- 1.) keine Amtsgespräche in die Wohnung von Gronowski zu geben,
- 2.) keine Nachtleitung in die Wohnung von Gronowski durchzu-
stellen.

(Dr. Lilienthal)

Herrn Dr. Eppstein

mit der Bitte um Kenntnisnahme

Anruf bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn Prüfer) am 22. Juli 1941, 17 Uhr 50

II

22. JULI 1941

Es wird berichtet, dass das Grundstück Artilleriestrasse 14 gemäß Weisung des Reichssicherheitshauptamts an den Universitätskurator verkauft werden soll und dass die Reichsbauvereinigung als Grundstückseigentümerin die Verhandlungen aufgenommen habe.

Es wird ferner berichtet, dass das Grundstück Parkstrasse 22 (Taubstummheim) nach fernmündlicher Ankündigung des Reichssicherheitshauptamts heute um 14 Uhr von einem Herrn in Zivil besichtigt worden ist.

22. Juli, 1941
Dr.C/Pg.

(Dr. Conrad Israel Cohn)

2208
Aktennotiz Nr. A 16

Anruf der Staatspoliseinheitstelle Berlin
Herr Prüfer am 2.8.1941, 11 Uhr

Herr Prüfer erkundigt sich nach dem Ehepaar G r u n o w, insbesondere nach dem Grund der Entlassung des Herrn Grunow als Betriebsleiter in Eichen. Es wird vorgetragen, dass die Entlassung vor allem aus Einsparungs- und Leistungsgründen erfolgt sei, dass im übrigen Nachteiliges über das Ehepaar Grunow nicht bekannt geworden sei.

Herr Prüfer bemerkt, dass das Ehepaar Grunow vorgeladen worden sei, weil es sich bei der Aktion am 31. Juli nach 21 Uhr nicht in der Wohnung befunden habe, wo es polizeilich gemeldet war. Er werde Herrn Grunow aufgeben, sich am 4. ds. Mts. bei der Fontanepromenade zum Arbeitseinsatz zu melden.

gen. Dr. Epstein

Herr Altmann

Aktennotiz:
H./Dai.

Berlin, den 4. August 1941

Anruf von Herrn Dr. Herstein
Es soll mit dem Reichsanwalt ein pro forma Miets-Vertrag wegen der Räumung geschlossen werden, welche dieses im Hause Cranienburgerstr. 28 innewohnt; Herr Freudenberg werde sich deswegen mit mir in Verbindung setzen.

Nach telefonischer Vereinbarung erscheint sodann Herr Freudenberg in Begleitung von Herrn Arndt. In der Besprechung nehmen die Herren Baumeister Beer und Dr. Mandelscham teil. Es stellt sich heraus, dass ein Mietsvertrag fuer das Gesamtgrundstueck Cranienburgerstr. 28/29 gemeint ist, durch welchen das Reichsanwalt sich diese Grundstuecke fuer den Fall ihrer Räumung durch die JgV Berlin sichern will. Herr Dr. Appeltin, hierueber fernmündlich unterrichtet, will die Sache bei dem Reichsanwaltsamt klären.

Herr Freudenberg bittet, den Entwurf eines Vertrages noch im Laufe dieser Woche vorzunehmen; er soll kurzerhand Herrn Arndt uebergeben werden.

Herr Freudenberg erhaelt von Herrn Baumeister Beer je einen Plan des III., IV. Stockes und des Dachgeschosses von Cranienburgerstr. 28/29.

(Moritz Israel Henschel)

Aktennotiz:
H./Dai:

Berlin, den 5. August 1941

Betr. Cranienburgerstr. 28/29.
Anruf bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin.
(mittags).
Der Sachverhalt wird Herrn Pruefer vorgetragen; Herr Pruefer er-
klaert, dass kein Bescheid erhalten wurde.

Nachmittags ruft Herr Pruefer an und bestaetigt, dass der Vertrag mit dem Vorbehalt der Benützung -solange das Haus benoetigt wird- abgeschlossen werden kann.

Betr. Rosenstr. 2-4
Der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Berlin wird von dem Schreiben der Reichspostinspektion wegen Rosenstr. 2-4 und Reiderreutergasse Kenntnis gegeben.

Herr Pruefer ruft nach einiger Zeit an und teilt mit, dass am Montag, den 11. d. Mts. eine Besichtigung der Rosenstrasse durch mehrere Herren stattfinden wuerde; desgleichen der Synagoge Reiderreutergasse und anschliessend der Raume des Hilfsvereins. Es solle ein Rabbiner bei der Besichtigung der Synagoge anwesend sein, ich nannte Herrn Dr. Ringermann als den Rabbiner, den ich zu sehen wuerde.

Mir ist aufgetragen, mich am Montagabend wegen der Zeit der Besichtigung an die Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle zu wenden.

(Moritz Israel Henschel)

Aktennotiz:
M./Dal.

Berlin, den 6. August 1941

Betr. Rosenstr. 2-4 und Reiderreutergasse 4-5.

Anruf der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Berlin (Herr Pruefer) nachmittags 14.30 Uhr.

Herr Pruefer teilt mit, dass er mit der im Schreiben vom 4. d. Mts. angegebenen Stelle fernmündlich gesprochen und erfahren habe, dass eine Inanspruchnahme des Grundstuecks noch fuer laengere Zeit nicht zu erwarten sei. Es bestaende sogar die Moeglichkeit, dass es fuer Postzwecke ueberhaupt nicht gebraucht wuerde.

Herr Pruefer teilte weiter mit, dass es bei der fuer Montag vorgesehenen Besichtigung verbleibe. Es waere erwuenscht, wenn dann bereits ein Plan fuer die Unterbringung der JKV und der RV bestuende.

(Moritz Israel Henschel)

Anruf der Staatspoliseilittstelle Berlin
Herr P r ü f e r am 13.8.1941, 16.30 Uhr

Herr Prüfer erkundigt sich nach JKVa im Reich, in denen für Juden besondere Geschäfte zum Einkauf bestimmt sind. Es wird kurz über die Regelung in München und Hamburg berichtet. Um eine genaue Darstellung dieser Regelung zu erhalten, ersucht Herr Prüfer darum, den Vorsitzenden der JKV Hamburg zu veranlassen, sich am 14.ds.Mts. in Berlin einzufinden und zwischen 12 und 15 Uhr zu einer Darlegung zur Verfügung zu stehen. Bezüglich München wird auf die Anwesenheit eines Vertreters der JKV München, Hechinger, in Berlin hingewiesen, der ebenfalls veranlasst werden soll, sich am 14.ds.Mts. zur gleichen Zeit zu einer Darlegung zur Verfügung zu halten.

Es soll am 14.ds.Mts. vormittags fernmündlich der Staatspoliseilittstelle Bescheid darüber gegeben werden, dass die beiden Herren zu der angegebenen Zeit verfügbar sind.

Fernmündliche Mitteilung von Herrn Henschel

Herr Prüfer hat mit dem Ersuchen um Bekanntgabe an die HV mitgeteilt, dass seine Dienststelle heute in die Burgstrasse umziehe und dass er daher in den nächsten Tagen nur in vordringlichen Angelegenheiten angerufen zu werden wünsche. Die neue Fernsprechnummer werde von ihm noch mitgeteilt werden.

ges. Dr.Eppstein

Anruf bei der Staatspoliseilittstelle Berlin
Herrn P r ü f e r am 15.8.1941, 14 Uhr
 (41-6911, App.49)

Auf Befragen, ob Dr.Plaut, Hamburg und Hechinger, München noch in Berlin bleiben sollen, erklärt Herr Prüfer, dass gegen eine Rückkehr der Herren nach Hamburg bzw. München Bedenken nicht bestehen. Sofern eine weitere Erörterung erforderlich sei, werde er von sich aus auf die Angelegenheit zurückkommen.

Herren Dr. C o h n
 Dr. L i l i e n t h a l

ges.Dr.Eppstein

12. August 1941

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Gruner- Ecke Dircanstrasse
Berlin C 2

Betrifft: Lebensmittelkauf für Juden
in Hamburg und München

Vollzugsamt gestatten wir uns, in der Anlage
zum Bericht über die Regelung des Lebensmittelkaufs
für Juden in Hamburg und München zu überreichen.

RECHENVERGÄNGNIS DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Anlagen

Handlung des Einkaufs von Lebens- und Genussmitteln von Juden in Hamburg

Auf Veranlassung der Herrn Reichsstatthaltere in Hamburg und unter Mithilfe der hiesigen Staatspolizei Staatspolizeistelle Hamburg hat in Hamburg eine Sonderregelung erfolgt. Anknüpfung an die Niederaltische Verbraucher-Genossenschaft (früher Produktion) wurde die Hamburger Lebensmittel G.m.b.H. gegründet. Vorsteher der Gesellschaft sind a. a. Herr Kreisleiter Becker und Herr Bornhor, die führenden Männer der Niederaltischen Verbraucher-Genossenschaft.

Die Gesellschaft hat in Laufe der Zeit 7 Verkaufsläden in den von Juden hauptsächlich bewohnten Gegenden eröffnet und zwar:

2 Kolonialwaren Läden, in denen alle Warenstoffe der täglichen Bedarfs und ausserdem Obst und Milchverarbeitungen verkauft werden,

2 Schlächter Läden

1 Seife Läden

2 Brot Läden.

Sämtliche Läden stehen unter Leitung eines Geschäftsführers. Der Geschäftsführer besorgt den Einkauf: soweit es sich um Marktware handelt, wird die Ware auf den Märkten gekauft, im Ubrigen liefert die Niederaltische Verbraucher-Genossenschaft. Mangelware wird nicht geführt: Gele entlich werden jedoch Waren, die in grosser Menge auf dem Markt sind, abgegeben. (z.B. Obst). Soweit für Kriegsbeschädigte Ausnahmen zugelassen sind, wird die entsprechende Ware vorrätig gehalten. Die Läden sind zu den üblichen Verkaufszeiten geöffnet. Das Verkaufspersonal ist arisch. Das Lebensmittelkarten für Juden sind in Hamburg besonders gekennzeichnet. Die Geheime Staatspolizei in Hamburg hat den Jüdischen Religionsverband Hamburg e.V. veranlasst, an die zum Einkauf in diesen Läden verpflichteten Juden Rundschreiben zu versenden.

Diejenigen Juden, die in Aussenbezirken der Hansestadt Hamburg wohnen, brauchen nicht in diesen Läden zu kaufen. Sie erhalten

eventuelle mit "J" gekennzeichnete Lebensmittelskarten, können aber
in allen Geschäften kaufen. Unter diese Ausnahme fallen nur verhält-
nismäßig wenige Juden. Zahl der Juden in Hamburg: etwa 800.

den 13.6.1941

Dr. Kai Israel Flaut

Vorsitzender des Jüdischen Kulturrates Hamburg e.V.

Jude Kurt Meyer, Hamburger Hof 3 C9045

Anlagen.

30. Juni 1940

Verkaufsstellen für Juden in Hamburg.

Das Hauptnährungsamt der Hansestadt Hamburg hat uns folgende Anweisung vom 20. Juni 1940 zugestellt, deren genaueste Beachtung wir unseren Betrieben zur Pflicht machen:

"Für eine Reihe von Ortsgruppen der Hansestadt Hamburg, welche besonders stark mit Juden durchsetzt sind, werden mit Wirkung vom 1. Juli 1940 Sonderverkaufsstellen für Juden eingerichtet. Die Juden und die zu ihrem Haushalt gehörenden arischen Personen können dort Lebensmittel aller Art, einschliesslich der Getränke, sowie Tabakwaren erwerben. Die Juden müssen lediglich in diesen Sonderverkaufsstellen kaufen, die arischen Mitglieder der Haushaltungen können nach ihrer Wahl in den Sonderverkaufsstellen oder in beliebigen anderen Verkaufsstellen kaufen.

Diese Regelung wird einstweilen für die Juden und jüdischen Wohntifte in den Ortsgruppen 211, 212, 213 durchgeführt. Die Juden in diesen Ortsgruppen erhalten besondere Lebensmittelskarten, welche auf dem Stammabschnitt, den Bestell-scheinen und Abschnitten mit einem "J" bedruckt sind. Ausserdem trägt die Rückseite des Stammabschnittes den Vermerk, dass auf die Karte Lebensmittel nur in einer Sonderverkaufsstelle für Juden bezogen werden können. Diesen Vermerk tragen auch die auszustellenden Einzelbezugs-scheine.

Die Regelung bedingt, dass sämtliche Kleinverteiler der Hansestadt Hamburg mit Ausnahme der Sonderverkaufsstellen für Juden keine Lebensmittel und Tabakwaren an Juden und jüdische Wohntifte aus den Ortsgruppen 211, 212 und 213 verkaufen. Ein solcher Verkauf wird daher ausdrücklich verboten. Die Kleinverteiler werden darauf aufmerksam gemacht, dass ihnen Bestellscheine, Abschnitte und Einzelbezugs-scheine, welche den Buchstaben "J" oder den oben erwähnten Vermerk tragen, nicht in Bezugsscheine umgewandelt werden. Die Ortsdienststellen werden vielmehr solche Abschnitte, die in ihre Hände gelangen, einziehen, ohne dafür irgendwelchen Ersatz zu geben.

Auch nicht bewirtschaftete Waren, z.B. Obst und Gemüse, Getränke, Tabakwaren usw. dürfen Juden der Ortsgruppen 211/213 lediglich in den neu eingerichteten Verkaufsstellen für Juden einkaufen. Eine kartenmässige Kontrolle lässt sich hier nicht durchführen, jedoch erhalten die in Frage kommenden Juden durch ihren Religionsverband entsprechende Weisung, deren Innehaltung seitens der Geheimen Staatspolizei genauestens überwacht werden wird.

Kontrollkartenpflichtige Artikel (Schokolade, Süswaren, Fische, Wild und Geflügel, Pferdefleisch) dürfen Juden nicht kaufen. Diese Artikel werden auch in den neuen Judenverkaufsstellen nicht geführt. Um Umgehungen dieser Regelung zu verhindern, muss strengstens darauf geachtet werden, dass beim Verkauf, insbesondere von Fischen, die Kontrollkarte regelmässig abgefordert und abgestempelt wird. Insbesondere erhalten die Betriebe des ambulanten Gewerbes hierdurch noch einmal die Anweisung, Fische und Fischwaren nur gegen Abstempelung der Kontrollkarten abzugeben.

gez. Reutenberg.

25

Bekanntmachung

Im Auftrage der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeileitstelle Hamburg wird folgendes bekanntgemacht:

Betrifft: Zuweisung von besonderen Lebensmittelgeschäften für Juden.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1940 werden den Juden besondere Lebensmittelgeschäfte zugewiesen. Diese Massnahme wird zunächst auf die Ortsgruppen 211, 212 und 213 beschränkt. Die in diesem Gebiet wohnhaften Juden erhalten besonders gekennzeichnete Lebensmittelkarten. Sie sind verpflichtet, ihre gesamten Lebens- und Genußmittel einschließlich Getränke in den durch Merkblatt bekanntgegebenen Geschäften der Hamburger Lebensmittel G. m. b. H. zu erwerben. Das Betreten anderer Geschäfte ist untersagt. Desgleichen ist es verboten, die genannten Waren durch dritte Personen in anderen Geschäften kaufen zu lassen.

Die Nichtbefolgung dieser Anordnung wird mit staatspolizeilichen Maßnahmen geahndet werden.

Der Besuch der Gaststätte im Jüdischen Gemeinschaftshaus steht nach wie vor allen Juden frei. Bei der Entnahme markenpflichtiger Speisen und Gebäcke werden auch die besonders gekennzeichneten Lebensmittelkarten entgegengenommen.

Der Vorstand des Jüdischen Religionsverbandes Hamburg e. V.

195

Diese Bekanntmachung gilt mit Wirkung vom 23. 9. 40 ab auch für die Ortsgruppen 116, 117, 118, 119, 209 und 214.

Die Wahl der zugewiesenen Geschäfte bleibt den einzelnen Verbrauchern überlassen. Soweit den jüdischen Verbrauchern in den Ortsgruppen 116-119 bei der letzten Lebensmittelkartenverteilung noch Fleischmarken ohne J zugeteilt wurden, dürfen sie Fleischwaren bei ihren bisherigen Lieferanten kaufen.

Hamburg, 19. September 1940

Der Vorstand des Jüdischen Religionsverbandes Hamburg e. V.
gez. Dr. Max Israel Plaut

26

Gültig vom 30. 6. bis 27. 7. 1941

25

Reichsfleischkarte



HEA. Hamburg (H 11 434)



Ortsdienststelle Nr. *R*

"J" *

1006

Ordnungs-Nr. *21*

Name:

Berta Lena Engelmann

Wohnort:

Hamburg

Straße:

Reichenallee 75

Die Abschnitte der linken Kartenseite berechtigen auch zum Bezug von Fleischmarken.

Ohne Namens eingetragen und Angabe der Ortsdienststellen- und Ordnungs-Nr. ungültig!
Nicht übertragbar! Sonstige aufbewahren!

§1 1

"J" 30. 6. 27. 7. 41 *
25

§1 2

"J" 30. 6. 27. 7. 41 *
25

§1 3

"J" 30. 6. 27. 7. 41 *
25

B e r i c h t

Betrifft: Lebensmittelleinkauf der Juden in M ü n c h e n

In Herbst 1939 wurde mit der Jüdischen Kultusvereinigung München der Plan erörtert, den Verkauf von Lebensmitteln an Juden durch Einschaltung der Kultusvereinigung als Vertriebsstelle zu regeln. Von der Durchführung dieses Planes ist jedoch Abstand genommen worden.

Es ist folgende Regelung getroffen worden: Der Einkauf von Lebensmitteln erfolgt in besonderen durch die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel in München mit der Geheimen Staatspolizei benannten arischen Einzelhandelsgeschäften, die auf einzelne Stadtbezirke verteilt sind. Es sind 11 solcher Geschäfte benannt worden, die zum Teil auch außer den Kolonialwaren Gemüse und Obst führen. Soweit diese Geschäfte Obst und Gemüse nicht führen, sind zusätzlich Spezialgeschäfte zum Einkauf hierfür in den gleichen Stadtbezirken bestimmt worden. Ebenso ist für jeden Stadtbezirk eine Metzgerei zum Einkauf für Juden bestimmt.

Seit Beginn des Jahres 1941 ist die Einkaufszeit in diesen Geschäften auf die Wochentage Montag bis Freitag einschließlich von 15 bis 17 Uhr festgesetzt worden. Für die Metzgereien ist eine Sonderregelung getroffen: In diesen Geschäften ist die Einkaufszeit auf Dienstag von 15 bis 17 Uhr und Freitag von 8 bis 10 Uhr festgesetzt.

In München gibt es noch rund 3500 Juden, davon rund 500 in Heimen mit Gemeinschaftsverpflegung bei zentralen Einkauf. Ferner gibt es 371 privilegierte Mischchen mit etwa mindestens 700 Personen. Die Lebensmittelleinkaufsregelung in München bezieht sich daher auf rund 2000 Juden.

München, den 14. August 1941

Julius Israel Hochinger
Verbandsmitglied der Jüdischen Kultusvereinigung
Julius Israel Hochinger
Jude Konsort München Kenn-Nr. A 00773

Anruf bei der Staatspoliseilichkeitstelle Berlin
Herrn Prüfer am 20.8.1941, 16.30 Uhr

1. Grundstück Meinekestrasse 10

Von der Räumungsaufgabe bis 31. ds. Mts. wird Kenntnis gegeben, zugleich mit einem Bericht darüber, dass im September die Renovierung und am 1. Oktober der Einzug der in Anspruch nehmenden Behörde stattfinden soll. Die in Anspruch nehmende Behörde sei noch nicht genannt worden. Die arischen Mieter (Professor Adrion, Potos, Praha) können bis auf weiteres wohnen bleiben.

Es wird vorgetragen, dass sich im Hause noch einige behördlich versiegelte Schränke befinden, über die eine Entscheidung zu treffen sei. Herr Prüfer teilt mit, dass er, falls kein Gegenbescheid ergeht am 22. ds. Mts. 9 Uhr sich in der Meinekestrasse 10 einfinden werde, um die Schränke antlich zu öffnen und zu entscheiden, was mit dem darin befindlichen Material zu geschehen habe. Es soll festgestellt werden, ob sich noch Schlüssel für die Schränke in unserem Besitz befinden. Über das Ergebnis der Feststellung ist Herrn Prüfer fernmündlich am 21. ds. Mts. durch Herrn Rosenberg zu berichten, der auch bei dem Termin zur Öffnung der Schränke anwesend sein soll.

2. Grundstück Kantstrasse 158

Es wird über die Besichtigung der durch die RV gemieteten Räume durch den Beauftragten der Reichspostdirektion, Postrat Kessler, berichtet und dargelegt, dass die Reichspost vorbehaltlich der Genehmigung durch den Generalbauinspektor sich für eine Inanspruchnahme der Räume der RV nach deren Umzug interessiere. Herr Prüfer erklärt hierzu, dass er die Reichspost auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht habe, um eine vorzeitige Inanspruchnahme des Grundstücks Rosenstrasse zu vermeiden.

gez. Dr. Eppstein

Notiz an Herrn Dr. E p p s t e i n

188

Am 22. August 1941 vormittags 9 Uhr war Herr Prüfer von der
Staatspolizeileitstelle Berlin hier, um die versiegelten Schränke
usw. zu besichtigen.

Das eiserne Postfach wurde geöffnet; die darin noch befindlichen
Briefe hat Herr Prüfer entnommen und nach Durchsicht Herrn Lotz
übergeben mit der Anweisung, sie zu verbrennen.

Der eiserne Schrank ist freigegeben worden.

Die Aktenkästen sowie ein Aktenschrank, in denen sich Unterlagen
der früheren ZVfD befinden, sind von Herrn Prüfer wieder versiegelt
worden. In dieser Angelegenheit wird noch weitere Weisung erteilt.

Die beiden Schränke mit den Sportpreisen des früheren Bar Kochba
sind geöffnet worden. Herr Prüfer hat angeordnet, dass die Preise
einer Metallschmelze schnellstens zu übergeben seien und der Erlös
der Reichsvereinigung zuzuführen ist. Er wünscht dann einen genauen
Bericht mit Angabe des Quantums usw.

In einem der Schränke befinden sich 9 Bände der Encyclopaedia
Judaica. Diese Bände sollen vorerst der Reichsvereinigung übergeben
werden und sollen dort aufbewahrt bleiben, bis weitere Weisung
erfolgt.

22.8.1941

Kurt Israel Rosenberg

Kurt Israel Rosenberg

B e r i c h t

Betrifft: Grundstück, Berlin W 15, Meinekestrasse 10

Weisungsgemäss ist das Grundstück Meinekestrasse 10, soweit es bisher durch die Reichsvereinigung und durch den Jüdischen Kulturbund benutzt worden ist, am 29. ds. Mts. geräumt worden.

Die in dem Raum des ehemaligen Palästina-Amtes noch befindlichen Gegenstände (drei Aktentröge und ein Aktenschrank) die staatspolizeilich versiegelt sind, wurden gemäss der am 28. ds. Mts. fernmündlich erteilten Weisung in die Kellerräume des Grundstücks Oranienburgerstrasse 31 befördert.

Die aus den entsiegelten Schränken entnommenen Sportpreise (1 Vase, 1 Leuchter, 6 Schalen, 9 Becher, 34 Pokale, 12 bronzierte Figuren, 67 Plaketten) sind gemäss der am 22. ds. Mts. erteilten Weisung an die Metallfirma Carl B i e n e r t, Charlottenburg, Gatschkestrasse 18. (34-4505) verkauft worden. Der Erlös von RM 20,- ist an die Reichsvereinigung abgeführt worden.

Die neun Bände der Encyclopaedia Judaica sind weisungsgemäss der Reichsvereinigung zur Aufbewahrung übergeben worden.

Berlin, den 29. August 1941

Kurt Israel Rosenberg
(Kurt Israel Rosenberg)

Der
Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeistelle Berlin
Burgstrasse 29
B e r l i n C 2
überreicht.

Berlin, den 29. August 1941

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

CARL BIENERT

Eisen - Metalle - Maschinen

Fernsprecher: 34 45 05

Charlottenburg, den 25.8.41
Gatschestr. 18

187

*Bestimmungsgem. 10. Turm
in Mühlstraße 10
Herrn Kaufm. 10*

lieferte
empfang

7 Posten Holzgarnet Bokale Figuren Plakatierab	20
--	----

Anruf der Staatspolizeileitstelle
(Herr Prüfer) am 11.9.1941, 14.45 Uhr

Herr Prüfer ersucht um Mitteilung über die derzeitige räumliche und personelle Verwaltung des Kulturbundes, nachdem er Herrn Henschel nicht erreicht habe.

Nach Rücksprache mit Herrn Kreindler wird folgendes mitgeteilt:

1. Vorstand besteht aus Henschel und Dr. Lilienthal, Berlin
Dr. Löwenherz und Dr. Grün, Wien, letzterer anstelle des durch Auswanderung ausgeschiedenen Dr. Rottenberg, Wien.

Dem Propagandaministerium sind die vier Abteilungsleiter für ihre Abteilungen verantwortlich.

2. Abteilungen:

- a) Künstlerischer Betrieb: Wisten, Kommandantenstr. 58/59
(Vorführungsraum)
Kommandantenstr. 57, II (Büro): 17-7735
- b) Jüdisches Nachrichtenblatt: Kreindler, Granienburgerstr. 18/41
(42-5921)
- c) Buchverlag: Press, Wilsnackerstr. 3
Buchverkaufsstellen: Aschaffenerstr. 18, 4
Artilleriestr. 31.
Wilsnackerstr. 3.
- d) Finanzabteilung: Ehrlich, Wilsnackerstr. 3

Es soll mitgeteilt werden, zu welchen Zeiten der Laden Aschaffenerstr. 18 geöffnet ist.

gez. Dr. Sppstein

Re./Dal.

Herrn Fritz Israel assisten
Juedischer Kulturbund in Deutschland e.V.
Kommandantenstr. 57
Berlin 35 63

Sehr geehrter Herr Israel,

Heute Mittag rief die Geheim- Staatspolizei, Staats-
polizeistelle Berlin, Herr Pruefer an, um sich nach der
Leitung des Kulturbundes zu erkundigen. Da ich mich gerade
in der Kantine befand, erhielt meine Sekretarin den Auf-
trag, ich solle nach meiner Rueckkehr alsbald anrufen. Als
ich dies tat, teilte Herr Pruefer mir mit, dass er sich die
gewuenschten Angaben inzwischen von Herrn Dr. Eppstein be-
schafft habe. Er wiederholte mir, dass die kuenstlerische
Abteilung unter Ihnen in der Kommandantenstrasse, der Buch-
verlag unter Herrn Fless in der Wilsnackerstrasse und der
Zeitungsverlag unter Herrn Kreindler in der Granienburger-
strasse untergebracht seien. Ich ergaenzte diese Angabe
noch dahin, dass die Finanzabteilung unter Herrn Ehrlich
sich auch in der Wilsnackerstrasse befindet.

Einige Zeit spaeter rief Herr Pruefer nochmals an und
fragte mich, wer in Vorstandssitzungen des Kulturbundes den
Vorsitz fuehre. Ich erwiderte, dass solche Vorstandssitzun-
gen sehr selten und dann unter meinem Vorsitz stattfinden.
Ich wies weiter darauf hin, dass ueber die Leitungsverhaelt-
nisse Sie, sehr geehrter Herr Israel, am besten Auskunft
geben koennten, weil Sie von Herrn Kochanowski unmittelbar
Anweisung erhalten haetten, waehrend Dr. Lilienthal und ich
nicht empfangen worden waeren; die Anweisungen seien dahin
gegangen, dass jeder Abteilungsleiter seine Abteilung selbst-
staendig unter eigener Verantwortung leite, und dass im Mini-
sterium ueber die kuenstlerischen Dinge Ihnen, im uebrigen aber
Herrn Kreindler der Vortrag aufgegeben sei. Herr Pruefer be-
merkte hierzu, dass er Sie demnaechst zu sich bestellen wolle.

In vorsueglicher Hochachtung
Ihr ergebener

Karl Friedrich Dittmer

H. H. Epstein

Rücksprache in der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn Prüfer) am 20. September 1941, 11.30 Uhr
gemeinsam mit Dr. ROSENTHAL (Kriegsopferfürsorge)

1. Schutzabzeichen für Kriegsbeschädigte

Herr Prüfer teilt mit, dass sich in der letzten Zeit die Fälle mehrerer, in denen Kriegsbeschädigte Anträge auf Genehmigung zum Tragen des Schutzabzeichens (gelbe Armbinde mit schwarzen Punkten) eingegangen seien von Personen, die neben dem Tragen des Judenkennezeichens ein besonderes Interesse daran haben, dieses Schutzabzeichen zu tragen. Diesen Anträgen werde nicht entsprochen. Dr. Rosenthal IMMER legt die Rechtslage dar, indem er darauf hinweist, dass versorgungsgerechtlich das Schutzabzeichen für Hirnverletzte, Blinde und Taube in Betracht komme. Herr Prüfer weist darauf hin, dass von der Abteilung Kriegsopferfürsorge selbst ein Antrag für einen Beinamputierten gestellt worden sei, der also den gesetzlichen Vorschriften nicht entspreche. Zu diesem Antrag werde er sich noch besonders äußern. Es bestehen keine Bedenken dagegen, dem Beinamputierten mitzuteilen, dass die Stellung solcher Anträge zu unterlassen sind.

2. Tragen des Judenkennezeichens

Herr Prüfer bemerkt, dass sich bereits Fälle bemerkbar machen, in denen Juden das Kennzeichen durch Aktenmappen, Bücher oder in sonstiger Weise verdecken. Dies sei unsulässig.

Es wird darüber berichtet, dass eine Veröffentlichung der Richtlinien im "Nachrichtenblatt" nicht erfolgen könne, dass daher zu prüfen sei, in welcher Weise der Inhalt der Richtlinien bekannt gegeben werden könne. Herr Prüfer bemerkt, dass gegen entsprechende Anschläge in den Synagogen bzw. in den Dienststellen der JKV Bedenken wohl nicht bestehen dürften. Ausserdem werden ja die Richtlinien durch mündliche Weitergabe bekannt werden. Jedenfalls sei mit exemplarischen Massnahmen zu rechnen, wenn Verstösse gegen die Verordnung vorkommen sollten.

Fünf Stücke der Richtlinien werden übergeben.

3. Austritte aus der JKV Berlin

Über die erteilte Weisung des RSH, wonach Austrittserklärung, die nach dem 1.9.1941 eingegangen seien, rechtsunwirksam sind, wird berichtet. Es werde noch eine entsprechende Anweisung an die JKV ergehen, falls sich bei der Durchführung dieser Anweisung Schwierigkeiten ergeben sollten, müsse die Durchführung durch die Staatspolizeistellen erfolgen. Herr Prüfer ersucht darum, ihn über die entsprechende Weisung des RSH zu unterrichten.

4. Toller

Herr Prüfer erklärt, dass die Beschäftigung von Herrn Toller in der Wanderungsabteilung unbesoldet erfolgen soll. Mit dem Vorschlag, vor Antritt der Tätigkeit von Herrn Toller eine Erklärung unterschreiben zu lassen, in der die Art seiner Tätigkeit genau umschrieben werde, erklärt Herr Prüfer sich einverstanden. Abschrift dieser Erklärung könne eingereicht werden. Es wird ausserdem darauf hingewiesen, dass vor einiger Zeit die Wanderungsabteilung mit einem Fall befasst worden sei, in dem für die Bearbeitung der Auswanderung einer Person, die sich in Konzentrationslager befand, von Herrn Toller RM 250.-

verlangt worden sind, obwohl nach der generell erteilten Weisung Anträge in solchen Fällen keine Aussicht auf Erfolg haben. Der Antrag ist ihm auch tatsächlich zugesagt worden. Herr Prüfer gibt anheim, hierüber schriftlich zu berichten.

Berlin, den 20. September 1941

gen. Dr. Bypstein

Dr. C./3..

Anruf bei der Gehelben Staatspolizei Staatspolizeistelle
Berlin (Herrn Prüfer)

am 23. September 1941 10 Uhr 35.

Es wird berichtet, dass neben ein uniformierter Schutzpolizist-
beater die drei Restheime Lützowstr. 77, Lützowstr. 67 und
Berflingerstr. 17 besichtigt habe, angeblich im Auftrage der
Staatspolizei. Herr Prüfer bemerkt, dass ihm hierüber nichts
bekannt sei und ersucht, Herrn Dr. Epstein zu benachrichtigen,
damit er das Reichssicherheitshauptamt in Kenntnis setze.

Anschließend wird Frau Myrants fernmündlich unterrichtet mit
der Bitte, den Bericht an Herrn Dr. Epstein weiterzugeben.
Es handle sich um die ehemaligen Dependancen des behördlich in
Anspruch genommenen grossen Restheime Lützowstrasse, drei Miet-
wohnungen mit rund 50 Plätzen.

(en 23.9.1941).

(Dr. Conrad Israel Gann).

Durchschriften

Herrn Henschel

Dr. Epstein

Frau Henschke

Anruf der Staatspoliseileitstelle Berlin
(Herr Prüfer) am 26.9.1941, 16.15 Uhr

1. Angelegenheit Busch

Auf Befragen wird über den dem RSH mitgeteilten Sachverhalt berichtet. Herr Prüfer ersucht um sofortige Einsendung einer Abschrift des Berichts.

2. Angelegenheit Toller

Auf Befragen, ob bereits eine Entscheidung bekanntgegeben werden könne, erklärt Herr Prüfer, dass eine Weisung noch erteilt werde. Fall Toller sich inzwischen melde, könne ihm mitgeteilt werden, dass von der für ihn vorgesehenen Beschäftigung in der Wanderungsabteilung so lange Abstand zu nehmen ist, bis die in Aussicht gestellte Weisung erteilt worden ist.

gez. Dr. Appstein

V e r m e r k .

Besuch bei der Staatspolizei, Leitstelle Berlin, Herrn Prüfer
in Sachen Ver. auf Niederschönhausen.
um 14 Uhr 30.

Herr Prüfer hatte mich durch sein Büro aufgefordert, ihn sofort
wegen Niederschönhausen aufzusuchen.

Ich wurde gefragt, was denn eigentlich mit dem Ver. auf der Ma-
schinen in Niederschönhausen los sei. Ich schilderte ihm den
bisherigen Verlauf der Dinge und gab hierbei an, dass eine
größere Zahl von Firmen zur Angebotsabgabe zu einem festen Ter-
min von uns aufgefordert waren, dass hierbei die Firma Rose
Höchstbietende gewesen sei, und dass einen Tag später die Firma
Baden uns erklärt habe, sie biete Mk. 100.- über den bisher ge-
botenen Höchstpreis.

Ich setzte auseinander, dass wir darauf einen neuen Ausschrei-
bungstermin festsetzten, nachdem wir auch der Firma Rose gesagt
hatten, dass von anderer Seite ein höheres Gebot abgegeben wor-
den sei.

Zur gesetzten Frist gingen die Angebote der Firma Baden und Rose
ein. Da die Firma Rose hierbei Höchstbietender war, und wir ge-
halten sind, auf ein für die J. V. möglichst günstiges finanzi-
elles Ergebnis zu sehen, haben wir der Firma Rose den Zuschlag
erteilt und den Vertrag den 4. uns seinerzeit von Herrn Dr. Lange,
Syndikus der Ind. u. Handelskammer zu Berlin, genannten Stellen zu-
geleitet.
Jetzt sei zurzeit die Entscheidung.

Herr Prüfer fragte, ob diese Stellen schon entschieden hätten.

Ich verneinte diese Frage.

Zwischendurch hat Herr Prüfer erklärt, die Firma Rose sei eine
Produktenhandlung. Ob uns dies bekannt sei. Ich erwiderte, dass
uns bekannt sei, dass sie neben ihrer Produktionsabteilung auch
eine Eisenabteilung führe.

Nach Schluss meiner Ausführungen erklärte Herr Prüfer, das genü-
ge ihm völlig. Ich könne nach Hause gehen.
Mein Anerbieten, ihm die schriftliche Unterlage für das, was ich
gesagt hatte - und die ich bei mir führte - vorzulegen, lehnte er
ab mit den Worten: "Das reiche völlig aus."

Auf dem Korridor vor Herrn Prüfer's Zimmer sass, als ich hinaus,
Herr Baden, der, nachdem ich entlassen war, zu Herrn Prüfer her-
einggerufen wurde.

Die Unterredung fand unter 4 Augen statt.
Notizen hat Herr Prüfer nicht gemacht.

Herrn Rosower!

Herr Dr. Epstein hat Abschrift erhalten.

Prüfer
Th

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn Prüfer) am 10. Oktober 1941, 17.30 Uhr

1. Austritte

Es wird über die beim RSH erteilten Weisungen berichtet, insbesondere darüber, dass eine Namensliste derjenigen Personen eingereicht worden sei, die der Aufforderung zur Rückgabe der Austrittsbestätigungen nicht nachgekommen seien. Gemäss Entscheidung des RSH sind auch Austrittserklärungen von deutschblütigen Personen nach dem 1.9.1941 als rechtsunwirksam anzusehen.

2. Jüdischer Kulturbund

Es wird über die Anweisungen betreffend Gehaltsauszahlungen an die Angestellten des aufgelösten Jüdischen Kulturbunds berichtet und in diesem Zusammenhang um Aushändigung der für die Gehaltszahlungen erforderlichen Unterlagen aus dem versiegelten Büro des Kulturbunds gebeten. Herr Prüfer verweist in diesem Zusammenhang an den Sachbearbeiter, Apparat 45, bei dem die Herausgabe erbeten werden könne. Bezüglich der Arbeitspapiere sei mit dem Arbeitsamt die Vereinbarung getroffen worden, dass die in Betracht kommenden Personen bis zur Aushändigung der Arbeitsbücher sogenannte Notkarten ausgehändigt erhalten, damit sie sich sofort zum Arbeitseinsatz melden können.

Bezüglich der Schliessung der Arbeitsbücher erhebt Herr Prüfer keine Bedenken dagegen, dass dies unter dem Namen Jüdischer Kulturbund erfolgt, obwohl dessen Auflösung bereits am 12.9.1941 vollzogen worden ist. Im Zusammenhang mit dem Bericht über die Mitteilung an RSH, dass Buchverlag und Nachrichtenblatt der RV bei getrennter Kassensführung angegliedert werden sollen, bemerkt Herr Prüfer, dass er mit dem Propagandaministerium gesprochen habe und eine Zusammenfassung der Kulturbundgelder auf einem besonderen Konto veranlassen werde. Sobald dies erfolgt sei, würden die Konten des Buchverlags und des Jüdischen Nachrichtenblatts, auf die die laufenden Einzahlungen erfolgen, freigegeben werden.

gez. Dr. Epstein

Anruf der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn P r ü f e r)
am 27. Dezember 1941, 10.30 Uhr

Es wird folgendes mitgeteilt:

Durch das Grenzkommissariat Lörrach wird dort folgende Personen beim versuchten Grenzübertritt festgenommen worden:

Reiwald Werner Wolf Israel, geb. 14.11.92 in Berlin
Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgischestr. 22

und Ehefrau Helga Sara geb. Davidsohn, geb. 10.12.09 in
Strassburg/Elsass

Fredy Wolf Israel, geb. 5.3.27 in Berlin
Peter Paul Israel, geb. 20.7.30 in Berlin

Die Kinder befinden sich im Gerichtesgefängnis Lörrach und sollen schnellstmöglich dort abgeholt werden. Es wird vorgeschlagen, die Bezirksstelle in Karlsruhe hiervon zu verständigen, damit diese dem Vertrauensmann in Freiburg/Br. mit dem Auftrag versehen könne, die Kinder in Lörrach abzuholen. Dieser Vorschlag wird zur Kenntnis genommen mit dem Hinweis darauf, dass ein entsprechendes Fernschreiben an das Grenzkommissariat in Lörrach gerichtet werde. Über die Abholung der Kinder und deren einstweilige Unterbringung ist zu berichten. Der Transport der Kinder nach Berlin wird am noch weitere Weisung ergehen.

Ferngespräch mit der Bezirksstelle Karlsruhe
(Herrn E i s e m a n n), 11 Uhr

Der Sachverhalt wird Herrn Eisemann mitgeteilt. Über den Vollzug wird Herr Eisemann telegrafisch berichten.

gez. Br. Eppstein

Anruf bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle (Herrn P r ü f e r) am 2. Januar 1942, 14 Uhr

Es wird darüber berichtet, dass die beiden Kinder

Fredy Wolf Israel und Peter Paul Israel R e i w a l d weisungsgemäss im Gerichtesgefängnis Lörrach abgeholt worden seien und dass die Kinder heute oder morgen in Berlin eintreffen. Frau Dorothea Sara Fränkel, Berlin W.30, Eisenacherstrasse 103, sei gebeten worden, die Kinder bei sich oder in der Wohnung des Ehepaares Reiwald, Wilmersdorf, Brandenburgischestrasse 22, bis auf weiteres unterzubringen.

Herr Prüfer erklärt sich hiermit einverstanden und behält sich vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Schriftlicher Bericht ist nicht erforderlich.

2.1.1942

44

E. W. Müller

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Bezirksstelle Baden-Pfalz in Liquidation

178

E/T

Karlsruhe, den 27. 12. 1941
Herrenstr. 14

Reichsvereinigung
Berlin

M.V.
2

Betrifft: Franz Wolf Israel Reiwald, geboren am 5. März 1927
in Berlin und Peter Paul Israel Reiwald, geboren
am 20. Juli 1930 in Berlin, beide z. St. in Gerichts-
gefängnis Lörrach.

Wir haben uns auf Grund des Anrufs des Herrn Dr. Epstein
mit dem Grenzpolizeikommissariat Lörrach in Verbindung gesetzt,
wobei bis zur Stunde jedoch der Bescheid der Staatspolizei-
leitstelle Berlin nicht vorlag. Auch bei der Staatspolizei-
stelle Karlsruhe war heute nichts in Erfahrung zu bringen.
Wir haben das Erforderliche wegen der Abholung der Kinder
mit unserem Freiburger Vertrauensmann vereinbart und werden
Sie über den Gang der Angelegenheit verständigen.

Dr. Max Epstein

Fernsprecher: 5915 · Postscheckkonto: Karlsruhe 798.29 · Bankverbindung: Badische Bank, Karlsruhe
Sprechstunden: Montag bis Freitag 10-12 Uhr

Q 153

87

23896/4 ✓
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Bezirksstelle Baden-Pfalz in Liquidation

[Signature]
Karlsruhe, den 29. 12. 1941
Herrenstr. 14

Reichsvereinigung
Abteilung I
Berlin

Betrifft: Die Kinder des Ehepaars Reiwald aus Berlin.

Unser Vertrauensmann, Herr Nathan Rosenberger in Freiburg, Kirchstrasse 1, wird am 30. Dezember die obengenannten Kinder, die sich im Gerichtsgefängnis Lörrach befinden, abholen und in seiner eigenen Familie unterbringen, bis sie nach Berlin verbracht werden können. Wir bitten um baldige Mitteilung, ob wir die Kinder durch einen Beauftragten nach Berlin bringen lassen sollen.

Fernsprecher: 5915 · Postcheckkonto: Karlsruhe 79829 · Bankverbindung: Badische Bank, Karlsruhe
Sprechstunden: Montag bis Freitag 10-12 Uhr

78

Notiz.

Mir ist heute, am 3. Januar 1942, bei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Charlottenburg 2, Kantstr. 158, mitgeteilt worden, dass ich für die beiden Kinder

Fred Wolf Israel REIWALD

und Peter Paul Israel REIWALD

die erforderlichen Dispositionen zu ihrer Unterbringung in Berlin treffen kann und dass gegen den Aufenthalt der beiden Kinder in Berlin Bedenken seitens der Staatspolizeileitstelle Berlin nicht bestehen. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich über den jeweiligen Aufenthalt der beiden Kinder auf Anfrage jederzeit Auskunft zu geben habe. Im übrigen bleibt es mir überlassen, ob die Kinder in meiner Wohnung Eisenacherstr. 103, oder in der Wohnung REIWALD-Brandenburgischestr. 22, oder in einer von mir zu bestimmenden dritten Wohnung, oder in einem Heim untergebracht werden. Sollte die Unterbringung in einem Heim zweckmässig oder erforderlich sein, so werde ich hierüber der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland noch entsprechende Mitteilung machen.

Berlin, den 3. Januar 1942.

Dorothea Sara Fraenkel
geb. Lotwinsten
Lyon

(Dorothea Sara Fraenkel)
Berlin, Eisenacherstr. 103,
Kennort Berlin
Kenn-Nr. A 500 496

fy

9. Januar 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
B e r l i n C 2

Betrifft: Pelz-, Ski- und Wollsachen

Unter Bezugnahme auf die anlässlich des heutigen fernmündlichen Vortrags erteilte Weisung gestatten wir uns, in der Anlage Abschrift des Rundschreibens der Reichsvereinigung zu überreichen, das zur Versendung am 10. ds. Mts. an die Bezirkstellen der Reichsvereinigung und jüdischen Kultusvereinigungen durch das Reichssicherheitshauptamt genehmigt worden ist.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

45
Anlage

7

Aktennotiz A 24

173

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
am 14. Januar 1942, 13 Uhr

Es wird darüber berichtet, dass im Vollzug der erteilten Weisung der bisherige Mitarbeiter der Arbeitseinsatzgruppe, Hermann Israel Stern aus Jakobsdorf, nach Neuendorf bestellt worden sei, um Herrn Hubert Israel Grau eingearbeitet zu werden. Von den Mitarbeitern der RV und der JKV Berlin könne zurzeit niemand zu diesem Zweck freigestellt werden. Um eine Anforderung beim Arbeitsamt zu ersparen, empfehle sich die vorgeschlagene Regelung, zumal Stern mit den vorkommenden Arbeiten vertraut ist.

Herr Prüfer erklärt sich hiermit einverstanden.

gez. Dr. Eppstein

Fachgruppe Möbeltransport Ortsfachgruppe Berlin

R 1/42.

Berlin, den 19. Januar 1942.

Vertraulich!

An die Mitglieder !

Betr.: Verfügungsrecht jüdischer, im Inland
befindlicher Einlagerer über Lagergut.

Auf Grund von Rückfragen aus dem Mitgliederkreise über das Verfügungsrecht jüdischer, im Inland befindlicher Einlagerer über das Lagergut hat sich die Geheime Staatspolizei-Staatspolizeileitstelle Berlin mit Schreiben vom 14.1.1942 (Aktenzeichen: Stapo IV D1) zur Klärstellung der Fragen wie folgt geäußert:

- Zur Bestätigung der telefonischen Mitteilung vom 22.12.41 wird mitgeteilt, dass das bei den einzelnen Firmen lagernde jüdische Gut - ausgenommen das devisenrechtlich erfasste - nur herausgegeben werden darf, wenn eine entsprechende Bescheinigung der Geheimen Staatspolizei vorliegt. Es ist dabei gleichgültig, ob das Lagergut bereits durch Juden an andere Personen weiter veräußert worden ist oder nicht.

Ich bitte, die Ihnen angeschlossenen Mitglieder in diesem Sinne zu unterrichten und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Mitglieder veranlassen würden, das bei ihnen lagernde Jüdischgut listenmässig hierher zu melden.

Es ist daher im Sinne der vorstehenden Weisung der Geheimen Staatspolizei - Staatspolizeileitstelle Berlin, Berlin C.2, Grunerstr.12, zu verfahren.

Heil Hitler !

Ernst Plessow
Leiter

Walter Beier
Geschäftsführer.

172
A 25

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn P r a f e r) Am 27.1.1942, 12.30 Uhr

Betrifft: Übernahme der Wirtschaftspraxis Dr. Hans Israel Bendix,
Kurfürstendamm 73

Demnach der Fernmündlich erteiltes Befehl wird darüber berichtet, dass die
Fol. 53 Akten aus der Praxis von Dr. Bendix zur Weiterbearbeitung übergeben
habe. In einem Fall hinsichtlich eines Nachlasses einer Verwandten des Dr.
Bendix seitens der Staatspolizeileitstelle die Weiterbearbeitung gestattet
werden sei. In den übrigen Fällen werde die Weiterbearbeitung von der KWI zu
nehmen werden. Dr. Bendix habe somit seine Praxis eingestellt. Herr Prifer
nimmt hiervon zustimmend Kenntnis.

gez. Dr. Appstein

152

Betrifft: Zahl der Juden in Berlin
nach dem Stande vom 31.1.1942

Gesamtzahl		58.637
abzüglich Juden ausländischer Staatsangehörigkeit		<u>1.374</u>
		57.263
hiervon nicht Sternträger		12.005
darunter Juden in privilegierter Mischehe		
namentlich erfasst	4.792	
geschützter Zuschlag für		
nicht erfasste	<u>1.208</u>	
zusammen rund	6.000	
Sternträger		<u>45.258</u>
darunter Juden in nicht privilegierter Mischehe		
namentlich erfasst	2.233	
geschützter Zuschlag für		
nicht erfasste	<u>567</u>	
zusammen rund	2.800	
Zahl der über 65 Jahre alten Sternträger		<u>11.809</u>
verbleiben Sternträger unter 65 Jahren		33.449
darunter Zahl der Sternträger zwischen 55 und 65 Jahren	9.107,	
hiervon besonders gehrechlich nach den Erfahrungen der Gesundheitsverwaltung geschätzt mit etwa 10% auf		<u>1.000</u>
verbleiben		32.449

Arbeitseinsatz		rund	21.000
Organisationsangestellte der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin und Reichsvereinigung		rund	<u>2.000</u>
			23.000
besoldete	1.744		
Bereinigungspersonal	26		
Lernpersonal	<u>169</u>		
	1.939		

hiervon wehrwirtschaftlicher Arbeitseinsatz (geschätzt) und Organisationsangestellte rund 18.000

In der verbleibenden Zahl sind Sternträger in nicht privilegierter Mischehe, Ehefrauen und minderjährige Kinder der Juden in Arbeitseinsatz und der Organisationsangestellten enthalten.

Aktennotiz A 26

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn Prüffler) am 3. Februar 1942, 8.45 Uhr

Gemäß der fernmündlichen Anforderung werden nachfolgende statistische Angaben mitgeteilt:

	Zusammen	männlich	weiblich
31.12.1941	61.947	25.634	36.313
Abwanderung	5.005	242	2.056
	58.942	24.695	34.257
Sterbefälle	331	163	168
	58.611	24.522	34.089
Geburten	19	10	9
	58.630	24.532	34.098
Binnenwanderung	+ 7	- 1	+ 8
31.1.1942	58.637	24.531	34.106

- *) darunter 89 Selbstmorde mit tödlichem Ausgang
von insgesamt 142 Selbstmordversuchen im Januar
**) hiervon 45.256 gekennzeichnete Juden

gez. Dr. Oppstein

Jüdische Kultusvereinigung
zu Berlin e. V.

Statistische Angabe per 1. Februar 1942
auf Grund der Unterlagen der Kataster-
Verwaltung

Tabelle 1

Bezeichnung	Juden deutscher Staatsangehörigkeit einschl. der Staatenlosen, der ehem. Polen und ehem. Luxemburger in Berlin		
	insgesamt	davon männlich	weiblich
Sternträger	45.258	18.942	26.316
Nichtsternträger	12.005	5.007	6.998
Zusammen:	57.263	23.949	33.314

Tabelle 2

Bezeichnung	In deutsch-jüd. Mischehe lebende Juden in Berlin insgesamt
Personen in privilegier- ter	6.000 ^{x)}
nichtprivi- legierter	2.800 ^{x)}
Mischehe	
Zusammen:	8.800 ^{x)}

x) geschätzt

51

Tabelle 3

Geschlecht	Juden ausländischer Staatsangehörigkeit (ausser ehem. Polen und Lukenbürgern) in Berlin
Männer	582
Frauen	792
Zusammen:	1 374

Tabelle 4

Staatsangehörigkeit	Juden mit slowakischer, rumänischer oder kroatischer Staatsangehörigkeit in Berlin		
	insges.	davon männl.	weibl.
Slowakei	45	22	23
Rumänien	176	87	89
Kroatien	5	2	3
Zusammen:	226	111	115

- 3 -

Tabelle 5

150

Bezeichnung	Juden im Alter von 65 Jahren und darüber in Berlin		
	insgesamt	davon	
		männlich	weiblich
Sternträger	11.809	4.473	7.336
Nicht- Sternträger	2.006	803	1.203
Zusammen:	13.815	5.276	8.539

Tabelle 6

Bezeichnung	Juden im Alter von 55 Jahren bis unter 65 Jahren in Berlin		
	insgesamt	davon	
		männlich	weiblich
Sternträger	9.107	4.093	5.014
Nicht- Sternträger	2.085	867	1.218
Zusammen:	11.192	4.960	6.232

53

Tabelle 7

	Sterbeträger			
	Insges.	Summe im Alter von		Bes. Gebrech- liche
		65 J. u. dar.	55 bis u. 65 J.	
	1	2	3	4
Männer	18.942	4.473	4.092	.
Frauen	26.216	7.226	5.014	.
Gesamtwert:	45.258	11.699	9.107	1.000

n) Besonders Gebrechliche unter den 55 bis unter
65 jährigen (Spalte 3)

Tabelle 8

	Nichtsterbeträger		
	Summe im Alter von		
	Insges. 65 J. u. dar. 95 bis u. 65 J.	1	2
Männer	5.007	803	867
Frauen	6.998	1.203	1.210
Gesamtwert:	12.005	2.006	2.077

Am 5.2.1942 dem Beamten der Staatspolizeileitstelle Berlin übergeben.

Aktenvermerk

Am 30.1.1942, 14 Uhr erfolgte ein Anruf des Präsidiums des Deutschen Roten Kreuzes (Dr. Niehaus), bei dem folgendes gefragt wurde:

Die Reichsvereinigung habe sich an Frau Marianne Frank, Züllichau, mit einem Roten Kreuz-Brief gewandt und von ihr Auskünfte für ihren Ehemann verlangt. Es habe sich nunmehr herausgestellt, dass es sich bei Frau Marianne Frank um die Gattin eines deutschen Offiziers handelt, der sich in australischer Kriegsgefangenschaft befindet. Es soll festgestellt werden, auf wessen Veranlassung die Reichsvereinigung die Rückfrage bei Frau Marianne Frank herbeigeführt hat. Aus den von der Bezirksstelle Brandenburg/Pommern zur Verfügung gestellten Unterlagen wurde fernmündlich dem Deutschen Roten Kreuz folgendes mitgeteilt:

Bei der Reichsvereinigung ist ein Schreiben des Internationalen Roten Kreuzes aus Genf vom 9.12.1941 unter dem Aktenzeichen CC.A.340/NV Service civil, eingegangen. In diesem an die Reichsvereinigung gerichteten Schreiben bittet das Internationale Komitee vom Roten Kreuz um Auskunft über den gegenwärtigen Aufenthalt und das Befinden von Frau Marianne Frank, Kaiser Wilhelmstrasse 36, Züllichau/Mark. "Anfragesteller Britisches Rotes Kreuz für den Gatten: Frau Frank erwartete ein Baby. Ihr Mann ist seit langem ohne jede Nachricht und deshalb sehr um sie besorgt. Er bittet inständig um baldige Antwort."

Dieses Schreiben wurde von der Zentrale der Reichsvereinigung am 12.1.1942 an die Bezirksstelle Brandenburg/Pommern abgegeben, die ihrerseits an den Vertrauensmann in Züllichau, Hermann Israel Loewenthal, am 15.1.1942 geschrieben hat.

Der Sachbearbeiter beim Deutschen Roten Kreuz entnahm aus dieser Sachdarstellung, dass beim Internationalen Roten Kreuz in Genf wohl eine Namensverwechslung oder die Vermutung eine Rolle gespielt haben könnte, dass es sich bei Frau Frank um die Gattin eines Juden handeln könnte, da es auch Juden dieses Namens gebe. In dieser Annahme habe wohl das Internationale Rote Kreuz das Schreiben nicht an das Deutsche Rote Kreuz, sondern an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland gerichtet. Der Sachbearbeiter behielt sich vor, auf die Angelegenheit gegebenenfalls unter Anforderung eines schriftlichen Berichts zurückzukommen.

Berlin, den 5. Februar 1942

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Dr. Paul Israel Epstein

154

Herrn Dr. Eppstein
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Herrn Pinkus

Nach meiner Schätzung dürften zur Zeit in Berlin noch etwa 23 000 Juden (einschliesslich der jüdischen Organisationsangestellten) in Arbeit stehen, wovon etwa 55 - 60 vom Hundert Männer sein werden. Die Zahl der jüdischen Organisationsangestellten in Berlin dürfte etwa 1750 betragen.

Bei der grossen Zahl der Alleinstehenden ist nach meinem Dafürhalten bei der jüdischen Bevölkerung in Berlin die Relation der Haushaltungen zur Personenzahl nicht höher als etwa 1: 1.5 oder 1.6 anzunehmen. Dies entspricht auch den Erfahrungen der jüdischen Wohlfahrtspflege und der Jüdischen Winterhilfe.

6. Februar 1942
Dr.C/Vg.

(Dr. Conrad Israel Cohn)

25

7. Februar 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
Berlin C 2

In der Anlage gestatten wir uns, eine statistische Übersicht über die Altersgliederung der Juden in Berlin am 31.1.1942 unter Berücksichtigung der Zahl der nach der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 (RGBl.I.S.547) gekennzeichneten Juden zu überreichen.

Aus der Tabelle ergibt sich, dass von den 58.637 Juden zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind 45.258, von denen 37,58 v.H. 60 Jahre und darüber alt sind. Die Zahl der in Arbeit befindlichen Juden in Berlin ist zurzeit auf rund 23.000 zu schätzen, davon etwa 1.750 Organisations-Angestellte und 21.250 in Arbeitseinsatz.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Anlage

Die Altersgliederung der Juden in Berlin

am 31. Januar 1942

unter Berücksichtigung der gekennzeichneten Juden x)

In den nebenst. bezeichneten Altersgruppen stunden (Personen):

Altersgruppen	männlich				weiblich				zusammen			
	davon		davon		davon		davon		davon		davon	
	überhaupt	gekennzeichnet	überhaupt	gekennzeichnet	überhaupt	gekennzeichnet	überhaupt	gekennzeichnet	überhaupt	gekennzeichnet	überhaupt	gekennzeichnet
1	592	564	566	539	1.158	1.103	2.41	2.38	1.66	2.05	1.97	2.44
2	2.145	1.489	2.123	1.467	4.268	2.956	8.75	7.86	6.22	5.57	7.28	6.33
3	6.945	4.761	10.064	6.652	17.609	11.413	28.31	25.13	29.51	25.28	29.00	25.22
4	6.801	5.396	9.394	7.420	16.195	12.778	27.72	26.29	27.54	26.20	27.62	26.23
5	8.048	6.770	11.959	10.258	20.007	17.008	32.81	35.74	35.07	38.90	34.15	37.58
Zusammen:	24.531	18.942	34.106	26.316	58.637	45.258	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

x) auf Grund der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 (MBl. I S. 547)

xi) Kinder gekennzeichnete Juden

Abschrift

Der Oberfinanzpraesident Berlin, "Vermögensverwertung", Aussenstelle
Berlin C. 2, den 12. Februar 1942
Muenstr. 12
Fernsprecher: 41 5033-36

2/327

143

Akt.-Z. 5205 - Allgemeines
P II Verv. -

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Berlin
s. Hd. Herren Prokop und Pruefer
B e r l i n

Betrifft: Abschiebung von Juden.

Antragsteller, die den Zusammenhang mit den Evakuierungsmaßnahmen in Berlin Anliegen vorbringen, sind bisher regelmässig an mich verwiesen worden. Ich bin auf Grund vertraglicher Abmachungen mit der Stadt Berlin fuer die anfallenden Aufgaben nur zum Teil zustaendig. Einen Teil der Aufgaben hat die Stadt Berlin, Staedtische Pfandleihanstalt IV, Berlin N, Elsaesserstr. 74 (Telef. 52 0021, Apparat 2901) uebernommen, die sich wiederum der oertlich zustaendigen Bezirksaemter Abteilung Finanzverwaltung bedient. Um den Auskunftfordernden unmittelbar im Einzelfall zustaendige Stellen angeben zu koennen, teile ich im Folgenden mit, wie die Zustaendigkeit geregelt worden ist. Ich weise besonders darauf hin, dass diese Ausfuhrungen nur fuer die in den Monaten Oktober 1941 bis einschliesslich Januar 1942 durchgefuehrten Evakuierungen gelten.

1). Miete und Schoenheitsreparaturen.

Ansprueche auf Miete und Ausfuhrung von Schoenheitsreparaturen sind bei dem Oberfinanzpraesidenten Berlin, Vermoegensverwertung-Aussenstelle Muenstr. 12 gesondert fuer jeden abgeschobenen Mieter einzureichen. Die Reparaturen sind durch den Eigentümer zunaechst nicht ausfuehren zu lassen.

2). Die etwa erforderliche Entwesung der Wohnungen und der Zimmer abgeschobener Untermieter laesst die Stadt Berlin durch das fuer die Wohnung oertlich zustaendige Bezirksamt Abteilung Finanzverwaltung durchfuehren.

3). Die Raeruempung der Wohnungen und Zimmer veranlaesst ebenfalls das zustaendige Bezirksamt Abteilung Finanzverwaltung.

4). Sofern in Einzelfaellen (z.B. bei Rohrbruechen) das Betreten der versiegelten Wohnung notwendig ist, ist das oertlich zustaendige

H. Dr. Epstein

Besirksamt Abteilung Finanzverwaltung unverzüglich zu benachrichtigen.

5). Die Neuvermietung einer Wohnung ist nur mit Zustimmung des Generalbauinspektors möglich. Der grösste Teil der Wohnungen wird von der Stadt Berlin - Hauptplanungsamt - beschlagnahmt. Mit der Vermietung der Wohnungen ist weder der Oberfinanzpräsident Berlin noch die Stadt Berlin befasst.

6). Für die Freigabe von Gegenständen, die sich in den Wohnungen befinden und an denen Dritte Rechte geltend machen, ist zu unterscheiden

a) ob der gesamte oder im wesentlichen der ganze Wohnungsinhalt freigegeben werden soll,

in diesem Fall entscheidet der Oberfinanzpräsident Berlin;

b) oder ob einzelne Gegenstände freigegeben werden sollen, hier entscheidet die Stadt Berlin, Städtische Pfandleihanstalt IV, Berlin N. Elsassstr. 74.

In den Fällen, in denen der juedische Mieter die Wohnung verlassen hat, aber im Inland geblieben ist, (z.B. bei Umsiedlung innerhalb Berlins), sind alle Ansprüche nach wie vor gegen den Juden geltend zu machen. Dieser hat sich, soweit er zur Befriedigung des Anspruchs ueber sein bewegliches Vermoegen verfuegen muss, zwecks Genehmigung der Verfuegung an die juedische Kultusvereinigung zu wenden.

Ist der Jude vor der Abschiebung im Inland verstorben, so ist auch bei Versiegelung der Wohnung durch die Geheime Staatspolizei Staatspolizeistelle Berlin der Oberfinanzpräsident Berlin nicht zustaendig. In diesen Fällen ist Anzeige beim zustandigen Polizeirevier zu erstatten. Das Nachlassgericht (Amtsgericht) sorgt notfalls fuer die Sicherung des Nachlasses durch Bestellung eines Nachlasspflegers.

Ich bitte um Kenntnissnahme. Abschrift dieses Schreibens erhaelt die Stadt Berlin, Städtische Pfandleihanstalt und die Juedische Kultusvereinigung Berlin.

Im Auftrag
ges. Dr. Friedel

Abschrift
Juedische Kultusvereinigung Berlin

Ich bitte um Kenntnissnahme.

Im Auftrag
ges. Unterschrift

Auf Grund des Berichts von Fraulein Dr. Sommer hat die Unterzeichnete Frau Fränkel am 8. Februar zu sich bestellt. Frau Fränkel erschien mit mehr als halbstündiger Verspätung. Ihr äußerer Eindruck entspricht den Schilderungen von Fraulein Dr. Sommer.

In der Unterhaltung ergab sich, dass der Vater der Kinder, Werner ~~Wolf~~ Wolf Israel Reiwald, z.Zt. Amtsgefängnis Lürbach i.B., Bahnhofstr. 1, die Unterbringung seiner Kinder bei Frau Fränkel gewünscht hat. Die Kinder sowohl wie Frau Fränkel selbst stehen mit dem Vater in laufender Verbindung. Sie schreiben ihm 2 x wöchentlich und erhalten pünktlich jede Woche Nachricht von ihm. Der Vater bestimmt nach wie vor alle wesentlichen Anordnungen im Leben seiner Kinder, hat aber selbst vorgeschlagen, dass ein Pfleger eingesetzt wird.

Frau Fränkel unterbreitet diese Bitte dem Vater. Sie berichtet freiwillig, dass der grosse Junge ihr in vielen entachsen sei und dass es für ihn notwendig wäre, sich wieder der Disziplin einer Schule oder einer Berufsarbeit zu fügen. Der Junge selbst sei intellektuell gut befähigt und habe den Wunsch, die Oberschule zu besuchen. Das Einverständnis des Vaters liegt vor. Frau Fränkel würde sich über die Frage, ob der Junge nochmals eingeschult oder dem Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt werden soll, gern beraten. Sie wird aus diesem Grunde den Leiter der Oberschule aufsuchen, eine Entscheidung aber erst treffen, wenn ihr eine Persönlichkeit als Pfleger des Jungen benannt wird, und sie auch seinen Rat hören kann.

Das jüngere Kind soll so bald wie möglich eingeschult werden. Frau Fränkel wird alle nötigen Vorbereitungen dazu treffen (sie hat mir inzwischen berichtet, dass sie mit dem Jungen bei Herrn Dr. Theodor war, der bei der früheren Schule Rückfrage halten und danach entscheiden will, ob der Junge in die Volks- oder Oberschule aufgenommen wird).

Während Frau Fränkel der Bestellung eines Pflegers positiv gegenüber steht, lehnt sie eine Verlegung der Kinder ab. Ich habe eine solche Verlegung als möglich hingestellt, mit der Begründung, dass Frau Fränkel entlastet werden müsse und dass für sie die Verantwortung für die Erziehung des grossen Jungen kaum tragbar sei. Ich habe noch hinzugefügt, dass wir immer Wert darauf legen, dass Kinder in einem Milieu erzogen werden, das ihrer Konfession entspricht. Frau Fränkel erwiderte darauf, dass die Kinder regelmässig zu Herrn Pfarrer Rieger von der Ludwigsgemeinde zum Unterricht gehen, dass sie den Gottesdienst besuchen und dass damit auch dem Wunsche des Vaters Genüge getan werde. Die Taufe der Kinder sei erst im April v.Js. erfolgt. K

Die Anmeldung der Kinder in der Wohnung von Frau Fränkel hat die ausdrückliche Genehmigung der Gestapo und der Kreisstelle der Partei. Auf beiden Stellen war Frau Fränkel persönlich; da der Hausverwalter seine Genehmigung für die Anmeldung der Kinder nicht ohne weiteres geben wollte. Frau Fränkel hat jetzt auch Kohlen bekommen, um das Zimmer der Kinder zu heizen und berichtete, dass dieses Zimmer jetzt viel wohnlicher sei, als bei dem Besuch von Fraulein Dr. Sommer.

M.E. müsste ein Pfleger für die Kinder schnellstens bestellt werden. Vorschläge hierfür wollte Fraulein Dr. Sommer uns unterbreiten. Eine Verlegung der Kinder dürfte auf Schwierigkeiten stossen, vielleicht wird durch den

regelmässigen Schulbesuch und die Einschaltung eines Pflegers auch ohne eine solche Massnahme eine gute Wirkung erreicht hat. Sollte sich eine anderweitige Unterbringung der Kinder aber als unumgänglich erweisen, müsste zunächst die Genehmigung des Vaters eingeholt werden.

16. 2. 1942

Ka/Ma.

(Kaminski)

Herrn Dr. Epstein

Fraulein Dr. Sommer

17. FEB. 1942

A b s c h r i f t.

Ernst Israel Jeremias

Berlin 30.22.Febr:1941
Martin-Lutherstr. 89
bei Dr. Ritter.An die
Jüdische Kultusvereinigung
Bezirksstelle Südwest
Berlin 20
Münchenerstr. 37.

Sehr geehrter Herr Herz,

vor einiger Zeit bereits war bei uns für die Levetzowstr. gesammelt worden. Ich war der Ansicht, dass es sich um einen Schwindler handeln musste. Gestern wurde erneut gesammelt, für den Transport vom 4. März. Da ich zu Hause war, bat ich den Sammler um seinen Ausweis, woraufhin er mir seinen blauen Wehrmachts Ausschlusschein zeigte. Ich hielt ihn für einen Schwindler, da er für ordentliche Sammlungen auch einen ordentlichen Ausweis der Gemeinde haben müsste. Er meinte, dass er einen solchen nicht habe, aber im Auftrage der "Alijah" Schule - erst sagte er in Wannsee, dann in der Chorinerstr. - sammle, wohin er auch die eingekommenen Beträge abliefern. Eine Sammelkarte hatte er nicht, sondern die Zeichnungen waren in ein Schulheft eingetragen.

Als Personalia notierte ich aus der Kennkarte (Mariendorf Nr. A 580562) Schneiderlehrling Willi Berger. Seine Wohnung ist angeblich in Mariendorf, Geradorffstr. 48.

Ich möchte nicht, dass etwa eine Anzeige erstattet wird, da es sich wohl nur um einen Dummejungenstreich handeln kann, da ich das Alter des Sammlers auf 16 Jahre schätze. Ich hoffe, dass die Sache mit einer energischen Verwarnung des Jungen zu erledigen sein wird, da es sich nach meinem Empfinden nur um eine Schwindelei handeln kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Ernst Israel Jeremias.

Berlin, den 25. Febr. 1942
He./Dal.

Aktennotiz:

Betr. Besichtigungen durch Herrn Oberinspektor Wöhrn und Hauptsturmführer Gutwasser vom Reichssicherheitshauptamt und Kriminalobersekretär Pruefer von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin.

1). Etwa um 10 Uhr vormittags bestellte im Auftrage von Herrn Pruefer Herr C r o h n fernmündlich, dass ich sofort in das Kinderheim kommen solle. Im Hofe traf ich dort die Herren HSTF Gutwasser und Pruefer an, in deren Begleitung sich Herr Crohn befand. Herr Pruefer bemaengelte lebhaft den unordentlichen Zustand des Heimes, wobei er wiederholt auf den guten Zustand zu der Zeit hinwies, als Frau Timendoerfer Heimleiterin war. Besondere Bemaengelungen galten dem Herumliegen von zerbrochenen Turngeraeten auf dem Hofe, der unsachgemaessen Einlagerung der dadurch einer Frostgefahr ausgesetzten Lebensmittel in der zur Synagoge eingerichteten Turnhalle, sowie vor allem der Aufstellung von Gemuesefassern in einem nassen Lichthof.

Herr Pruefer ersuchte, die Leitung des Heime sofort der Frau Timendoerfer zu uebergeben und erklarte, dass Herr Crohn und die Knechenleiterin, Frau Flatauer, mit dem naechsten Transport zur Abwanderung zu bringen seien.

Herr O.L. Wöhrn, der alsdann hinzukam, liess den Erzieher Suessmann rufen, der sich bei Besichtigung eines Zimmers ihm gegenueber ungebuehrlich benommen habe und notierte sich seine Personalien. Herr Pruefer fragte den Erzieher Suessmann noch, ob er Eltern hier habe, und liess sich die Anschrift des Vaters nennen.

2). Die genannten Herren begaben sich alsdann nach dem Altersheim Schoenhanserallee 22 und dem Kinderheim Fehrbellinerstr. 92, und ich wurde aufgefordert, mich ihnen anzuschliessen. Im Altersheim wurde das Nebengebäude kurz besichtigt, sodann eingehend das Erdgeschoss des Hauptgebäudes mit den Wirtschaftsraeumen und das I. Stockwerk. Von einer weiteren Besichtigung wurde mit Rueckicht auf den ordnungsgemaessigen Zustand der besichtigten Raume Abstand genommen.

Im Kinderheim Fehrbellinerstrasse wurde gleichfalls nur das Erdgeschoss mit den Wirtschaftsraeumen und das I. Stockwerk einer Besichtigung unterzogen und auch hier die Besichtigung mit Rueckicht auf den guten Befund alsdann abgebrochen. Vor Beginn der Besichtigung wurden im Hofe 2 Arbeiterinnen von Herrn Pruefer notiert und zur Purgierstrasse bestellt, welche durch das Knechenfenster mit den darin beschaeftigten Personen gesprochen hatten. Die Herren erklaeerten nunmehr fruehstuecken gehen zu wollen und ich wurde entlassen.

3). Um 13 Uhr 45 Min. erschienen die Herren in meinem Arbeitszimmer, in welchem ausser mir Herr Baumeister Beer und Herr Dr. Blumenthal anwesend waren. Von Herrn Baum, Beer wurden Plaene der Altersheime Gr. Hamburgerstrasse und Schoenhauserallee und des Heias Weissensee, Parkstrasse angefordert; die Plaene sollen morgen vormittag unmittelbar zu Herrn HSTP Gutwasser gesandt werden.

Herr Pruefer forderte mich sodann auf, einige Raume zu zeigen, zunachst die Arbeitsraume des Archivs. Ich fuhrte sie ueber die Hintertreppe zum Reichssippenamt, wo soeben um 2 Uhr Dienstschluss stattgefunden hatte. Herr Arndt war jedoch noch anwesend, und es wurde mit ihm ueber die bereits vom Reichssippenamt in Anspruch genommenen und fuer spaeter verlangten Raemlichkeiten gesprochen. Herr Arndt bestaetigte die mit uns getroffene Abmachung, dass er weitere Raume erst verlangen wolle, wenn die JKV sie nicht mehr benoetige. Herr Pruefer bemerkte, dass die Kultusvereinigung, wenn sie spaeter weniger Verwaltungeraume benoetigen wuerde, sich vielleicht auf die Rosenstrasse beschraenken koennte. Demgegenueber wies Herr HSTP Gutwasser auf die Beanspruchung des Hauses Rosenstr. 2-4 durch die Post und den bevorstehenden Verkauf hin. Er bestaetigte jedoch auf einen Hinweis von mir, dass die JKV trotz des Verkaufs zunachst in der Rosenstrasse weiter arbeiten wuerde.

Die Herren begaben sich nachher noch mit Herrn Arndt vom III. in das IV.-Stockwerk. Ich beurlaubte mich und sagte, dass ich in meinem Arbeitszimmer warten wuerde. Als sie zurueckkamen, erklaerten sie, dass eine weitere Besichtigung nicht erforderlich sei und entfernten sich.

(Moritz Israel Henschel)

Durchaus las erhalten:

- 1). Herr Dr. Cohn
- 2). Herr Dr. Eppstein

Herrn Dr. Eppstein
mit der Bitte um Kenntnisnahme

27. Februar 1942

Scheine Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
IV B 1
Burgstrasse 23
Berlin C 2

Betrifft: Willi Israel Berger, geboren 6. 7. 1923 in Berlin
zuletzt schriftl. wegen: Jugendwohnhelm Illsacker Strasse

Es erstatte folgende Meldung.

Berger war als Vorverurteilungszörling in unserem Jugendwohnhelm Illsacker Strasse 3 untergebracht. (Beschlüsse des Jugendrichters Tempelhof VII 127 vom 4. 8. 1939 und 12. 1. 1940.)

Gegen Berger, der schon früher mehrfach Taschengeldschneiderei betrieben hatte, ist die schriftliche, mündliche Anzeige vom 22. 2. 1941 bei unserer Schiffsverkehrsstelle Südost erstattet worden. Die alsbald angestellten Ermittlungen haben ergeben, dass Berger wieder Taschengeldschneiderei betrieben hat. Er hat jetzt nicht nur Geld, sondern auch Lebensmittelmarken gesammelt. Aus dem beiliegenden "Wummelheft für Verpflegung" geht hervor, wo und wie viel er Geld und Lebensmittelmarken gesammelt hat. Berger hat hierzu die beigefügte Erklärung vom 24. des Monats abgegeben.

Berger stand bei der Firma Wilhelm Scherke, Berlin C 2, Schillingstrasse 22 (Fernruf 512230) in Arbeit. Er ist gestern früh, wie üblich, aus dem Jugendwohnhelm zur Arbeit gegangen, auf der Arbeitsstelle jedoch nicht eingetroffen. Es hat sich herausgestellt, dass am 24. des Monats auf der Arbeitsstelle ein grauer Wintermantel und am 25. des Monats eine braune Brieftasche eines anderen dort beschäftigten Arbeiters abhanden gekommen sind. Die Brieftasche enthält eine Kennkarte auf den Namen Feleg Heymann, Neukölln, Weidenstrasse 9, ferner eine Reichskleiderkarte auf den gleichen Namen, eine Raucherkarte für Frauen, zwei Bescheinigungen für Jenny und Tana Heymann über ihre Eigenschaft als Mischlinge ersten Grades, ein Goldbuch mit Interimsentlassungsschein und Verleihungsurkunden über das Eisenerz Kreuz zweiter Klasse und das Ehrenkreuz für Frontkämpfer sowie 40.-- RM in zwei Zwanzigmarkscheinen. Der Verdacht, die Sachen entwendet zu haben, richtet sich gegen Berger. Er ist nicht in das Heim zurückgeführt.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
Der Vorstand

(Hr. Conrad Israel Cohn)

16

Herrn Dr. Epstein mit der Bitte um Kenntnisnahme

Wandt der Geheimen Staatspolizei Staatspolizei zittstelle Berlin
(Herrn Prüfer) am 3. Februar 1942, 2 Uhr 40

Es wird folgendes gemeldet.

Am 28. Februar 1942 von zwei Beamten der Staatspolizei abgeholt und nicht wieder in das Heim zurückgekehrte Hausangestellte des Altersheims Grosse Hamburger Strasse 27 Helene Sara Lessinski, geb. Granziner hat dem Haushilfen Herbert Israel Kronheim, wie dieser Frau Oberländer berichtet hat, vor 8 - 10 Tagen ein Päckchen mit der Begründung zur Aufzählung abgegeben, dass er besser in der Lage wäre, es aufzutragen als sie, da es aus ihrem Zimmer leicht wegkommen könne. Frau Oberländer hat das Päckchen geöffnet und festgestellt, dass es einen Fremdenpass auf den Namen Johanna Sara Tropper, geb. Abraham, sowie weitere Papiere der Frau Tropper enthielt.

Herrn Prüfer ordnet an, dass das Päckchen ihm sobald zu überreichen sei.

Frau Oberländer erhält von mir fernmündlich den entsprechenden Auftrag.

2. März 1942
Dr. C/12.

(Dr. Conrad Israel Cohn)

140
2. März 1942.

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle
Berlin, C. 2, Burgstr. 28.

Betrifft: Abwanderungstransporte:
zulassungsurkunden für Krankenbehandler.

In der Anlage starnenden wir wiesungsgemäß die Zulassungsurkunden für

1. Dr. Edith Sara Sternberg, geboren am 2.2.1898
in Berlin,
zum Krankenbehandler bestellt für den am 19.1.1942
abgegangenen 9. Abwanderungstransport.
2. Dr. Martin Israel Caspary, geboren am 6.11.1885
in Stettin,
zum Krankenbehandler bestellt für den am 25.1.1942
abgegangenen 10. Abwanderungstransport.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND
Alt.Krankenbehandler

(Dr. Paul Israel Appstein) (Dr. Adolf Israel Metz)

2 Anlagen

89

Eingegangen
 - 3. JUL. 1942
 3. März 1942
 Erledigt
 Abgabe an Frl.
 am 2.
 Herr Geruch

1. Herrn Henschel
2. Herrn Dr. Eppstein
3. Herrn Walter m.d. Bitte um Weitergabe an Frä. Silbermann und Herrn Rockmann
4. an das Jugendwohnheim, z.Hd. des Herrn Garuch

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
IV D 1
Burgstrasse 28
Berlin C 2

Betrifft: Willi Israel Berger, geboren 6.7.1923 in Berlin
zuletzt wohnhaft gewesen: Jugendwohnheim Wilsnackerstr. 3

. In Ergänzung unserer Meldung vom 27. Februar 1942 bestätigen wir unsere heutige fernmündliche Anzeige wie folgt:

Im Hause Sonnenstrasse 59 in Charlottenburg ist gestern bei Rosenthal und in der Pension Schwalbe von einem jungen Menschen, dessen Beschreibung auf Berger passt, "für den nächsten Abwanderungstransport, der am 7./8. März 1942 geht", gesammelt worden.

Jüdische Kult. vereinigung zu Berlin e.V.
Der Vorstand

(Dr. Conrad Israel Cohn)

Verfügung

- 1.) An das
Zentralbüro der Altersheime
Berlin N.4.

Wir bitten auftragsgemäss durch die Herren Heimverwalter Feststellen zu lassen, welche von den Insassen der hospitalen und Altersheime infolge ihrer geistigen Erkrankung sich für eine Aufnahme in der Heil- und Pflegeanstalt eignen.

In Frage kommen Patienten, die an Altersschwachsinn, oder aber an angeborenen Schwachsinn leiden, sowie an anderen ablaufenden oder aber auch akuten Geistesstörungen.

Sie wollen uns bis zum 3.4.42 pünktlich die Namen, das Alter und die Transportfähigkeit der in Betracht kommenden Personen ansetzen. Die Aufstellung muss mit einer Aeusserung des Heimchefs versehen sein, dass andere Insassen als die Genannten nicht an Geistesstörungen leiden.

Gesundheitsverwaltung

(Dr. Dr. Walter Israel Lustig)

- 2.) An die Wohlfahrts- und Jugendpflegestelle
zur gefl. Kenntnis. Wir ersuchen Sie, auch
hinsichtlich der von Ihnen betreuten Pflegestellen,
sowie der Ihnen bekannt gewordenen, sich in privater
Familiengliederung befindlichen Kranken, die selben
Ermittlungen anzustellen und die entsprechenden
Angaben bis zum 3.4.42 hierher zu machen.

Gesundheitsverwaltung

(Dr. Dr. Walter Israel Lustig)

- 3.) Herrn Proskauer
mit der Bitte, die entsprechenden Angaben
hinsichtlich der wegen Geisteskrankheit
oder Geisteschwäche von der Abwanderung
Zurückgestellten zu machen.

26.3.42.

Gesundheitsverwaltung

(Dr. Dr. Walter Israel Lustig)

- a) Herrn Dr. Paul Israel Eppstein

- b) Herrn Dr. Bernhard Israel Kuter

zur Kenntnis

26.3.42.

(Dr. Dr. Walter Israel Lustig)

24

Berlin 90, den 3. April 1941
 Passauer Strasse 3

Am 2. April dieses Jahres gegen 16 3/4 Uhr befand ich mich im Erdgeschoss der Wohnung Frau Dr. med. Bischofswerder, Passauer Strasse 3, in dieser Wohnung war ich auch meine Wohnung. Um diese Zeit erschien dort mein Sohn, Heinrich, und teilte mir mit, dass ein Herr von der Staatspolizei mich zu sprechen wünsche. Ich begab mich in den Vorraum und traf dort einen grossen schlanken Herrn, im Alter von etwa 30 bis 35 Jahren an, der mir eine Bestallkarte in Form einer polizeilichen Freizugskarte vorlegte. Er fragte mich, ob ich noch keine Genehmigung erhalten hätte, worauf ich ihm erklärte, dass dies Anfang November vorigen Jahres der Fall gewesen sei. Auf seine weitere Frage, ob und wann ich Vermögensangabe gemacht und Listen abgefüllt hätte, erwiderte ich ihm, dass ich bereits die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und der Juden in Berlin vereinigt Berlin eine Bescheinigung überbracht habe, wonach ich Geschäftsführer zweier Gesellschaften sei, welche mit Zustimmung der Aufsichtsbörse unter Kontrolle der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland tätig seien. Ich hatte daraufhin die Liste weiter geführt. Darüber drückte er seine Erstaunen aus. Er fragte mich sodann noch, wo die Geschäftsstelle dieser Gesellschaften sich befände, fragte mich ferner nach meinem Alter und dem Alter meiner Frau. Nachdem ich ihm diese Fragen beantwortet hatte, erklärte er, dies genüge ihm vorläufig und entfernte sich.

Mein Sohn hat mir dann erzählt, dass der Herr vorher in seiner Wohnung gewesen sei, dort an ihn ebenfalls die Frage nach seiner Geschäftstätigkeit gerichtet habe sowie gefragt habe, wie alt ich und meine sämtlichen Familienangehörigen seien und wie gross die Wohnung sei. Er habe sich Notizen gemacht sowie offenbar meinen Namen nicht genau gekannt, denn er habe sich ihn mehrfach wiederholen lassen. Nachdem mein Sohn die Fragen beantwortet habe, und erklärt habe, dass ich mich bei Frau Dr. Bischofswerder befinde, habe der Herr ihn aufgefordert, ihn dorthin zu führen.

(Dr. Heinrich Israel Elkeles)
 Jude
 Wohnung: Berlin - Ilmersdorf
 Telefonnummer: 422 266

Gefahren

Betr. Leopold Israel Stargander
geb. 2.9.89 in Fömpelburg / Westpr.
Kernkarte A 688221
Oberschönwerde, Schleppromenade 7a

Ich habe von Dr. Zypstein die Mitteilung erhalten, dass ich von allen Tabakisten, die mir im Zusammenhang mit Personen-Schmuggel zur Kenntnis gelangen, unverzüglich der Staatspolizei die nötige Meldung zu erstatten habe:

Ich bin über diesen Sachverhalt jedermann gegenüber zu schweigen verpflichtet worden.

Berlin, 22.4.42

10²⁰ h

Leopold Israel Stargander

Gemein kommunikativer Hinweis
der Staatspolizei (für Prüfer)
am 24.4.42 (15.30 h) vöfentlich

$\sum 22$

Dr. Heinrich Israel Elkeles

Berlin W.50, den 22. April 1942
Passauerstr. 2

An die
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
zu Händen von Herrn Dr. Eppstein
Berlin

Betr: Nachfrage eines Beamten der Geheimen Staatspolizei in meiner
Privatwohnung.

Heute, am 22. April, wurde ich von einem Beamten der Geheimen Staatspolizei angerufen, welcher mich fragte, zu welchem Zweck der Bericht vom 3. April 1942 von mir erstattet worden sei. Die damalige Angelegenheit sei in Ordnung gewesen. Der Beamte sei beauftragt worden, in meine Wohnung zu gehen. Der Bericht werde ihm jetzt vorgelegt. Er wisse nicht, was er damit solle.

Ich erwiderte, dass ich den Vorfall vom 3. April in meiner Eigenschaft als Angestellter der Reichsvereinigung Ihnen berichtet hätte. Sie hätten mir am nächsten Tage mitteilen lassen, dass die Angelegenheit Herrn Prüfer vorgetragen worden sei und dass dieser einen Bericht über den Vorfall wünsche, da ihn von der Angelegenheit nichts bekannt sei. Daraufhin hätte ich den Bericht erstattet. Der Beamte meinte, es hätte dann wenigstens in einem Anschreiben darauf hingewiesen werden müssen, dass der Bericht auf Veranlassung von Herrn Prüfer erfolge. Ich habe erwidert, dass ich lediglich den Auftrag hatte, den Bericht bei der Reichsvereinigung einzureichen, und deshalb keine Veranlassung zu einem Anschreiben hatte.

Rücksprachen in der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn Prüfer) am 27. April 1942, 11 Uhr
und am 28. April 1942, 11.30 Uhr

1. Eingliederungsanordnung des Jüdischen Kulturbunds

wird gegen Empfangsbestätigung ausgehändigt. Wegen der Entsieglung der Räume erteilt Herr Prüfer die Weisung, zu gegebener Zeit einen entsprechenden Antrag Herrn Stark einzureichen. Bezüglich der Räume Stallschreiberstrasse soll eine Übergabe an den Mietinteressenten Uebel erst erfolgen, nachdem er nachgewiesen hat, dass er durch den Herrn Generalbauinspektor zur Inanspruchnahme der Räume berechtigt ist.

2. Unterstützungszahlungen Litzmannstadt

Unter Bezugnahme auf die Weisung von STBF Regrat Suhr wird der Sachverhalt vorgetragen. Herr Prüfer erklärt sich mit dem Vorschlag, wonach künftig Einzahlungen ausschliesslich bei der JKV Berlin vorgenommen werden sollen, die ihrerseits monatlich Überweisungen nach Litzmannstadt unter Übersendung einer Liste der vorgesehenen Empfänger vornehmen könnte, einverstanden und ersucht um Vortrag und Einholung der Genehmigung bei dem RSHA.

74

3. Sammlungen in Berlin

Es wird darüber berichtet, dass seitens des RSHA dahingehend entschieden worden sei, dass bei der Zusammenlegung der Sammlungen zur Ermöglichung einer Personalerparnis ein finanzieller Ausfall vermieden werden müsse. Da dies bei einer Zusammenlegung der Sammlung der RV und des Aufbringungswerks der JKV Berlin zu befürchten ist, sind Bedenken gegen die Weiterführung des Aufbringungswerks neben der Sammlung der RV nicht erhoben worden unter der Bedingung, dass die Zahl der Verwaltungsangestellten soweit als irgend möglich verringert wird. Als Richtlinie ist hierbei angegeben worden, dass die Anzahl der Verwaltungsangestellten ein Drittel der Zahl der Sammler nicht übersteigen soll. Bezüglich der Kleinsammlung "Blaue Beitragskarte" wird berichtet, dass sie unter Verstärkung der Sammlung "Jüdische Winterhilfe" bzw. "Jüdische Pflicht" aufgehoben werden soll. Herr Prüfer nimmt hiervon Kenntnis und beanstandet, dass die Veränderung im Bestande des Aufbringungswerks nicht sofort der Leitstelle durch die JKV Berlin mitgeteilt worden sei. Künftig sei darauf zu achten, dass Erörterungen über die Auflösung von Einrichtungen der JKV Berlin der Leitstelle sofort mitzuteilen sind bzw. hierzu die Weisung der Leitstelle einzuholen ist.

4. Sonderkonto W: Berlin

Bezüglich der vom RSHA angeforderten Überweisung von RM 295.000,- aus dem Sonderkonto W Berlin erklärt sich Herr Prüfer damit einverstanden, dass die tatsächlich der RV geschuldeten RM 95.000,- überwiesen werden. Bezüglich der RM 200.000,- wird vorgeschlagen, den Betrag im Sonderkonto W der JKV Berlin zu belassen, ihn jedoch, wie überhaupt den Gesamtbestand des Sonderkontos W Berlin, in einer Evidenz-Buchhaltung der Zentrale zu führen. Dies soll dem RSHA zur Entscheidung übermittelt werden.

5. Erlaubnisscheine für Verkehrsmittel zu Einzelfahrten

Die Schwierigkeiten werden (durch Kozower) vorgetragen. Herr Prüfer stellt anheim, folgenden Vorschlag dem RSHA zur Entscheidung vorzutragen: Für Einzelfahrten sollen durch die Verkehrsträger Fahrscheine in einer zu bestimmenden Farbe hergestellt werden. Soweit Einzelfahrten genehmigt werden können, sollen die Berechtigten alsdann mit Fahrscheinen aus diesen Blocks versehen werden, die zur Benutzung eines zu bestimmenden Verkehrsmittels berechtigen.

6. Haft Conrad Israel Cohn

Über die Sprecherlaubnis mit Dr. Cohn am 28. ds. Mts. 11 Uhr wird berichtet sowie darüber, dass seitens des RSHA (STBF Regrat Suhr) Bedenken gegen eine Abwanderung nicht erhoben worden sind und dass bezüglich der Durchführung der Staatspolizeileitstelle dies berichtet werden könne. Herr Prüfer stellt fernmündlich fest, dass die Akten noch nicht wieder zu dem Sachbearbeiter zurückgelangt seien. Er empfiehlt, seitens des RSHA eine entsprechende Weisung zu veranlassen. Im übrigen wird bezeugt, dass nach Lage des Falles die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, dass bei der Verbindung von Stoffen aus der Rosenstrasse in die Wörthstrasse 20 der hierfür verantwortliche frühere Geschäftsführer des ehemaligen Israel-Gemeindebunds bezüglich der Dr. Cohn gegenüber erhobenen Beanstandungen eine Aufklärung geben könne. Herr Prüfer gibt anheim, dies bei Gelegenheit dem zuständigen Sachbearbeiter, Herrn Markert, vorzutragen.

gez. Dr. Eppstein

No/Jo

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin.

1.) Herr Prüfer erklärt nach Vortrag, dass wegen Auflösung oder Fortsetzung des Vertrages mit der Firma Robert G o h l k e der JKV freie Hand gelassen wird.

2.) Herr Prüfer ersucht um Übersendung eines Stückes des zur Eröffnung der Sammlung "Jüdische Pflicht" erlassenen Sammelaufrufes zu seinen Akten.

14.5.1942

Moritz Israel Henschel
(Moritz Israel Henschel)

Herrn Dr. Eppstein

zur gefl. Kenntnisnahme.

14.5.42

78

XIV. ALT-HEIMSTRANSPORT

Rücksprache mit Herrn P r e f e r am 31.5.1942 bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin:

1. Personverkehr von Ärzten bei den Alterstransporten ist nicht erforderlich; es soll nur bei dem 1. Alterstransport ein Arzt mitgehen, der am Bestimmungsort bleibt, ausserdem bei dem 1. Alterstransport 4 Schwestern oder Pfleger.

Bei den nächsten Alterstransporten soll stets eine Pflegeperson mitgehen, etwa bei dem 5. oder 6. Alterstransport dann wieder ein Arzt, der ebenfalls ständig am Bestimmungsort bleibt. Pflegepersonal soll nicht gekündigt werden.

Mit einem der nächsten Transporte soll eventuell auch eine Achsin mitgeschickt werden; Herr Prüfer nannte in dieser Zusammenhang eine im Kinderheim A u e r b a c h seinerzeit bei der Beschäftigung beschäftigt gewesene Achsin.

Von dem für den Abbau vorgesehenem Personal sollen 15 Angestellte als ständige Gruppe für die Altersheimtransporte, weitere 10 als Beibehalter hierbehalten werden.

Der Luftschutzwart L o s z y n s k i, wegen dessen das 16. Polizeirevier bei der Personalverwaltung der JKV. angerufen hatte, wird wegen seiner Stellung als Luftschutzwart nicht zurückgestellt, Herr Prüfer wollte sich deswegen mit dem Polizeirevier in Verbindung setzen.

Es sollen am 1.6.1942 - 200 leere Formulare für Vermögenserklärungen von uns mitgebracht werden.

Mit dem XIV. Transport wandern aus dem Dauerheim und einzelnen Pflegestellen 61 Personen ab. Die Transportteilnehmer aus Privat-Pflegestellen lässt Herr Dr. L u s t i g ins Dauerheim bringen, von dort kommen sie direkt zur Bahn.

Ferner kommen 36 Personen aus Beelitz mit. Während die Beelitzer direkt von der Staatspolizei Potsdam zur Bahn gebracht werden, kommen die übrigen Transportteilnehmer mit den abholenden Beamten zur Synagoge, Herr S t a r k rechnet mit etwa 900 Transportteilnehmern.

Die Einschleusung für den 1. Alterstransport findet in der Grossen Hamburgerstrasse am 1.6.1942 - 14 Uhr statt.

Die Revision soll möglichst auf den Zimmern vorgenommen werden. Bei der Verlegung der Altersheiminsassen in die für die Transporte bestimmten Zimmer soll möglichst die Transportnummernfolge eingehalten werden.

Der Arzt und das Pflegepersonal wird die Nummern zwischen 0-160 und 0-180 bekommen.

Am Dienstag, dem 2.6.1942 früh müssen die Transportteilnehmer von den Helfern der JKV. Ber. in der Haltestelle Menbijouplatz gebracht werden und zwar so, dass sie pünktlich um 5 Uhr dort sind. Um diese Zeit kommt der Strassenbahnwagen an; er soll möglichst schnell weiterfahren, damit er gegen 5.15 Uhr in der Schönebergerstrasse beim Anhalter Bahnhof eintrifft. Das Gepäck muss bereits vorher verladen sein.

Von der Schönebergerstrasse werden die Transportteilnehmer durch den Seiteneingang auf den Anhalter Bahnhof geführt. An diesem Seiteneingang sollen auch die Lastwagen halten.

Ende

Einige Craner müssen mit den Transportteilnehmern in der Strassenbahn mitfahren.
Das Gepäck soll möglichst zeitig auf dem Bahnhof verladen werden.
Voraussichtlich steht ein Personenwagen mit 59 Plätzen zur Verfügung.

Der Wagen mit den Transportteilnehmern bleibt in Dresden stehen, dort ist von etwa 10 Uhr bis 13 Uhr Aufenthalt.
Auf dem Anhalter Bahnhof steht der Zug etwa um 5.15 Uhr.
Das Bahnhofspersonal ist informiert.

Von hier aus sind für die Reise Stullen mitzugeben, sonst keine Verpflegung; Geld dürfen die Transportteilnehmer selbst nicht mitnehmen.

Herr Prüfer ersuchte darum, ihn am 1.6.1942 zu erinnern, dass er mit Herrn Obersturmführer ... wegen des mitzunehmenden Geldes anrufen wollte, voraussichtlich werden Reichsbankschecks mitgegeben.
Die Gelder der Transportteilnehmer will Herr Prüfer möglichst auf das Sonderkonto ... nehmen. -

Die Alterstransporte in dieser Woche gehen wie folgt:

Am Dienstag, dem 3.6.1942 - 50 Personen,

Donnerstag, dem 4.6.1942 - 100 Personen.

Die Einschleusung findet immer nachmittags gegen 12 Uhr bis etwa 17 Uhr statt.

Für die ersten 2 Alterstransporte sollen alle 150 Transportteilnehmer aus dem Altersheim Grosse Hamburgerstrasse genommen werden.

Der Sondertransport der 98 soll am Donnerstag, dem 4.6.1942 eingeschleust werden und geht am 5.6.1942 ebenfalls ins Protektorat ab.

Wegen der Rücksprache über die Verpflegung soll Herr Prüfer am 1.6.1942 erinnert werden.

In der folgenden Woche sollen dann die Transporte ebenfalls am Dienstag, Donnerstag und Freitag abgehen.

Am Freitag dieser Woche sollen die für die Alterstransporte Bestimmten aus der Stadt ins Heim geholt werden.

In erster Linie sollen die Wohnungen freigemacht werden, während die Insassen der Heime als Reserve für die Transporte dienen. Die im Heim übriggebliebenen Sachen sollen in den Keller kommen.

2. Die Sachen aus der Wohnung ... können nach Mitteilung an Herrn ... herausgenommen und von der JAV. Berlin in Verwahrung genommen werden.
3. Die Kontingentsbewilligung für die nicht mit dem XIV. Transport abgewanderten Angestellten wird erfolgen, Herr Prüfer wird sich deswegen mit dem Reichsicherheitshauptamt in Verbindung setzen.
4. Auf Ersuchen wurde über die Eröffnung vom 29.5.1942 berichtet. Herr Prüfer erklärte, die Eröffnung sei durch Herrn SS-Gruppenführer Müller erfolgt. Durch den Anschlag wurden 14 Personen verletzt.

Die

Die bei der Sonderaktion aus der Levetzowstrasse entlassenen bekommen am Mittwoch, dem 26.6.1942 ihre Sachen bei Herrn Polizeirat F r e - k o p zurück.

Die von der Sonder-Aktion für die Alterstransporte Bestimmten müssen sich melden.

Von den am Mittwoch, dem 27.6.1942 Festgenommenen sind 154 erschossen worden, weitere 96 Personen, die bereits in KZ., Sachsenhausen interniert waren, wurden außer diesen 154 Personen erschossen.

Herr Dr. Conrad Israel C o h n ist in KZ-Sachsenhausen.

Wenn in der uns übergebenen Liste sich Unstimmigkeiten herausstellen, kann das Kataster bei Herrn Prüfer anfragen, der ebenfalls eine Liste erhalten hat.

31.5.1942

Mo/Re.

Philipp Israel Kozower

Je 1 Durchschlag erhalten:

persönlich. - vertraulich!

Herr M e n s c h e l,
Herr Dr. E p p s t e i n,
Herr Dr. L i l i e n t h a l,
Herr R e i n d l e r,
Herr Dr. M e n d e l s o h n,
Herr Dr. F u c h s,
Fraulein Dr. R o s s e.

Abschrift.

Karl Israel Lissner

Kennort Berlin

Kennkarte Nr.A 178 251.

Berlin NO.55, den 22.Mai 1942
Hufelandstr.16.

An den

Herrn
Reichsminister des Innern

Berlin W

Wilhelmstr.

Hierdurch erlaube ich mir die ergebene Bitte auszusprechen, mir zu gestatten, den Judenstern nicht zu tragen und Begründe mein Gesuch wie folgt:

Ich bin Jude und Deutscher Reichsangehöriger, meine Ehefrau Maria, geb. Wasiak, verw. Trojan, ist deutschblütig. Aus unserer Ehe ist ein Kind nicht hervorgegangen, jedoch habe ich das Kind meiner Ehefrau aus erster Ehe von seiner ersten Kindheit an so erzogen, als wenn es ein eheliches Kind unserer eigenen Ehe wäre. Da der erste Mann meiner Frau auch arisch war, ist es dieses Kind natürlich auch und selbstverständlich auch christlicher Religion. Dasselbe namens Martha Trojan, ist heute 29 Jahre alt.

Der erste Mann meiner Ehefrau, Walter Trojan, war ebenfalls Schneider und ein Kriegskamerad von mir, er fiel im Weltkrieg in Belgien. Wir waren eng befreundet und gute Kameraden. Es war sein Wunsch, dass ich mich, falls er im Krieg fallen sollte, seiner Familie annehme, da er seine Frau und seine Tochter mittellos zurücklassen musste. Dies führte dazu, dass ich seine Witwe, meine jetzige Frau, heiratete und, wie schon oben erwähnt, deren Kind wie unser eigenes erzog. Obwohl ich als Schneider bei der Militärbehörde mit meinem Einkommen genauestens rechnen musste, habe ich mich stets bemüht, für das Kind wie ein Vater zu sorgen. Es hat ein Lyzeum besucht, hatte jahrelang Musikunterricht und besuchte später die höhere Handelsschule 2 Jahre.

Aus diesem Grunde bitte ich nochmals höflich, mir die Stellung eines in Mischehe lebenden Juden einzuräumen, aus dessen Ehe ein Kind hervorgegangen ist, das als nichtjüdisch gilt. Zur Unterstützung meines Gesuches erlaube ich mir anzuführen, dass ich von 1911 bis 1913 Soldat war und bis 1933 bei der Militärbehörde als Schneider weiter diente und 30% militärisch mitbeschädigt bin.

Anlagen:

Lebenslauf

begl. Zeugnisabschriften
Urkunden-Fotokopien.

gez. Karl Israel Lissner

Kennort Berlin

Kenn-Nr.A 178 251.

Einschreiben.

12112/42

11. Juni 1942.

Herrn Dr. EPPSTEIN
im Hause

Betr.: Juden in Krummhübel.

Die Bezirksstelle Schlesien, Breslau, berichtet unter dem 8.6.1942 wie folgt:

" Auf Ihr Schreiben vom 5. Juni erwidern wir Ihnen, dass Herr Dr. E i s n e r eine Frist bewilligt bekam, bis zum 8. Juni in Krummhübel zu verbleiben. Zu diesem Termin muss er sich in Grüssau auf Anordnung der Behörde einfinden. Sobald wir die Nachricht haben, dass er dort angekommen ist, geben wir sie unverzüglich an Sie weiter.

Abt. Zweig- und Bezirksstellen

Kurt Israel Levy
(Dr. Kurt Israel Levy)

IV

an

IVa

durch

Abgesandt am:

16. JUN 1942

Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

XXXXXXXXXX

127

15. Juni

42

Be./Dal.

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Abteilung IV B 1
Berlin C. 2
Bargstr. 28.

Betrifft: Personalaabbau.

Weisungsgemäss wird berichtet:

I. Der Mitarbeiterbestand einschliesslich der Lernkräfte betrug

am 1.3.41	2 900 Personen	bei 75 186 Juden
am 1.3.42	1 692 "	bei 58 362 Juden
am 13.6.42	1 521 "	bei 55 000 Juden

Ausserdem werden 16 Arbeitnehmer vom früheren Juedischen Kulturbund und 43 Arbeitnehmer von der früheren Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland beschäftigt und zwar fast wesentlich in der Wohnungsberatungsstelle.

II. Auf Grund erhaltener Abbaupreisung wurde im April d.Js. eine Abbauliste von 90 Mitarbeitern eingereicht.

Auf Grund einer weiteren Weisung, laut welcher in den saldiert abrechnenden Fuersorge- und Samlungseinrichtungen die Zahl der besoldeten Mitarbeiter auf 590 und die der Lernkräfte auf 117 gesenkt werden sollte, wurde am 8.5.1942 eine weitere Abbauliste von 140 besoldeten Mitarbeitern und 44 Lernkräften eingereicht.

In den in Betracht kommenden saldierenden Einrichtungen befinden sich zur Zeit noch 665 besoldete Mitarbeiter (75 zu viel) und 226 Lernkräfte (9 zu viel). Diese Kräfte sollen, soweit sie nicht an in andere Abteilungen freigewordene Stellen versetzt werden, durch Abwanderung ausscheiden.

Wie der Vergleich des unter I genannten Bestandes vom 1.3. und 13.6.1942 ergibt, beläuft sich die Personalverminderung

./.

84
H. H. Eppstein

128

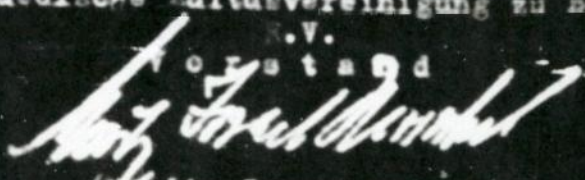
- 2 -

seit dem 1.3.1942 auf 171 Mitarbeiter einschliesslich Lern-
kräften.

Juedische Kultusvereinigung zu Berlin

R.V.

Vorstand



(Moritz Israel Menschel)

85

125

- 2 -

seit dem 1.3.1942 auf 171 Mitarbeiter einschliesslich Lern-
kräften.

Juedische Kultusvereinigung zu Berlin

.V.

Vorstand

Harry Israel Rosenfeld

(Moritz Israel Rosenfeld)

85

125

1. Die Verhandlung wurde eröffnet. Der Vorsitzende, Herr Dr. Richter, begrüßte die Anwesenden und erklärte, dass die Verhandlung im öffentlichen Saal des Landgerichts abgehalten werde. Er erwähnte, dass die Verhandlung im öffentlichen Saal des Landgerichts abgehalten werde. Er erwähnte, dass die Verhandlung im öffentlichen Saal des Landgerichts abgehalten werde.

Auf die Frage, was mit Angehörigen geschehen sollte, welche in der Levetsowstrasse von der Abwanderung freigestellt wurden, erklärte Herr Pruefer, dass es auf den Grund ankaeme, aus welchem die Ausstellung erfolgt sei.

Die 4 Leute, welche fuer die Expeditionsfirma Boettcher zu stellen sind, seien bei uns zu entlassen. Ferner wuerden fuer solche Personen, welche vom Arbeitsamt fuer Zwecke der Abwanderung oder zur Beschaeftigung als Friseur freigegeben werden, Ersatzleute aus der Mitarbeiterchaft anbieten sein; jedenfalls behalte er sich immer die Entscheidung darueber vor, ob ein Mitarbeiter der JKV in den Arbeitsamts abgegeben wird.

3). интервью

Die Anträge auf Fahrgeschäftsfahrt fuer die Umzugszeit vom 24.6. bis 4.7.1942 fuer Ilse Sara Baruch, Eva Sara Guttmann und Gerhard Israel Lieber bewillt Herr Pruefer Barneck, um Karten einstellen zu lassen.

4). Schliessung der Schulen.

Herr Pruefer gab die Weisung, dass der Schulbetrieb am 29. d. Mts. einzustellen sei.

5). Ablieferungen.

Herr Pruefer setzte als Zeit fuer die Ablieferungen den 1. bis 5. Juli d. Js. fest und gab den Bescheid, dass die Schulgrundstuecke Kaiserstrasse und Querfurterstrasse fuer die Ablieferungen noch benutzt werden duerfen. Er versuchte, sich fernmündlich mit Herrn H. S. Gutsmuths in Verbindung zu setzen, der jedoch nicht zu erreichen war.

gen. Moritz Israel Ganschal

Abrechnung erhalten:

- 1). Hr. Rosow
- 2). Dr. Epstein
- 3). Hr. Freindler
- 4). Dr. Mandelmann
- 5). Abschrift von Nr. 2 Dr. Leventhal
- 6). Abschrift von Nr. 3 Dr. Adler

Die Anfrage auf Verrechnung der Kosten der Verwaltung wurde am 1. d. Mts. beantwortet. Es wurde festgestellt, dass die Kosten der Verwaltung nicht verrechnet werden können, da diese Kosten nicht als solche zu betrachten sind, sondern als Kosten der Verwaltung zu betrachten sind.

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Berlin
mit Herrn Prüfer, am 25.6.1942, 9.30 Uhr
von Eppstein, Henschel, Kozower, Lustig

1. Organisation

Eppstein berichtet über die von RSHA angeordnete Reorganisation der RV:

Mit sofortiger Wirkung sind neun der bisher noch selbständig bestehenden JKVn (Beuthen, Dortmund, Dresden, Essen, Köln, Leipzig, Mainz, München, Nürnberg) der Verwaltung der zuständigen Bezirksstellen zu unterstellen, und zwar ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt, zu dem die formelle Eingliederung dieser JKVn gemäss § 5 der Zehnten VO z RBG angeordnet wird. Danach erstreckt sich künftig die Verwaltung der RV auf 13 Bezirksstellen und auf 4 JKVn, nämlich Berlin, Breslau, Frankfurt/Main, Hamburg.

Die noch vorhandenen Organisationen werden in die RV eingegliedert oder aufgelöst werden. Ihre Abwicklung ist mit tunlichster Beschleunigung durchzuführen. Dies gilt auch für Altreu, Paltreu und FWI. Die Büroräume von Altreu und FWI im Hause Potsdamerstrasse 72 sollen alsbald in die Verwaltungsräume der RV, Kantstrasse 158, unter Freimachung des überflüssigen Inventars verlegt werden.

Die Verwaltung der Zentrale der RV soll zunächst in zwei Stockwerken des Hauses Kantstrasse 158 zusammengefasst werden. Danach ist eine Zusammenlegung der Verwaltung in Berlin möglichst in einen Gebäudekomplex durchzuführen. Auch nach der räumlichen Zusammenlegung soll die RV als Zentralorganisation getrennt von der JKV verwaltet werden, unbeschadet der Personalunion im Vorstand.

Das Personal ist im Verhältnis zur Verringerung der Anzahl der Juden und der zu leistenden Arbeiten unter Anlegung eines strengen Massstabes entsprechend zu vermindern. Zur praktischen Durchführung des Personalabbaus sind die Abteilungsleiter verantwortlich zuzuziehen. Um die Arbeit mit dem verminderten Personal leisten zu können, müssen die Mitarbeiter noch mehr als bisher, z.B. auch am Sonntag, zu Arbeitsleistungen herangezogen werden. Auf die aufsichtsbehördliche Genehmigung hierzu kann Bezug genommen werden, falls Rückfragen von Mietern des Hauses Kantstrasse 158 erfolgen sollten.

2. Vorstand

Im Vorstand der RV soll Eppstein ausser seiner bisherigen Funktion "Finanzen und Verwaltung" mit übernehmen, Kozower wie bisher "Wohnungs- und Versorgungswesen", Kreindler "Buchvertrieb und Nachrichtenblatt" behalten, während dem Vorstand Baack und Henschel ohne besondere Sachgebiete, Henschel als Vorsitzender der JKV Berlin

- 7 -
angehören. Sachbearbeiterin der Abteilung Fürsorge bleibt Johanna Sara Karminski.

Im Vorstand der JKV Berlin soll Henschel "Finanzen und Verwaltung" übernehmen, Kozower "Wohnungs-, Versorgungs- und Bestattungswesen" mit "Arbeitseinsatz" behalten, Eppstein den Vorstand ohne besonderes Sachgebiet angehören. Das Sachgebiet "Fürsorge" soll geteilt werden. Zu Beauftragten des Vorstands für die "Fürsorge" (ohne Gesundheitsverwaltung) sollen Kreindler, für die "Gesundheitsverwaltung" (einschliesslich Hospitälern) Lustig bestellt werden. Von einer Vermehrung der Zahl der Vorstandsmitglieder soll Abstand genommen werden.

3. Interventionen bei Abwanderungen

Eppstein berichtet darüber, dass seitens des RSRA beanstandet worden ist, dass Juden, die zur Abwanderung bestimmt sind, den Versuch unternommen haben, durch Intervention bei anderen Dienststellen eine Zurückstellung zu erwirken. Es soll in geeigneter Weise bekannt gegeben werden, dass derartige Interventionen zu unterbleiben haben, da sonst die ganze Familie des zur Abwanderung bestimmten Juden, der eine solche Intervention veranlasst, mit zur Abwanderung gebracht werden wird.

Es wird ferner darüber berichtet, dass im Zusammenhang mit der Untersuchung von Lilienthal die Weisung erteilt worden ist, dass ärztliche Untersuchungen von Mitarbeitern der Zentrale der RV im Hinblick auf eine Abwanderung bei der Gesundheitsverwaltung der JKV Berlin nur veranlasst werden dürfen, nachdem hierzu das RSRA die Genehmigung erteilt hat.

4. Material für Theresienstadt

Herr Prüfer stellt die Aushändigung einer Liste von Gegenständen in Aussicht, die für Theresienstadt beschafft werden sollen. Eine besondere Sammlung von entbehrlichem Hausrat für Theresienstadt wird vorgesehen. Soweit in Werkstätten oder Einrichtungen der RV Gegenstände vorhanden sind, die für Theresienstadt in Betracht kommen, sollen sie hierfür gesondert erfasst werden. Hierzu sind auch elektrische Geräte der Einrichtungen in Berlin zu rechnen, die der Ablieferungspflicht unterliegen, wie z.B. Heizsonnen, Kocher, Kochplatten usw. in den Verwaltungsgebäuden. Sie sollen listenmässig erfasst werden, damit sie bei nächster Gelegenheit, möglichst per Schiff, nach Theresienstadt verfrachtet werden können.

Berlin, den 25. Juni 1942.

Dr. Paul Israel Eppstein

68

125

Berlin, den 27. Juni 1942

He./Dal.

Aktennotiz:

Bei einer Rücksprache auf der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Berlin am 25. Juni d. Js. (Herrn Truefer) bei welcher anwesend waren fuer die RV Dr. Eppstein, fuer die JKV Berlin Henschel, Kosover, fuer die Gesundheitsverwaltung der JKV Berlin Dr. Lustig brachte Dr. Lustig und daraufhin auch Henschel folgendes zur Sprache:

Es wirkte sich fuer die Arbeit unguenstig aus, dass die zum Abbau bestimmten Angestellten in ungewisser Lage weiter taetig seien. Herr Truefer ordnete daraufhin die Einreichung von 3 Listen der zum Abbau bestimmten Angestellten an, naemlich:

1). derjenigen, deren Ehegatten seit laenger als dem 1.10.1941 im Arbeitseinsatz stehen, sodass mit ihrer Zurueckstellung von der Abwanderung zu rechnen sei,

2). derjenigen, welche nach den bekannten Grundsätzen fuer eine Abwanderung nach Theresienstadt in Frage kommen,

3). derjenigen Angestellten, deren normale Abwanderung keine Bedenken entgegenstehen.

Der Personalverwaltung wurde der Auftrag zur baldigen Aufstellung dieser Listen erteilt. Das bei der Wohnungsberatung vorhandene Material soll verwertet werden. Ausser den zum Abbau bestimmten Angestellten sollen auch die jetzt gekuendigten Lehrer nach den angegebenen 3 Richtungen aufgegliedert werden und ausserdem eine Anzahl Angestellte, deren Abbau in Aussicht zu nehmen ist.

Ergaenzend soll auch festgestellt werden, bei welchem der in Rede stehenden Angestellten im gleichen Haushalt wohnende Kinder und sonstige Angehoerige sich im Arbeitseinsatz befinden.

Moritz
(Moritz Israel Henschel)

H. Dr. Eppstein

ABFABERUNG

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, mit den Herren Prüfer, Stark und Oberländer am 29.6.1942;

Anwesend ausser den Unterzeichneten: Frau Oberländer.

1. Die Zahl der Alterstransporte und ihrer Teilnehmer muss gesteigert werden, und zwar 100 pro Tag an 5 Tagen in der Woche, von Montag bis Freitag.
Um genügend Raum für die Aufnahme der zur Behandlung vorgesehenen zu schaffen, sollen aus dem Altersheim ebenso, wenn der Platz dafür erforderlich ist, von der Möbelkammer Sachen nach der Johannisstrasse gebracht werden. Es ist darauf zu achten, dass sie von dort aus gleich verkauft werden.
Es muss eine zweite Kolonne mit 21 Personen gebildet werden, die mit der bereits bestehenden Kolonne umschichtig arbeitet. Diese neue Kolonne soll mit Helfern der alten Kolonne gemischt werden, ebenso wie der aus der alten Kolonne wegfallende Teil durch Lehrer und andere Helfer ersetzt werden soll.
Die Einschlebung soll am Donnerstag für Montag, Montag für Dienstag usw. stattfinden. Je sollen für jeden Transport 100 Personen im Rangsholt werden.
Grössere Transporte sind nicht zu erwarten, eventuell ein Teiltransport.
Auf Anruf erklärte die Reichsbahn, dass zu dem Zug um 6.07 Uhr nur 500 Plätze für 50 Personen gestellt werden könne, während von der Aufsichtsbeförde der Abtransport von 500 - 5 x 100 Transportteilnehmern verlangt werde.
Die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, will am 30. 6. 1942 mit der Reichsbahn noch die Gestaltungsmöglichkeiten für Wagen besprechen und am 30. 6. 1942 weitere Weisung erteilen, eventuell soll versucht werden, den Mittagszug, der etwa um 11 Uhr in Theresienstadt ist, 2 Wagen für 100 Transportteilnehmer anzuhängen.
Frau Oberländer und Frau Braun sollen durch Frau Abrahamson und Fräulein Holländer entlastet werden.
2. Von der nächsten Woche ab sollen die Schecks für die Alterstransporte stets am Freitag für die vergangene Woche übersandt werden.
3. Die Abwanderung der Behandler Dr. Hirschfeld und Dr. Julius Jarnal Keesen ist vom R.S.H.-A. eingeordnet, daher ist eine Zurückstellung von Dr. Hirschfeld trotz des Umstandes, dass er in seiner Gegend der einzige zugelassene Behandler ist, nicht möglich.
4. Herr Prüfer weist darauf hin, dass im Krankenhaus von Inspektor Chaskel die Aufsichtsdamen zurückgehalten und die eigentlichen Arbeitskräfte abgeschoben worden sind.

94

VERORDNUNG ERGÄNZ:

1. Es wurde gebeten, die Zulassung der Frisöre zu regeln...

Herr Prüfer ersuchte, aus dem zum oben vorgesehenen Personal folgende Kräfte für den Arbeitseinsatz zur Verfügung zu stellen:

1. 4 Leute für den Speditour B o t t c h e r,

2. 10 Leute als Ersatz für zur Abwanderung gelangte Personen aus dem Arbeitseinsatz,

3. 16 bis 17 Personen als Ersatz für die zur Ausübung des Friseur-Gewerbes aus dem Arbeitseinsatz herauszuziehenden Frisöre.

30. 6. 1942

Vo/Bo.

Philipp Israel Rosower

Je 1 Durchschlag erhalten:

Herr M e n s c h e l,
Herr Dr. E p p e l s t e i n,
Herr K r e i n d l e r,
Fräulein Dr. M o s s e,
Herr Dr. Mandelsohn,
Herr Gerhard Israel C o h n,
Herr K l e m m a n n.

30. Juni 1942

An die
 Geheime Staatspolizei
 Staatspolizeileitstelle Berlin
 Burgstrasse 28/30
 B e r l i n C 2

Betrifft: Organisation

Unter Bezugnahme auf den Vortrag am 25. ds. Mts. gestatten wir uns, anforderungsgemäss in der Anlage den vom Reichssicherheitshauptamt genehmigten Organisationsplan für die Zentrale der Reichsvereinigung und die Jüdische Kultusvereinigung Berlin zu überreichen.

Hiersu wird, wie vorgetragen, berichtet: Im Vollzug der angeordneten Reorganisation sind neun der bisher noch selbständig bestehenden Jüdischen Kultusvereinigungen (Beuthen, Dortmund, Dresden, Essen, Köln, Leipzig, Mainz, München, Nürnberg) mit sofortiger Wirkung der Verwaltung der zuständigen Bezirksstellen zu unterstellen, und zwar ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt, zu dem die formelle Eingliederung gemäss § 5 der Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz angeordnet werden wird. Danach erstreckt sich künftig die Verwaltung der Reichsvereinigung (statt auf 30) auf 17 Aussenstellen, nämlich 13 Bezirksstellen und 4 Jüdische Kultusvereinigungen (Berlin, Breslau, Frankfurt/Main, Hamburg).

Die Verwaltung der Zentrale der Reichsvereinigung soll statt in drei in zwei Stockwerken im Hause Kantstrasse 158 zusammengefasst werden. Alsdann wird eine Zusammenlegung der Verwaltung möglichst in einen Gebäudekomplex durchzuführen sein. Auch nach der räumlichen Zusammenlegung soll die Reichsvereinigung als Zentralorganisation getrennt von der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin verwaltet werden, unbeschadet der Personalunion im Vorstand. Das Personal ist im Verhältnis zur Verringerung der Anzahl der Juden und der zu leistenden Arbeiten unter Anlegung eines strengen Massstabs zu vermindern. Bei praktischer Durchführung des Personalabbaus sollen die Abteilungsleiter verantwortlich zugezogen werden.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

gez. Paul Israel Eppstein

Anlage

Abschrift

30. Juni 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28/30
Berlin C 2

Betrifft: Benennung eines Krankenbehandlers für Mackeim
(Staatspolizeileitstelle Zichenau-Schröttersburg)

Unter Bezugnahme auf die heutige fernmündliche
Meldung berichten wir im Vollzug des am 29. ds. Mts. durch das
Reichssicherheitshauptamt erteilten Auftrags, dass als Kran-
kenbehandler für Mackeim auf Vorschlag der Gesundheitsverwal-
tung der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin in Betracht kommt:

Dr. Hirschfeld, Max Moses Israel
geb. 18.9.1875 in Berlin D.R.
Kennort Berlin Kenn-Nr. A 528962
zuletzt wohnhaft Bülowstrasse 17

Ehefrau Hirschfeld, Margarete Sara geb. Friedeberg
geb. 18.4.1878 in Stettin D.R.
Kennort Berlin Kenn-Nr. A 528966
zuletzt wohnhaft Bülowstrasse 17

beide zurzeit Grosse Hamburgerstrasse 27.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

gez. Paul Israel Eppstein

Gesundheitsverwaltung der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin
s. H. M. von Herrn Dr. Lustig

sur Kenntnisnahme

Dem Reichsministerium des Innern
Reichssicherheitshauptamt
Kurfürstenstrasse 115/116
Berlin 3 62

im Vollzug des am 29. ds. Mts. erteilten
Auftrags überreicht.

Berlin, den 30. Juni 1942

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

64

Juden?zahl der jüdischen Bevölkerung in Berlin

	Bezirk	Einwohnerzahl
1)	IX	Wilmerdorf 11.700
2)	VII	Charlottenburg 10.400
3)	I	Mitte 10.000
4)	XI	Schöneberg 9.075
5)	IV	Frenslauer Berg 7.910
6)	II	Tiergarten 4.460
7)	V	Marst Wessel 3.300
8)	VI	Kreuzberg 2.240
9)	XIV	Neukölln 1.080
10)	III	Wedding 916
11)	XII	Steglitz 900
12)	XIX	Pankow 504
13)	I	Zehlendorf 362
14)	XIII	Tempelhof 352
15)	XVII	Lichtenberg 340
16)	XVI	Köpenick 288
17)	XVIII	Weissensee 286
18)	XV	Treptow 265
19)	IX	Heinrichsdorf 180
20)	VIII	Spandau 162

insgesamt: 64.720

Bezirk		Einwohnerzahl
I	Mitte	10.000
II	Tiergarten	4.450
III	Wedding	915
IV	Friedrichshagen	7.910
V	Neukölln	3.300
VI	Kreuzberg	2.240
VII	Charlottenburg	10.400
VIII	Spandau	162
IX	Friedrichsdorf	11.700
X	Lichtenberg	362
XI	Schöneberg	9.075
XII	Steglitz	900
XIII	Tempelhof	352
XIV	Neukölln	1.080
XV	Treptow	265
XVI	Köpenick	288
XVII	Lichtenberg	340
XVIII	Neiße	266
XIX	Pankow	500
XX	Reinickendorf	180
		<hr/> 64.720

Gesamteinwohnerzahl in Berlin
Juni 1941 73.842



1444

RV

Arten notizen

in

Schiffswachhaus

(30-6-42 - 31.12.42)

Alle Dokumente in diesem Halbhefter
stammen aus der Publikation

"Akten der Reichsvereinigung
der Juden in Deutschland
1939 - 1941"

herausgegeben von O.D. Kulka, Jerusalem

Berlin, den 2. Juli 1942
He./Dal.

122

Aktennotiz:

Ausgesprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herr Pruefer).

I.

Der Zusammenkunft mit den Herren vom Propagandaministerium und von der Reichshauptstadt auf dem Grundstück Kaiserstr. 29/30 wird berichtet, dass uns als Auenungstermin fuer das gesamte Grundstück -unter Verzicht auf die Teilraeumung des II. und III. Stockwerks- der 13. Juli d. Ja. gesetzt worden ist. Ausgenommen sind die an die Firma Otto Scheidt vermieteten Grundstuecksteile.

II.

Es wird berichtet, dass der Bezirksbuergermeister Charlottenburg Vertreter der JV zum 9.7.1942 zur Verhandlung ueber Verkaufsbedingungen wegen Pestalozzi-Str. 14/15 eingeladen hat.

III.

Ueber die erneute Besichtigung von Chorinerstr. 26 wird berichtet. Im Anschluss hieran wird vorgetragen, dass Lindenstr. 48/50, wozu das Jugendwohnheim aus Luetzowstr. 16 verlegt werden sollte, vorsorglich fuer die Kleiderkammer freigehalten werden solle. Gegen den Plan, das Wohnheim Luetzowstrasse zusammen mit dem Jugendwohnheim Wilsnackerstr. 3 nach Rosenthalerstrasse zu verlegen, -unter Herausnahme der nicht unbedingt heimbeduerftigen jungen Leute- erhebt Herr Pruefer keine Bedenken.

IV.

Das Rundschreiben der RV ueber Heimeinkaufsvertraege wird vorgezeigt.

V.

Bei Vorlegung des Rundschreibens der RV ueber Verauennerung von Heiminventar fragt Herr Pruefer, ob die Wirtschaftsgruppe Gebrauchtwarenhandel auch hier einschalten sei.

Unter Uebersendung von 2 Stuecken des Rundschreibens wird der nach Erkundigung beim Reichssicherheitshauptamt gegebene Bescheid der RV mitgeteilt, dass die Notwendigkeit der Einschaltung der Wirtschaftsgruppe Gebrauchtwarenhandel sich nur auf die Verkaufe der Moebelkammer beziehe.

Herr Pruefer ersucht, Schlaeuche, welche bei Heimiraeumungen entbehrlich werden, an den Reichsverband der Kleingaertner zu verkaufen; die Anschrift ist bei Herrn Paellicke zu erfragen.

VI.

Herr Pruefer gibt bekannt, dass waehrend seines Urlaubs ihn im allgemeinen Herr Stark vertritt, jedoch in Angelegenheiten der Verladung

15

nach Theresienstadt, der Veräußerung von Heiminventar und in Angelegenheiten der Spinnstoffsammlung Herr Hansen.

VII.

Zum Personalabbau wurde berichtet, dass zur Zeit neue Stellenpläne, die sich auf den unbedingt notwendigen Personalbedarf erstrecken sollen, eingeführt werden. Die abzubauenen Mitarbeiter sollen wie bisher auf einer Liste eingereiht, in Zukunft aber nicht mehr in ihrer bisherigen Stellung belassen, sondern sofort zur besonderen Verwendung an Stellen eingesetzt werden, an denen ein besonderer Personalmangel bemerkbar wird. Herr Pruefer erhebt hiergegen keine Bedenken und macht bei dieser Gelegenheit wiederholt darauf aufmerksam, dass es sich nicht empfehle, Mitarbeiter, welche in Kischen leben, zur Entlassung zu bringen. In der Arbeit wenig brauchbare Kriegsbeschädigte koennen zur Abwanderung nach Theresienstadt vorgeschlagen werden.

Gen. Moritz Isaael Penachel

H. H. Zepf

Telefonischer Bericht der Weissen Schutzpolizei, Staatsanwaltschaft
Stelle Berlin, Nummer 15 r.k. a. 2.7.1942.

1. Herr Stark ersuchte um Angabe der Anzahl der Juden in Berlin
nach dem Stande vom 30.6.1942.

Herr Simon H. e. i. m. (Stastler) wurde aufgefordert, den Stand per
30.6.1942 anzugeben.

Er erklärte zunächst, auf Grund seiner Vortragsreidungen seien nach
dem Stand vom 30.6.1942 in Berlin an Juden vorhanden:

Stemträger	41.027
Nicht-Stemträger	12.899
	<hr/> 54.926

Schließend darauf hin, dass diese Zahlen mit der statistischen Ab-
teilung der Reichsvereinigung - Dr. Simon - abgestimmt werden müs-
sen und rief noch Dr. Simon an.

2. Herr Dr. Simon erklärte mir auf Befragen, seiner Meinung nach seien
nur in Berlin 53.850 Juden

in Berlin. Ich ersuchte Herrn Dr. Simon, sich mit Herrn Simon
in Verbindung zu setzen und die Zahlen abstimmen.

3. Herr Dr. Simon gab mir nach einiger Zeit das Resultat der Abstim-
mung dahin bekannt, dass nach dem Stande vom 30.6.1942

54.066

Juden vorhanden seien.

4. Diese Zahl wurde nochmals mit Herrn Simon abgestimmt, der die
Zahl der Stämträger in Berlin mit 41.127 und der

Nicht-Stämträger mit	12.899
Insgesamt also mit	<hr/> 54.026

angegeben.

5. Diese Zahl wurde telefonisch Herrn Stark durchgegeben, der sie für
die Konfemeldung an benutzte.

6. Bei dieser Gelegenheit wurde gebeten, folgende gestern besproche-
nen Sachen zur Entscheidung zu bringen:

- a) Entlassung der festgenommenen Schwester von Leo Josef Kreind-
ler - Chaja Sara Kreindler, geb. 17.1.1893,
- b) die Verpflegung der Alterstransport-Teilnehmer in Bremen mit
Kaffee,
- c) die Zulassung jüdischer Priester durch die Gewerbe-Polizei
und ihre Freimachung durch das Arbeitsamt.

Herr Stark sagte zu, diese Sachen heute zur Entscheidung zu bringen.

2. 7. 42
Fol. No.

Philippe Israel Kozower

Je 1 Durchschlag erhalten:

Herr H e n n e h e l,

Herr Dr. Epstein,

Herr Dr. Blumenthal,

Herr Dr. Simon, R. V.

Herr Dr. Mendelsohn,

Fräulein Dr. Kesse,

Herr Mannheim.

100

Auf Anruf der Herren Henschel und Kozower hat die Katasterverwaltung in Übereinstimmung mit der Statistischen Abteilung der Reichsvereinigung den Stand der Juden in Berlin als Stand vom 30.6.42, wie folgt, angegeben:

Sternträger:
Nichtsternträger:

41 167
<u>12 899</u>
54 066

Kataster-Verwaltung

Herrn Israel Hamberg

Herrn Henschel
Herrn Kozower
Herrn Dr. Blumenthal
Herrn Dr. Mendelsohn
Fräulein Dr. Mosse
Herrn Dr. Simon (Sta. Abtlg.)
Herrn Dr. Eppstein

Abschrift.

Berlin, den 9. Juli 1942.

Reichsvereinigung der Juden

z.H. des Herrn SIMONIS Berlin-Charlottenburg
Kantstr. 158.

Sehr geehrter Herr Simonis.

Im Anschluss an mein Telefongespräch vom 8.d.Mts. bitte ich Folgendes zur Kenntnis zu nehmen.

Mein Ihnen zur Weitergabe vorliegendes Gesuch nebst Urkunden und beglaubigten Zeugnissen wurde nach Rücksprache und Anweisung der Geheimen Staatspolizei, Leitstelle Berlin, Burgstraße, angefertigt. Es wurde dann dort vorgelegt und mir aufgegeben, es an den Herrn Reichsminister des Innern einzusenden.

Hochachtungsvoll

gez.: Karl Israel Lissner
Berlin, N.O.55, Hufelandstr.16.

162
für Kommissar Dr. B.
am 15.8. in der le-
vernehmliche übergeben
gemäßen Anforderung

15
8

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Berlin, mit den Herren Kommissar Stübbs und Prüfer am 21.7.1942:
nahebei Herr Henschel und der Unterzeichnete.

1. Es wurde darüber berichtet, dass bei der Durchschleusung am 21.7.1942 im Altersheim den Hospitaliten erhebliche Teile des Inhalts ihres Gepäcks von Herrn Polizeirat Rookop in Beschlag genommen worden sind.
2. Ueber den Kölner Transport, der am 21.7.1942 durch Berlin kam, wurde berichtet.
3. Es wurde unter Vorlegung der in Frage kommenden Formulare über die Art der Mitteilung auf Vernehmung zu Verfügungen berichtet. Herr Kommissar Stübbs bemerkt, er habe deswegen vor einigen Tagen angefragt, weil eine Versicherungsgesellschaft, von welcher die Versicherung zurückgekauft wurde, angefragt habe, ob es richtig sei, dass die Mitteilung über die Verfügungsverhältnisse an den Antragsteller wieder zurückgehe und nicht bei der auszahlenden Stelle verbleibe. Hierzu wurde auf die selbsterteilte Anweisung des R. v. v. verwiesen. Herr Kommissar Stübbs legte keinen Wert darauf, das Material über die Verfügungsbeschränkung zu erhalten, da er dieses Material bereits in Besitz hat.
4. Es wurde eine Reihe von Grundstücksachen besprochen.
5. Ueber das Schreiben des Polizeipräsidenten Abt. v. betr. ~~maxima~~ Bestattung russischer Kriegsgefangener wurde berichtet. Es wurde erklärt, dass die Übersendung einer Abschrift des Schriftwechsels sicher bleibt.
6. Es wurden die Fragen der Verwaltung und des Stellenplans erörtert. Es wurde Anweisung erteilt, weiter nicht zu entlassen. Im Altersheim Gr. Hamburgerstrasse sollen drei Kolonnen eingerichtet werden. Die Kosten hierfür soll auf Etat: Behördenarbeit gebracht werden. Die Spinnstoffsammlung, überhaupt die Sammlung der abgegebenen Sachen soll schnellstens in Ordnung gebracht werden. Es soll eine Liste der nicht etatsmäßig benötigten Angestellten mit einer besonderen Spalte eingereicht werden, in der vermerkt ist, wo diese Angestellten beschäftigt werden.
7. Ueber die Unregelmäßigkeiten im Katerster wurde berichtet. Die daraus zu folgenden Massnahmen wurden erörtert.
8. Herr Prüfer wies darauf hin, dass bei der Altersheimverwaltung bezüglich der Hospitaliten auch nicht korrekt verfahren sei, auch hier wurden Massnahmen erörtert.
9. Frau Oberländer soll von den Arbeiten im Altersheim Artilleriestrasse freigestellt werden, damit sie ganz für die Arbeiten bei den Alterstransporten eingesetzt werden kann, sie kann in der Artilleriestrasse wohnen bleiben.
10. Gegen das Ausscheiden von drei Angestellten, die in privilegierter Mischehe leben, u.a. Max Israel Heymann, bestehen keine Bedenken, sie können entlassen werden.
11. Wegen Dr. Siegfried Israel Bloch, soll beim Regierungspräsidenten, Medizinabteilung Litz anstatt rückgefragt werden, und zwar wegen der Wohnung, die immer noch leer steht, und für die Miete von einem nicht bekannten.

bekannten Besultaten gezahlt wird. Es soll bei der Bank festgestellt werden, wer der Hauptkredit ist. Ferner ist bei der Kassenkassierin nachzufragen, ob der derzeitige Gehalt von Dr. Bloch bekannt ist, ebenso soll bei der Post entsprechend nachgefragt werden. Hierbei zu stehen keine Bedenken dagegen, dass auf die Anweisung der Stadtverwaltung die Stelle bezogen werden wird. Es kann auch die Möglichkeit in Betracht kommen, dass er sich lediglich um die Feststellung der Gehaltszahl handelt. (Abschrift der vorigen Nummer mit Vorgang an Herrn Bloch vom 14.7.42 mit der Bitte um weitere Veranlassung in dieser Richtung. - Betrifft: 1.42 - Bericht von Simonie, eventuelle Einweisung).

12. Gegen die Herausgabe der Lebensversicherungspolice an Herrn Bloch im Versuch, dass eine solche Versicherung auf den Namen der Frau Simonie - erl. 27.7.42).
13. An den G.B.J. 4. Referat ist die in dem Bericht der Dienststelle vom 14.7.42 enthaltenen Sonderaufträge keine Einwirkung der Stadtverwaltung zu erfolgen. Der G.B.J. ist unter Berufung auf die Dienststelle der Polizei die Einziehung dieser Beträge an die Dienststelle zu veranlassen. (Abschrift dieser Nummer an den Herrn Dr. Bloch und unter Bezugnahme auf den Bericht vom 14.7.1942 über die Fälle Bracht und Dillmann).
14. Die zusätzlichen Beerdigungskosten, die der Herr Dr. Bloch an der Frau Simonie gezahlt werden, brauchen nicht zur Beerdigung zu werden, der Nachbegräber AGR. I. R. Kaphenst ist von der Stadtverwaltung die Stelle des Erforderlichen eröffnet worden.
15. Den arischen Beerdigungsinstituten soll in geeigneter Form bekanntgegeben werden, dass Juden nur auf jüdischen Friedhöfen beigesetzt werden dürfen. Die RV. soll einen Erlasse einer solchen Anordnung an die arischen Beerdigungsinstitute für das Reich beim R.S.M. anfragen. (Abschrift der vorigen Nummer an die Herren Dr. Blumenthal, Dr. Braun, Beruch Brasse).
16. In dem Fall Edmund Israel Guttman, Trautengasse 9 kann die vom dem Abgewanderten Guttman zurückgelassene Wäsche von der Dienststelle abgeholt und verwendet werden, soweit sie noch brauchbar ist, in Übrigen kann sie zur Spinnstoffabgabe genommen werden. (Abschrift der vorigen Nummer mit Vorgang vom 9.7.1942 an die Abt. Versorgungswesen-Gerhard Isacel Cohn).
17. Die Entnahme der unterbezahlten Halberin Dieb von der Hauptstockstrasse ist erfolgt, weil sie in der Nähe der Zentner Gasse mit Verkommen lassen und dieses Gemüse dann für die 10. - - - - - ist hat.
18. Das Rückgepäck der Herren und Herrn Israel Hirsch, beiden Selbstmordfälle von Leuten, die den 16. Transport erfasst waren), soll zu dem Sondergepäck Thielisch Ufer genommen und entsprechend den übrigen Sondergepäck verwendet werden. (Abschrift der vorigen Nummer an die Herren Bloch und G.J. Cohn).
19. Es wurde darüber berichtet, dass die Firma Schmidt & Co., Greifswalderstrasse 140/141 die ihr von der Dienststelle nur vorübergehend überlassenen Räume noch nicht wieder zur Verfügung gestellt hat, Herr Prüfer will sich mit der Firma darüber nochmals in Verbindung setzen.
20. Es ist die Erteilung weiterer Fahrerlaubnisse an die Mitarbeiter der JKV. möglich, soweit die Fahrerlaubnisse eine gewisse Zeit lang nicht benötigt werden, sollen sie von den Abteilungsleitern unter Verschluss genommen werden.

werden.

20. Es wurde die Frage erörtert, ob für die schwer transportierbaren Transporte inwieweit nicht ein grosserer Aufwand zur Vermeidung gestellt werden kann, der die Kiste aufwärts ins Protektorat fährt.

21. Abschrift der vorigen Nummer an die

Herren Henstchel,
Dr. Eppstein,
Freindler.

17.42

Ho/Ro.

Philipp Jaroslaw Kozower

Berlin, den 21. Juli 1942
ne./Dal.

Aktennotiz:

Ruecksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Kommissar Huebbs und Herr Pruefer), von der Kultusvereinigung: Henschel, Kozower.

1). Henschel berichtete ueber Grundstuecksangelegenheiten. Bei Erwaehnung der ueber Pestalozzistr. 14/15 schwebenden Kaufverhandlungen mit dem Bezirksamt Charlottenburg wurde auf die Moeglichkeit hingewiesen, die dort befindliche Buecherei - wenn der Bedarf der Altersheimen zurueckgeht - fuer das juedische Publikum in Benutzung zu nehmen. Herr Kommissar Huebbs bemerkte dazu, dass eine Notwendigkeit nur dann bestehen wuerde, wenn die Familienangehoerigen saemtlich im Arbeitseinsatz stehen.

2). Henschel berichtete ueber die neuerdings vorgenommenen Fuerzungen an den Kontingenten, insbesondere im Verwaltungskontingent und ueber die dadurch wieder besonders dringlich gewordenen Personalabbaufragen. Es wurde dieweisung gegeben, die in den einzelnen Dienststellen nicht mehr benoetigten Mitarbeiter in eine Liste aufzunehmen und sie fuer Sonderarbeiten, welche im Auftrage der Leitstelle vorzunehmen sind, zu verwenden. Auf der Liste ist eine Spalte freizulassen. Die Liste ist der Leitstelle vorzulegen, die sie nach Kenntnisnahme wieder zurueckgibt. Das Gehalt fuer die auf der Liste stehenden Angestellten ist als Sonderzuweisung zu beantragen.

3). Es wurde ueber die Angelegenheit der nicht in die Listen der ueber 65jaehrigen aufgenommenen Mitarbeiter und Angehoerigen von Mitarbeitern berichtet. Das vom Vorstand eingeschlagene Verfahren wurde gebilligt.

4). Zum Ausscheiden der in privilegierter Mischehe lebenden Mitarbeiter Max Israel Heymann, Charlotte Sara Paech und Sally Sara Hueckert wurde die Zustimmung erteilt.

5). Es wurde mitgeteilt, dass Fahrerlaubnisse fuer Kultusvereinigungsmitglieder, die zur Abwaenderung kommen, nicht erteilt werden koennen, dass jedoch eine Anzahl von Dienstfahrbescheinigungen fuer Mitarbeiter zur Verfuegung stehen. Die Bescheinigungen sollen besonders an Mitarbeiter gegeben werden, die fuer Sonderarbeiten bei der Behoerde verwandt werden. Falls diese nicht fuer Sonderarbeiten eingesetzt sind, muessen die Bescheinigungen zurueckgegeben und vom Abteilungsleiter veraehrt werden. Es wurde die Anweisung erteilt, Frau Oberlaender von ihrer Taetigkeit als Heimleiterin in der Artilleriestrasse 31 bis auf weiteres freizustellen und sie ausschliesslich fuer die Alters Transporte in der Gr. Hamburgerstr. 26 einzusetzen. Frau O. behaelt ihre Wohnung in der Artilleriestrasse; fuer die Leitung des Altersheims ist eine Vertretung einzusetzen.

6). Herr Pruefer teilt mit, dass die gestern in Haft genommene Frau Frieda Sara Liepmann, geb. 29.3.1871, wohnhaft Klopstockstr. 24 in der Gemeinschaftsapeisung 2 Ztr. Gemuese habe verkommen lassen und den verbliebenen "Ramsch" fuer RM 10.- verkauft habe.

7). Henschel bat wiederholt um Entfernung der im Jahre 1938 beschlagnahmten Buecherei in den Raemen der Gemeinschaftskueche Muenchenerstrasse. Erledigung wurde zugesagt.

gez. Moritz Israel Henschel

Berlin, den 25. Juli 1942
He./Dal.

Aktennotiz:

Ruecksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn Pruefer).
Anwesend von der JKV Berlin: Henschel, Kozower.

1). Herr Pruefer bestaetigte auf Befragen, dass die Baulichkeiten Schoenhauser Allee 22/25 - Altersheim und Kindertagesheim - geraeumt werden muessen. Der Raemuungstermin wurde der 15. August d. Js. angegeben.

Durch fernmuetendliche Rueckfrage wurde spaeter klargestellt, dass der 15.8.1942 der Raemuungstermin fuer die Insassen ist, waehrend die Freimachung von Mobilien und die Uebergabe bis zum 31.8.1942 zu erfolgen habe.

2). Herr Pruefer teilte mit, dass ueber Joachimsthaelerstr. 13 bisher keine Bestimmung getroffen sei. Es wurde darauf hingewiesen, dass wir im besten dringend Raemeue benoetigen.

3). Der Mitarbeiter Dr. Hans J. Freund, welcher eine 14taegige Gefaengnisstrafe wegen Nichtangabe des Vornamens Israel fuer das Fernsprecheverzeichnis abzubuessen hat, ist zu entlassen.

4). Die Aufstellungen ueber die fuer die Alterstransporte und Sonderarbeiten bestimmten Mitarbeiter der JKV wurden vorgelegt und zurueckgegeben. Herr Pruefer bestimmte, dass die Listen laufend durch diejenigen Mitarbeiter, welche in den Dienststellen nicht mehr gebraucht werden, zu ergaenzen sind: der Abbau gehe fort und wenn es zur Abwanderung komme, wuerden uns weitere Weisungen gegeben werden.

5). Das mit Bertha Sara Arndt am 23. d. Mts. aufgenommene Protokoll, ferner das Protokoll ueber den Leuand der Arndt wurden uebergeben und von Herrn Pruefer gelesen. Das Protokoll ueber die Vernehmung der Mitarbeiter Mannheim, Kellmann, Koppenheim, Franke und Blumenthal wurde gleichfalls ueberreicht; Herr Pruefer erklarte, es spaeter lesen zu wollen.

Herr Pruefer will sich ferner bei Herrn Markert, der nicht im Hause war, erkundigen, ob eine frueher erstattete Anzeige ueber Unregelmassigkeiten im Kataster auch von Frl. Arndt ausgegangen sei.

Mit dem vom Vorstand ergriffenen Massnahmen erklarte Herr Pruefer sich wiederholt einverstanden.

gez. Moritz Israel Henschel

Abchrift erhalten:

- 1). Dr. Eppstein
- 2). Hr. Kozower
- 3). Hr. Kreindler
- 4). Dr. Mendelsohn
- 5). Dr. Blumenthal
- 6). Dr. Loewenthal

107

Berlin, den 29. Juli 1942
Hr./Del.

Aktennotiz:

Ruecksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herr Kommissar Stuebbs und Herr Truefer).
Von der Kultusvereinigung: Henschel, Kozower, Mannheim.

Der JKV wird der Auftrag erteilt, durch Abschrift aus dem Kataster eine Personalkartei sämtlicher Juden Berlins herzustellen.

Auf den Karten, welche der JKV geliefert werden, ist bei den betreffenden Vordrucken einzutragen: Name, Vorname, Geburtstag- und Ort, Beruf (ursprünglicher, wenn bekannt auch der jetzige, sonst Platz freilassen), Familienstand (bei Mischlingen oder privilegierten Mischlingen Stempelzusatz M. oder F.M.), Staatsangehörigkeit (gegebenenfalls auch die frühere), das Glaubensbekenntnis und die jetzige Wohnung.

Durch Diktatzeichen ist auf der Karte festzulagen, wer den Inhalt diktiert und wer ihn geschrieben hat. Die Karten der Sternträger sind durch einen aufgestempelten roten Stern, der in der Mitte unter II einzutragen ist, zu kennzeichnen.

Die Karten sind alphabetisch zu ordnen. Die Karten der Sternträger sind vorweg zu liefern.

Verdorbene Karten sind nicht zu vernichten, sondern zurückzugeben.

Fuer die vom 31.7.1942 ab zur Abwanderung gelangenden Juden sind Karten auszufuellen-. Diese Karten sind sofort gesondert zu halten.

Die Kartei soll nach 3 Wochen geliefert werden. Die KV soll der JKV mit Personal beibringen. Herr Truefer ruft deshalb bei Dr. Eppstein an.

Es wird in Aussicht gestellt, dass in Zukunft die bei den Revieren zur Meldung gelangenden Veränderungen ueber die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin dem Kataster der JKV zur Kenntnis gebracht werden sollen; desgleichen die Erklärungen von Juden zu Mischlingen usw. und dergl. Andererseits soll das Kataster alle ihm bekannt werdenden Veränderungen der Kartei der Gestapo melden.

Der Auftrag wurde den Herren Dr. Mendelsohn, Blumenthal, Lowenthal in Gegenwart von Herrn Mannheim bekanntgegeben.

gez. Moritz Israel Henschel

Kopie fuer:

Herrn Dr. Eppstein

=====

108

Kopie!

Berlin, den 31. Juli 1942.
Hs./Dal.

Aktennotiz:

Ruecksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Berlin (Herrn Pruefer).

Von der JKV Berlin anwesend: Henschel, Kozower.

1). Es wird ueber die Vorbereitungen fuer den Umzug der JKV nach Cranienburgerstrasse bzw. Artilleriestrasse berichtet. Herr Pruefer weist darauf hin, dass wegen der Aufhebung mehrerer Altersheime und wegen Abwanderung zahlreicher Fuersorge-Unterstuetzungsempfaenger das Personal des Zentralbueros der Altersheime und die Mitarbeiter-schaft in der Rosenstrasse stark verringert werden muesse. Das Zen-tralburo und andere Einrichtungen koennten nach der Rosenstrasse verlegt werden. Eine Personalverminderung sei wegen der zum Verkauf gelangten Grundstuecke auch fuer die Bau- und Grundstuecksabteilung vorzusehen; diese koenne vielleicht aus der Cranienburgerstrasse etwa nach der Artilleriestr. 31 verlegt werden.

Das Kataster soll in der Cranienburgerstr. 29 verbleiben.

Herr Pruefer ordnete an, dass der Entwurf eines Belegungsplanes fuer die Verwaltungsgebäude der JKV nach Fertigstellung ihm alabald vorgelegt werden solle; er wird dann die drei Vorstandsmitglieder der JKV zu einer Ruecksprache bestellen.

2). Der Bericht ueber die Benutzung eines oeffentlichen Fernspre-chers durch die Aussenfuersorgerinnen Loewy und Zernik wurde ueber-geben.

3). Herr Pruefer bewilligte die Erteilung von Fahrgenehmigungen an Mitarbeiterinnen in der Hauspflege in 4 besonders dringlichen Faellen.

Es wurden Angelegenheiten der Spinnstoffsammlung und der Abwanderung eingehend erörtert.

gez. Moritz Israel Henschel

Abschrift erhalten:

- 1). Dr. Eppstein
- 2). Hr. Kozower
- 3). Hr. Kreindler
- 4). Dr. Mendelsohn

609

4. August 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28-30
B e r l i n C 2

Betrifft: Zwei Büroschränke und zwei Schreibmaschinentische

In Vollzug der Anforderung vom 3. ds. Mts. werden aus dem Inventar der Zentrale der Reichsvereinigung zwei Büroschränke (2,05 x 1,32 x 53) mit je 20 Fächern sowie zwei Schreibmaschinentische (70 x 90 x 47) mit je einem Rollzug übergeben. Die Gegenstände sind weisungsgemäss mit einem Eigentumsvermerk der Reichsvereinigung versehen worden.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

111

Berlin NO 55, den

4. Aug

1942

Greifswalder Str. 140/1 Fernsprecher 53 58 90

Herrn
Frau
Fräul

Rechtsanwaltschaft

Kurtz 158

5122



4. H. Halitzky

bitten wir, die ~~unserer~~ dem Wagenbegleiter gegen Bescheinigung
Freundlichst zu verabfolgen und nachstehendes Verzeichnis genau auszufüllen.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e. V.
Möbelkammer

Verzeichnis:

2 Tische 100 x 2 - 1070

2 Kabinettstühle

aus Bronze II. H. Zimmer 303
zusammen

Name des Spenders

Mit bestem Dank bestätigen wir den Empfang obiger Spende.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e. V.
Möbelkammer

Kurt Israel Rosenbaum

Unterschrift des Wagenbegleiters

Kennkarte Berlin A 358 800

35 6 42 SL & R

112

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
B e r l i n C 2

5. August 1942

Betrifft: Heftmaschinen

Im Vollzug der heutigen Anforderung werden aus dem Inventar der
Reichsvereinigung

5 Büroheftmaschinen 24/6 mit 5 Paketen Klamern
beigeschlossen übergeben.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

113

ABWANDERUNG:

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, am 29.7.1942 um 14 Uhr mit den Herren Kommissar Stübbs, Prüfer und Döbberke:

1. Neben den jetzt laufenden Alterstransporten aus dem Altersheim Gr. Hamburgerstrasse sind folgende Alterstransporte zu je 1000 Personen vorgesehen:

Am 17.8.1942,
14.8.1942,
5.10.1942.

Diese Transporte sollen in sämtlichen Altersheimen eingeschleust werden, es sollen sämtliche, zurzeit in den Altersheimen befindlichen 895 Jnassen miterfasst und zur Abwanderung gebracht werden. Hierzu sollen die etwa noch fehlenden, bis zur Erreichung der Zahl von 1000 unter Berücksichtigung der Ausfälle etwa 200 bis 300 Transportteilnehmer noch in die Altersheime gelegt werden, die nach Auskunft des Zentralbüros der Altersheime eine Gesamt-Belegungstärke von 1317 haben.

Im einzelnen stellt sich die Belegung und Belegungstärke wie folgt:

Köpenick	(80)	78
Schönhauser Allee	(175)	163
Gerlachstrasse	(204)	182
Artilleriestrasse	(180)	140
Gr.Hamburgerstrasse	(300)	-
Friedenstrasse	(50)	39
Brunnenstrasse	(66)	63
Normanstrasse	(108)	87
Weissensee-Parkstr.	(154)	146
	(1317)	895.

Alle Altersheime sind zu diesem Zweck voll zu belegen.

Mit Rücksicht auf diese Aufgabe soll auch die Räumung der Schönhauser Allee erst nach dem 17.8.1942 beginnen. Die Durchschleusung soll in den Altersheimen erfolgen. Von dort aus geschieht auch die Verladung zum Bahnhof auf Kraftwagen der Fahrbereitschaft.

Mit Rücksicht auf die grossen Transporte sollen die laufenden Alterstransporte am 14., 17. und 18.8.1942 in Fortfall kommen.

Im Altersheim Köpenick soll alles erfasst werden, was in der dortigen Gegend wohnt: So z.B. Alle Einwohner von Grünau, Karlshorst, Lichtenberg, Friedrichshagen, Friedrichsfelde. Die Verladung an die Bahn soll dann vom Lehrter Güterbahnhof erfolgen.

Das Ziel des grossen Alterstransports ist ebenfalls Theresienstadt.

Aus den Altersheimen sollen mit Rücksicht auf den grossen Transport für die laufenden Transporte jetzt keine Abholungen nach dem Altersheim Gr. Hamburgerstrasse mehr erfolgen.

2. Ausser den laufenden und den grossen Alterstransporten sind für den Monat August 1942 noch folgende grosse Osttransporte a 1000 Transportteilnehmer vorgesehen.

Am 15.8. und am 31.8. 1942.

Woher die Teilnehmer für diese Osttransporte genommen werden sollen, wird noch geklärt werden.

Herr Döbberke wies darauf hin, dass nach dem bisher vorliegenden Material und den bisherigen Grundätzen mit kaum mehr als 300 Transportteilnehmern zu rechnen ist. Mit Rücksicht hierauf sollen behördlich die Fragen der Heranschiebung im Arbeitseinsatz Befindlicher und in Mischehe Lebender geklärt werden.

Der

Der Unterzeichnete wies darauf hin, dass die Teilnehmerzahl von 1000 auch erreicht werden könnte, wenn ausser den Häftlingen auch die in Konzentrationslagern Internierten mit ihren Angehörigen mit diesem Transport zur Abwanderung gebracht werden könnten. Auf diese Möglichkeit wollte Herr Kommissar S t ü b b e bei der behördlichen Besprechung noch besonders hinweisen.

3. In Ergänzung zu der Besprechung vom 29.7.1942 wegen des Katasters wurde erklärt, es soll auch vom Arbeitsamt, Nebenstelle für Juden, das Material über die im Arbeitsinsatz befindlichen beschafft werden. Auf Grund dieses Materials soll dann in die Kartei auch die Arbeitsstätte eingetragen werden, die dann auch der JEV. bekanntgegeben wird.
4. Auf Vortrag wurde ersucht, dem Mitarbeiter Walter Israel Mendelsohn, Rudolstädterstr. 117, die Räumungserlaubnis zu erteilen und ihm eine andere Wohnung nachzuweisen.

2. Der Inhalt dieser Notiz wurde als
am 29.7.1942 den
Herren H e n s c h e l,
Dr. E p p s t e i n,
K r e i n d l e r,
Fräulein Dr. M o s s e,
Frau M e n d e l s o h n
Herrn K l e e m a n n,

Streng vertraulich

mitgeteilt.

8.42
Vo/Ro.

Philipp Israel Kozower

115

105

Berlin, den 8. August 1942

He./Dal.

Aktennotiz: Besuch, r. bei Gen. Staatsp., Staatsp.-Leitet. Berlin (Hr. Prüfer)
Von JKV: Henschel, Kozower, Gerh. Cohn.

1). Es wird ueber die erfolgte Besichtigung des Dampfers "Moldau" berichtet, welcher mit Nähmaschinen, Matratzen usw. nach Theresienstadt abgefertigt wird.

2). Auf Anfrage erklärt Herr Prüfer, dass es wegen der in einzelnen Einrichtungen gewährten natürlichen (fleischlosen) Verpflegung sein Essen behalten konnte.

3). Bericht ueber das gegen Dr. Julius Israel Blumenthal eingeleitete Verfahren wegen Nichtbeifügung des Kennkartenvermerks unter einer fuer die JKV gemachten Angabe wird ueberreicht.

4). Herr Prüfer gibt die Erlaubnis, dass arische Besucher der Bau- und Grundstücksabteilung ohne Vorlegung einer besonderen Ermächtigung vorgelassen werden duerfen.

5). Es wird ueber die gegen einen Mitarbeiter der JKV unter dem offenbar falschen Namen "Lia Rosen" bei P.F.II erstattete Anzeige und die dazu getroffenen Feststellungen berichtet. Herr Prüfer gibt die Weisung, einen entsprechenden Bericht an P.F.II zu erstatten.

gez. Moritz Israel Henschel

Abchrift erhalten:

- 1). Dr. Epstein
- 2). Hr. Kozower
- 3). Hr. Areindler
- 4). Hr. Mendelsohn
- 5). Hr. Gerhard Cohn

716

Rückprache bei der Gemeinsamen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Berlin, mit Herrn Dr. H. E. R., der den Unterzeichneten am 4.8.1942 bestellt hatte.

1. Versorgungsgesamt: Mit dem Getreideposten am 18.8.1942 sind 3 Pakete mitzusenden. Von wo der Transport abgeht, ist noch nicht bestimmt und wird noch mitgeteilt werden.
2. Für den Getreideposten ist wieder, wie bei den früheren Getreideposten, volle Verpflegung für 3 Wochen mitzunehmen, und zwar nämlich alle Lebensmittel einschließlich Fette, Gewürze u. ähnl.
3. Beihilfe: Wegen der Kugelumsetzung soll Herr Jarael am 6.8.1942 zur Staatspolizeistelle kommen.
4. Wohnzimmer: Die von der RV. der Staatspolizeistelle zur Verfügung gestellten Schränke sollen als Leihschänke behandelt und gekennzeichnet werden, sie sollen innen mit festgeklebten Schildern Eigentum der RV. versehen werden.
(Dies ist telefonisch von mir Herrn Dr. Eppstein am 1.8.1942 mitgeteilt worden).
5. Es werden weiterhin leihweise 4 bis 5 verschließbare Schreibtische für das Zimmer 333 der Staatspolizeistelle benötigt, eventuell sind auch Kasse von der RV. zu beschaffen.
6. Weiterhin wird ein größerer Kleiderschrank leihweise benötigt, in dem 5 bis 6 Leute ihre Garderobe aufbewahren können. Es ist möglichst ein Kleiderschrank mit Stange zum aufhängen von Bügeln zur Verfügung zu stellen.
7. Auf den Rote Kreuz-Brief von Julius Davidsohn ist zu erwidern, dass Frau Davidsohn gesund ist und sich in Berlin befindet.
8. David Jarael soll aus dem Polizeigefängnis zur Abwanderung für einen Weitertransport eingeteilt werden.

8.42

No.

Philipp Jarael Kozower

Herrn Heinschkel,
Herrn Dr. Eppstein,
Herrn Freindler,
Fräulein Dr. Mosse,
Herrn Dr. Mendelssohn,
Herrn Gerhard Jarael Cohen.

117

ERFASSUNGSSTELLE

I. Am 4.8.1942 hatten sich in der Rosenstrasse zur Besichtigung der dort aufgestellten abgegebenen Ferngläser ein Obersturmführer und ein Herr in Zivil vom RSHA, sowie von der Staatspolizeileitstelle die Herren Kommissar Stübbs und Prüfer eingefunden.

Anwesend von der JTV. Berlin ausser dem Unterzeichneten die Herren Gerhard Jarael Cohn und Urbach.

Es fand eine Besichtigung der Ferngläser durch die Herren von den Behörden statt. Es wurden schliesslich nach Durchsichtigung der besten Ferngläser 13 Ferngläser ausgesucht und ausgehändigt.

Je 1 Durchschlag der Aufstellung der Ferngläser (mit Angabe der Nummern) wurde den Beteiligten ausgehändigt, ein Durchschlag verblieb der Erfassungsstelle und wurde Herrn Gerhard Jarael Cohn übergeben.

Die Herren Kommissar Stübbs und Prüfer besichtigten den Hof des Verwaltungsgebäudes und die alte Synagoge, in der die ersten von der Levetzowstrasse hierher transportierten abgegebenen Spinnstoffwaren bereits sortiert eingelagert waren.

16. 8.42

No./Ro.

Philipp Jarael Kozower

Herr Henschel,

Herr Dr. Epstein,

Herr Gerhard Jarael Cohn,

Herr Kreindler.

118

Berlin, den 18. August 1942
He./Del.

101

Aktennotiz:

Nach vorheriger Ankuendigung erschien Herr Pruefer um 14 Uhr 15 Min. im Verwaltungsgebäude Rosenstrasse. Im Zimmer von Dr. Lamm hatten sich gemäss erfolgter Weisung eingefunden die Vorstandsmitglieder Henschel, Kozower sowie der Leiter der Personalabteilung Dr. Loewenthal und die Abteilungsleiter der Fuersorge, naemlich: die Damen Henschke, Israel, Brochownik, Silbermann und die Herren Friedlaender, Kleemann, Dr. Lamm, Rockmann, Walter. (Der Beauftragte des Vorstandes fuer die Abteilung Fuersorge, Herr Kreindler, war wegen des immer am Dienstag nachmittag erforderlichen Besuches der Druckerei des Juedischen Nachrichtenblattes entschuldigt).

1). Herr Pruefer wiederholte seine bereits am Vormittag Herrn Kozower und Prl. Dr. Mosse gemachte Mitteilung, dass die JKV bis zu 150. besoldete und unbesoldete Mitarbeiter und Wohlfahrtspflichtiger abzubauen habe, wobei darauf zu achten sei, dass die Personen fuer den Abtransport nach dem Osten geeignet sind. Es sollen also auch nicht solche Mitarbeiter ausgewaehlt werden, deren Ehegatten im Arbeitseinsatz stehen. Der Abbau muesse vorwiegend aus den Mitarbeitern der Abteilung Fuersorge erfolgen, weil die Aufgaben gerade dieser Abteilung durch die Abwanderung sich erheblich verringert haetten.

Es soll ferner eine Liste solcher Juden aufgestellt werden, welche Wohlfahrtsunterstuetzung beziehen und nicht in Arbeit stehen, im uebrigen aber den Bedingungen fuer den Abtransport nach dem Osten entsprechen. Falls es sich hierbei um eine grosse Anzahl von Personen handle, wuerde es vielleicht moeglich sein, den sofortigen Personalabbau nur in einem etwas verringerten Masse vorzunehmen.

Es wurden sodann die Personal- und Arbeitsverhaeltnisse bei den einzelnen Fuersorgeabteilungen durchgesprochen, insbesondere auch bei den Heimen.

2). Herr Pruefer besichtigte alsdann das II. und I. Stockwerk des Verwaltungsgebäudes. Im I. Stockwerk wurden die Plaene zur Verlegung der Jugendwohnheime Rosenthalerstrasse und Lindenstrasse sowie des Notheims Heidereutergasse in dieses Stockwerk besprochen. Herr Pruefer erhob gegen die mitgeteilten Plaene keine Einwendung.

Ferner wurde der Synagogenraum und die dort gelagerten Stoffwaren unter Zuziehung des anwesenden Herrn Gerhard Israel Cohn einer Besichtigung unterzogen, desgleichen das Notheim in der Heidereutergasse.


Moritz Israel Henschel

Durchschl. erhalten:

Herrn Kozower, Kreindler, Dr. Eppstein, Dr. Mendelschn, Personalabtlg.

677

Berlin, den 20. August 1942

Re./Dal.

Artennotiz:

Rueckeprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn Pruefer).

Anwesend von der RV: Dr. Eppstein, von der JKV: Henschel, Kozower.

1). Herr Pruefer teilt mit, dass die Reichsstadtverwaltung vorschlaegt, von den 40 Fernsprechan schlüssen der RV und JKV 25 einzusparen. Zum Ausgleich soll eine Querverbindung Kantstrasse-Cranienburgerstrasse hergestellt werden.

Herr Pruefer will die Mitteilung der Post in Abschrift der JKV uebersenden, die ihm dann angemessene Vorschlaege machen wird.

2). Die Abbauliste der JKV (144 Nummern) wird uebergeben. Seitens der RV wird die Ueberreichung einer Liste von 10 Nummern angekuen digt.

3). Herr Pruefer erklart sich damit einverstanden, dass Herr Reschke wegen seiner Mitarbeit in der Levetsowstrasse und im Kataster von der Lehrerliste gestrichen wird, und gibt entsprechende Anweisung.

4). Herr Pruefer gestattet, dass der Fragebogen, welcher fuer die mit ihr zusammenwohnende Mutter der Vorstandsekretae rin Kaethe Sara Joachimsohn aufgenommen wurde, zunaechst unerledigt liegen bleibt.

5). Es wird darauf hingewiesen, dass unter den Abgebaute n sich die Mitarbeiterin Fräulein Charlotte Sara Arnheim befindet, welche vor mehreren Monaten von der JKV der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin zur Beschaeftigung zugewiesen wurde. Das Gesamtarchiv, bei welchem sie beschaeftigt ist, hat sie zur Verfuegung gestellt, was Herr Pruefer machte Bedenken nicht geltend.

6). Herr Pruefer ist einverstanden, dass fuer den auf der Abbauliste stehenden Simon Israel Neumerk, geboren 1877, ein anderer Angestellter benannt wird.

7). Dr. Eppstein berichtet ueber die Anforderung von Seiten des Herrn Dr. Keilner (Hauptamt VII) wegen dreier Werklehrer und Herrn Richard Israel Schaefer. Gegen die Ueberlassung des Tischlers Lewin erhebt Herr Pruefer Widerspruch; im uebrigen werden Bedenken nicht geltend gemacht.

8). Es wird ueber die im Gange befindlichen und weiter verlangten Grundstueckeraeumungen berichtet. Herr Pruefer erklart, dass Koepenick, Mahlsdorferstr. 94 bis Ende November benoetigt wird.

9). Es wurde eine Abschrift des Schreibens der Anwaeltenschaft vom 17. 8. 1942 ueberreicht, mit welchem die Klage gegen Dr. Julius Israel Blumenthal wegen Nichtangabe der Kennkarte usw. fallengelassen ist.

Herr Pruefer erklarte, dass unter diesen Umstaenden es bei dem bisherigen Verfahren bleiben solle. Dr. Eppstein wird die Gelegenheit noch beim Reichssicherheitshauptamt zur Sprache bringen.

Ges. Moritz Israel Benschel

Abchrift erhalten:

- 1) Hr. Korower
- 2) Dr. Eppstein
- 3) Hr. Kreindler
- 4) Dr. Mendelsohn
- 5) Dr. Loewenthal

124

Bekanntmachungen an Reichsvereinigung

Meldepflicht bei Aufenthaltsveränderungen

Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland weist darauf hin, daß nach den geltenden Meldevorschriften jede, auch beson-
derweise Veränderung des Aufenthalts innerhalb und außerhalb der Wohngemeinde bei deutschen Staatsangehörigen binnen drei Tagen, bei Ausländern und Staatenlosen binnen 24 Stunden bei der zuständigen Polizeibehörde gemeldet werden muß.

Zu widerhandlungen von Juden, insbesondere die Unterlassung der polizeilichen Meldung, haben staatspolizeiliche Maßnahmen zur Folge.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e. V.

Meldepflicht bei Aufenthaltsveränderungen

Die Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e. V. gibt auf Weisung ihrer Aufsichtsbehörde bekannt, daß mit sofortiger Wirkung zur Vermeidung von Weisungen sämtliche Juden in Berlin im Sinne des § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935 (RGBl. I S. 1333), die sich im Zusammenhang mit Aufenthaltsveränderungen nach Maßgabe der Meldevorschriften bei dem zuständigen Polizeirevier an-, ab- oder ummelden haben, diese Meldung auf den vorgeschriebenen Formblättern jeweils in vierfacher Ausfertigung abzugeben haben.

Berliner Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Berlin

Burgstraße 28

Berlin C 2

in Vollzug der am 14. bzw. 15. ds. Mts.
erteilten Anweisung überreicht.

Berlin, den 21. August 1942

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Dem Reichsministerium des Innern, Reichssicherheitshauptamt
Berlin W 62, Kurfürstenstraße 115/116

unter Bezugnahme auf den Vortrag am 17. ds. Mts. überreicht.

Berlin, den 21. August 1942

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

777

99
Q

Berlin, den 22. August 1942
Fe./Dal.

Aktennotiz:

Ruecksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn Pruefer).

Anwesend: Henschel, Kozower, Inspektorehepaar Abrahamsohn.

1). Herr Pruefer ordnet an, dass die Leitung des Heims Gr. Hamburgerstrasse 26 -unter Fortdauer der Funktion von Frau Rebekka Oberlaender- Herrn Julius Israel Abrahamsohn nach Erledigung seiner Arbeiten in der Schoenhauserallee 22 uebertragen wird.

Gegen die Versetzung von Frau Braun nach Gormannstr. 3 (Heim und Kueche) erhebt Herr Pruefer keine Bedenken.

2). Die Pensionierung des Max Israel Bottstein, die mit Ruecksicht auf dessen Erkrankung und Arbeitsunfaehigkeit in Erwaegung gezogen war, wird als nicht in Frage kommend bezeichnet. Bottstein soll zur Abwanderung gelangen und zwar, obwohl er erst 53 Jahre alt ist, nach Theresienstadt, um dort nach Besserung seines Befindens als Pfleger Verwendung zu finden.

3). Herr Pruefer erklaert sich damit einverstanden, dass die Kosten der mit dem Abschluss von Heimeinkaufsvertraegen H befassten Dienststelle aus dem Sonderkonto W bezahlt werden.

Moritz Israel Henschel

Abschrift erhalten:

- 1). Dr. ~~Mendelssohn~~ Epstein
- 2). Hr. Kozower
- 3). Hr. Kreindler

123

96

Berlin, den 23. August 1942.

IX Ms/Ba.

- - N o t i z : - -

Vorläufiges Ergebnis der an die Geheime Staatspolizeileit-
stelle Berlin abgelieferten Karteikarten:

Am 13.8.42 wurden von der Katasterverwaltung die erste Teil-
lieferung gemacht.

Es wurden abgeliefert:

Karten von Sternträgern A - F. 9.211

Am 21.8.42 wurden Karten von Sternträgern und
zwar G - Z 23.839
abgeliefert.

Ferner Karten für Reichsvereinigungsmitglie-
der, die nicht Mitglieder der Jüdischen Kul-
tusvereinigung sind und von denen bei uns
die Sternquittungen fehlen 906

Bei diesen Personen wissen wir nicht, ob sie
Judensterne tragen.

zusammen 34.006

Zirka 2.000 Karten werden noch auf Mischehen besp.privile-
gierten Mischehen kontrolliert und nachträglich an die Ge-
heime Staatspolizeileitstelle abgeliefert werden.

Die Karten der Nichtsternträge, die auch bereits fertige-
stellt sind, werden nach Rückprache mit Herrn Prüfer erst
dann abgeliefert, wenn die Reparaturwerkstatt den dritten
Trog abgeliefert haben wird, was voraussichtlich Mittwoch
oder Donnerstag geschehen wird.

Das endgültige Ergebnis der Zahlen über Mischehen und privi-
legierte Mischehen, soweit diese der Katasterverwaltung be-
kannt sind, wird durch eine weitere Notiz der Katasterverwal-
tung ~~erfolgt~~ festgelegt werden.

Katasterverwaltung.

Joel Hamburger

- 1) Herrn H e n s c h e l,
2) Herrn Dr. Blumenthal,
3) Herrn Dr. Eppstein,
4) Herrn K o z o w e r,
5) Herrn Dr. Mendelsohn,
6) Frl. Dr. M o s s e

Von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer wurden fernmündlich am 24.8.1942 der Unterzeichnete sowie die Herren Gerhard Jarael Cohn und Werner Jarael Simon bestellt; Gerhard Jarael Cohn war beim Eintreffen des Unterzeichneten gerade von der Staatspolizeileitstelle nach der Kleiderkammer unterwegs und konnte infolgedessen nicht erreicht werden.

Dem Unterzeichneten und Werner Jarael Simon wurde folgendes von den Herren Kommissar Stubbis und Prüfer eröffnet:

1. Für alle Transporte kommt die Beschriftung der Koffer mit Farbe in Fortfall. Das Gepäck soll künftig nur mit Anhängern, die mit dünnem Draht festgemacht sind und mit Klebezetteln versehen werden.
2. Jeder Transportteilnehmer hat von sofort ab, soweit Alterstransporte in Frage kommen, beim Ausschleusen, sowie Osttransporte in Frage kommen, beim Einschleusen eine Karte mit Namen und Transportnummer, am besten im Knopfloch befestigt, mit sich zu führen. Diese Karten sind sofort fertigzustellen, zu genehmigen und erstmalig für den am 25.8.1942 abgehenden 49. Alterstransport durchzuführen.
3. Für Theresienstadt besteht dringender Bedarf an Matratzen, Geschirr, Löffeln; Geschüsseln, Reinigungsmaterial aller Art und Mübeln. Nähmaschinen sollen nicht mehr nach Theresienstadt geschickt werden. Die hier noch befindlichen etwa 25 Nähmaschinen sollen zum grosseren Teil nach Riga geschickt werden. Es sollen weitere Nähmaschinen aus den Wohnungen abgewandelter Transportteilnehmer beschafft und zur Versendung nach dem Osten bereit gehalten werden.
4. Bei dem 18. Transport haben sich Schwierigkeiten für die Ernährung der Kleinkinder ergeben. Es wurde darauf hingewiesen, dass mit Genehmigung der Staatspolizeileitstelle für den 18. Transport Nahrungsmittel beim Haupternährungsamt mitangefordert wurden, die Bewilligung habe Herr Direktor Morawski jedoch mit der Begründung abgelehnt, es würde auch für arische Kleinkinder Nahrungsmittel nicht geben, dies ist vor Abgang des 18. Transportes der Staatspolizeileitstelle auch berichtet worden. Es wurde angeregt, für den nächsten Osttransport zur Ernährung der Kleinkinder Gries oder ähnliche Nahrungsmittel über das Kinderheim und auch aus den zu räumenden Wohnungen zu beschaffen und einen Thermophor mit Griesbrei oder Ähnl. für die Kleinkinder dem nächsten Transport mitzugeben.
5. Für den Osten werden grosse Schneiderecheren gebraucht.
6. Dem nächsten Osttransport sollen eventuell im Austausch gegen Hülsenfrüchte möglichst viel Marmelade mitgegeben werden.
7. Für den nächsten Osttransport sollen 2 Waggonen wies zum Abtransport vom Mosbiter Güterbahnhof sowie 20 Nähmaschinen bereitgestellt werden.
8. Der Osttransport am 10.9.1942 soll besonders gut ausgestattet werden.
9. Als Ersatz für den Abwanderungsbrief wurde nach dem vorgelegten Entwurf das neue Anschreiben am Merkblatt genehmigt.

10. Der jüdische Transportleiter soll künftig in dem ersten für die Transportteilnehmer bestimmten Wagen sitzen, ihm sollen 2 flinke Gräner beigegeben werden. Beim 18. Transport ist dem jüdischen Transportleiter der Schlüssel zum Aufmachen der einzelnen Abteile ausgehändigt worden. Dadurch wurde es ermöglicht, bei jedem Haltepunkt, soweit das behördliche Begleitkommando dies genehmigte, schnellstens alle Abteile zu öffnen.
11. Es wird hierauf gelegt, dass auf Sonderkonto "H" weiterhin Beträge an geschafft werden.
Über die neue Gestaltung der Heimeinkaufsverträge, auch das Verhältnis vom Sonderkonto "H" zum Sonderkonto "A" soll von Unterzeichneten berichtet werden.
12. Auf die Frage, ob im Jüdischen Nachrichtenblatt eine Veröffentlichung über das Verbot erfolgen könne, das Markthallengebiet zu betreten, wurde erwidert, die Staatspolizeistelle wolle zunächst einmal feststellen, worauf das Verbot beruhe, es soll erst nach dieser Feststellung über die Frage der Veröffentlichung im Nachrichtenblatt entschieden werden.

25.8.1942

No. 10.

Philipp Israel Abzower

Herrn He n s c h e l,
Herrn Dr. R a p p e l t e i n,
Herrn K r e i n d l e r,
Fräulein Dr. M o s s e,
Herrn Gerhard Israel C o h n,
Herrn Dr. M e n d e s o h n,
Herrn Werner Israel S i m o n,
Herrn K l e e m a n n.

726

4. Herr Kommissar Stübbs und Herr Prüfer erklärten, es sei mit der Leitung von Theresienstadt gesprochen worden. Dort sei starker Bedarf vor allem an

Wasserpfeifen, Löffeln, Matratzen und Strohmatten.

Die JKV soll diese Sachen in grösseren Mengen beschaffen. Die Kosten sollen von der NV gezahlt werden, da diese Sachen nur von Berlin und von keiner anderen jüdischen Stelle nach Theresienstadt gebracht werden.

5. Herr Prüfer ersuchte, ihm am 29. ds. Mts. 3 Stenotypistinnen der JKV zu benennen, die bei der Fachgruppe für Gebrauchsgüterhandlung, Herrn Stendel, arbeiten könnten. Dies könne entweder in der Art geschehen, dass das Gehalt dieser Stenotypistinnen von der Fachgruppe an die JKV gezahlt oder - wie vom Unterzeichneten vorgetragen - die Stenotypistinnen von der JKV Berlin entlassen und über das Arbeitsamt der Fachgruppe zugewiesen werden. Die Meldung dieser 3 Stenotypistinnen soll alsbald erfolgen.

(Mir zur Rücksprache mit der Personalverwaltung vorlegen).

Jauner

Zur Kenntnis:

Herrn Menschel
Herrn Dr. Epstein
Herrn Kreindler
Fräulein Dr. Mosse
Herrn Gerhard Gohn
Herrn Kleemann

127

berlin, den 1. September 1942,

Schlussbericht

betreffend Abschreiben der Karteikarten der Katasterverwaltung
für die geheime Staatspolizei auf grüne Polizeikarten.

Die Arbeiten wurden am 30.7.42 begonnen. Am 13.8.42 wurde die
erste Teillieferung bei der Behörde abgegeben. Sterntra-
ger von A - F 9211.
Am 21.8.42 wurden die Karten über Sternträger
von G - Z 23889
abgeliefert. 33109

Außerdem wurden am 21.8.42 986
Karten von Reichsvereinigungsmitglie-
dern, die nicht Mitglieder der Jüdischen
Kultusvereinigung sind und bei denen
Sternmittungen nicht vorliegen, abge-
liefert.

Bei der Ablieferung der Karten der
Sternträger blieben in ganzen 1941
zurück, die noch einer Nachprüfung,
namentlich in Bezug auf eine Mischehe
bzw. privilegierte Mischehe, unterzo-
gen wurden. Diese Nachprüfung ist jetzt
beendet. Die Karten werden heute abge-
liefert.

Außerdem werden heute Karten von Nicht-
sternträgern abgeliefert:

- | | |
|--|-------|
| 1) Vollständig ausgefüllte | 15235 |
| 2) Karten, bei denen teilweise Anga-
ben fehlen | 785 |
| | <hr/> |
| | 16018 |

Von der Geheimen Staatspolizei wäre
uns zum Teil grüne Karten bereits aus-
geschrieben übergeben worden. Diese
Karten sind in der Hauptsache beim Ab-
schreiben verwendet worden bzw. ergänzt
worden. Übrig geblieben sind hiervon
bei denen sich Parallelkarten in der
Kartei unseres Katasters nicht befunden
haben.

Im ganzen sind also bis jetzt abgelie-
fert:

- | | |
|--|-------|
| 1) Karten von Judensternträgern | 9211 |
| | + |
| | 23889 |
| | + |
| | 1941 |
| | <hr/> |
| | 35041 |
| 2) Karten von Nichtsternträgern | 16018 |
| 3) Karten von Reichsvereinigungs-
mitgliedern, die nicht Mitglie-
der Jüdischen Kultusvereini-
gung sind und bei denen Stern- | |

128

1. September 1942.

Nachtrag

Ich habe heute bei der Geheimen Staatspolizei, Zimmer 333, wie in vorstehenden Bericht aufgeführt, die Kartei an Herrn Kommissar Stüps und Herrn Tietze abgegeben.

Herr Stüps ist mit der Durchführung der Arbeiten einverstanden und wird jetzt von sich aus sein besonderes Augenmerk auf die Nichtsternträger-Kartei richten. Er will vor allen Dingen festzustellen versuchen, ob es sich tatsächlich überall um Nichtsternträger handelt und welches die Gründe sind, die die einzelnen Personen von der Sternträgerpflicht befreien. In den beiden Fällen

Elisabeth Liebrecht und
Bartha Gross

bei denen die von den Gestapo ausgeschriebenen Karteikarten betreffend Abscheide nicht mit den in der Katasterverwaltung enthaltenen Unterlagen übereinstimmen, wünscht Herr Kommissar Stüps besonderen Bericht.

Herr Kommissar Stüps ist damit einverstanden, dass die Katasterverwaltung für eventuelle Nachlieferungen eine Anzahl unbeschriebener Karteikarten zurückbehalten hat. Er wünscht, dass jede Kartei, die neu in unserer Kartei ausgeschrieben wird, auch gleichzeitig durch Ausfüllung einer Karteikarte der Geheimen Staatspolizei gemeldet wird.

Herr Kommissar Stüps gab mir die im Bericht auf der ersten Seite unter II aufgeführten 785 Karten wieder zurück, bei denen teilweise Angaben fehlen und wünscht von uns aus eine listensässige alphabetische Aufstellung der Karten. Diese Liste soll in Zwischenräumen geschrieben werden. Sie geht ans Einwohnermeldeamt und werden die Antworten dann auf die Karteikarten und auf unsere Karteikarten übertragen werden. Ich erklärte Herrn Kommissar Stüps, dass die Katasterverwaltung zum Zweck der Vervollständigung ihrer Kartei 1130 Fragebogen versandt hat und das Ergebnis noch aussteht. Ich teilte ihm gleichzeitig mit, dass infolge Unbestellbarkeit ca. 250 Briefe zurückgekommen seien. Wir sollten auch diese 250 auf eine besondere Liste stellen und wird von Seiten der Geheimen Staatspolizei für sofortige Auskunft beim Einwohnermeldeamt gesorgt werden.

Herr Kommissar Stüps will von sich aus auch diese 250 Anfragen an das Einwohnermeldeamt stellen und uns den Bescheid zukommen lassen.

In Sachen Übertragung der Kartei des Arbeitsamts auf die von uns gestellten grünen Karteikarten der Geheimen Staatspolizei erwähnte Herr Kommissar Stüps, dass die eine Stenotypistin (Erl. Herzog) selbstverständlich nicht in der Lage ist, die vielen Karteikarten mit dem Arbeitsvermerk zu versehen, die pro Tag von unseren Angestellten in der Fontanepromenade auf Zetteln ausgeschrieben werden. Er forderte sich deshalb auf, dafür zu sorgen, dass ein eingearbeiteter Mitarbeiter der Katasterverwaltung sofort Erl. Herzog, Zimmer 333 der Geheimen Staatspolizei helfen soll. Nach Rücksprache mit Herrn Dr. Löwenthal und Herrn Blumenthal habe ich bestimmt, dass Herr Leopold Israel Wallenstein ab morgen dort arbeiten wird.

Dr. Löwenthal

130

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle,
Herrn Prüfer.

Anwesend:

von der RV: Herr Dr. Eppstein
von der JKV: " Henschel
" Kozower
Fräulein Dr. Mosse

1. Herrn Prüfer wurde das Schreiben des Bezirksbürgermeisters Wedding betreffend den Ankauf des Jüdischen Krankenhauses vorgelegt. Herr Prüfer weist auf die Notwendigkeit hin, dass im Vertrage die Weiterbelassung der Benutzung für die JKV und die Räumung nur auf Weisung der Aufsichtsbehörde klar zum Ausdruck kommt. Herr Prüfer ersucht ferner darum, anstatt "Hospital" in Zukunft "Siechenheim" zu sagen, weil der Ausdruck Hospitaller an vielen Stellen den Eindruck erwecke, dass es sich um Krankenhäuser handle.
2. Es wird Herrn Prüfer mitgeteilt, dass die Mieträume Rosent Ler Straße 26 durch Verlegung des Jugendwohnheims frei geworden sind. Er ist damit einverstanden, dass diese Räume ihm als frei gemeldet werden zur Weitermeldung an den Generalbaupinspektor. Eine gleiche Meldung soll für die bisher zu Altersheimzwecken verwendeten Räume im Hause Elsäusserstrasse 84 erstattet werden.
3. Herrn Prüfer wurde über die von Herrn Polizeirat Ehlert gegebene Weisung wegen Fortschaffung von Sachen aus den vom abgewanderten Pförtner Selaanitzki zuletzt benutzten Räumen im Hause Joachimstaler Strasse 13 berichtet. Herr Prüfer erklärte, dass die Angelegenheit mit Herrn Polizeirat Ehlert unmittelbar geregelt worden sei.
4. Herr Prüfer erklärt sich damit einverstanden, dass Herr Sally Levy von der Bezirksstelle Süden entlassen wird.
5. Herr Dr. Eppstein trug vor, dass gegen die Abwanderung der auf die Abbauliste gesetzten Angestellten des Nachrichtenblattes und Buchvertriebes Jungmann seitens des Arbeitsamtes Bedenken erhoben worden sind. Herr Prüfer ersuchte, Fräulein Jungmann zwecks Beschäftigung an der Karteistelle der Leitstelle zu ihm zu schicken.

1.9.1942

(Moritz Israel Henschel)

Herrn Dr. Eppstein

zur Kenntnisnahme.

1.9.42
M. Henschel

A k t e n n o t i z

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer
vorm. 10.30 Uhr.

I.

Auf Anruf habe ich in Begleitung des Sachbearbeiters der Fürsorge, Rockmann, Herrn Prüfer aufgesucht. Herr Prüfer erklärte, dass die grosse Anzahl der Wohlfahrtsempfänger auffalle; diese hätten schon abgewandert sein müssen. Herr Rockmann solle umgehend die zur Abwanderung geeigneten wohlfahrtsempfänger in einer Liste zusammenstellen und zwar in nachstehender Reihenfolge:

- 1.) Laufend Unterstützte über 65 Jahre,
und, soweit sie gebrechlich sind, über 55 Jahre,
- 2.) Laufend Unterstützte unter 65 Jahre einschliesslich
der Nichtgebrechlichen zwischen 55 und 65 Jahren,
- 3.) im Arbeitseinsatz befindliche zusätzlich Unterstützte.

Herr Rockmann gab die Zahl der über 65jährigen laufend unterstützten Nichtarbeiter auf 1.200 an.

II.

Herr Prüfer erklärte sich damit einverstanden, dass das Arbeitsbuch des in Haft genommenen Kindermann abgeschlossen wird.

(Moritz Israel Henascher)

He/Br.
4.9.42

Durchschriften erhalten:

Herr Dr. Eppstein
Herr Kozowar
Herr Kreisler
Fräulein Karminski

Herr Dr. Mendelsohn
Fräulein Dr. Mosse
Herr Rockmann

132

Aktennotiz

Anruf der Geheimen Staatspolizei,
Leitstelle Berlin, 14.15 Uhr

Herr Prüfer teilt mit, dass im Altersheim Brunnenstr. 41
Ruhrfälle vorgekommen sind und erklärt das Haus für polizeilich
gesperrt.

Es ist sofort ein Ordner hinzusenden, welcher die dort mit zur
Abwanderung bestimmten Personen ankommenden Wagen anhalten soll.
Diese Personen sind auf andere Heime zu verteilen.

Die für den 15.9.42 angekündigte Besichtigung darf nicht statt-
finden. Das Haus ist bis zur Freigabe durch die Gesundheitsverwal-
tung überhaupt von Niemandem, weder Arier noch Jude, zu betreten.

Herr Kreindler und Herr Kozower sind wegen der zu treffenden Anord-
nungen sofort verständigt.

(Moritz Israel Menschel)

He/Br.
4.9.42

1.) Durchschriften an:

Herrn Kreindler
Herrn Kozower
Herrn Dr. Eppstein
Herrn Dr. Mandelsohn

} mit der Bitte, wegen der für den 15.9.42
angekündigten Besichtigung das Weitere zu
veranlassen.

2.) Nach 1 Woche

4.9.42

BEWANDERUNG - STATO⁴ VORSTAND

Rücksprache mit den Herren P r ü f e r und D o b b e r k e am 9.9.1942
im Altersheim Gr. Hamburgerstrasse :
Anwesend von der JKV.Berlin ausser dem Unterzeichneten Fraulein Dr.Mosse-

Es wurde die Frage erörtert, dass das Material sowohl für die Alters-
transporte wie für die Osttransporte jetzt sehr knapp geworden ist.
Bei den Alterstransporten wurde auf die starken Ausfälle hingewiesen, die
dadurch entstehen, dass bei der Abholung bereits Erfasste, die von der
Gesundheitsverwaltung als abwanderungsfähig bezeichnet sind, auf ihre
Erkrankung hinweisen und dann von den abholenden Beamten nicht mitgenom-
men werden. Künftig soll deshalb auf jeder Abholungsliste mittels eines
roten Kreuzes gekennzeichnet werden, wer von den Abzuholenden bereits
durch die Gesundheitsverwaltung untersucht und für abwanderungsfähig be-
zeichnet worden ist.

Es wurde darauf hingewiesen, dass im Kataster erheblich mehr Juden an-
gegeben sind, als in Berlin vorhanden. Die Geheime Staatspolizei, Staats-
polizeileitstelle Berlin, beabsichtigt, nachdem 5.10.1942 die auf Grund
des Katasters bei der Staatspolizeileitstelle errichtete Kartei mit Hilfe
der Polizeireviere nachzuprüfen. Sie hält diese Nachprüfung für sicherer
als eine Ueberhebung, die von der RV. oder von der JKV.Berlin ausgeht, der
besonders von Juden die in Mischehe leben und Mischlingen doch nicht Fol-
ge geleistet wird.

9.9.42

Ko/Ro.

Philipp Israel Kozower

Herrn H e n s c h e l,
Herrn Dr. E p p s t e i n,
Herrn M r e i n d l e r,
Herrn Dr. B l u m e n t h a l,
Herrn Dr. M e n d e l s o h n,
Fraulein Dr. M o s s e.

PERSONLICH I

VERTRAULICH I

134

He/Jö

Aktennotiz

Anruf der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle um 14.30 Uhr.
Herr Prüfer teilt mit, dass am 26.d.Mts. etwa 300 Juden aus Frankfurt
am Main in den Vormittagsstunden hier eintreffen werden, vermutlich
am Verladebahnhof Mosbit. Die JKV Berlin soll sich sofort mit der
JKV Frankfurt a.M. in Verbindung setzen, damit wegen der Verpflegung,
Wasserversorgung, u.s.w. des Transports alles geregelt ist.

17.9.1942

(Moritz Israel Henschel)

Herrn Kozower zur gefl. Veranlassung

Herrn Dr. Eppstein zur Kenntnisnahme

Herrn Kreindler

135

A k t e n n o t i z

Mitgesprache bei der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer.

Von der Kultusvereinigung

Henschel.
Kreindler
Koplowitz
Lewinnek
Pinthus.

- 1.) Herr Prüfer teilt mit, dass die Oberin Klara Sara Krafft vom Hospital Auguststr. auf ihren Wunsch abwandern wird. An ihre Stelle soll Frau Ruff vom Krankenhaus treten. Die Wirtschaftsleitung im Krankenhaus soll Frau Rebekka Oberländer übertragen werden.
- 2.) Inventarfragen:
 - a) Herrn Prüfer werden zwei Stück des Rundschreibens der Reichsvereinigung vom 10.9.42 über die Inventar-Verwertung übergeben.
 - b) Wegen der Verwertung des Inventars von Wörthstr. 20 setzt Herr Prüfer sich mit Herrn Polizeirat Kast vom Reichskriminalpolizeiamt fernmündlich in Verbindung. Die Herren wollen sich auf dem Grundstück treffen. Als dann wird Weisung ergehen.
 - c) Wegen der Verwertung des Inventars des Heims Köpenick, Mahlsdorferstr. 94, will Herr Prüfer mit der Reichsjugendführung verhandeln. Er setzt sich fernmündlich mit Herrn Obersturmführer Pachow in Verbindung und vereinbart mit ihm, dass Interessenten für Inventar in Einrichtungen der JKV an die Staatspolizeileitstelle verwiesen werden.
 - d) Herr Prüfer gibt die Anweisung, dass für die Freimachung der Heime von Inventar Herr Pinthus von den Reparaturwerkstätten eingesetzt werden soll, während der Verkehr mit der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, Zweckgemeinschaft Gebrauchsgüterhandel bei Herrn Lewinnek verbleibt.
 - e) Herr Prüfer erklärt sich damit einverstanden, dass die Abholung der medizinischen Einrichtungen von abwandernden Behandlern und Zahnbehandlern durch Herrn Koplowitz, bisher Weissensee, Parkstr. 22, besorgt wird, dem ein anderer Mitarbeiter beigegeben werden soll.
 - f) Herrn Prüfer ist berichtet, dass bei der JKV noch ein erheblicher Bedarf an Bettstellen, Betten und Geschirr besteht.
- 3.) Es wird berichtet, dass für das Gestühl der Alten Synagoge die Emporen nicht zur Verfügung stehen. Herr Prüfer ist damit einverstanden, dass das Gestühl zunächst auf dem der JKV zur Benutzung

verbleibenden Teile des Hofes aufgestellt wird. Er will einen Tischler schicken, welcher ein Gebot für Übernahme und Abfahrt des Gestühls abgeben soll. Falls dieses dem Taxpreis entspricht, ist ihm das Gestühl zu verkaufen. In gleicher Weise soll mit dem Gestühl der Synagoge Thielerscher verfahren werden.

- 4.) Herr Prüfer ist an die Rückgabe der Arbeitsbücher Edmund von und Klara Sara Lichtenbaum erinnert. Er gibt Frau Goldstein die Anweisung, nach den Büchern zu suchen.
- 5.) Herr Arendler berichtet, dass mit Einverständnis des Propagandaministeriums die bei der JAV vorhandenen Bestände an deutschen Bannern der Reichsschrifttumskammer überlassen werden sollen. Herr Prüfer erhebt hiergegen keine Bedenken.
- 6.) Herr Prüfer ordnet an, dass die als Teil der Bibliothek der JAV beschlagnahmte Bucherei in der Linchenstr., die sich noch dort befindet, nach der Reichsschrifttumskammer abgeliefert werden soll.
- 7.) Das Arbeitsbuch des seit dem 18.9.42 nicht mehr auf seiner Arbeitsstätte erschienenen Martin Israel Goldstein soll unter schriftlicher Meldung an die Staatspolizeileitstelle abgeschlossen werden.
- 8.) Auf Befragen gibt Herr Prüfer nach Rücksprache mit Herrn Kommissar Stübs die Auskunft, dass bei Mischehen der arische Ehe- teil nicht in den Gemeinschaftsküchen der JAV essen darf, während dies dem jüdischen Teil freisteht.
- 9.) Während im allgemeinen für Kinder zum Besuch der Tagesheim- Fahrterlaubnisse nicht erteilt werden, wird dies im Falle des Wolfgang Israel Kolzmann, geb. 10.1.1930, wohnhaft Berlin-Friedrichshagen, Friedrichstr. 25, mit Rücksicht auf die weite Entfernung und da beide Eltern im Arbeitseinsatz sind, für zu- lässig erklärt. Die Fahrgenehmigung soll für eine beschränkte Frist durch Herrn Mannheim vorgelegt werden.

(Moritz Israel Mannheim)

Ha/Br.
22.9.42

137

Aktennotiz
Besuch der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer,
im Altersheim Köpenick, Mahlsdorferstr. 94.

Herr Prüfer besuchte am 25. d. Mts., vorm. gegen 10 Uhr das
Altersheim in Köpenick, Mahlsdorferstr. 94, nahm die Räume in
Augenschein und erteilte dem Unterzeichneten, der als Vertreter
der JKV anwesend war, folgende Anweisungen:

- 1.) Der Bauplan des Grundstücks soll an den Fachlehrgang für
Filmberichter zu Händen des Herrn Dr. Pritske, Love-Kowstr. 1 - 2,
geschickt werden, Herr Dr. Pritske wird den Bauplan umgehend
wieder durchsenden.
- 2.) Herr Prüfer bezeichnete zwei Kessel, die an das Zentrallager
in der Memhardstr. geschickt werden sollen, wo Herr Prüfer
sie demnächst mit anderen dort lagernden Kesseln besichtigen
wird.
- 3.) Die im Altersheim noch lagernden Lebensmittel-Vorräte sollen
an das Zentrallager in der Memhardstr. geliefert werden, wo
sie zur Verfügung des Herrn Gerhard Cohn gehalten werden
sollen.
- 4.) Die im Altersheim noch vorhandenen Kartoffeln und Tomaten
sollen verbraucht werden, damit nichts verdirbt.
- 5.) Herr Prüfer ordnete nochmals an, dass von den Inventar-
Gegenständen ohne seine Genehmigung nichts herausgenommen
werden dürfe.
- 6.) Herr Prüfer bemerkte, dass für den Fall, dass sonst noch etwas
zu unternehmen sei, er noch Weisung geben würde.

Kreindler
(Leo Israel Kreindler)

Kr/Br.
25.9.42

Durchschriften an:

Herrn Henschel	Herrn Gerhard Cohn
Herrn Dr. Eppstein	Herrn Friedländer
Herrn Kozower	Herrn Harlam
Herrn Dr. Mendelsohn	

He/Jo

*Kurt Friedrich Müller*Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle,
Herrn Prüfer.

Anwesend von der JKV:

Henschel
Dr. Lustig
Kozower.

1. Es wird berichtet, dass nach Mitteilung des Reichssicherheitshauptamtes (über die RV) die Stadt auf den Ankauf des Krankenhausgrundstückes Iranischestrasse 2-4 zu Gunsten der Reichsjugendführung verzichtet habe, welche im eigenen Namen einen Kaufvertrag über das Grundstück nebst Inventar abschließen wolle, und dass Vertreter der JKV heute nachmittag 5 Uhr zu Vorbesprechungen zu Rechtsanwalt Dr. Pfeiffer, Berlin W 62, Bayreuther Straße 40, als dem Rechtsvertreter der Reichsjugendführung, kommen sollen. Herr Prüfer stellt zunächst in einer fernmündlichen Rücksprache mit Herrn Obersturmführer Pachow fest, dass die Räumung und Übergabe erst zu dem von der Aufsichtsbehörde festzustellenden Zeitpunkt zu erfolgen habe. Herr Prüfer gibt ferner die Weisung, dass schon bei den Vorverhandlungen, zu welchen Dr. Eppstein und Henschel gehen werden, wegen des Inventars klargestellt wird, dass dieses nur in dem zur Zeit der späteren Übergabe vorhandenen Bestände Kaufgegenstand sein könne; von diesem Bestände müsse noch derjenige Teil abgehen, welcher zum Betriebe eines etwa an einer andern Stelle Berlins fortzuführenden verkleinerten Krankenhauses erforderlich sein werde. Die jetzt von den abwandernden Ärzten abzuholenden Instrumentalien, welche im Krankenhaus verwahrt werden sollen, gehören nicht zum Inventar des Krankenhauses.
2. Es wird über den angeordneten Verkauf des Grundstücks Greifswalder Strasse 138-141 berichtet. Auch hier soll ausbedungen werden, dass die Räumung der eigengenutzten Teile (Reparaturwerkstätte, Möbelkammer) erst auf Weisung der Aufsichtsbehörde zu erfolgen hat. Dagegen ist das Kindertagesheim alsbald aufzugeben; die Einrichtung ist nicht mitzuübergeben.
3. Wegen Brunnenstrasse 41 soll auf die gestellte Anfrage erklärt werden, dass ~~es~~ Ende Oktober geräumt sein könne.
das Grundstück
4. Wegen Parkstrasse 22 soll erklärt werden, dass ~~es~~ gegenwärtig noch nicht zur Verfügung steht.
das Grundstück
5. Es wird berichtet, dass die Übergabe des Grundstücks Wörthstr. 20 am Donnerstag, dem 1. Oktober d. Js., vormittags 10 Uhr, an Herrn Obersekretär Repkewitz vom Reichskriminalpolizeiamt erfolgen soll.
6. Im Grundstück Friedenstrasse 3 ist nicht nur das Kindertagesheim, sondern auch das Altersheim bis 1.11.42 zu räumen. Das Inventar soll nach dem üblichen Schätzungsverfahren an die NSV übergeben werden.

139

7. Im Altersheim Köpenick, Mahlsdorfer Strasse soll das Inventar zunächst stehenbleiben.
8. Herr Prüfer ersucht um eine Aufstellung der zur Veräußerung verfügbaren Geldschränke.
9. Es wird Herrn Prüfer eine Aufstellung von 4 zum Verkauf verfügbaren Klaviere (1 Flügel und 3 Pianinos) übergeben.
10. Herr Prüfer erklärt auf Befragen, dass Rückstellungen wegen Beschäftigung bei der Nachbarhilfe nicht zulässig seien. Wenn keine geeigneten Helfer mehr da seien, müsse man die Nachbarhilfe eingehen lassen.
11. Wegen der jugendlichen Helfer erklärt Herr Prüfer, dass sie, auch soweit sie das 18. Lebensjahr überschritten haben, nicht zum Arbeitseinsatz entlassen werden dürfen.
12. Herr Prüfer erklärt, dass eine Rückstellung von Wohlfahrts-pflichtarbeitern nicht gebilligt werden könne; auch wer nur eine zusätzliche Unterstützung laufend empfangt, müsse aus Staatsgründen zur Abwanderung gebracht werden.

28.9.1942



(Moritz Israel Henschel)

Charlottenburg

28. September 1942.

Stettin 21. 9. 42.

an die

5173-Dr. 40/42.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

Berlin

Oranienburgerstr. 21.

In der Anlage übergeben wir eine verbesserte Liste der in Berlin wohnenden bei uns gemeldeten Inhaber eines verwundetenabzeichens, bes. des S.K. I. Klasse, bes. von Kankerkrie, Geschädigten und ehemaligen Offizieren.

Es handelt sich um einen nach dem jetzigen Stande zur Grund der Veränderungen durch Tod, Abwanderung und vorgenommener Nachprüfung sowie durch Neuaufnahmen veränderten Berichtsstand der Listen, welche der Deutschen Staatspolizei Staatspolizeistelle Berlin mit Schreiben vom 24. Mai 1942 überreicht wurden.

Erläuternd ist zu bemerken:

1.) Liste A

Von den 937 Personen bis 65 Jahren mit 796 jüdischen Ehefrauen und Kindern bis zu 14 Jahren fallen 114 mit 89 Angehörigen weg, es kommen 21 Personen mit 23 Angehörigen hinzu, sodass vorhanden sind:

Personen bis 65 Jahre	864
Familienangehörige	730
	<hr/>
	1594

b.w.

144

Heber: 1294

2.7) Liste B:

von den 116 Personen über 65 Jahre mit 78
jüdischen Angehörigen fallen 6 mit 2 Ange-
hörigen weg; es kommt 1 mit 1 Angehörigen
hinzu, sodass vornan es sind

Personen über 65 Jahre
familienangehörige

113

69

insgesamt

1776 Personen.

Wieviel von diesen in jüdische Leben bzw. in öffent-
lichen -versteinerungen stehen, ist nicht feststellt.

Soweit jüdischen bei uns gemeldet sind - dies ist
aber nicht in allen Fällen geschehen - haben wir links
neben dem Namen einen blauen Kreis angebracht. Danach

sind wir

66 aus Liste A

und

12 aus Liste B

zusammen: 78 Personen mit 85 jüdischen Familien-
angehörigen bzw. jüdischen als in jüdische Leben
angegeben worden.

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
Kriegsopferabteilung

Dr. Ernst Israel Rosenthal

Anlagen

Berlin, den 28.30.10.1942.

50

Herrn
Dr. Ernst Israel Rosenthal
.....

Betr.: Abänderung nach Magerbienstadt.

In der heute zur Kenntnisnahme durchschriftlich mitgeteilten
Schreiben vom 20.10.42. an die JKV Berlin habe ich von der Ab-
änderung ab die JKV auf Seite 2 Ziffer 2) wie folgt geändert:

Liste B:
von den 11 Personen über 60 Jahre mit 70
jüdischen Angehörigen fallen 32 mit 15 Angehörigen
weg, es kommt 1 mit 1 Angehörigen hinzu, sodass ver-
bleiben sind:

Personen über 60 Jahre
familienangehörige

87

136

insgesamt: 1006 Personen.

Dr. Ernst Israel Rosenthal

[Handwritten signature]

Herrn Menschal

Herrn Kozower

Herrn Dr. Eppstein

Fräulein Dr. Moos

zur gefl. Kenntnisnahme.

Durch Fräulein Dr. Moos wurde ich heute vormittag 8 1/2 Uhr zusammen mit Fräulein Dr. Moos zur Staatspolizeistelle zu Herrn Prüfer bestellt. Herr Prüfer eröffnete uns, dass vom 1. Oktober an die Räumung jüdischer Wohnungen in arischen Besitz nicht mehr durch den GSI erfolgen werde, sondern dass diese Aufgabe auf den Gau Berlin der NSDAP übergegangen sei. Dieser werde sich zur Durchführung dieser Aufgabe des Hauptplanungsamts der Stadt Berlin bedienen. Für den Monat Oktober werde noch der GSI in einem Übergangsverfahren die notwendigen Anordnungen treffen. Der Übergang erfolge endgültig am 1. November d. J. Über die technische Durchführung dieser Aktion in Zukunft finde morgen beim Hauptplanungsamt eine Besprechung statt, an der auch Herr Prüfer teilnehme. Er werde uns hinterher das für uns Wissenswertes hierüber mitteilen.

Herr Prüfer fragte mich hierauf, in welcher Weise bisher die Bezahlung der Instandsetzungskosten an den GSI finanziert worden sei. Ich erklärte ihm, dass hierfür ein Fonds von RM. 650.000.-- bereitgestellt worden sei, der jetzt noch ungefähr in halber Höhe bestünde. Darauf erklärte Herr Prüfer, dass mit den Mitteln hantieren gehalten werden müsse, da noch grosse Ausgaben auf diesem Gebiete infolge der zahlreichen vorhandenen jüdischen Wohnungen in arischen Hausbesitz bevorständen. Er habe dies auch dem Hauptplanungsamt gegenüber zum Ausdruck gebracht. Die Durchschnittskosten für die Instandsetzung der einzelnen Wohnungen sei viel zu hoch; ausserdem solle in Zukunft geprüft werden, ob eine rechtliche Verpflichtung des Mieters zur Zahlung der Instandsetzungskosten in jedem Einzelfalle bestünde.

Herr Prüfer gab die Anweisung auf Anfragen nach der Höhe der vorhandenen Mittel für Wohnungsinstandsetzungen keine Auskunft zu geben. Die Anfragenden sollen an ihn verwiesen werden.

Der Unterzeichnete hat hierauf die Frage gestellt, wie die Behandlung der Anträge auf Ersatz der Instandsetzungskosten bei Heimeinkaufsverträgen gehandhabt werden solle. Daraufhin gab Herr Prüfer die Anweisung, dass in diesen wie auch in allen anderen Instandsetzungs-Fragen die Angemessenheit durch uns geprüft und ferner die Frage der rechtlichen Verpflichtung zur Zahlung der Instandsetzungskosten durch den Abgewanderten gestellt werden müsse. Er werde mit dem Oberfinanzpräsidenten vereinbaren, dass dieser uns darüber Auskunft gibt, ob im Einzelfalle Vermögen des Abgewanderten eingezogen worden ist. Für alle Fälle solle aber von jetzt ab bei Aufnahme neuer Heimeinkaufsverträge im Heimeinkaufvermögenverzeichnis ein Vermerk darüber aufgenommen werden, ob der Vertragsschliessende Grundstücke oder andere Werte noch besitze, die nicht durch den Heimeinkaufvertrag erfasst werden. Hierdurch sollen auf alle Fälle die Rückfragen beim Oberfinanzpräsidenten überflüssig werden. Die Möbel allein, die in jedem Falle zur Einrichtung gelangen, sollen nicht in Betracht gezogen werden, da durch ihre Verwertung Mietrückstände und andere kleine Schulden abgedeckt werden müssen. In unzweifelhaften Fällen sollen wir die Instandsetzungskosten anweisen, zweifelhafte Fälle sollen gesamt-

b.w.

Aktennotiz A 29

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin

(Herrn Prüfer)

am 1. Oktober 1942, 9 Uhr.

Betrifft: Statistik der Juden in Berlin

Es werden folgende statistische Veränderungen mitgeteilt:

Zahl der Juden in Berlin am 31.8.

46.658

Abwanderung

3.197

Rückkehr aus Vormonaten

128

3.325

Sterbefälle (mit Resten aus
Vormonaten)

342

Geburten

8

Sterbeüberschuß

334

Tatsächliche Verminderung

3.659

Berichtigung des Katasters

2.599

6.258

Bestand per 1.10.

40.400

hiervon: Sternträger

30.407

Nichtsternträger

9.993

1.40

Ko/Jo

Aktennotiz

Telephonische Rücksprache mit Herrn Prüfer am 1.10.42 um 11.30 Uhr.
Herrn Prüfer wurde der Bericht über den Personalbestand der RV und
JKV Berlin vom gleichen Tage vorgelesen.

Herr Prüfer erklärte auf Befragen, dass der Satz bezügl. der Mitarbei-
ter, die bereits Transportnummern haben, stehenbleiben soll. Er er-
suchte, dass an den letzten Satz hinter dem Worte Behördeneinsatz
angefügt wird: "vorwiegend zur Durchführung der Abwanderung, insbe-
sondere der Alterstransporte."

1.10.42

(Philipp Israel Kozower)

Herrn Dr. Eppstein

zur gefl. Kenntnissnahme.

1.10.42

241

Der Personalbestand der Zentrale der RV hat sich von 179 am 1.7.42 um 65 auf 114 verringert. Von diesen 114 besoldeten Mitarbeitern sind 6 dem Hauptamt VII zur Verfügung gestellt, sodass bei der Zentrale der RV einschliesslich des Reinigungspersonals und des Leiters des Buchvertriebs in Prag noch 108 besoldete Mitarbeiter tätig sind.

Bei der JAV Berlin sind in den letzten drei Monaten ausgeschieden: 124 besoldete, 97 unbesoldete Mitarbeiter, 14 Kernpersonal, vier Mitarbeiter im Behördenersatz sowie ausserdem 292 Wohlfahrtspflichtarbeiter, zusammen also 441. Weitere 20 Mitarbeiter, die bereits Transportnummern haben, werden demnächst zur Abwanderung gelangen. Der Personalbestand bei der JAV Berlin am 1.10.42 beträgt demnach noch 998 besoldete und 263 unbesoldete Mitarbeiter, 12 Reinigungs-, 37 Kernpersonal, 199 Mitarbeiter im Behördenersatz vorwiegend zur Durchführung der Abwanderung, insbesondere der Alterstransporte, sowie ausserdem 74 Wohlfahrtspflichtarbeiter.

1. Oktober 1942.

147

A b s c h r i f t

3. Oktober 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
B e r l i n C 2

Betrifft: Erstattungen von Wohnungseinstandsetzungskosten durch die Reichsvereinigung in Fällen, in denen der Zahlungsverpflichtete nach Theresienstadt abgewandert ist und einen Heimeinkaufvertrag abgeschlossen hat.

Unter Bezugnahme auf die fernmündliche Mitteilung vom 1. d. Mts. gestatten wir uns, anforderungsgemäß folgendes zu berichten:

Seitens des Reichssicherheitshauptamts ist uns die Weisung erteilt worden, bei Forderungen von deutschblütigen Hauseigentümern auf Zahlung von Wohnungseinstandsetzungskosten für nach Theresienstadt abgewanderte jüdische Mieter, die einen Heimeinkaufvertrag abgeschlossen haben, wie folgt zu verfahren: Solche Forderungen sind der Staatspolizeileitstelle Berlin zur Prüfung der Belage und der Angemessenheit der Forderung mitzuteilen. Nach Massgabe des staatspolizeilichen Prüfungsergebnisses sind die angeforderten Beträge aus dem Sonderkonto II zu erstatten, wenn anderes Vermögen, das zur Deckung der Forderung ausreicht, nicht zur Einziehung gelangt ist und wenn das im Vollzug des Heimeinkaufvertrags auf die Reichsvereinigung übertragene bewegliche Vermögen den Betrag der Forderung übersteigt. Falls neben dem Heimeinkaufbetrag sonstiges Vermögen zur Einziehung gelangt ist, soll die Forderung durch den Gläubiger bei dem Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg angemeldet werden.

Daraufolge werden künftig Forderungen auf Zahlung von Wohnungseinstandsetzungskosten in entsprechenden Fällen der Staatspolizeileitstelle durch die Jüdische Kultusvereinigung Berlin zur Prüfung und zur Entscheidung darüber, ob und welcher Betrag aus dem Sonderkonto II zu zahlen ist, eingereicht werden.

Herrn
H e n s c h e l
K o s e w e r
mit der Bitte um Kenntnisnahme

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

gez. Paul Israel Eppstein

E. Weiss

148

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle,
Herrn Prüfer.

Anwesend:

Dr. Eppstein
Henschel.

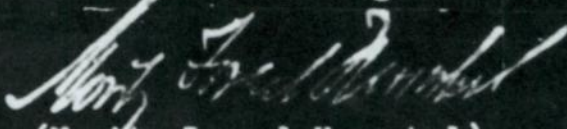
Herr Prüfer gibt bekannt:

Im Jüdischen Krankenhaus wird eine Abteilung für Geisteskranke eingerichtet. Es werden Geisteskranke aus Sayn dorthin verlegt ebenso solche aus Berliner Anstalten und gegebenenfalls auch von andern Städten. Die Angelegenheit eilt, weil Sayn innerhalb 2 Wochen geleert sein muß. Die Durchführung liegt in den Händen von Dr. Lustig.

Das Krankenhaus bleibt, auch wenn Patienten aus andern Teilen des Reiches dort untergebracht werden, eine Einrichtung der JKV Berlin. Die etwa zu verauslagenden Beträge werden von den zahlungspflichtigen Stellen zu Gunsten der JKV eingezogen.

Falls durch die Errichtung der neuen Station ein Mangel an Siechenheimplätzen eintritt, sind sie nach Artilleriestrasse 31 zu verlegen. Das Haus bleibt unter der Leitung von Fr u Oberländer, der, falls es erforderlich ist, eine Schwester beigegeben wird. Auch hier liegt die Durchführung in den Händen von Herrn Dr. Lustig.

7.10.1942


(Moritz Israel Henschel)

Herrn Dr. Eppstein

zur gefl. Kenntnisnahme.

7.10.42



449

A k t e n n o t i z

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer.

Anwesend von der JKV Henschel
Kozower.

- 1.) Ueber den Stand der Verkaufsverhandlungen der Grundstücke Elsassstr. 54 und 85 wird berichtet. Herr Prüfer gibt die Anweisung, darum zu ersuchen, dass im Vertrage die Räumung nur auf Weisung der Aufsichtsbehörde und frühestens zum Kriegsende vorgesehen werden soll.
- 2.) Unter Uebergabe von zwei Notizen des Herrn Federmann über die Anschlüsse Rosenstr. 2/4 und Friedhof Weissensee wird um Belassung einer grösseren Zahl von Leitungen an den Sammelanschlüssen Oranienburgerstr. 29 und Rosenstr. 2/4 gebeten. Herr Prüfer nimmt in Aussicht, in der Oranienburgerstr. 29 5 Anschlüsse und in der Rosenstr. 3 Anschlüsse beim Fernsprechnrechnungsamt zu beantragen. Er hofft auch, die Querverbindung mit der Kantstr. durchzusetzen.
- 3.) Herr Prüfer kündigt an, dass demnächst durch mehrere daran interessierte Stellen eine Besichtigung der Geldschränke stattfinden wird.
- 4.) Es werden die Schwierigkeiten besprochen, welche sich aus dem Verkauf der Inventarien durch den Umstand ergeben, dass die voraussichtlichen Grundstückserwerber zu spät mitgeteilt werden. Herr Prüfer weist auf die vorübergehende Abwesenheit des Herrn Obersturmführer Pachow als eine der Ursachen der Verzögerung der Mitteilung hin.

Sollte eine erwerbende Stelle mit der Zahlung im Rückstände bleiben, so soll ihm darüber mündlich berichtet werden.
- 5.) Zur Frage des Personal-Abbaues weist Herr Prüfer darauf hin, dass die besoldeten Mitarbeiter stärker zum Abbau heranzuziehen sind. Er erklärt es für zulässig, dass an Stelle von Mitarbeitern, die auf Grund einer Sonderliste abgebaut werden sollen, aber z.Zt. noch unentbehrlich erscheinen, andere Mitarbeiter genannt werden. Dadurch dürfe jedoch die zur Abwanderung gelangende Personanzahl nicht verringert werden. Wenn also z.B. ein durch die Sonderliste erfasster Mitarbeiter eine Frau und zwei Kinder hat, so sei es kein genügender Ersatz, wenn an seiner Stelle ein lediger Mitarbeiter zum Abbau vorgeschlagen werde.
- 6.) Herr Prüfer ersucht um sofortige Herübergabe einer Aufstellung der Mitarbeiter der JKV und zwar der besoldeten, teilbesoldeten und unbesoldeten, getrennt nach Arbeitsgebieten; insbesondere sind die im Behördeneinsatz befindlichen Mitarbeiter aufzugliedern.

7.) Herr Prüfer erklärt sich damit einverstanden, dass die Arbeitsbücher der Krankenhaus-Angestellten Glass, Schneider und Hilde Holländer abgeschlossen werden.

8.) Herr Prüfer gibt die Weisung, dass auf dem bereits übergebenen Grundstück Schönhauser Allee 22-25 durch Angestellte der JKV Arbeiten nicht mehr auszuführen sind.

..... Weitere Angelegenheiten wurden von Herrn Kozower vortragen.

gez. Henschel

(Moritz Israel Henschel)

9.) Herrn Prüfer wurden die Rundschreiben der BV

Nr. 274/42

275/42

277/42

278/42

übergeben. Er ordnete an, dass die in Betracht kommenden Rundschreiben stets ohne Anschreiben ihm zu übersenden sind.

He/Br.

13.10.42

159

Aktennotiz A 30

Rücksprache mit der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn F e l l e c k e) am 14. Oktober 1942, 10.30 Uhr.

Betrifft: Wohnungsräumungen im behördlichen Auftrag

Im Zusammenhang mit den bei der Räumung von jüdischen Wohnungen in dem Grundstück Bambergerstrasse 31 Ecke Grunewaldstrasse aufgetretenen Schwierigkeiten wegen der künftigen Mietzahlungen an den Hauswirt ersucht Herr Fellecke darum, ihm von Wohnungsräumungen oder Instandsetzungskostenregelungen, die vom RSHA etwa in Auftrag gegeben werden sollten, unmittelbar Kenntnis zu geben.

gez. Dr. Paul Israel Epstein

Herrn K o z o n e r

152

Aktennotiz

1.) Herr Prüfer hat heute vormittag die Anweisung gegeben

- a) die Heime Artilleriestrasse 31, Brunnenstrasse und Friedenstrasse sofort von den Insassen frei zu machen. Sie sind nach Gerlachstrasse, in Zweifelfällen nach Gormannstrasse 3, zu bringen; wenn es sich um Sieche handelt, ist Entscheidung von Herrn Dr. Lustig einzuholen;
- b) das Inventar der frei zu machenden Heime sofort zu veräußern;
- c) Frau Oberländer, sobald sie in der Artilleriestrasse nicht mehr benötigt wird, nach der Gerlachstrasse und Frau Friedländer an Stelle von Frau Kraft nach dem Siechenheim Auguststrasse zu versetzen.

2.) Herrn Prüfer ist nachmittag fernmündlich mitgeteilt, dass für Brunnenstrasse und Friedenstrasse Altersheim die Inventarschätzungen des Herrn Elsoffer bereits vorliegen.

Herr Prüfer gab die Anweisung festzustellen, ob die NSV die Inventare übernehmen will und alsdann ihr ein Stück der Schätzungen zur Erklärung einzusenden, ob sie die Preise anerkennt.

Herr Dr. Eppstein ist fernmündlich ersucht, alsbald festzustellen, welcher Stelle der NSV die Inventarien übersandt werden sollen, da im Falle der Nichtübernahme die Zeit für die Veräußerung und Räumung knapp werden würde.

Für das Heim Artilleriestrasse ist sofort eine Schätzung des Inventars durch Herrn Elsoffer vornehmen zu lassen.

20.10.42

(Moritz Israel Henschel)

Abachrift

Herrn Kreindler

der Personalverwaltung

Herrn Dr. Eppstein

der Inventarstelle

Herrn Reichenheim (Möbelkammer.)

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle
Berlin, Herrn Prüfer.

Von der Kultusvereinigung anwesend:

Henschel,
Kosower.

Herr Prüfer erteilte folgende Weisungen:

- 1.) Frau Rebekka Sara O b e r l ä n d e r soll nach der Abwanderung der Oberin Klara Sara S t e u e r (früher Kraft) die Leitung des Siechenheims Augustastrasse übernehmen, erforderlichenfalls nach Absolvierung eines Pflegekurses oder unter Beigabe einer geprüften Schwester.
- 2.) Das Krankenhaus soll eine eigene Personalverwaltung erhalten, ohne dass eine Vermehrung des Verwaltungspersonals im Krankenhaus erfolgt.

23.10.1942

Moritz Israel Henschel
(Moritz Israel Henschel)

Abchrift

Herrn Dr. Eppstein

Herrn Kosower

Herrn Dr. Lustig

Herrn Kreindler

Herrn Dr. Mendelsohn

der Personalverwaltung

154

Aktennotiz

Am 14. d. Mts. um 13.35 Uhr wurde in Altersheim Große Hamburger Straße von dem Unterzeichneten der Inspektor Abrahamson folgendes eröffnet:

1. Binnen einer halben Stunde ist die Liste sämtlicher im Altersheim Befindlichen, enthaltend Vorname, Name, Geburtsdatum, in 2facher Ausfertigung fertigzustellen.
2. Sämtliche Möbel sind aus Binnern und sonstigen Räumen zu entfernen, sodass eine Belegungsfähigkeit mit 1200-1500 Personen bei Verwendung von Strohmatten oder Matratzen entsteht; auch die Küche ist zu Unterbringungszwecken zu be nutzen. Beköstigung erfolgt durch die Gemeinschaftsküche Gormannstraße.
3. Es ist sämtlichen Insassen des Hauses zu eröffnen, dass sie beim Eintreten Deutschblütiger aufzustehen und sich von ihm in mindestens 2 Schritt Entfernung zu halten haben.
4. Dem beiden Wächtern Stern und Ehrenreich wurde eingeschärft, dass sie ohne Anweisung niemand ins Haus zu lassen haben.
5. Später wurde telefonisch um 14 Uhr dem Inspektor Abrahamson noch eröffnet, dass Insassen das Haus nicht verlassen dürfen.

14.11.1942

(Philipp Israel Kosower)

Herr Henrichel,
Herr Dr. Eppstein,
Herr Kreindler,
Herr Kleemann

Berlin, den 16. 11. 1942.

17

Zu meinen Akten Möbelkammer und Stapo.

Rücksprache in der Staatspolizeileitung am 16. 11. 1942.

1.) mit Herrn Stark :

Herr Stark ersuchte, die Frist der Verwertung der aus dem Altersheim Gr. Hamburgerstr. 26 nach dem Jüdischen Krankenhaus beschafften Möbel sofort mit Herrn Kommissar Stock zu besprechen.

In laufenden kleineren Sachen soll Herr Stark vom Unterzeichneten telefonisch befragt werden.

2.) Mit Herrn Kommissar Stock, Herrn Polizeirat Prokop, Herrn Stark und Herrn Boltz.

Herr Kommissar Stock ordnete an, dass die nach der Invaliden Strasse verbrachten Möbel aus dem Altersheim Gr. Hamburgerstr. 26 schnellstens durch die Wirtschaftsprüfung für Gebrauchsgegenstände abgeschätzt und über diese Stelle veräußert werden. Der Erlös ist dem Sonderkonto II gutzubringen.

Die in der Möbelkammer von Behörden und Beschäftigten sichergestellten Kosten sollen in eine Liste aufgenommen werden, und diese Liste soll der Gemeinsamen Staatspolizei, Abt. IV C 3, zu Händen von Herrn Polizeirat Prokop, übermittelt werden.

Bei Räumungen sollen zwecks Verwertung und zur Einlagerung zur Möbelkammer nur die Sachen gebracht werden, die einen die Transportkosten mindestens erreichenden Erlös bringen. Die wertlosen Sachen sollen entweder in die Kleiderkammer oder zur Spinnstoffabgabe kommen, oder zu Brennholz verwertet werden. Es ist jedoch in jedem einzelnen Falle verantwortlich zu prüfen, ob die Sachen wegen Wertlosigkeit dieser Bestimmung zuzuführen sind.

Philipp Israel Rosow

Herrn Henschel,
Herrn Dr. Binstock,
Herrn Kreindler,
Frl. Dr. Rosse,
Herrn Pinthus,
Herrn Gerhard Cohn,
Herrn Pinthus zwecks
Weitergabe an Herrn Lesianek.

156

Berlin, den 14. November 1942.

Rücksprache mit Herrn D o b b e r k e im Altersheim Gr.
Hamburgerstr. 26.

1.) Im Altersheim Gerlebachstr. sollen zwecks Unterbringung von
Anfalligen, die für Altersheimplätze in Frage kommen,
2 - 3 Zimmer, die für 10 - 12 Personen ausreichen, bestimmt
werden. Diese Zimmer sollen im 2. oder 3. Stockwerk nach
dem Hof zu belegen sein.

Herr Dobberke erklärte, dass bei solchen Zimmern eine Ver-
gitterung nicht erforderlich sei.

2.) Herrn Pinthus wurden die Anordnungen des Herrn Zucht und
S t o c k wegen der Verwertung von Abfall sowie die
Anordnung von Herrn Dobberke bezgl. des Altersheimes
Gerlebachstrasse telefonisch übermittelt. Es wurde beauf-
tragt, sofort das Erforderliche in die Wege zu leiten.

Philipp Israel Kozower

Durchschlag:
Herrn Henschel,
Herrn Dr. Kapstein,
Herrn Kreindler,
Hr. Dr. Mosse,
Herrn Pinthus,
Herrn Gerhards Sohn,
Herrn Pinthus zwecks
Weitergabe an Herrn Lewinsek.

Aktennotiz

Ansprache bei HRTF Brunner
in Altersheim Grosse Hamburgerstr. 26 am 12.11.42, 19 Uhr.

1. Es sind zwei perfekte Maschinenschreiber zu stellen, die abgeschaltet 24 Stunden Tag und Nacht Dienst machen.
2. Als Ordner sind 20 leistungsfähige bei der JKV Berlin tätige Leute namhaft zu machen, die einen möglichst kleinen Anhang haben. Diese Leute sind nur für den Ordnungsdienst bestimmt und unterstehen der JKV Berlin nur gehaltsmäßig.
3. Ein Behandler, am besten ein ehemaliger Militärarzt, der nicht in Mischehe ist zu benennen. Er muss jeden Tag im Gebäude Grosse Hamburgerstr. 26 Dienst tun.
4. Bockmann soll sich am 13.11.42 zum Dienst melden.
5. Die Mitarbeiter der JKV Berlin, die auf der Entschlüsselungsliste stehen, haben am 13.11.42, 15 1/2 Uhr, im Verwaltungsgebäude Oranienburgerstr. 29, zur Besichtigung bereit zu stehen.
6. Ab 13.11.42 sind zwei Schwestern zu benennen, von denen jede 24 Stunden Tag und Nacht Dienst macht.
7. Ein Plan von Grosse Berlin ist in zwei Exemplaren zu überreichen. In diesem Plan sind farblich sämtliche Grundstücke zu verzeichnen, die in der von Eppstein überreichten Grundstücksliste enthalten sind, ebenso sämtliche Einrichtungen der RV und JKV Berlin ganz gleich ob es sich um Einrichtungen im eigenen oder in Mietgrundstücken handelt. Die Einrichtungen und Grundstücke sind zu beziffern. Der Plan ist mit einer Legende zu versehen. Das Altersheim Grosse Hamburgerstrasse ist besonders, etwa in schwarz, zu kennzeichnen. Auf der Karte ist bei den Häusern anzugeben, wieviel Insassen dort sind.
8. Es ist ein Verzeichnis sämtlicher zugelassener jüdischen Krankenbehandler und Zahnbehandler, auch derer, die in Mischehe leben, zu überreichen. In diesem Verzeichnis müssen die Wohnungen und die Praxisräume der Behandler enthalten sein, ferner ist anzugeben, ob der Behandler zugelassener Fachbehandler ist und für welche Fächer. Ferner ist ein Verzeichnis sämtlicher zugelassener Konsultanten einzureichen. Bei beiden Verzeichnissen ist anzugeben, ob der Behandler bzw. Konsultant in Mischehe lebt, ob er verheiratet ist und wieviel Kinder er hat.
9. Es ist ein Verzeichnis sämtlicher jüdischen Einrichtungen und Anstalten mit Angabe des Telefon-Anschlusses einzureichen. Der Leiter der Einrichtung und die Nummer seines Privattelefons ist besonders anzugeben.
10. Es ist eine Aufstellung des Haushalts vom Januar 1942 ab mit den monatlichen Etatposten zu machen. Dabei sind die Ausgaben für die Abwanderung mit anzugeben.
11. Es sind auf Weissem Karton - etwa in der Grösse einer Zigarettenschachtel - Ausweise herzustellen, die folgende Form haben:

links oben:

Für den Raum für das Bild.

Vorname und

Nachname des Ordners:

(unterstreichen)

geboren am:

.....

wohnhaft:

.....

ist berechtigt, das Gebäude Grosse Hamburger Str. 26 zu betreten
und zu verlassen.

Der Text ist mit schwarzer Tusche auf den weissen Karton zu schreiben.

12.) Häuserblockweise sind auf einer weiteren Karte von Berlin durch
Kreise die von Juden bewohnten Grundstücke zu kennzeichnen und zwar
mit Kreisen, aus denen die Dichte der Besiedlung hervorgeht.

13.) Das Merkblatt des Absenderbriefes ist zu übersenden.

14.) Es ist die Aktennotiz über die Rücksprache vom 14.11.42 und ebenso
über die Rücksprache vom 17.11.42 zu übersenden.

15.) Sobald diese zur Flucht bereit werden, sind diese der Aufsichts-
behörde zu melden.

16.) Die Heime und sonstigen Gebäude der JAV Berlin müssen entleert
werden.

Philipp Israel Moscovici

(Philipp Israel Moscovici)

654

A k t e n n o t i z

Herr Schneider hat auf Befragen erklärt, dass keine Bedenken
dagegen bestehen, einen nicht zugelassenen Arzt zu benennen.

Herrn HSTF Brunner wurde bei der Besprechung heute Nachmittag
berichtet, dass Frau Kronheim und Fräulein Barländer von dem
Hauptamt VII auf die Liste B gesetzt sind. Er erklärte, er
habe Kenntnis davon genommen. Es bleibe bei der Einteilung zur
Abwanderung.

Gegenwärtig Herr Menschel.

[Handwritten signature]
(Philipp Israel Kozower)

Ko/Br.
18.11.42

Herrn Dr. Appert

67

A. v. a. 3. 0. 1. 7

Ausruf von Werner Simon, ca. 7.45 Uhr

In Auftrage von *Dr. Weiser* sollen außer den bereits bestellten
20 Gräbern *weiter* *ein* *Graber* von der JVA Berlin beauftragt werden.

(Hilke) (Liedt) (Koch)

18.11.42
Ko/Dr.

Herren H. Zippert

161

Rücksprache bei HSTF Brunner
im Altersheim Grosse Hamburgerstr. 26 am 17.11.42, 15 Uhr.

I. Personal

- 1.) Es sind zwei perfekte Maschinenschreiber zu stellen, die abwechselnd 24 Stunden Tag und Nacht Dienst machen.
- 2.) Als Ordner sind 20 leistungsfähige bei der JKV Berlin tätige Leute namhaft zu machen, die einen möglichst kleinen Anhang haben. Diese Leute sind nur für den Ordnerdienst bestimmt und unterstehen der JKV Berlin nur gehaltsmäßig.
- 3.) Ein Behandler, am besten ein ehemaliger Volkwärzt, möglichst nicht in Mischehe, ist zu benennen. Er muss jeden Tag im Gebäude Grosse Hamburgerstr. 26 Dienst tun.
Ab 18.11.42 sind zwei Schwestern zu benennen, von denen jede 24 Stunden Tag und Nacht Dienst macht.
- 4.) Rockmann soll sich am 18.11.42 zum Dienst melden.
- 5.) Es soll eine Ordonnanz von Unterzeichneten gestellt werden, welche die Verbindung nach der Grossen Hamburgerstrasse aufrecht erhält.
- 6.) Die Mitarbeiter der JKV Berlin, die auf der Entbehrlichen-Liste stehen, haben am 18.11.42, 15 1/2 Uhr, im Verwaltungsgebäude Grassienburgerstr. 29, zur Besichtigung bereit zu stehen.

II. Sachliches.

- 7.) Ein Plan von Gross Berlin ist in zwei Exemplaren zu überreichen. In diesem Plan sind farbig sämtliche Grundstücke zu verzeichnen, die in der von Eppstein überreichten Grundstückskarte enthalten sind, ebenso sämtliche Einrichtungen der RV und JKV Berlin, ganz gleich, ob es sich um Einrichtungen in eigenen oder in Mietgrundstücken handelt. Die Einrichtungen und Grundstücke sind zu beziffern. Der Plan ist mit einer Legende zu versehen. Das Altersheim Grosse Hamburgerstrasse ist besonders, etwa in schwarz, zu kennzeichnen. Auf der Karte ist bei den Heimen anzugeben, wieviel Insassen dort sind.
- 8.) Es ist ein Verzeichnis sämtlicher jüdischen zugelassenen Kranken- behandler und Zahnbehandler, auch derer, die in Mischehe leben, zu überreichen. In diesem Verzeichnis müssen die Wohnungen und die Praxiskäume der Behandler enthalten sein, ferner ist anzugeben, ob der Behandler zugelassener Fachbehandler ist und für welche Fächer.
Ferner ist ein Verzeichnis sämtlicher zugelassenen Konsulenten einzureichen.
Bei beiden Verzeichnissen ist anzugeben, ob der Behandler bzw. Konsulent in Mischehe lebt, ob er verheiratet ist und wieviel Kinder er hat.
- 9.) Es ist ein Verzeichnis sämtlicher jüdischen Einrichtungen und Anstalten mit Angabe des Telefonanschlusses einzureichen. Der Leiter der Einrichtung und die Nummer seines Diensttelefons ist besonders anzugeben.
- 10.) Es ist eine Aufstellung des Haushalts von Januar 1942 ab mit den monatlichen Etatposten zu machen. Dabei sind die Ausgaben für die Abwanderung mit anzugeben.

Kultusvereinigung

~~XXXXXXXXXXXXXX~~

18. November 1942

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Abteilung IV D 1

Berlin C. 2
Burgstr. 28

Weisungsgemäss werden folgende Anlagen überreicht:

- 1.) Aktennotiz über die Rücksprache vom 17.11.42
- 2.) Aktennotiz über die Rücksprache vom 14.11.42
- 3.) Liste der Maschinenschreiber
- 4.) Liste für den Ordnerdienst
- 5.) Liste des Pflegepersonals
- 6.) Verzeichnis sämtlicher jüdischen Einrichtungen
- 7.) Aufstellung der monatlichen Ausgaben 1942
- 8.) Entwurf eines Ausweises
- 9.) Merkblatt für die Teilnehmer an Abwanderungstransporten
- 10.) Liste der Konsulenten
- 11.) Ein Plan von Gross Berlin in zwei Exemplaren
(Grundstücksverzeichnis und Einrichtungen der JKV)

Eine Liste der zugelassenen jüdischen Kranken- und Zahnbehandler sowie ein Plan von Gross Berlin, auf dem durch Kreise die von Juden bewohnten Grundstücke gekennzeichnet sind, werden nachgereicht.

Als Ordnenans ist Fritz Günther Israel Meyer, geb. 5.10.19 Berlin, wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Mannheimerstr. 33, Kennort Berlin, Kenn-Nr. 422593 vorgesehen.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

(Philipp Israel Kozower)

~~Salomon~~

Herrn Dr. Eppstein

*Personale
gestrichelt*

Jan

- 11.) Es sind auf weissen Karton - etwa in der Grösse einer Zigaretten-
schachtel - Ausweise herzustellen, die folgende Form haben:

Links oben:

Freier Raum für das Lichtbild.

Vorname [?] und

Zuname des Ordners:
(unterstreichen)

Geboren am:

Wohnhaft:

ist berechtigt, das Gebäude Grosse Hamburgerstr. 26 zu betreten
und zu verlassen.

Der Text ist mit schwarzer Tuschse auf dem weissen Karton zu
schreiben.

- 12.) Häuserblockweise sind auf einer weiteren Karte von Berlin durch
Kreise die von Juden bewohnten Grundstücke zu kennzeichnen und
zwar mit Kreisen, aus denen die Dichte der Besiedlung hervorgeht.
- 13.) Das Merkblatt des Abwanderungsbriefes ist zu übersenden.
- 14.) Es darf niemand zur Abwanderung gebracht werden, der lt. behörd-
licher Anweisung zurückgestellt werden sollte, ebenso besteht die
Verpflichtung, besonders darauf aufmerksam zu machen, wenn für
die Abwanderung Leute erfasst werden, die auf der B-Liste stehen.
Verletzung dieser Verpflichtung wird an den Verantwortlichen be-
sonders geahndet.
- 15.) Post, Geld und sonstige Gegenstände sind in die Unterkunft
Grosse Hamburgerstr. 26 weder hineinzubringen, noch von dort her-
auszunehmen. Ueberschreitung dieses Verbots wird strengstens durch
Kameradschafts-Massnahme geahndet.
- 16.) Es ist die Aktennotiz über die Rücksprache vom 14.11.42 und ebenso
über die Rücksprache vom 17.11.42 zu übersenden.
- 17.) Sobald Pläne zur Flucht bekannt werden, sind diese der Aufsichts-
behörde zu melden.
- 18.) Die Reize und sonstigen Gebäude der JAV Berlin müssen enttrümpelt
werden.

Philipp Israel Kozower

(Philipp Israel Kozower)

Ko/Br.
17.11.42

Verfügung:

Herrn Dr. Eppstein

In Ergänzung und Berichtigung der bereits gestern
übergebenen Aktennotiz.

Persönlich:

Vertraulich:

18.11.42

Philipp Israel Kozower
(Philipp Israel Kozower)

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle,
um 13 Uhr.

Anwesend

von der Geheimen Staatspolizei: Hauptsturmführer Brunner
Hauptsturmführer Stock
Herr Stark

von der JKV:

Henschel
Eppstein
Kozower

- I. Hauptsturmführer Brunner gibt die Weisung, die Große Hamburger Str. 26 und die Synagoge Levetzowstraße so einzurichten, dass jede als Sammelunterkunft für 1200-1500 Personen dienen kann. Die Einrichtung hat mit Matratzen (keine Roßhaarmatratzen) oder noch besser Strohhäcken zu geschehen. Wenn nicht genügend Strohhäcke oder Matratzen vorhanden sind, so müssen die ersten eingelieferten Matratzen mitbringen. In der Empore der Levetzowstraße sind die Bänke fortzunehmen; außerdem ist an der Hinterfront der Mauer ein Trenzzaun gegen das Nachbargrundstück zu errichten. In der Großen Hamburger Straße kommt die Küche fort. Die Ernährung erfolgt von einer Zentralküche aus. Mit den Arbeiten ist s o f o r t zu beginnen. In die Große Hamburger Straße sind sogleich 20 starke Leute abzuordnen, die mit dem Säubern und der Umstellungsarbeit beginnen. Die Arbeit ist ununterbrochen fortzuführen. Kein Insasse darf das Haus verlassen. Ein Verzeichnis aller Insassen enthaltend: Name, Vorname, Geburtsdatum, ist in 2-facher Ausfertigung gleichfalls sofort herzustellen und im Büro bereitzuhalten. Die Behörde wird bestimmen, wer von den Insassen das Haus verlassen darf und wer nicht. Kein fremder Jude darf die Große Hamburger Straße betreten.

Als Sammelager für die nach Theresienstadt Abwandernden ist die Gormannstraße einzurichten.

Jeder Jude hat, wenn ein Deutschblütiger kommt, aufzustehen. Er hat sich von ihm in einer Entfernung von 2 Schritt zu halten.

Das "Plitzen" ist mit allen Mitteln zu verhindern; die Funktionäre stehen mit ihrer Person dafür ein.

- II. Die von Dr. Eppstein überreichte Liste der Angestellten der RV und der JKV wurde zurückgegeben. Sie ist durch die Aufnahme der Angehörigen und die Angabe des Gehaltes zu ergänzen. Es ist ferner bis Montag früh eine in gleicher Weise hergestellte Liste derjenigen Mitarbeiter vorzulegen, welche für die Arbeit als nicht unbedingt erforderlich bezeichnet werden.

14.11.1942

(Moritz Israel Henschel)

Männliche Maschinenschreiber

1.) Herrmann, Paul I. 19.8.85 Schöneberg Oberbuchhalter 145,--
Salzburgerstr.14

a) G. Hirschberg, Dorothea S., 55 J., Salzburgerstr. 14
(Herrmann steht auf der Liste der Entbehrlichen)

2.) Hecht, Paul I. 25.11.97 N.4, Oranien-Registrator u. 275,--
burgerstr.40/1 Ordner
(ab 1.1.43 190,--)

- a) G. Caspary, Gertrud S., 46 J., NO., Weberstr. 40a
- b) E. Hecht, Karoline S., 46 J., N.4, Oranienburgerstr.40/1
- c) K. Hecht, Rose-Ruth S., 22 J., "
- d) Hecht, Eva S., 20 J., "
- e) Hecht, Erika S., 12 J., "
- f) Hecht, Tana; 2 J., "

466

Vorschlagsliste für den Ordnerdienst

Nr.	N a m e	Geb.Dat.:	Anschrift:	Tätigkeit:	Gehalt:
1	Baer Dr. Siegbert J.	18.11.90	W 30, Bamberger- str.48	Gepäckträger	175.-
	a) E. Baer, Gertrud S., 46 J., W 30, Bambergerstr.48				
	b) K. Baer, Ilse S., 12 J., W 30, Bambergerstr.48				
	c) Baer, Heinz J., 11 J., W 30, Bambergerstr.48				
2	Besztymt Benjamin J.	10.10.98	W 15, Xantener- str.14	Gepäckträger	190.-
	a) E. Besztymt, Elise S., 44 J., W 15, Xantenerstr.14				
	b) K. Besztymt, Judith-Esther S., 15 J., W 15, Xantenerstr.14				
3	Blauszirn Abraham J.	14.5.87	Wilmdf. Holstei- nischestr.12	Gepäckträger	175.-
	a) G. Blauszirn, Selma S., 62 J., Wilmdf. Holsteinischestr.12				
	b) E. Blauszirn, Ella S., 49 J., Wilmdf. Holsteinischestr.12				
4	Brodziak Georg J.	25.8.95	SW, Yorkstr.58	Gepäckträger	175.-
	a) M. Brodziak, Emilie S., 71 J., Yorkstr.58				
5	Cohn Max J.	18.7.07	N 54, Zehdenicker Str.28	Gepäckträger	175.-
	a) V. Cohn, Wilhelm J., 59 J., NO 55, Winsstr.18				
	b) M. Cohn, Auguste S., 58 J., NO 55, Winsstr.18				
	c) G. Cohn, Heinz I., 29 J., NO 55, Winsstr.18				
	d) Cohn, Martin I., 26 J., NO 55, Winsstr.18				
	e) Cohn, Julius I., 31 J., Treskowstr.46				
	f) E. Cohn, Gertrud S., 34 J., N 54, Zehdenickerstr.28				
	g) K. Cohn, Horst I., 11 J., N 54, Zehdenickerstr.28				
6	Cronheim Norbert I.	24.6.117	N 54, Dragoner- str.49	Gepäckträger	93.30
	a) M. Cronheim, Ernestine S., 50 J., N 54, Mulaackstr.18				
	b) G. Lewinski, Henny S., 19 J., N 54, Mulaackstr.18				
	c) E. Cronheim, Lore S., 20 J., N 54, Dragonerstr.49				
7	Ehrenreich Wolf I.	2.9.80	W 15, Bayer. Pl.7	Hilfspförtn.	160.-
	a) K. Ehrenreich, Ernst I., 17 J., Wielandstr.31				
8	Joseph, Dr. Kurt I.	17.6.94	NW 87, Solinger- str.11	Gepäckträger	3.06
	a) E. Joseph, Edith S., 44 J., NW 87, Solingerstr.11				
	b) K. Joseph, Hilde S., 17 J., NW 87, Solingerstr.11				

467

Lfd. Nr.	N a m e:	Geb.Dat.:	Anschrift:	Tätigkeit:	Gehalt:
9	Jospe Georg I.	29.5.85	1N 113, Kanzow- str.4	Gepäckträger	190.-
	a) E. Jospe, Rosa S., 58 J., N 113, Kanzowstr.4				
	b) K. Jospe, Herbert I., 31 J., N 113, Kanzowstr.4				
	c) Jospe, Heinz I., 27 J., N 65, Liebenwalderstr.40				
10	Levy Eugen I.	21.10.78	N 4, Artillerie- riestr.2	Gepäckträger	190.-
	a) G. Brasch, Amalie S., 60 J., Weissenburgerstr.77				
	b) Laubrinus, Else S., 58 J., Wilmersdorferstr.13				
	c) Hofmeister, Frieda S., 56 J., Steglitz, Penkenstr.24				
	d) Levy, Wilhelm I., 54 J., unbekannt				
	e) E. Levy, Rosa S., 76 J., N 4, Artilleriestr.2				
11	Manasse Adolf I.	20.8.88	N 113, Kugler- str.11	Gepäckträger	190.-
	a) E. Manasse, Alice S., 55 J., Kuglerstr.11				
	b) K. Manasse, Hans I., 25 J., Kuglerstr.11				
	c) Manasse, Walter I., 22 J., Schönhaus. Allee 113				
12	Marcuse Erich I.	26.3.05	N 4, Kraus- nickstr.13	Gepäckträger	175.-
	a) M. Manasse, Rebekke, 64 J., N 4, Krausnickstr.13				
	b) G. Manasse, Georg I., 41 J., N 4, Bernauerstr.17				
	c) E. Marcuse, Hanna S., 31 J., N 4, Krausnickstr.13				
	d) K. Marcuse, Peter I., 4 J., N 4, Krausnickstr.13				
13	Medan, Hermann I. Nechemias	13.6.99	NO 55, Jablonski- str.25	Gepäckträger	190.-
	a) E. Medan, Fanny S., 40 J., NO 55, Jablonskistr.25				
	b) K. Medan, Ruth S., 10 J., NO 55, Jablonskistr.25				
	c) Medan, Marion S., 6 J., NO 55, Jablonskistr.25				
	d) Medan, Siddy S., 4 J., NO 55, Jablonskistr.25				
14	Nelken Morous I.	7.2.88	NO 18, Barnim- str.12	Gepäckträger	162.24
	a) E. Nelken, Gertrud S., 56 J., NO 18, Barnimstr.12				
15	Sober Willy I.	29.11.00	Charl. Wilmers- dorferstr.78	Gepäckträger	130.-
16	Schwersenski Jochim I.	16.10.09	Halensee, West- fäl. Str.62	Gepäckträger	110.-
	a) M. Schwesenski, Johanna S., 72 J., Westfälischestr.62				
17	Stargardt Leopold I.	2.9.89	Oberschöneweide Tabbertstr.14	Gepäckträger	114.

verheiratet, 1 Kind

Lfd. Nr. Name Geb. Dat.: Anschrift: Tätigkeit: 51 Gehalt:

18 Schnapp 3.6.01 N 4, Auguststr. Gepäckträger 175.-
Henry-Max I. 14-15

a) E. Schnapp, Betty S., 39 J., Auguststr. 14/15

19 Stern 21.1.85 SW 68, Prinzen- Verw. Hilfskr. 175.-
Alfred I. str. 95

a) G. Stern, Felix I., 61 J., NO 55, Rastenburgstr. 23

b) E. Stern, Regina S., 53 J., SW 68, Prinzenstr. 95

20 Wallach 25.12.04 N 58, Fransecki- Gepäckträger 93.30
Günther I. str. 49

a) W. Wallach, Therese S., 71 J., Fried., Schnackenburgstr. 10

b) G. Levy, Tilli S., 48 J., W 30, Heilbronnerstr. 12

c) E. Wallach, Barbara S., 21 J., N 58, Franseckistr. 49

5
52

Liste des Pflegepersonals.

Behandler:

- 1.) Dr. Martin Israel Sternberg, 31.8.99, wohnhaft Schönhauser Allee 24
(zugelassener Kränkenbehandler)
- 2.) Dr. Werner Israel Lemberg, Berlin W.50, Neue Ansbacherstr. 16
b. Hauer. (Ehemaliger Arzt, nicht zugelassener Krankenbehandler)
arbeitet unter verantwortlicher Leitung des Dr. Sternberg.

Schwestern:

- 1.) Hanna Ruth Sara Thal, 1.12.22, wohnhaft Bernimstr. 32
 - 2.) Herta Sara Löwenthal, 27.3.97, wohnhaft NO. 18, Georgenkirchstr.6
(wird durch Elfriede Sara Benger, 22.12.82, wohnhaft Iranischestr.4,
abgelöst, sobald diese die Fahrgenehmigung erhalten hat.)
- 47

Verwaltungsausschuss

W.4. Branienburger Str. 29

Anruf: Sammel-Nr. 42 51 21

Vorstand	Henschel, Moritz I.	Sammel-Nr. App. 40
		Postleitung 42 11 34
	Kotzner, Will. P. I.	Sammel-Nr. App. 24
		Postleitung 41 21 5
De. Ernst Kirscher: Beauftragter des Vorstands	Kretzler, W. I.	Sammel-Nr. App. 25
		Postleitung 41 1 73
Verw.-Verst.	Altmann, Siegfried I.	Sammel-Nr. App. 23
		Postleitung 42 94 30
Buchh. Stg.	I. V.: Göttsch, Oscar I.	Sammel-Nr. App. 23
Kontrollverst.	I. V.: Franke, Gustav I.	" " " 44
Finanzverst.	Frau, Dr. David I.	" " " 48
Revisionsstg.	I. V.: Kroschmann, Max I.	" " " 54
Gesamtarchiv	Jacobson, Dr. Jacob I.	" " " 53
Adress- und Angelegenheiten	Wolfsky, Adolf I.	" " " 11
J. Hache: Inter- hilfe und B. an- lauf Jüdische Pflicht	I. V.: Antheim, Herbert I.	" " " 42
Friedhofsvere. Angelegenheiten	Sepp, Bruno I.	" " " 72

177

Verwaltungsgebäude

N. 4. Grünienburgerstr. 31

Anruf: Cassel-Nr. 42 51 31

Wohnungsberatung
und Abwanderung:

Hoene, Dr. Martha .

Cassel-Nr.
und 42 59 21 App. 52

Bau- und Grund-
stücks-Abtl.:

Beer, Alexander J.

Cassel-Nr. App. 29
Postleitung 42 14 36

Reparaturwerkstatt,
Büro:

L.V.: Pintos, Hans J.

Cassel-Nr. App. 37

Verwaltungsschule

C.2, Rosenstr. 2-4

Anruf: Sammel-Nr. 41 57 11

Allgemein

Leitung

Leitung

Hockmann, Richard L.

Sammel-Nr. 41 57 27

Nebenstellen:

Bezirksstelle

Mitte, Nr. 4,

Auguststr. 14-15

Schindler, Dr. Ernst L.

Postleitung 41 21 53

Bezirksstelle

Süd, Nr. 3,

Trielochstr.

10-16

Blumenreich, Gerda

41 51 05

Bezirksstelle

Süd, Nr. 30,

Überseest.

Nr. 2

Goldinski, Ely

41 57 41

Bezirksstelle

Südwest, Nr. 10,

Münchener Str. 37

Bernik, Henriette

41 25 31

Bezirksstelle

Südwest,

Charlottenstr.

11a

Goldschmidt, Gertrud

41 25 31

Leitung

Leitung

Leitung

Walter, Julius L.

Sammel-Nr. 41 57 70

Nebenstellen:

Auguststr. 17 IV

Gipsstr. 12a

Reiderentorgasse 4-5

Finken, Mühlentstr. 77

Spaßungen

Leitung

Friedländer, Hans L.

41 51 31

Kochen:

Auguststr. 14-15

Sternberg, Luise

Postleitung 41 55 43

Blumenstr. 37

Havelland, Toni

Sammel-Nr. 41 57 11

Britzer Str.

Cronheim, Ernestine

- -

Gormannstr. 3

Braun, Margarete

Postleitung 41 11 73

Gantzelstr. 45

Levy, Margarete

41 57 53 04

Joachimsthaler

Str. 13

Korant, Paula

- -

Klopstockstr. 24

Liebmann, Ely

- -

173

Altenheim (Fortsetzung):

Märburger Str. 5	Asler, Gertrud	Postleitung 24 46 74
Münchener Str. 37	Stein, Rosa	26 03 41
Bankow, Mühlentstr. 77	Lingerhahn, Regina	-
Pestlozstr. 14	Salomon, Gertrud	Postleitung 31 35 06
Prinzregenten Str. 6	Karst, Elli	7 13 04
Sächsischer Str. 72	Kindenbaum, Martha	32 03 74
Schönhauser Allee 162	Walrich, Rosa	-
Ohlandstr. 37	Kuss, Max	-
Rosenstr. 2-4	Sehnert, Lisa	Samml.-Nr. pp. 75

Jugendfürsorge Zentral:

Nebenstellen:

Kinderheim, Mühlentstr. 37	Kleinaki, Selma	Samml.-Nr. 41 07 11 App. 46
Kindertagesheim, Mühlentstr. 37	Meles, Stephanie	-
Kindertagesheim, Märburger Str. 5	Kaueberg, Emil	Postleitung 24 54 37
Kinderhort, Märburger Str. 5	Looser, Ilse	-
Unterkunft, Märburger Str. 5	Bamberger, Ida	-
Kinder- und Jugendheim, Schönhauser Allee 162	Tischendorfer, Margarete	Postleitung 43 02 51
Abteilung Kinder-tagesheim, Schönhauser Allee 162	Wachsmann, Rosa	44 02 37
Mädchenwohnheim, Thielstr. 1	Kunze, Regina	45 04 41
Kindertagesheim, Thielstr. 1-16	Pereles, Liselotte	64 35 05
Kindertagesheim, Münchener Str. 37	Gutmann, Josefa	26 03 31
Kinderhort, Münchener Str. 37	Berzfeld, Irigard	26 03 31
Sonderhort, Oranienburger Str. 31	Guttmann, Gertrud	-
Kindertagesheim, Auguststr. 17	Schmittler, Rosa	Postleitung 42 24 07
Arippe, Auguststr. 14-15	Loose, Renate	42 24 07
Jugendwohnheim, Rosenstr. 2-4	Barnen, Siegfried	Samml.-Nr. App. 43
Zentrallager, Memhardstr. 12	Harlan, Leo	Postleitung 31 47 12

8.65. Iranische Str. 2 B.1

Anruf: Sammel-Nr. 46 04 41

46 44 46

Verwaltung des ad-
Heitswesens:
Schriftträger des
Vorstandes:

Justiz, Dr. Dr. Walter

Sammel-Nr.

Gesundheitsver-
waltung,
Iranische Str. 4

Arbeitsstelle,
Iranische Str. 2

Wird der

Wischenheide

Iranische Str. 4

1. V.:

Holländer, Charlotte

Wischenheide

Iranische Str. 2

Holländer, Susanne

Wischenheide Str. 5

Holländer, Margarete

Postleitung 41. 0. 31

Wischenheide Str. 14-15

Holländer, Lebeska

42. 0. 14

Berlin-Weissensee,
Kottbusser Str. 22

Anruf: Daniel-Str. 40 35

Friedhofsverwaltung

rass, Arthur

el-Str.

Friedhof:

Kottbusser Str. 22

Mittlicher Str. 2

U. 58, Choriner Str. 25

Anruf: Daniel-Str. 44 37 39

Kleiderkammer/
Zentrale

Cohn, Bernhard I.

Daniel-Str.

Rebenstellen:

Auguststr. 17

Mitte

Schwarz, Theo I.

Postleitzahl 42 04 35

Süd, Thielsch-
ufer 10-16

Rosenthal, Julius I.

68 69 38

Norden, Ebers-
walder Str. 26

Goldstein, Bruno I.

44 37 49

Südwest,
Münchener Str. 37

Veceler, Hermann I.

25 40 35

Nordwest, Pesta-
lozzi Str. 14-16

Meyer, Erich I.

31 36 36

Erfassungsstelle,
Thielschufener 10-16

Cohn, Bernhard I.

68 69 38

176

80.59, Freifelder Str. 141-141
Anruf: 53 51 90

Belkammer 4.V.: Mintus, Hans L. Postleitung 53 51 90
Reparaturwerkstatt " " " "

4.4, St. Barbara Str. 26
Anruf: 41 53 34

Lager

Alters- und Durchgangshilfe:
Gerlachstr. 15-21 Friedländer, Willi E. Postleitung 59 20 87
Gornaustr. 3 Abrahamson, Gertrud E. " 41 11 73

Wascherei Pestalozzistr. 14-15 Lewin, Lilly Postleitung 31 35 66

Blinden- und Taubstummheim, Weissensee, Parkstr. 22 Krons, Margarete E. Postleitung 56 22 48

177

MERKBLATT

für die Teilnehmer an Abwanderungstransporten

61

Die nachfolgenden Richtlinien sind von jedem Transportteilnehmer genauestens zu beachten:

I. Hinterlegung von Dokumenten!

Die Transportteilnehmer können bei der Jüdischen Kultusvereinigung (ARCHIV) wichtige persönliche Dokumente, wie Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden hinterlegen. Diese Urkunden sind in einem nicht verschlossenen Briefumschlag in einer herkömmlichen oder direkt beim Archiv persönlich oder per Post abzuliefern. Auf dem Briefumschlag muß Transportnummer, Vor- und Zuname und bisherige Anschrift des Ablieferers sowie ein genaues Verzeichnis der Urkunden aufgeführt sein. Über die erfolgte Hinterlegung der Dokumente wird von der Sammelstelle eine Empfangsbescheinigung ausgestellt. KENNKARTEN (bei Staatenlosen PRINDEPAKSA) sind nicht zu hinterlegen, sondern mitzunehmen.

II. Mitzunehmende Gegenstände!

REISEKLEIDUNG Die Reisekleidung bzw. der Reiseanzug bestehen zweckmäßiger Weise aus:

Bei Männern:

Strümpfe, Socken, Fußlappen
Unterhosen, Krawatten
Unterhemden, Stiefel
Oberhemd, Ledermantel
Weiche Kragen, Mantelträger
Leibbinde, Sockenhalter
Taschentücher, Wintermantel
Puls- und Kniewärmer, Regenmantel
Anzug, Kollischal
Ohrenschützer, Hand(faust)schuhe
Strickweste oder Pullover
Hut, Mütze, Wickelgamaschen

Bei Frauen:

Strümpfe, Socken, Schuhe
Hemdhosen oder Hemd, Oberschuhe
Schlupfer, Kopftuch
Strümpfhalter, Mieder, Wintermantel
Büstenhalter, Regenmantel
Unterkleider, warmer Schal
Taschentücher, Handschuhe
Puls- und Kniewärmer, Hut, Mütze
Kleid, Regenkappe
Ohrenschützer, Muff
Strickweste oder Pullover

2. JUDENSTERNE sind nicht nur auf dem Reisemantel, sondern auch auf dem Reiseanzug bzw. -Kleid in verschriftsmäßiger Form festgenäht zu tragen. Von den Kleidungsstücken, die nicht mitgenommen werden, sind die Judensterne abzureißen und soweit verfügbar auf die im Gepäck mitzunehmenden Anzüge bzw. Kleider aufzunähen.

Das mitzunehmende Gepäck darf je Teilnehmer in keinem Falle 10 kg überschreiten. Es darf nur bestehen aus einem Coupeteffer, einem Rucksack (REISEGEPÄCK) und dem Handgepäckstück, bei dem sich eine Schlafdecke befinden muß.

Gegenstände aus Glas und Porzellan dürfen nicht mitgenommen werden. Die Auswahl der mitzunehmenden Gegenstände ist mit größter Umsicht zu treffen, da auf der Wahrung nach der Versiegelung keine Gegenstände entriert werden dürfen.

a) HANDGEPACKSTÜCK Im Handgepäck kann verpackt werden:

Wasch- und Kammzeug, Thermosflaschen, Feldflaschen, Spielkarten, ein Handtuch, Taschentücher, Reisekissen, ein Geschirrtuch, Hausschuhe, Löffel (KEINE MESSER UND GABELN!!!), Toilettenpapier, ein Paar Strümpfe, Essgeschirr, Topf oder unzerbrechliche Teller.

ES IST BEI STRAFE VERBOTEN

Zahlungsmittel, Sparkassenbücher und Urkunden, die Vermögensrechte zum Inhalt haben oder sich auf Vermögensrechte beziehen, ferner Wert- und Schmucksachen sowie Lebensmittelkarten auf den Transport mitzunehmen. Verboten ist die Mitnahme von Medikamenten im Handgepäck, jedoch können Medikamente mit Ausnahme von Giften im Reisegepäck mitgenommen werden.

- Bitte wenden!!! -

Konsulenten

Name	Büro	Anschrift	Wohnung	Ehefrau	Kinder
1. Blau	Prinzessentenstr. 6 Tel.: 87 4082	(- Büro)	arisch	62	---
2. Collmann	Martin-Luthers-Str. 25 Tel.: 91 4130	(- Büro)	jüdisch	---	---
3. Coder	C 2, Königsplatz 4 Tel.: 52 2291	1340, Calvinstr. 1 35 3478	arisch	Ellen Mieselott geb. 8.1.24 Eilmarth Max geb. 30.12.25	---
4. Eckstein	C 2, A. d. Spandauer Brücke 10 Tel.: 42 3176	Bergedorf, Fasschenring 9 Bismarckstr. 2138	arisch	---	---
5. Feilchenfeld	C 2, Konigsplatz 4 Tel.: 41 4234	(- Büro)	arisch	---	---
6. Friedeberg	Schöng., Grunewaldstr. 44 Tel.: 26 4271	(- Büro)	arisch	Ingeborg geb. 11.3.24 Gerda geb. 12.10.27	---
7. Gumpert	Charl. 2, Mommensenstr. 56 Tel.: 32 1714	(- Büro)	arisch	Gertrude geb. 2.2.35	---
8. Hasburger	Charl. 4, Kantstr. 130 Tel.: 31 7064	Hell. Friedemannstr. 5 kein Telefon	arisch	---	---
9. Jacobsch	Wilm., Gieselerstr. 12 Tel.: 86 2938	(- Büro)	jüdisch	Hans Israel geb. 16.6.38	---
10. Kann	W 50, Neue Ansbacherstr. 6 Tel.: 51 3575	(- Büro)	jüdisch	---	---
11. Katz	C 2, Alexanderstr. 42 Tel.: 51 3575	Charl. 4, Kantstr. 130 31 0266	arisch	---	---
12. Landsberger	Wilm., Jenaerstr. 3 Tel.: 97 2572	(- Büro)	arisch	---	---
13. Löbinger	W 15, Brandenburgische str. 38 Tel.: 97 2572	(- Büro)	jüdisch	---	---
14. May	W 15, Bayerische Str. 2 Tel.: 92 0334	(- Büro)	jüdisch	---	---
15. Sachs	W 8, Kronenstr. 60 Tel.: 11 1913	W 35, Bissing- zeile 16 31 1157	arisch	Sophie Dorothea geb. 25.3.35	---
16. Werthauer	W 50, Passauerstr. 24 Tel.: 24 0765	(- Büro)	arisch	---	---

17. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass der für den Bezirk Frankfurt a.O. zugelassene Konsulent F e l k e n b e r g, Berlin-Schöneberg, Salzburgerstr. 17, wohnt; er lebt in kinderloser Ehe.

179

Grundstückskataster - Stand vom 13. II. 1942.

M

Nr.	Lfd. Nr. und Str.	Art	Bemerkungen
1	171	Wohngrundstück 21 Wohnungen, davon 3 jld.	63
2	31	---	geräumt
3	11, I	---	geräumt
4	14/15	Betriebs- einrichtung in Gemeinschaftskasse 3 Wohnungen	250 Insassen 43 330 Lagerportionen
5	12	Betriebs- einrichtung Gemeinschaftskasse 2 Wohnungen, 1 jld.	142 Insassen 81
6	Berliner Str. 120 (Pankow)	---	geräumt
7	Charlotten Str. 25	Wohnhaus Wohngrundstück 27 Wohnungen, davon 17 jld.	---
8	43	---	verkauft
9	54	---	verkauft
10	85	Gleichenheim	135 Insassen
11	8 (Pankow)	---	verkauft
12	8 (Köpenick)	---	geräumt
13	18	---	verkauft
14	19/21	3 Grundstücke Durchgangsweg für Alters- transporte	---
15	3	---	geräumt
16	12a	Wohngrundstück 18 Wohnungen, davon 7 jld. Gemeinschaftskasse	27 Insassen
17	3	Durchgangsweg Zentralkasse	500 Lagerportionen u. Abwanderungsverpfl.
18	Greifswalder Str. 130/39	---	verkauft
19	Greifswalder Str. 143/41	Industrie-Grundstück Reparaturwerkstatt Kesselkammer	---
20	Gr. Hamburger Str. 26	Hauptdurchgangsweg für Alterstransporte	---
21	Gr. Hamburger Str. 27	---	geräumt

180

Lfd. Nr.	Anschrift	Art	Bemerkungen
22	Iranischestr. 2/4	Krankenhaus Siechenheim Schwesternheim a. Bismarckstr. Gesundheitsverwaltung	421 Insassen 222 117
23	Iranischestr. 3	---	geräumt
24	Jochimsenthaler Str. 13	Küche	80 Tagesportionen im übrigen geräumt
25	Johannisstr. 16	---	geräumt
26	Kaiserstr. 29/30	---	geräumt
27	Kl. Auguststr. 10	ehem. Synagoge	
28	Königsallee 11a	---	geräumt
29	Kurfürstenstr. 115	Mietwohngrundstück 8 Wohnungen	
30	Kurfürstenstr. 116	---	geräumt
31	Langestr. 5/6 (Lichterfelde)	---	geräumt
32	Levetzowstr. 7/8 (Jagowstr. 37/38)	Synagoge mit Nebenräumen sowie Wohnhaus, a. Zt. Hauptanwerllager für Ab- wanderungstransporte, 4 Wohnungen, davon 1 jüd.	
33	Lindenstr. 48/50	---	geräumt
34	Lützowstr. 16	---	geräumt
35	Lützowstr. 48/9	---	geräumt
36	Mahldorfer Str. 94 (Köpenick)	---	geräumt
37	Marburger Str. 5	Mietwohngrundstück 36 Wohnungen, davon 25 jüd. Kindertagesheim Küche	144 Insassen 260 Tagesportionen
38	Meinekestr. 10	---	geräumt
39	Mühlenstr. 77 (Pankow)	---	verkauft
40	Münchener Str. 37	Verwaltungsgebäude, Synagoge Bezirkswohlfahrtsstelle Kindertagesheim Küche 7 Wohnungen, dav. 6 jüd.	67 Insassen 300 Tagesportionen
41	Oranienburger Str. 28/29	Verwaltungsgebäude der J.K.V. zu Berlin e.V.	Teilvermietet an Reichsapparat
42	Oranienburger Str. 30	---	geräumt
43	Oranienburger Str. 31	Verwaltungsgebäude der J.K.V. zu Berlin e.V.	

Lfz. Nr.	Anschrift	Art	Bemerkungen
44	Oranienburger Str. 40 41	Mietwohngrundstück 8 Wohnungen, dav. 3 jld.	im Übrigen geräumt
45	Pariser Str. 11	---	verkauft
46	Parkstr. 22 (Weissensee)	früher Taubstummenheim	27 Insassen
47	Postaloziestr. 14/15	Mietwohngrundstück Bez. Wohlfahrtsstelle Zentralwäscherei Küche Sonntagsbeisung Synagoge	185 Tagesportionen 100 Portionen vermietet
48	Rosenstr. 2/4 Reiderutergrasse 4/5	Verwaltungsgebäude der J.K.V. zu Berlin e.V. Jugendwohnheim Nothelfer Küche	56 Insassen 21 Insassen 365 Tagesportionen
49	Eykestr. 53	---	geräumt
50	Schönhauser Allee 22/25	---	geräumt
51	Schönhauser Allee 162	Kinder- u. Jugendlichen- heim, Kindertagesheim	176 Insassen 55 Insassen
52	Thielackufer 10/16	Ehem. Synagoge; Abstell- raum für ablieferungs- pflichtige Gegenstände u. Möbel, Bezirkswohlfahrtsstelle Kindertagesheim Küche	117 Insassen 35 Tagesportionen
53	Wrangelstr. 6/7 (Steglitz)	---	geräumt.

Ermietete Räume.

Lfd.-Nr.	Anschrift	Art	Bemerkungen
E 1	Berliner Allee 234 Weissensee Vhs.I	---	geräumt
E 2	Blumenstr. 97 Quergeb. Erdgesch., 1 - 3. Stock	Kindertagesheim Küche	124 Insassen 80 Tagesportionen
E 3	Bronnenstr. 41	---	geräumt
E 4	Hörschwalder Str. 26 Vorderhs. 1. Stock	Bezirksteilen der Abtl. Fürsorge, der Kleiderkam- mer u. Winterhilfe sowie der Antragstelle	
E 5	Elsasser Str. 84	---	siehe Nr. 10
E 6	Friedenstrasse 3	---	geräumt
E 7	Güntzelstrasse 45 Vorderhaus Erdgesch.	Gemeinschaftsküche (1 Wohnung (1 Zimmer u. 2. Läden))	170 Tagesportionen
E 8	Memhardtstr. 12 Vorderhaus 5. Stock	Zentrallager der Gemeinschaftsküchen	
E 9	Moselstr. 4) Vhs. Erd- Friedensstr.) gesch.	Küche (1 Wohnung)	aufgelöst
E 10	Münzberger Str. 66	---	geräumt
E 11	Prinsregentenstr. 6 Vorderhs. Erdgesch.	Gemeinschaftsküche (1 Wohnung)	160 Tagesportionen
E 12	Rosenthaler Str. 26	---	geräumt
E 13	Sächsischestr. 72 Erdgeschoss	Gemeinschaftsküche (1 Wohnung)	220 Tagesportionen
E 14	Pankow, Mühlenstr. 77	Küche Bereitschaftsheim, vorgesehen für die Aufnahme jüd. Bomben- geschädigter.	35 Tagesportionen
E 15	Uhlandstrasse 39	Küche	110 Tagesportionen
E 16	Klopstockstr. 24	Küche	135 Tagesportionen

Aktennotiz

Erreichte 20
Henschel
1942

HSP Brunner gibt um 13.45 Uhr fernmündlich die Weisung, die Mitarbeiter der Abteilung Fürsorge, die in der überreichten Liste verzeichnet sind (Nr. 132 - 331) für 15.30 in die Oranienburger Str. 29 zu bestellen.

Insgesamt erschienen 132 Mitarbeiter. Die Nichterschienenen sind für den 20. d. Mts., vormittag, zu bestellen. Nach seinem Eintreffen eröffnete HSP Brunner dem Unterzeichneten, dass die Fürsorge in Zukunft von einer Zentrale aus ihre Aufgaben mit rund 100 Mitarbeitern erledigen müsse; insbesondere sei auch der Speisungsbetrieb zu vereinfachen.

Von den anwesenden 132 Mitarbeitern wurden 63 ausgesondert und 68 für die Fortführung der Arbeit bestimmt. Der Leiter der Abteilung Fürsorge, Leo Israel Kreindler, ist durch plötzlichen Tod (Herzschlag) ausgefallen. Von den ausgewählten 68 stehen 2 auf der Vorschlagsliste für den Ordnerdienst in der Großen Hamburger Straße. Ferner wurden 7 Nichterschienene für den weiteren Dienst belassen, welche dort bereits Ordnerdienst verrichten oder von IV D 1 und IV C 3 beschäftigt werden.

HSP Brunner erklärt sich damit einverstanden, dass Richard Israel Rockmann vom Dienst in der Großen Hamburger Straße für einige Tage zur Umstellung des Fürsorgewesens beurlaubt wird. Er erklärt sich ferner damit einverstanden, dass die gestern Eppstein in Auftrag gegebene Liste erstmalig morgen vorgelegt wird.

HSP Brunner gibt Auftrag, über die Herkunft des in der Großen Hamburger Straße vorgefundenen Mohns zu berichten. Bericht von Julius Israel Abrahamsohn liegt bei.

19.11.1942

(Moritz Israel Henschel)

Abschrift

21

Berlin, den 19. November 1942

An den
Vorstand der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
z.M. des Herrn Henschel

Berlin N. 4
Oranienburgerstr. 29

Auf Veranlassung des Herrn Herbert Israel D e v y teilen wir
folgendes mit:

Der Lohn, der sich im Jüdischen Altersheim Grosse Hamburgerstrasse
befand und von uns mit den anderen Lebensmitteln in die Gormannstrasse
mitgenommen worden ist, befand sich schon bei der Uebernahme des
Altersheims Schönhauser Allee am 1.8.1940 durch uns unter den dorti-
gen Vorräten und ist dann bei der Auflösung des Heims am 7.8.1942
mit den anderen Beständen in das Altersheim Grosse Hamburgerstrasse
mitgenommen worden.

gez. Julius Israel Abrahamsohn
Jude Kennort Berlin
Kenn-Nr. A 433766

581

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin

Im Nachgang zum Schreiben vom 18.11.42 wird folgendes überreicht:

- 1.) Liste der zugelassenen jüdischen Krankenbehandler
- 2.) Liste der zugelassenen jüdischen Zahnbehandler
- 3.) Liste der zugelassenen jüdischen Dentisten

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

Philipp Israel Kozower
(Philipp Israel Kozower)

Anlagen

Herrn Dr. Eppstein

Liste der in Berlin zugelassenen jüdischen
Krankenbehandler

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tele:	Fam. St.	Zahl d. i. Alt. lbd. Md.: i. Mchlt. Sstg.	Fach- gebiet:	Sonet. Funkt.
1.	Abramsohn, Dr. Hillel	NO 55, Weissen- burgerstr. 23	45 2176	Mischehe	1 ---	prakt.	---
2.	Adelsberger, Dr. Charl. Lucie Sara	Bleib- treustr. 17-	91 5978	ledig	-- ---	Internistin	einz. Fachb. f. allerg. Krankheit.
3.	Alexander, Dr. Berthold J.	N 50, Augs- burgerstr. 19	24 4392	verh.	-- ---	Röntgen	---
4.	Alexander, Dr. Leo J.	N Badstr. 37a	46 1673	led.	--- ---	prakt.	---
5.	Ansbech, Dr. Hans J.	CG, Memhard- str. 10	51 4310	Wtw.	--- ---	Internist	Leit. d. Abt. f. Lungenkr. i. Jüd. Krkhs (fest besold)
6.	Arndt, Dr. Artur J.	CG, Oranten- burgerstr. 89	42 6056	verh.	2 ---	prakt.	---
7.	Bronsohn, Dr. Kurt J.	NW 21, Turm- str. 28	---	verh.	---	---	Notdienst- verpfl. z. Be- treuung ei- nes Zigeuner- Lagers
8.	Baden, Dr. Siegfried J.	Charl., Bismarck- str. 104	31 7941	verh.	-- ---	Röntgen	---
9.	Bejach, Dr. Curt J.	NW 87, Clau- diustr. 15	39 1520	verh.	--- ---	prakt.	Notdienst- bear d. d. d. H. Pol. Präsi. z. Berlin
10.	Bermann, Dr. Hermann J.	N 50, Nürnber- gerstr. 23	25 2569	Mischehe	--- ---	prakt.	---
11.	Bischofswerder Dr. Justina S.	N 50, Passauerstr. 2	24 2086	verh.	--- ---	Internistin	---
12.	Blank, Dr. Walter J.	Charl., Uhland- str. 20/1	91 0582	verh.	2 ---	prakt.	ehrenamtl. Mit- arb. b. d. Kas- sen-Vereine, d. Jüd. Krk. Berl Berlin
13.	Bloch, Dr. Siegfr. J.	Frda., Cransch- str. 33	88 4809	ledig	--- ---	prakt.	Notdienstver- pfl. z. Vig. d. H. Reg. Präsi. d. Litzmannstadt
14.	Bluhm, Dr. Gerda Sara	Charl., Dahl- mannstr. 2	96 0386	ledig	1 x x x ---	prakt.	---

		2						25			
Nr.	Name	Wohnung	Tel.	Fam.	Zahl d. Std.	i. Altr.	1. H. Kd.	Sonst.	Fachgeb.	Sonst. Punkt.	1. H. Kd.
15.	Blumenthal, Dr. W 87, Solinger-39 Georg J.	str. 10	0434	Mischehe	---	---	---	---	Augen	---	---
16.	Blumenthal, Dr. Charl. 2, Goethe- Leo J.	str. 4	31 1611	ledig	---	---	---	---	Kinder	Mitarb. d. Ges. Verord. JKV. i. freier Vertr. Verh. m. Honorar z. Be- treuung v. Mr. Hort, u. Mr. Ta- gesheimen	---
17.	Blumenthal, Dr. S 16, Michael- Max J.	kirchstr. 28	67 2700	Wtw.	---	---	---	1	prakt.	---	---
18.	Eugenheim, Dr. W. Nürnberger- Wich J.	platz 4	25 6263	ledig	---	---	---	---	prakt.	Notdienstbe- ord. z. Vig. d. H. Reichs- statth. i. Posen	---
19.	Brahn, Dr. Herbert J.	W. Münchener- str. 49, Bav. Klak.	26 0936	Mischehe	---	---	---	---	prakt.	---	---
20.	Brasch, Dr. Nathan J.	W 15, Bayeri- schestr. 29 W 62, Courbière- str. 9	(priv). 25 7944 (Prax)	ledig	---	---	---	---	Chirurg	---	---
21.	Braun, Dr. Georg J.	Charl. 4, Droysen- str. 15	96 0736	Mischehe	1	---	---	---	prakt.	---	---
22.	Bruch, Dr. Hein- rich J.	Charl. Berliner- str. 49	34 6251	verh.	---	---	---	---	prakt.	Notdienstbe- ord. z. Vig. d. H. Reichs- statth. i. Posen	---
23.	Brunner, Dr. Fritz J.	W 62, Kleist- str. 29	25 5736	verh.	1	Stief- sohn	---	---	prakt.	---	---
24.	Bustow, Dr. Margarete.	Jd. Krkhs. Franische- str. 2	46 4446	ledig	---	---	---	---	Kinder	Assist. i. Jd. Krkhs. i. Bln	---
25.	Caso, Dr. Willy J.	W 15, Konstan- zerstr. 59	92 4008	Mischehe	---	---	---	---	Internist	---	---
26.	Citron, Dr. Hans J.	W, Prinzregen- tenstr. 6	87 8688	Mischehe	---	---	---	---	Nerven	---	---
27.	Gebert, Dr. Friedr. Wilh. J.	Wilm. Xante- nerstr. 4	92 1665	verh.	---	---	---	---	prakt.	Notdienstbe- ord. d. d. Rei- autobahner	---

Nr.	Name:	Wohnung:	Tele.	Fam. Std.	Zahl d.		Fach- gebiet:	Sonst. Punkt.
					1. Altr.	2. Kdr.		
					1. Hsh.	Sonst.		
28.	Cohen, Dr. Mel- muth J.	Krkhs. JKV. Jrangelisches r. 2	46 4446	vern.	1	---	Internist	saist. i. d. Krkh. Bln.
29.	Cohn, Dr. Ernst Theodor J.	W15, Stehse- sches r. 67	91 7544	verh.	---	---	Gynäkologe	---
30.	Cohn, Dr. Fritz J.	Schbg. Rozen- erstr. 3	77 0446	verh.	---	---	Otologe	---
31.	Dannenberg- tel, Dr. Rosalie S.	sch- NW 87, Tile Wartenberg- str. 26a	39 6780	verh.	---	---	prakt.	---
32.	Doerner, Dr. J.	NW 87, Solin- gerstr. 3	39 3049	Mischehe	---	---	prakt.	---
33.	Ehrlich, Dr. Bernhard J.	W15, Joachims- thalerstr. 12	92 2231	Mischehe	---	---	prakt.	---
34.	Eiser, Dr. Kurt J.	W30, Heilbron- nerstr. 30	26 3044	verh.	---	---	prakt.	---
35.	Emanuel, Dr. Gustav J.	W50, Neue Aue- bacherstr. 7a	25 2566	Mischehe	---	---	Nerven	einerjd. di ag. Labor. ausserh. d. Krkhs.
36.	Engel, Dr. Wilhelm J.	Wilm. Pariser- str. 3	92 7197	Mischehe	---	---	prakt.	---
37.	Epelstein, Dr. Herbert J.	C2, Neue König- str. 42	51 3981	verh.	---	---	prakt.	Notdienst- verpflicht.
38.	Epstein, Dr. Julius J.	W50, Passauer- str. 14	24 1722	verh.	1	---	Internist	Notdienst- verpflicht. z. Vfg. d. M. Reichs. Statth. i. Posen
39.	Epstein, Dr. Siegfried J.	SO 35, Jangel- str. 18	68 1459	verh.	---	---	prakt.	---
40.	Eylenburg, Dr. Ernst J.	Charl. 2, Nie- buhrstr. 77	91 0563	verh.	---	---	Chirurg	Leiter d. Chir- urg. Abt. d. Jd. Krkhs. i. freier Vertragsverh.
41.	Fischer, Dr. Erich J.	Jd. Krkhs. Jrangelische str. 2	46 4446	verh.	---	---	Chirurg	Assist. i. Jd. Krkhs. Bln.
42.	Frank, Dr. Alfred J.	W15, Meineke- str. 2	91 5463	verh.	---	---	Magen- Darm	---

Nr.	Name:	Wohnung:	Teil:	Fam. Std.	Zahl. d. i. Altr. lb. Kdr. i. Hsh.	Pach- gebiet	Sonst. Punkte:
43.	Bränke, Dr. Jme uel J.	Olz, Neue- Königsstr. 83	53	3054	Misch- ehe	---	Augen
44.	Bränkel, Dr. & Konrad J.	W 36, Bayeri- scherpl. 5	6	5017	Misch- ehe	---	prakt.
45.	Frankenstein, Dr. O	55, Greife- walderstr. 1	53	4949	Misch- ehe	---	Gyna- kologe
46.	Freund, Dr. Edith S.	Charl., Dahl- mannstr. 1	96	1486	ledig	---	prakt. ot dien- verpfl. d. R. Reichs. Stath i. Posen
47.	Friedenthal, Georg J.	W 62, Landsberger- str. 66			ledig	---	Augen
48.	Friedmann, Dr. Martha S.	N 77, Jagowstr. 3	39	6318	ledig	---	prakt.
49.	Frechlich, Dr. Walter J.	Charl., Wieland- str. 8	31	4171	Mischehe	---	prakt.
50.	Glaser, Dr. Gerhard J.	Jd. Krkhs. Jr nichestr. 2	46	4446	verh.	---	ass. st. i. Jd. Krkhs. Bln. not die stbeord. d. d. Reichs- surochuges.
51.	Goldberg, Dr. Hans J.	Schbg. Martin Lutherstr. 55	71	1379	Mischehe	---	prakt.
52.	Gorzelanczyk, Dr. Leo J.	W 62, Gr. Frankfur- terstr. 89	59	3743	Mischehe	---	prakt.
53.	Gottberg, Dr. Hermann J.	W 62, Langestr. 79 (priv.) W 54, Alte Schön- hauserstr. 5 (Praxis)	59	4401	Mischehe	---	prakt.
54.	Gottschalk, Dr. Erich J.	W 15, Lietzenbur- gerstr. 32	91	6110	Mischehe	---	prakt.
55.	Gottschalk, Dr. Fritz J.	Charl. 4, Wilmers- dorferstr. 83	96	1795	Mischehe	---	luneh. l. prakt.
56.	Gottschalk, Dr. Kurt J.	W 60 16, Köpenicker- str. 109/9	67	3763	Wtw.	---	prakt.
57.	Gredenwitz, Dr. Ben o J.	W 87, Cuxhave- nerstr. 5	39	1253	verh.	---	prakt.

Nr.	Name:	Wohnung:	Tel:	Fam. Std.	Zahl d.		Fach- gebiet:	Sonst. Funkt.
					1. Altr.	1b. Nr.		
					1. H. sh.	2. H. sh.		
58.	Grass, Dr. Johann J.	W. Prinzreg.-str. 6	-86 2182	verh.	---	---	prakt.	---
59.	Gutierrez, Dr. Henio Sara	50, Augsburg- str. 33	91 0174	verh.	--	---	prakt.	---
60.	Gutmann, Dr. Paul J.	50, Bochum- merstr. 1	39 0559	Mischehe 2	---	---	prakt.	---
61.	Gutmann, Dr. Walter J.	47, Levet- zowstr. 19b	39 3768	ledig	---	---	prakt. notarenst- beord. z. Vfg. d. R. Reichs. Statth. i. Posen	---
62.	Hanff, Dr. Ludwig J.	Jd. Krkhs. Jranische str. 2	46 4446	verh.	---	---	prakt. Assist. i. Jd. Krkhs. Bln.	---
63.	Hartstein, Dr. Max J.	4, Pariser- str. 50	91 7739	verh.	---	---	prakt. notdienst. beord. z. Vfg. d. R. Reichs. Statth. i. Posen	---
64.	Heimannsohn, Dr. Gabriel J.	0112, Kronprin- zestr. 1	58 3572	verh.	---	---	prakt.	---
65.	Held, Dr. Gustav J.	Rosenthaler- str. 43	4 0858	Mischehe 2 (Pflegekind)	---	---	prakt.	---
66.	Helischkowski, Dr. Siegmund J.	Jd. Krkhs. Jranische str. 2	46 4446	Mischehe	---	---	Gynäko- loge	Assist. a. Jd. Krkhs.
67.	Heller, Dr. Benno J.	22, Braunau- erstr. 13	6 5796	Mischehe	---	---	Gynäko- loge	---
68.	Herzfeld, Prof. Dr. Ernst J.	50, Bamberger- str. 17	26 0994	ledig	---	---	Jd. Krkhs.	---
69.	Hesse, Dr. Avigdor J.	Friedenau, Niedstr. 22	63 1431	Mischehe	---	---	Magen Darm	---
70.	Heyman, Dr. Paula S.	0 27, Blumen- str. 100	51 0900	ledig	---	---	Prakt. u. Kinder	---
71.	Hirsch, Dr. Hans J.	NO 18, Landsber- gerstr. 12	53 3433	Mischehe 1	---	---	Derma- tologe	---

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tele.	Fam. Std.	Zahl d. i. Alt. lbd. Fdr. i. Haush.	Sonst.	Fachgebiet:	Sonst. Punkt:
72.	Hirsch, Dr. Leo J.	54, Alte Schönh. Str. 46	41 5520	Misch-ehe	---	---	prakt.	---
73.	Hirschberg, Dr. Georg J.	53, Stralsund-derstr. 280	44 7585	Misch-ehe	---	---	prakt.	---
74.	Hirschberg, Dr. Oskar J.	Charl. 4, Leibnizstr. 45	32 1819	Misch-ehe	---	---	prakt.	---
75.	Hirschfeld, Dr. Ernst J.	Schbg. Jungsbruckerstr. 20	71 4102	Misch-ehe	---	---	prakt.	notariatsbes. d. z. Ufg d. H. Reichs-Statth. i. Posen
	Hirschfeld, Dr. Fritz J.	50, Passauerstr. 2	24 3583	ledig	---	---	Jugenleiter d. Ausb. d. Jd. Krkh i. freien Ver-tragsverh. b. d. Ges. Verw. d. JKV. Bln.	
77.	Hirschfeld, Dr. Kurt J.	7, Claudius-str. 14	39 1795	ledig	---	---	Orthopädi.	i. Nebenamt. Tätigk. oh. Honorar a. Jd. Krkh.
78.	Hohenstein, Dr. Alfred J.	50 36, Oranien-str. 206	68 4172	verh.	1	---	prakt.	---
79.	Holzbock, Dr. Fritz J.	15, Pariser-str. 18a	92 7033	Misch-ehe	---	---	prakt.	---
	Hornstein, Dr. Otto J.	15, Bayrische-str. 7	92 0472	Misch-ehe	---	---	prakt.	---
81.	Horwitz, Dr. Hermann J.	15, Prager-str. 24	28 0558	ledig	---	---	prakt.	---
82.	Huth, Dr. Paul J.	Alm. Guntzel-str. 44	86 5666	Misch-ehe	---	---	prakt.	---
83.	Jacob, Dr. Herbert J.	54, Alte Schön-huserstr. 5	42 8979	verh.	1	---	prakt.	ehrenamtl. Mitarb. b. Jd. schulf. Stelle Rosenstr. hygien. Aufsicht U. Jd. Wohn-u. Ber. Heime
84.	Jacobsohn, Dr. Julius J.	2, Prenzlauer-str. 17	52 1767	ledig	1	---	Blasen, Nieren	---
85.	Jacobsohn, Dr. Julius J.	Charl. 4, Mommsenstr. 15 (priv) NW 7, Lovetow-str. 11a (Prax)	39 3829	verh.	---	---	Otol.	---

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tele:	Fam. Std.	Zahl d. i. Altr. lbd. Wdr. i. Haush.	Sonst.	Fachgebiet:	Sonst. Punkt:
86.	Jacobachn, Dr. Richard J.	W 62, Kurfürstenstr. 99	25 5490	verh.	1	---	prakt.	---
87.	Jacoby, Dr. Alfred J.	Lehtf., Hindenburgdamm 15	73 3550	Mischehe	---	---	prakt.	---
88.	Jacoby, Dr. Arthur J.	150, Regensburgerstr. 11	24 2924	verh.	---	----	Magen, Darm	---
89.	Jaffé, Dr. Martin J.	154, Lothringergstr. 48	42 4230	ledig	---	---	Nerven	---
90.	Jaffé, Dr. Werner J.	430, Bambergerstr. 27	26 2512	Mischehe	1	---	prakt.	---
91.	Kayser, Dr. Curt J.	Wilm, Berlinerstr. 21	86 2632	Mischehe	2	---	Internist	---
92.	Kipnis, Dr. Baruch J.	Stgl., Albrechtstr. 38	79 3330	Mischehe	1	---	Chirurg	---
93.	Kopel, Dr. Paul J.	Wils., Libellenstr. 5	80 5246	Mischehe	1	---	prakt.	---
94.	Kristeller, Dr. Walter J.	Charl. 4, Mommsenstr. 60	32 2813	verh.	---	---	prakt.	---
95.	Kron, Dr. Walter J.	130, Landshutstr. 35	26 5514	(Mischehe) Wtw.	1	---	Derm.	---
96.	Kainaki, Dr. Siegfried J.	Brandenburgischestr. 38 (priv) Charl. Daldammstr. 1 (Prax)	97 9623	verh.	---	---	Augen	---
97.	Landshut, Dr. Hans J.	NO 55, Bötzwestr. 53	53 3331	Mischehe	1	---	prakt.	---
98.	Langer, Dr. Erich J.	Charl., Knebeckstr. 67	91 3878	Mischehe	---	--	Derm.	---
99.	Ledermann, Dr. Reinhold J.	Wilm., Pragerpl. 6	87 1251	verh.	---	--	Derm.	---
100.	Leszczynski, Dr. W. J.	W., Duisburgerstr. 8	91 6186	Mischehe	1	---	prakt.	---
101.	Levi, Dr. Siegfried J.	Charl., Schlüterstr. 54	9 104	verh.	---	---	Urologe	---
102.	Levy, Dr. Joachim J.	Jd. Krkhs. Jranischestr. 2	46 4446	ledig	---	---	Chirurg	Assist. d. Jd. Krkhs.

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel.:	Fam. Zahl d.		Fach- gebiet:	Sonst Punkt
				Std.	1. Altr. 1bd. Fdr. 1. Haush. Sonst.		
103.	Levy, Dr. Walter J.	Charl. 9, Tan- enberg Allee 9 10-13	93	5090	verh. 2	--- Nerven	----
104.	Lewin, Dr. Julius J.	Wilm., Tellstr. 1	6	1062	verh. ---	--- Derm.	--
105.	Lichtenstein, Dr. Herman J.	Charl. 1, Sie- mensdamm 2	30	2433	verh. 1	--- Chir. rg	----
106.	Linschlag, Dr. Hans J.	50, Marbur- gers r. 9	24	1226	verh. ---	---	* vertragl. ver pfl. Beh. Fa jd. Binn. Lgr d. RV.
107.	Littauer, Dr. Walter J.	Charl., Suarez- str. 15	93	4707	verh. ---	--- Internist --- Lunge	---
108.	Loeffler, Dr. Dagobert J.	33 6, Granien- str. 47a	81	2508	Mischehe ---	--- Derm.	---
109.	Lowenthal, Dr. Heinrich J.	54, Chaussee- str. 32	41	2203	Mischehe 1	--- prakt.	---
110.	Marcuse, Dr. Kurt J.	Friedenau, Rheingastr. 4	88	3710	Mischehe 1	--- Bakterio-Mitarb. i. loge fr. Vertr. Verh. b. d. Gen. Verw. d. JKV. Bln	---
111.	Mendel, Dr. Kurt J.	50, Prager- str. 33	24	2453	Mischehe ---	--- Nerven	---
112.	Messerschmidt, Dr. Eugen J.	Charl., Gervi- nusstr. 20b	97	8514	verh. ---	--- prakt.	Mitarb. i. fr. Vertr. Verh. b. d. Gen. Verw. d. JKV. Bln
113.	Ketz, Dr. Adolf J.	Wilm., Kattener- str. 14	91	5172	verh. 2	--- prakt.	eier enantl. Mitarb. d. RV Leiter d. x Abt. Krkbbdi d. Kassen- Verrechn. St d. jd. Krkbbh Bln v. d. Reichsarzte kammer als Sprecher d. jd. Krkbbh. best. llt.
114.	Mayer, Dr. Felix J.	Schbg., Grune- waldstr. 53	71	8149	wtw. 3	--- Inter- nist	---

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel.:	Fam. Std.	Zahlzd. i. Altr. lbd. Kar. i. Haush.	Fach- gebiet.	Sonst. Funkt.
115.	Meyer, Dr. Franz J.	Char .. Carner-3 str.5	1673	Misch- ehe	3	---	Inter- nist ---
116.	Meyer, Dr. Kurt J.	Aschaffbur- gerstr. 2		Misch- ehe	3	---	Inter-ehre- nist Mitarb.d. Ges.Verw. d. JKV.Bln
117.	Meyer, Dr. Paul J.	127, Altona- erstr.4	39 0155	Misch- ehe	1	---	Gynä- Mitarb.d. kologe Ges. Verw. d. JKV.Bln i. freien Verf.r. Verh. Hilfsl.Abt.
118.	Michaelis, Dr. Hermann J.	Friedrhm., Frie- drichstr. 65 (priv) 154, lte Schön-42 Hauserstr. 4 (Prax)	7453	Misch- ehe	1 (Adoptiv)	---	prakt. ---
119.	Michaelis, Dr. Wolfgang J.	50, W rzburger- str. 7	24 5849	verh.	---	---	Derm. ---
120.	Miramer, Dr. Walter J.	15, Uhland- str. 43	91 5903	Misch- ehe	2	---	Chirurg ---
121.	Moser, Dr. Kurt J.	30, Bayri- scherpl. 4	24 7100	ledig	---	---	prakt. ---
122.	Moskiewicz, Dr. Felix J.	34, Elsasscr- str. 78	42 8322	ledig	---	---	prakt. notdienst- beord.z. Vf. d. H. Reg Präs. i. Litz- mannstadt
123.	Münz, Dr. Alfred J.	60, Marburger- str. 12	4 8402	ledig	---	---	prakt. ---
124.	Münzer, Dr. Hans J.	15, Kurfürsten- damm 197	31 1817	verh.	---	---	Inter- nist ---
125.	Nagel, Dr. Julius J.	Charl., Sybel- str. 1196	3897	verh.	---	---	prakt. ---
126.	Neustadt, Dr. Max J.	58, Schönhau- er Allee 31	45 1220	ledig	---	---	Chirurg ---
127.	Nosack, Dr. Arnold J.	50, Marbur- gerstr. 5	24 1958	verh.	1	---	prakt. ---
128.	Paderstein, Dr. Rudolf J.	15, Düssel- dorferstr. 74	86 8932	ledig	---	---	Augen ---
129.	Paradies, Dr. Abraham J.	113, Stolpi- schestr. 9	45 0127	Mischehe	1	---	prakt. ---

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel.	Fam. Std.	Zahl.d. i. Alt. lbd. Kdr: i. Haush. Söhne:	Fach- gebiet	Sonst. Funkt.
120.	Peiser, Dr. Bruno J.	Charl., Kantstr. 120/1	31	1340	Misch- ehe	---	Derma. ehrenamtl. Mitarb.d. Ges. Verw.d. JKV. Leiter d. Inst. u. Geschl. Krk Abt.d. Jd. Krkhs
1.	Peltesohn, Dr. Siegfried J.	50, Ranke- str. 9	91	3564	verh.	---	Orthopäd. ---
12.	Perl, Dr. Heinrich J.	62, Holzmarkt- str. 11	59	1161	Misch- ehe	---	prakt. ---
3	Pfifferling, Dr. S. J.	15, Lietzenbur- gerstr. 13-2885	91		Misch- ehe	---	prakt. ---
134	Pick, Prof. Dr. Ludwig J.	Senlaf., Kunzen- dorferstr. 2	46	4446	ledig (Krkhs.)	---	Pathologe Mitarb.d. Ges. Verw. d. JKV. Bln i. freien Vertr. Verh Leiter d. pathol. Institute d. Jd. Krkhs
125.	Pineas, Dr. Hermann J.	NW 87, Levetzow- str. 11a	39	1401	verh.	---	Nerven ehrenamtl. (Ne- benamt.) Lei- ter d. Nerven- Abt. d. Jd. Krkhs
136.	Pinner, Dr. Hans J.	Charl., 4, Schlu- terstr. 31	32	1606	ledig	---	Klassen, Nieren ---
137.	Plasterk, Dr. Hans J.	Wilm., Branden- burgisches r. 24	92	1408	Misch- ehe	---	prakt. --- (z. Schulbes. i. Holland)
138.	Pollnow, Dr. Max J.	N 4, Johannisstr. 8		42 4969	verh.	---	Chirurg ---
139.	Portner, Dr. Ernst J.	NW 40, Thomasius- str. 1-35		1266	Misch- ehe	---	Urologe ---
140.	Riese, Dr. Willi J.	Charl., Berli- nerstr. 100		34 1394	verh.	---	prakt. ---
141.	Ritter, Dr. Wolff J.	W 30, Martin Lutherstr. 89		26 2985	verh.	---	prakt. ---

Name:	Wohnung:	Tel:	Fam. Std.	Zahl d. i. Altr. lbd. Kar. i. Haush. 30 st.	Fachgebiet	Sonst. Punkt.
141. Rosen, Dr. Richard J.	C. 25, Alexanderstr. 25	51 2488	Misch-ehe	1	--- Internist	---
142. Rosenberg, Dr. Charl. 4, Kant Arthur J.	str. 101	31 4430	Misch-ehe	---	(Mischl. lt. tel. Mittlg. a. Veranlassg. d. HJ. seit 1933 i. England)	prakt. ---
144. Rosenberg, Dr. Oskar J.	30, Heilbronnerstr. 2	25 1414	verh.	---	---	Kinder bes. Leiter d. Kind. Abt. d. Jd. Krkh.
145. Rosenfeld, Dr. Eva S.	68, Courbièrestr. 17	5 4716	Ww.	---	---	psych. ---
146. Rosenstein, Dr. Wilhelm J.	Döhlen, var e- Münderstr. 21	89 3678	Misch-ehe	---	---	prakt. ---
147. Rosenthal, Dr. Helene S.	W15, Uhlandsr. 31	91 1820	ledig	---	---	prakt. ---
148. Rosenthal, Dr. Walter J.	02, Neue Königstr. 12	53 2337	Misch-ehe	---	1 (vor Kriegsausbruch i. Besuch n. England; Rückkehr unmöglich).	prakt. ---
149. Ruben, Dr. Gerhard J.	57 68, Neuenburgerstr. 14	17 1420	Misch-ehe	1	---	Chirurg ---
150. Salomon, Dr. Erich J.	50, Fassauerstr. 14	34 3988	ledig	---	---	Nerven ---
151. Salomon, Dr. Fritz J.	Charl. 4, Mommsenstr. 52	31 6465	verh.	---	---	Derm. ---
152. Samuel, Dr. Artur J.	Britz, Chaussee str. 78a	62 9271	Misch-ehe	1	---	prakt. Mitarb. b. d. Ges. Verw. d. JKV. i. freien Verh.
153. Segall, Dr. Selma S.	N, Gleimstr. 55 (priv. Jd. Krkhs. Jra ische str. 2 (Praxis)	46 4446	ledig	---	---	Wander u. gynäk. Assist. i. Jd. Krkhs.
154. Selbiger, Dr. Siegfried Salomon	N 58, Schönhauser Allee 159	44 3762	Misch-ehe	---	---	Otol. ---
155. Seligsohn, Dr. Albert J.	N 113, Schönhauser Allee 90	44-4466	Misch-ehe	-1	---	prakt. ---

192

Nr.	Name:	Wohnung:	Geb.	Fam. Std.	Zahl d.		Fachgeb.	Sonst. Punkt.
					1. Altr.	1bd. Kdr.		
						1. H. u. sh.	Sonst.	
156.	Silberberg, Dr. Max J.	Charl., Reitzstr. 7	96 0294	ledig	---	---	Röntgen Leiter d. Röntgenabt d. Jd. Krkh. 1. freien Vertragsverh d. Ges. Verw. d. JKV.	
157.	Singer, Dr. Alfred J.	SW 60, Prinzessr. 71	67 5462	ledig	---	---	prakt.	
158.	Singer, Dr. Franz J.	Charl. 4, Wilmsdorferstr. 60	96 3535	verh.	1	---	Derm.	
159.	Sladowsky, Dr. Ludwig J.	W 15, Bleibtreustr. 33	91 1784	Misch-ehe	---	---	Otol.	
160.	Sonntag, Dr. Louis J.	W 17, Alt. Straußlau 70	58 0175	Misch-ehe	1 (arisch d. d. prakt. 1. Ehe d. Frau)	---		
161.	Schayer, Dr. Jonathan J.	Charl., Dahlmannstr. 5	96 1487	Misch-ehe	---	---	Nerven	
162.	Schiff, Dr. S. J.	W 1, Kurfürstendamm 47	91 3922	Misch-ehe	---	---	Nerven	
163.	Schlesinger, Dr. Kurt J.	NO 18, Georgenkirchstr. 5	53 3025	Misch-ehe	1	---	prakt.	
164.	Scholl, Dr. Arthur J.	NO 18, Straußbergerstr. 10	59 3966	Misch-ehe	---	1	prakt.	
	Schwerin, Dr. Hans J.	GO 2, Kaiser Wilhelmstr. 23	51 4640	Misch-ehe	1	---	Otol.	
166.	Steinitz, Dr. Georg J.	Kladow, Sakrower Kirchweg 49b	80 8220	Misch-ehe	1	1 (arisch aus 1. Ehe d. Frau)	prakt.	
167.	Stern, Dr. Richard J.	N 113, Malmbergstr. 21	44 5186	Misch-ehe	1	---	prakt.	
168.	Sternberg, Dr. Martin J.	N 58, Schönhäuser Allee 114	49 6371	verh.	1	---	prakt. Krkbeh. freien Vertr. a. Honora b. d. Ges. d. JKV.	
169.	Steuer, Dr. Ludwig J.	GO 2, Memhardstr. 10	51 4310	Wtw. (Mischehe)	1	---	Röntgen	

861

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tele:	Fam. Std.	Zahl d. i. Altr. & lba. Mdr. i. Haush.	Sonst.	Fach-gebiet	Sonst. Punkt.
170.	Buch, Dr. Ludwig J.	N 54, Weinbergsweg 7	41 5134	Misch-ehe	1	- -	prakt.	---
171.	Urich, Dr. Hanna S.	SW 61, Bärwaldstr. 8	66 1260	Misch-ehe	1	---	prakt.	---
172.	Vogel, Dr. Bimo J.	Charl., Berlinerstr. 153 (priv.) 462, Hettelbeckstr. 26 (Praxis)	25 2333	Misch-ehe	---	---	Gynakologe	---
173.	Seile, Dr. Hans J.	Schbg., Gustav-Müllerpl. 6	71 1304				prakt.	notdienst- beur d. z. R Reichsautobahn
174.	Weinberg, Dr. Erich J.	Charl., Grolmanstr. 29	92 7407	verh.	---	----	Augen	---
175.	Widmüller, Dr. Carl J.	Jd. Krkhs. Jr. nischestr. 2	46 4446	verh.	---	----	Internist	Assist. a. Jd. Krkhs.
176.	Wolff, Dr. Walter J.	Schbg., m Park 9/10 (privat) W. Hohensauerfengstr. 13 (Praxis)	77 2172 25 2445	Misch-ehe	1	2 Internist (davon 1 d. d. Wehrmacht)		---
177.	Wolff, Eisner, Dr. Prof. Dr. Alfred J.	SW 15, Uhlandstr. 49	92 3487	verh.	---	----	Internist	---
178.	Ziegelroth, Dr. Adolf J.	Zehlde. Prinz Radjerystr. 76	84 5537	Misch-ehe	1	---	prakt.	---

179

Liste der in Berlin zugelassenen jüdischen Zahnbehandler

Name	Vorname	Adresse-Telefon	Geb.Dat.	Fam.Stand	Kinder
<u>Abraham, Dr.</u>	Felix I.	Charl. Dahlmannstr. 2 Tel.: -	3.1.01	verh.	3 -
<u>Altmann, Dr.</u>	James I.	Wilmdf. Uhlandstr. 127 Tel.: 861935	17.3.22	ledig	-
<u>Berendt, Dr.</u>	Leopold I.	BW 68, Friedrichstr. 3 Tel.: 172992	20.9.22	verh.	-
<u>Bergmann, Dr.</u>	Heinrich I.	W 35, Potsdamerstr. 122 Tel.: 220133	10.10.29	ledig	-
<u>Berlin, Dr.</u>	Paul I.	N 54, Rosenthalerstr. 72 Tel.: 410610	14.2.29	ledig	-
<u>Bernstein, Dr.</u>	Bruno I.	W 30, Rosenheimerstr. 30 Tel.: 260712	22.8.79	verh.	-
<u>Blum, Dr.</u>	Moritz I.	W 62, Bayreutherstr. 2 Tel.: 248147	27.11.76	verh. (Mischehe)	-
<u>Blumenthal, Dr. Erich I.</u>		Weissensee, Berl. Allee 230 Tel.: 563034	23.12.23	verh.	-
<u>Borchardt, Dr. Hugo I.</u>		NO 43, Neue Königstr. 88 Tel. 531767	12.6.21	verh. (Mischehe)	-
<u>Brockmann, Dr. Richard</u>		C 2, Neue Königstr. 38 Tel.: 522083	1.12.79	privil. Mischehe, geschieden	1
<u>Bukofzer, Dr. Martin I.</u>		W 35, Lützowstr. 85 xx)	12.65.02	verh.	1
x <u>Bruck, Dr.</u>	Fedor I.	W 15, Kurfürstendamm 182 jetzt Sybelstr. 66 Tel. 320310		ledig	-

xx) Privatwohnung
W 62, Kleiststr. 25
Tel. 221314

Nachname	Vorname	Adresse-Telefon	Geb.Dat.	Fam.Stand	Kinder
<u>Cohn</u>	Martin I.	Charl. 4, Sie- buhstr. 70 Tel.: -	6.6.54	verh.	1 38
<u>Czerniksauer,</u> Dr.	Jacob I.	SW 61, Biffhar- str. 15 Tel.: 668165	31.3.12	geschieden vorher priv. Mischehe	1
<u>Ehrlich, Dr.</u>	Kurt I.	O 17, Gr. Frank- furterstr. 122 Tel.: 555350	6. 4.4.96	ledig	-
x) <u>Epstein, Dr.</u>	Harry I.	Salensee Nestorstr. 544			
<u>Fränkel, Dr.</u>	Etto I.	SW 6, Kochstr. 22 Tel.: 176778	24.12.82	verh. (Mischehe)	2
<u>Fuchs, Dr.</u>	Carl I.	W 15, Ludwig Kirchstr. 2 Tel.: 925040	15.3.33	verh. priv. Misch- ehe	1
<u>Gabrielaki, Dr.</u>	Martin I.	Charl. 2, Lietzen- burgerstr. 51, Tel.: 26582 Prax: Knesebeck- str. 31 Tel.: 911037	4.11.10	ledig	-
x) <u>Glaser, Dr.</u>	Rosa S.	H 113, Kanzow- str. 11			
<u>Glaser, Dr.</u>	Walter I.	NO 55, Reinar. Rollerstr. 23 Tel.: 553059	8.12.01	ledig	-
<u>Gollop, Dr.</u>	Max I.	Charl. 4, Kant- str. 46 Tel.: 317214	6.10.85	verh. priv. Misch- ehe	1
<u>Grau, Dr.</u>	Lupu	W 50, Passauer- str. 2 Tel.: 243583	17.5.90	verh. priv. Misch- ehe	2
<u>Hammer- schmidt</u>	Martin I.	W 50, Augabur- gerstr. 47 Tel.: 240302	2.1.95	verh.	1

- 3 -					
Name	Vorname	Adresse-Telefon	Geb.Dat.	Fam.Stand	Kinder
<u>Heilke</u> Dr.	Abner	W 30, Metzstr. 23 Tel.: 257779	26.1.61	verh. Mischehe	39 1 (ar. Stief- sohn)
<u>Herrmann</u> Dr.	Max I.	W 50, Nürnberger- platz 4 Tel.: 256263	22.12.61 7.12.91	verh.	1
<u>Hirsch</u> Dr.	Hermann I.	Malensee Küstrinerstr. 3 Tel.: 276577	24.2.37	verh. (Mischehe)	-
<u>Hirschberg</u> Dr.	Fritz I.	Malensee Nestorstr. 54 Tel.: 972466	10.3.89	verh. (priv. Mische- he)	-
<u>Jacob</u>	Hugo I.	Wilmd. Baden- schestr. 21 Tel.: 27323	2.5.10	verh.	-
<u>Jacoby</u> Dr.	Willi I.	C 2, Brauner Weg 8 Tel.: -	5.2.77	verh.	- notdienst- verpflicht.
<u>Joachim</u> Dr.	Arthur I.	W 35, Pulow- str. 11 Tel.: 273866	25.1.86	verh.	-
<u>Katz</u> Dr.	Leop. I.	SO 36, Kott- buser Ufer 42/3 Tel. 686113	18.7.87	verh.	-
<u>Klein</u> Dr.	Benno I.	Prax: Charl., Bleibtreustr. 17 Tel.: 916987 Privatwohnung Kantstr. 1298	25.2.79	verh. (priv. Mischehe)	-
<u>Kubatzki</u> Dr.	Norbert I.	Charl. 2, Kant- str. 6 Tel.: 916868	26.11.93	verh. (priv. Mischehe)	1
<u>Lehmann</u> Dr.	John I.	C 25, Alexan- derstr. 21 Tel.: 512114	19.4.87	verheir. (Mischehe)	1
<u>Lieben- thal</u> Dr.	Kurt I.	N 20, Galoer- str. 111 Tel.: 449575	17.3.84	ledig	-
<u>Löwenson</u> Dr.	Richard I.	W 50, Spichern- str. 8-9 Tel.: 240464	3.4.86	ledig	-

Namen	Vornamen	Adresse-Telefon	Geburts- datum	Familien- stand	Kinder
<u>Maier, Dr.</u>	Max I.	Neukölln, Kottbuserdamm 95 Tel.: -	14.7.98	verheiratet (Mischehe)	- 10
<u>Meyer, Dr.</u>	Karl I.	Praxis: Berlin N. 54 Weinmeisterstr.10 Tel. 42 7111 Privatwohnung: Eisenacherstr.21	4.10.82	verheiratet (Mischehe)	-
<u>Meyerheim, Dr.</u>	Martin I.	Berlin SW. 68 Lindenstr.113 Tel. 171503	12.10.75	verheiratet (priv.Mischehe)	1
<u>Michaelis, Dr.</u>	Kurt I.	Berlin NW. 87 Siegmunshof 15 Tel. 393644	31.10.86	ledig	-
<u>Moser, Dr.</u>	Ernst	Berlin W.30 Bayreutherstr.27 Tel. 243763	17.7.39	verheiratet (priv.Mischehe)	2
<u>Moses, Dr.</u>	Jacob I.	Charl., 5 Suarezstr. 47 Tel. 341070	20.4.31	verheiratet	-
<u>Naohmann, Dr.</u>	Ernst I.	Berlin W.30 Landshuterstr.1 Tel.242868	16.6.92	verheiratet	-
<u>Oppenheimer, Dr.</u>	Erich I	Berlin W.15 Uhlandstr. 172 Tel. 916391	2.10.96	ledig	-
<u>Oscher, Dr.</u>	Walter I.	Berlin C. 2 Neue Promenade 7 Tel. 410559	16.4.90	verheiratet	2
<u>Paouilly, Dr.</u>	Paul I.	Charl., Kneesebeckstr.26 Tel.914828	10.6.79	verheiratet Mischehe	-
<u>Perls, Dr.</u>	Julia S.	Berlin W. 15 Pariserstr.5 Tel. 913888	16.4.07	verheiratet	1
x) <u>Friebatsch, Dr.</u>	Kurt I.	Friedenau Rheinstr. 2 - 3 Tel.-	74	verheiratet (Mischehe)	-
<u>Pulvermacher, Dr.</u>	Oscar I.	Berlin W. 35 Potsdamerstr.124 Tel. 211375	2.3.68	verwitwet (in Mischehe gelebt)	-
<u>Ritter, Dr.</u>	Emil I.	Charlottenburg Kantstr. 34 Tel. 312484	1.10.79	verheiratet (priv.Mischehe)	1

213

Namen	Vornamen	Adresse-Telefon	Geburts- datum	Familien- stand	Kinder
<u>Rittler, Dr.</u>	Herbert I.	Berlin SW. 68 Markgrafenstr. 20 Tel. 177479	6.10.87	verheiratet	-
<u>Salinger,</u>	Max I.	Charlottenbg. Knesebeckstr. 31 Tel. 911097	21.3.30	verheiratet	-
<u>Samelson, Dr.</u>	Julian I.	Berlin W. 15 Uhlandstr. 162 Tel. 926721	30.9.84	verheiratet	-
<u>Sander, Dr.</u>	Josef I.	Berlin N. 65 Ostenderstr. 2 Tel. -	17.7.30	verheiratet (Mischehe)	1
<u>Seligmann, Dr.</u>	Isidor	Charlottenburg 4 Mommsenstr. 39 Tel. 960270	3.4.67	verheiratet	1
<u>Silbermann, Dr.</u>	Max I.	Berlin NO. 55 Hufelandstr. 43 Tel. 332531	21.7.70	verheiratet (Mischehe)	-
<u>Simon, Dr.</u>	Ernst I.	Berlin W. 15 Lietzenburger- str. 22/23 Tel. 927244	2.6.88	geschieden (vorher Misch- ehe)	-
<u>Sladowsky, Dr.</u>	Max I.	Charl., 2 Knesebeckstr. 33 Tel. 910390	22.6.80	verheiratet (Mischehe)	-
<u>Sternberg, Dr.</u>	Louis I.	Charl., 2 Kantstr. 150a Tel. 317306	11.7.84	verheiratet	-
<u>Taskind, Dr.</u>	Jacob I.	Charl., 4 Leibnizstr. 61 Tel. 320685	19.1.81	verheiratet	1
<u>Vogelsdorff, Dr.</u>	Benjamin	Charl., 4 Kantstr. 130 Tel. 316196	2.6.81	verheiratet	-
<u>Wachmann, Dr.</u>	Erwin I.	Charl., 4 Wilmsdorfer- str. 72 Tel. 963610	27.11.83	verheiratet (Mischehe)	-
<u>Warenheim, Dr.</u>	Hugo I.	Berlin W. 62 Courbierestr. 9b Tel. 257944	18.12.89	verheiratet	-
<u>Walff, Dr.</u>	Walter I.	Berlin NE. 87 Solingerstr. 8 Tel. 393220	30.3.30	verheiratet (Mischehe)	-

Namen	Vornamen	Adresse-Telefon	Geburts- datum	Familien- stand	Kinder
<u>ronker,</u>	Siegfried I.	Berlin N. 24 Klausestr. 75 Tel. 41 7106	9.4.67	verheiratet (Mischehe)	-

x) Durch Fernsprecher nicht erreichbar,
Ermittlungen sind angesetzt.

205

Liste der in Berlin zugelassenen jüdischen Dentisten

Namen	Vornamen	Adresse-Telefon	Geburts-Datum	Familien-stand	Kinder
<u>Aronsoe</u>	Heinrich I.	Berlin N. Schönhauser Allee 99/100 Tel. 446511	14.9.79	verheiratet	-
<u>Czapski</u>	Georg I.	Wilmerdorf Wexstr. 29 Tel. 872022	25.11.92	verheiratet	-
<u>Ettisch</u>	Paul I.	Charl., Wilmerdorferstr. 113/114 Tel. 317605	3.8.87	verheiratet (Mischehe)	-
<u>Grünbaum</u>	Max I.	Berlin N.30 Bayreutherstr.13 Tel. 240158	6.12.80	verheiratet	-
<u>Hermann</u>	Alex I.	Charl., Wilmerdorfer- str.151 Tel. 344786	17.6.72	verheiratet	-
<u>Isakowitz</u>	Max I.	Berlin N.58 Schönhauser Allee 73 Praxis Berlin Sw.68 Brandenburgstr.45 Tel. 177108	19.3.82	verheiratet	-
<u>Kretschoff</u>	Liwie S.	Berlin NW.87 Paulstr.9 Tel. 355577	3.10.80	ledig	-
<u>Kröner</u>	Dan	Berlin NO.55 Goldaperstr.1 Tel.532242	23.3.90	verheiratet (priv.Mischehe)	1
x) <u>Kuhl</u>	Hedwig S.	Berlin W.62 Bayreutherstr.8			
<u>Liebert</u>	Moritz I.	Berlin N. Weinbergsweg 9 Tel. 42 7761	16.12.80	verheiratet (priv.Mischehe)	1
<u>Löwenstein</u>	August I.	Berlin W.35 Blumeshof 15 Tel. 22 3837	27.4.83	verheiratet (Mischehe)	-
<u>Placzek</u>	Leo I.	Berlin N. 4 Gartenstr.21 Tel. 42 8729	7.11.76	verheiratet	-
<u>Spiegel</u>	Arnold I.	Charl., 4 Rückertstr.10 Tel.24 4220	20.8.93	verheiratet (Priv.Mischehe)	1

x) Durch Fernsprecher nicht erreichbar

206

Rücksprache mit Herrn HSTP. Brunner im Lager Grosse Hamburgerstrasse am 21. 11. 1942 - 11.45;

1. Es wird der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin e.V. strengstens untersagt, arische Handwerker zu beschäftigen, und zwar bei Vermeidung schärfster Massnahmen.
Es soll eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Handwerkern aufgestellt werden, die jederzeit zur Verfügung steht.
Auf Befragen wurde als Verantwortlicher für die Handwerkergruppe Hans Jarael P i n t u s bezeichnet.

2. Es ist für das Lager Grosse Hamburgerstrasse ein zweiter Arzt zu stellen.

3. Es sollen heute noch 5 Krankenbehandler

- a) Dr. J. Kniski, Brandenburgischestr. 38,
- b) Dr. Siegfried J. Levy, Charlottenburg, Schlüterstr. 54,
- c) Dr. Kurt J. Moser, Bayerischer Platz 4,
- d) Dr. Hans J. Münzer, Kurfürstenstr. 197
- e) Dr. Max J. Neustadt, Schönhauser Allee 31

8 Zahnbehandler

- a) Dr. Fedor J. Bruck, Kurfürstenstr. 182, jetzt Charl., Sybelstr. 66
- b) Dr. Felix J. Abraham, Charlottenburg, Dahmannstr. 25
- c) Dr. Leo J. Behrendt, SW 68, Friedrichstr. 3
- d) Dr. Paul J. Berlin, Rosenthalerstr. 72,
- e) Dr. Erich J. Blumenthal, Weissensee, Berliner Allee 230,
- f) Dr. Martin J. Bukofzer, Lützowstr. 85,
- g) Dr. Leopold J. Katz, Kottbuser Ufer 42/3,
- h) Dr. Jacob J. Sleskind, Charlottenburg, Leibnizstr. 61

2 Dentisten

- a) Max J. Grünbaum, Bayreutherstr. 13
- b) Max J. Jaakowits, Schönhauser Allee 73

abgeholt und am 21.11.1942 bis 18 Uhr im Lager Grosse Hamburgerstrasse eingeliefert werden.

Die Kranken-, Zahnbehandler und Dentisten sollen nur kleine Instrumente mitnehmen, nicht sperrige Sachen.

4. Die von der Führung noch fehlenden Leute sind am Montag, dem 23.11.1942 nachmittags zu stellen; die Zeit der Gestellung in der Oranienburgerstrasse 29 ist ferumündlich Herrn HSTP. Brunner mitzuteilen.

5. Die angeforderte Liste vom 21.11.1942 wurde überreicht.

21.11.1942

ke/ko.

Philipp Jarael Kozower

Personlich - Streng vertraulich!!

Herrn Menschel,

Herrn Dr. Epstein,

Fraulein Dr. Mose.

Aktennotiz.

Bei der Besichtigung am Mittwoch, dem 18.11.1942 bestimmte Herr Hauptsturmführer Brunner die

Helferin Hermine Sara Kronheimer,
geb. 6.1.1890,
50, Passauerstrasse 2,

Kindergärtnerin Hildegard Sara Oberländer
geb. 9.4.1904,
NW, Tile Wardenbergstr. 10,

zur Abwanderung mittels Ueberführung in das Lager Gr. Hamburgerstrasse. Auf Grund der von Herrn HSTF. Brunner dem Unterzeichneten am 17.11.1942 erteilten Anweisung berichtete der Unterzeichnete Herrn HSTF. Brunner, dass Frau Kronheimer wegen der Tätigkeit ihres Mannes beim Hauptamt-Abt. VII-Eisenacherstrasse und Hildegard Sara Oberländer wegen der Tätigkeit ihres Bruders beim Hauptamt-Abt. VII-Eisenacherstrasse auf der B-Liste (Liste derer, die nicht zur Abwanderung kommen sollen,) aufgeführt seien. Herr HSTF. Brunner erklärte, er habe dies zur Kenntnis genommen, es bleibt bei seiner Entscheidung.

23.11.1942

Herrn Dr. Eppstein

Philipp Israel Kozower

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

23.11.42

Philipp Israel Kozower

30. November 1942

14

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin

Berlin S. 2
Burgstr. 28

Dem Unterzeichneten ist der Auftrag erteilt, von den für die Abwanderung Eingelieferten die Vermögenserklärungen aufzunehmen und die der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland bzw. der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin e.V. geschuldeten Beiträge sowie die Sonderbeiträge für das Sonderkonto "F" zu erheben. Um diese Aufgabe durchführen zu können, sind zwei Mitarbeiter der JKV Berlin beauftragt, im Lager Grosse Hamburgerstr. 26 Vermögenserklärungen sowie Beitragsfestsetzungen und -Erhebungen und zwar fortlaufend Tag und Nacht vorzunehmen.

Am 30.11.42 wurde der Unterzeichnete von der Lagerführung ersucht, einer im Lager Grosse Hamburgerstrasse tätigen Stenotypistin zu erklären, wie Vermögenserklärungen und die Erhebungen der Beiträge vorgenommen würden, gleichzeitig sollte der Stenotypistin erklärt werden, wie die Fragebogen aufgenommen würden. Als berichtet wurde, wie schwierig die Durchführung dieser Aufgabe sei und diese Aufgabe von einer Stenotypistin nicht durchgeführt werden könne, wurde die Weisung erteilt, dass der Unterzeichnete und seine Mitarbeiter die Arbeit sofort einzustellen hätten, es solle fortan alles durch die Stenotypistin erledigt werden, diese sei entsprechend zu unterweisen.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

(Siegfried Israel Weltlinger)

Notiz:

Herr Weltlinger ist beauftragt, den Bericht persönlich am 1.12.42 früh bei der Staatspolizeileitstelle Berlin, Zimmer 306, zu überreichen.

30.11.42

(Philipp Israel Kozower)

Abschriften an:

Herrn Henschel
Herrn Dr. Bernstein
Herrn Dr. Meise

Der Unterzeichnete wurde am 30.11.1942 zur Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Kommissar S t o c k - bestellt; dort wurde ihm Folgendes eröffnet:

1. Dem Unterzeichneten werden Listen übergeben, und zwar heute 9 Listen. Den auf den heute übergebenen Listen Bezeichneten ist noch heute durch Mitarbeiter der JKV. Berlin folgender Brief in ihre Wohnungen zu senden:

* Sie werden ersucht, sich am 1.12.1942 ohne Rücksicht auf Ihr Arbeitsverhältnis zwecks Aufnahme einer Vermögenserklärung in Ihrer Wohnung bereit zu halten.*

Herr S t a r k erklärte, es bestehen keine Bedenken dagegen, die Listen über die Kartei gehen zu lassen, damit die richtigen Adressen festgestellt werden.

Die Listen sind abzuschreiben, die Originalliste ist sofort zur Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Fraulein Süberski, Zimmer 333- zurückzusenden.

2. Herr Kommissar S t o c k untersagte, dass die jüdischen Krankenschwestern weiter die Schwesternhaube tragen ebenso wie die arischen, sie sollen ein Kopftuch oder eine andere Kopfbedeckung nehmen.
3. Vom Unterzeichneten wurde berichtet, dass von den auf der Mitarbeiterliste der JKV. Berlin als unentbehrlich Bezeichneten eine Anzahl Männer für den Dienst in der Grossen Hamburger und Gerlachstrasse abkommandiert seien, dass daneben jedoch immer noch auf dem Wege über Angehörige eine Reihe von Mitarbeitern nach der Grossen Hamburgerstrasse geholt und zur Abwanderung gebracht werden. Durch dieses Verfahren würde die Durchführung der Aufgaben der JKV. Berlin erschwert werden. Herr Stock erwiderte, er werde sich diese Angelegenheit überlegen und noch im Laufe des heutigen Tages dazu Stellung nehmen.
Herr Stark ersuchte den Unterzeichneten, künftig solche Fälle direkt Herrn Kommissar Stock vorzutragen.

30.11.42

Ko. Ro.

Philipp Israel Kozower

Persönlich !

Vertraulich !

Herrn H. Lippmann

AbwanderungA k t e n n o t i z

Telefonische Rücksprache mit Herrn Stark, Staatspolizeileitstelle
Berlin, am 30.11.42, 16.50 Uhr:

- 1.) Herr Stark erklärte, dass die in der heute nachmittag überbrachten Liste aufgeführten 541 Personen für Mittwoch, den 2.12.42, zu benachrichtigen seien.
- 2.) Auf Grund des Berichts von Weltlinger vom 30.11.42 wurde Herrn Stark gemeldet, dass dem Büro Weltlinger die Arbeit zur Aufnahme der Vermögenserklärungen in der Grossen Hamburgerstrasse untersagt worden sei. Herr Stark erklärte, dass das nicht ginge, Fragebogen und Vermögenserklärungen müssten aufgenommen werden, Weltlinger solle ihm am 1.12.42 früh über die Angelegenheit berichten. Der Unterzeichnete solle im übrigen auch Herrn Polizeirat Prokop Meldung über den Vorgang machen.
- 3.) An Hand des Berichts von Weltlinger wurde Herrn Polizeirat Prokop über den Vorgang in der Grossen Hamburgerstrasse berichtet. Herr Polizeirat Prokop erklärte, er werde sofort bei der Lagerführung anläuten.
- 4.) Herr Weltlinger wurde beauftragt, einen Bericht für die Staatspolizeileitstelle Berlin in dem besprochenen Sinne vorzubereiten.

Ko/Br.
30.11.42

Philip
(Philipp Israel Kozower)

Abschriften an:

Herrn Henschel

Herrn Dr. Eppstein

Fraulein Dr. Mosse



145

RV

Aktennotizen

u.

Schulstrecke

(1.1.43 - 30.4.43)

Alle Dokumente in diesem Halbhefter
stammen aus der Publikation

"Akten der Reichsvereinigung
der Juden in Deutschland
1939 - 1941"

herausgegeben von O.D. Kulka, Jerusalem

Kriminalobersekretär

Berlin, den 12. Januar 1943

Anlässlich einer Rücksprache in einer dienstlichen Angelegenheit bei der Abteilung IV B 1 der Geheimen Staatspolizei wurde mir von Herrn Kriminalobersekretär Denhoff ein Paket Urkunden übergeben, ferner eine Aufstellung über 104 Personen, die Anträge auf Austritt aus der JKV gestellt hatten. Herr Denhoff erklärte weiter, dass diese Anträge vom Reichssicherungshauptamt abgelehnt waren und übergab mir zur Einsichtnahme einen Brief des Reichssicherungshauptamts an die Geheime Staatspolizei. Aus diesem Brief ist folgender Auszug gemacht worden.

"Die 104 übersandten Anträge auf Genehmigung des Austritts der in beiliegender Liste aufgeführten Personen aus der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin werden abgelehnt. Die "Jüdische Kultusvereinigung Berlin e.V." ist hiervon in Kenntnis zu setzen mit dem Ersuchen die Antragsteller entsprechend zu bescheiden, die in den 74 Anlagen befindlichen Urkunden an die in Frage kommenden Antragsteller auszuhändigen und ihnen hierbei zu eröffnen, dass weitere Eingaben zu unterlassen sind."

Diesem Auszug hat Herr Denhoff unterzeichnet und zugefügt:
"Der Jüdischen Kultusvereinigung zur Kenntnis und genauer Durchführung der obigen Anordnung."

Hermann Noel Hunsicker

IX Dr.-Gg./Soh.

Berlin, den 13. Januar 1943

Herrn Henschel
Herrn Dr. Eppstein.

Betrifft: Abgelehnte Anträge auf Genehmigung des Austritts aus der
Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

Durch die Abteilung IV D 1 der Geheimen Staatspolizei erhielt ich heute, in der in der Anlage näher beschriebenen Weise, die Ablehnung von 104 Anträgen auf Genehmigung des Austritts aus der JKV. Bei diesen Anträgen handelt es sich durchweg um Mischlinge.

Wir werden die Antragsteller weisungsgemäss benachrichtigen und ihnen die uns übergebenen Urkunden wieder aushändigen.

Katasterverwaltung
gull

Anlage

23. Januar 1943

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Berlin
Burgstrasse 28
Berlin C 2

Betrifft Mitarbeiter der Zentrale
der Reichsvereinigung

Im Vollzug der heutigen fernmündlichen Anforderung überreichen
wir in der Anlage eine Namensliste der Mitarbeiter der Zentrale
der Reichsvereinigung nach dem Stande vom 23.1.1943.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Anlage

Siehe
Personal
— Schwank 1
Σ

No/50

Aktennotiz

Zufolge einer heute vormittag in der Geheimen Staatspolizei, Staatspoliseilaststelle, von Herrn Kommissar Steck mündlich gegebenen Weisung, die Durchführung der Bildung einer Abholkolonne mit Herrn Dobberke zu regeln, wurde Herr Dobberke heute um 13 Uhr von mir in Begleitung von Gerhard Israel Gohn aufgesucht. Die Liste der vorgesehenen 90 Abholer (einschließlich der 5 bei der Reichsbahn beschäftigten) wurde Herrn Dobberke in Durchschlag übergeben. Für die Freimachung der 5 bei der Reichsbahn beschäftigten Mitarbeiter will er selbst sorgen. Im übrigen ordnete er an, dass die in der Liste genannten Abholer sich täglich um 13.30 Uhr in der Großen Hamburger Straße zu melden haben. Diese Regelung gilt von sofort an.

Sollte gelegentlich eine Unterbrechung im Abholdienst eintreten, so werden die Abholer, welche jetzt aus ihren andern Dienststellen ausscheiden, der JKV bzw. der RV für geeignete Arbeiten zur Verfügung stehen.

15.2.1943

(Moritz Israel Henschel)

Abschrift an:

Herrn Dr. Dr. Kastig

Herrn Dr. Levy

Herrn Dr. Harbeck

Herrn Klopman

Friedrich Dr. Hesse

Herrn Gerhard Gohn

Herrn Seeger

El/Gr.

V e r f ü g u n g

- I. Es wird eine besondere Abhole-Kolonne gebildet.
- II. Die in der Anlage verzeichneten Mitarbeiter werden dieser Kolonne zugeteilt und scheiden mit sofortiger Wirkung aus ihrer Dienststelle aus.
- III. Die Abwanderungs-Kolonne gehört zur Abwanderungs-Durchführung und untersteht Herrn Gerhard Israel O e h n.
- IV. Den Beteiligten zur Kenntnis.

Berlin, den 15. Februar 1943

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
Personalverwaltung

Anlage

Klaemann
(Wiegbert Israel Klaemann)

Reichsvereinigung
zur gef. Kenntnisnahme

Namensverzeichnis der Abhänger

1.	Adler	Jakob J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	506
2.	Altman	Martin J.	Friedhofsverwaltung	751
3.	Barnsh	Bernhard J.	Rechtsabteilung	
4.	Baum	Fritz J.	Reichsvereinigung	63
5.	Beermann	Herbert J.	Kleiderkammer	
6.	Bernat	Kurt J.	Wäscherei	630
7.	Perinstein	Erich J.	Wohnungsstelle	758
8.	Brann	Ferdinand J.	Kleiderkammer	478
				683
9.	Cohn	Philipp J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	510
10.	Chrzelitzer	Bernhard J.	Wohnungsstelle	
11.	Cohn	Fritz J.	Kleiderkammer	482
12.	Cohn	Georg J.	Reichsvereinigung	686
13.	Cohn	Paul J.	Grundstücke	
14.	Cohn	Sally	Kleiderkammer	78
				689
15.	Diencmann	Julius J.	Reichsvereinigung	
16.	Fabian	Alfred J.	Friedhofsverwaltung	775
17.	Feybusch	Joan J.	Wohnungsstelle	484
18.	Fränkel	Siegbert J.	Siechenheim	221
19.	Friedländer	Adolf J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	513
20.	Fuss	Max J.	Speisungen	171
21.	Goldstein	Rudi J.	Winterhilfe	
22.	Grocka	Arthur J.	Kleiderkammer	37
23.	Grellmann	Siegfried J.	"	691
24.	Grünbaum	Hermann J.	Friedhofsverwaltung	692
25.	Grunwald	Heinrich J.	Beitragsverwaltung	760
				21
26.	Heftor	Karl J.	Wohnungsstelle	
27.	Heidemann	Gerchoel J.	Kleiderkammer	498
28.	Herz	Max J.	Fürsorge	693
29.	Hirsch	Leo J.	Kleiderkammer	143
30.	Hirschbruch	Siegfried J.	Reichsvereinigung	694
31.	Hirschfeld	Bruno J.	Krankenhaus	280
32.	Jacobson	Hans J.	Winterhilfe	
33.	Jaffe	Moritz J.	Registrator	38
				47
34.	Kaufmann	Dagobert J.	Kataster	
35.	Kempe	Fenno J.	Friedhofsverwaltung	121
36.	Kempe	Jakob J.	Wohnungsstelle	747
37.	Köln	Adolf J.	Personalstelle	519
38.	Koppe	Edvard J.	Möbelkammer	44
39.	Krayn	Georg J.	Wohnungsstelle	103
40.	Kretschmer	Dr. Walter J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	492
				520
41.	Lazarus	Manfred J.	Wäscherei	
42.	Leipziger	Leonhard J.	Krankenhaus	741
43.	Lemberg	Werner J.	Lager Gr. Hamburgerstr.	283
44.	Lesser	Erich J.	Möbelkammer	577
45.	Lewick	Adolf J.	Reichsvereinigung	104
46.	Lewin	Arthur J.	Kataster	
47.	Lewin	Bernhard J.	Kleiderkammer	124
48.	Lissner	Karl J.	"	698
49.	Löwenthal	Gerhard J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	715
				522

50.	Marcus	Dr. Alfred J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	524
51.	Marcus	Alfred J.	Friedhofsverwaltung	757
52.	Marcus	Leopold J.	Reparaturwerkstatt	729
53.	Meyer	Fritz Günther	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	526
54.	Meyer	Werner J.	Kataster	124
55.	Mirauer	Dr. Franz J.	Wohnungsstelle	435
56.	Misch	Dr. Ludwig J.		493
57.	Nachmann	Harry J.	Grundstücke	52
58.	Naftaniel	Max J.	Friedhofsverwaltung	780
59.	Netler	Karl J.	Winterhilfe	39
60.	Neumann	Max J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	529
61.	Neuh	Lionel J.	Siedonheim	210
62.	Noher	Dr. Helmut J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	53
63.	Rehau	Jacques J.	Kataster	130
64.	Robinschn	Ernst J.	Kleiderkammer	732
65.	Rosenthal	Joseph J.	Friedhofsverwaltung	759
66.	Rosenthal	Julius J.	Kleiderkammer	703
67.	Rothschild	Hermann J.	Reichsvereinigung	
68.	Salberg	Siegfried J.	Buchhaltung	13
69.	Salomon	Gottfried J.	"	14
70.	Santor	Hermann J.	Reichsvereinigung	
71.	Saul	Julien J.	Poststelle	56
72.	Silberberg	Siegfried J.	Beitragsverwaltung	29
73.	Spanier	Benni J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	534
74.	Schmalzbach	Wilhelm J.	Beitragsverwaltung	30
75.	Schneller	Kli J.	Kleiderkammer	704
76.	Schuster	Ludwig J.	Buchhaltung	16
77.	Schwarz	Rudolf J.	Wohnungsstelle	502
78.	Striozel	Günther J.	Reparaturwerkstatt	734
79.	Tarrasch	Paul J.	Reichsvereinigung	
80.	Taub	Felix J.	Gesamtarhiv	113
81.	Weiss	Erwin J.	Friedhofsverwaltung	783
82.	Wolfers	Bruno J.	Reichsvereinigung	
83.	Wolff	Johannes J.	Wohnungsstelle	503
84.	Wollstein	Alfred J.	Beitragsverwaltung	32
85.	Wollstein	Ulrich J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	536
<u>Reichsbahn</u>				
86.	Abrahamsch	James J.		812
87.	Frenler	Leo J.		813
88.	Farkas	Bela J.		814
89.	Neumann	David J.		815
90.	Silberstädter	Ludwig J.		816

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle
(Herr Kommissar HStP Stock, Herr Oberscharführer Dobberke).

1. Herr Dobberke teilte mit, dass die Karten der vorgesehenen Angestelltenkartei heute nachmittag an Herrn Cohn zur Ausgabe gelangen würden. Die Kartei sei getrennt für die bisherigen und die neu angenommenen Angestellten sowie für die im Haushalt mitlebenden Angehörigen bis zum Montag aufzustellen, und zwar auch für die Angestellten der Zentrale.
2. Es wurde vorgetragen, dass ein Teil der neu übernommenen Angestellten den zu stellenden Ansprüchen nicht genügen, während anzunehmen sei, dass unter den wegen bestehender Mischehe u.s.w. entlassenen Juden und Geltungsjuden, die jetzt in andere Arbeit vermittelt würden, noch für uns brauchbare Mitarbeiter zu finden wären. Herr Kommissar Stock stellte anheim, eine Aufstellung zu machen, aus der sich ergibt, welche Arten von Mitarbeitern noch gebraucht werden, und wer gegebenenfalls hierfür zum Austausch angeboten wird.
3. Herr Kommissar Stock machte Mitteilungen über die in der Großen Hamburger Straße einzurichtende Kartei der in Berlin verbliebenen Juden, zu deren Herstellung der in privilegierter Mischehe lebende Willy Israel Schweig, Berlin W 30, Landshuter Straße 14, als Dienststellenleiter zugezogen werden soll. Über die näheren Bedingungen seiner Anstellung ergeht noch Mitteilung.
4. Die neuen Ausweise, deren Formulare kürzlich zur Genehmigung vorgelegt wurden, dürfen nunmehr für die Mitarbeiter ausgestellt werden. Soweit noch nicht feststeht, ob ein neuer Mitarbeiter bleibt oder ausgetauscht wird, kann der Ausweis zurückgehalten werden. Dies gilt insbesondere auch für die 20 neuen Ordner, welche Herr Dobberke für die Große Hamburger Straße angenommen hat.
5. An die Erteilung der eingereichten Fahrtscheineigungen wurde erinnert. Herr Kommissar Stock ausserte jedoch Bedenken.
6. Es wurde eine Notiz über den Fall des verhafteten und noch nicht wieder frei gelassenen, in Mischehe lebenden Angestellten Kurt Israel Rosenberg übergeben. Herr Kommissar Stock will nach eingehender Erkundigung Bescheid erteilen.
7. Es wurde vorgetragen, dass Anträge wegen Bestellung von Festangestellten zum Teil mit Nachen vorliegen und noch nicht entschieden sind. Herr Kommissar Stock will die Angelegenheit prüfen.
8. Es wurde mitgeteilt, dass Bestände der Möbelkammer aus dem beschlagnahmten Räumung weiterhin an zugelassene Händler abgegeben werden.
9. Es wurde danach gefragt, ob die unter den Beständen befindlichen

echten Teppiche mitverkauft oder besonders behandelt werden sollen. Hierüber wurde Weisung in Aussicht gestellt.

9. Es wurde vorgetragen, dass voraussichtlich eines oder mehrere der bisher als Sammlager benutzten Grundstücke Gormannstraße 3, Gerlachstraße 19-21 und Auguststraße 17 nicht mehr gebraucht werden würden und deshalb zum Zwecke der Verwaltungsvereinfachung und Liquidierung aufgegeben und verkauft werden könnten. Herr Kommissar Stock stimmte dem zu und ersuchte um einen bestimmten Vorschlag, wobei auch geprüft werden soll, ob die Zentralküche Gormannstraße verlegt werden könne; in diesem Falle könne das Grundstück unter Verlegung der darin befindlichen Personen nach der Gerlachstraße frei gemacht werden.

18.3.1943

(Moritz Israel Henschel)

VERMERK

Am 1. April 1943, 15 Uhr, erschienen zwei Beamte der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin IV D, 1 und fragten nach

Hans Israel C u t h a n e r, früher Darinkendorf.

Es wurde berichtet, dass Hans Israel Cuthaner um seine Versetzung nach Bielefeld gebeten hatte. Hierüber erhielt die Aufsichtsbehörde unter dem 27.1.1943 Bericht. Eine Abschrift dieses Berichtes wurde auf Erfordern ausgehändigt.

Nachdem die Aufsichtsbehörde einen ablehnenden Bescheid am 3.2.1943 erteilt hatte, wurde Cuthaner veranlasst, sich nach dem Sammellager Grosse Hamburgerstrasse zu begeben. Eine telefonische Rückfrage im Sammellager Grosse Hamburgerstrasse ergab, dass er dort am 12.2.1943 eintraf und am 19.2.1943 nebst seiner Familie mit dem 29. Transport abwanderte.

Berlin, den 1. April 1943

(Kurt Israel Levy)

10

Anweisung aus der Aktennotiz vom 30.4.43

3.) Es wurde die Frage der Behandlung der staatenlosen Mischlinge
I. Grades, die der jüdischen Glaubengemeinschaft angehören,
erörtert. Herr Kommissar Steck teilt mit, dass diese Personen
in Zukunft wie deutsche Geltungsjuden zu behandeln sind und
infolgedessen auch zum Tragen des Sterns verpflichtet sein.
sind.

30.4.43

gen. Gerhard Israel Cohn

Herrn Dr. Kurt Israel Levy

Auszug aus der Aktennotiz vom 30.4.43

- 4.) Es wird die Weisung von Herrn Kommissar Stock, wonach staatenlose Mischlinge, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören, wie deutsche Geltungsjuden zu behandeln sind, erörtert-

gez. Gerhard Israel Cohn

30.4.43

Herrn Dr. Kurt Israel Levy z.K.

2



A46

RV

Verstandsprotokoll

(18.8.39 - 29.10.42)

Alle Dokumente in diesem Halbhefter
stammen aus der Publikation

"Akten der Reichsvereinigung
der Juden in Deutschland
1939 - 1941"

herausgegeben von O.D. Kulka, Jerusalem

Fr. Kammrath

18. August 1939 Dr. Li/Ja

Protokoll über die Sitzung des Vorstandes der
Reichsvereinigung am Montag, den 14. August 1939, Nachmittag 5 Uhr

Anwesende : Dr. Baeck als Vorsitzender,
Dr. Eppstein,
Henschel,
Dr. Hirsch,
Dr. Lilienthal,
Dr. Seligschn,

als Sachbearbeiter der Reichsvereinigung :

Berliner,
Dr. Cohn,
Meyerheim,

als Sachbearbeiter der Berliner Gemeinde :

Brasch,
Seeliger.

- 1.) Der Vorstand der Reichsvereinigung erklärt sich damit einverstanden, dass der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin aus folgenden Mitgliedern besteht :

Direktor Stahl,
Karl Fuchs,
Henschel,
Kopfstein,
Kozower,
Dr. Lilienthal,
Seeliger.

- 2.) Dr. Cohn berichtet über die derzeitige Lage des Arbeitseinsatzes von Juden.

- 3.) Es wird beschlossen : Mittel für Anschaffungen zur Vorbereitung der Auswanderung dürfen in Zukunft nur für solche Auswanderer zur Verfügung gestellt werden, die im Zeitpunkt der Bewilligung bedürftig im Sinne der Wohlfahrtsgrundsätze sind. Der für den einzelnen Auswanderer zur Verfügung zu stellende Betrag soll in der Regel RM 75.-- nicht übersteigen. Ausnahmen sind zulässig,

./.

- a) soweit Anschaffungen von Kleidungsstücken erforderlich sind, um die Ausübung der nach Bestätigung der zuständigen Wanderungsstelle ernsthaft in Aussicht stehenden Berufsausübung zu ermöglichen,
 - b) für Jugendliche, soweit unter Berücksichtigung des bei ihnen vielfach geringeren Bestandes etwas höhere Beträge erforderlich sind, um sie mit einer normalen oder für die Durchführung der Ausbildung erforderlichen Ausrüstung zu versehen.
- 4.) Es wird beschlossen : Auswanderern dürfen für Gepäck- und Frachtkosten nicht mehr als RM 40.-- pro Person zur Verfügung gestellt werden.
- 5.) Es soll versucht werden zu erreichen, dass Inserate mit dem Angebot zur Beschaffung von Visa unter Chiffre im Jüdischen Nachrichtenblatt nicht erscheinen dürfen.

gez. Dr. Lilienthal

Die Fortsetzung des sogenannten "Reisekosten-Clearing" d.h. der Bezahlung der Ausbildungskosten ausgewandelter jüdischer ~~Reisekostenberechtigter~~ durch den JOINT gegen Reichsverei-Zahlungen der Reisekostenberechtigten in Deutschland an die Reichsvereinigung wurde nur im bisherigen Umfang von etwa 7.000.- monatlich zugesagt.

II. Einwanderungsmöglichkeiten

- 1.) In San Domingo steht demnächst ein Gelände von 26.000 Acres zur Verfügung eines zu diesem Zweck gebildeten amerikanischen Siedlungsgesellschaft, die dort sofort eine 500 Hektare und 50 Einzelpersonen ansiedeln und dann allmählich die große Siedlung entstehen lassen will. Es wird zunächst beabsichtigt, dafür nur Personen zu erwählen, die bereits aus Deutschland ausgewandert sind und im neuen Land vorübergehende Aufnahme gefunden haben. Es ist vorzuziehen, Durchreisende, d.h. mindestens die Hälfte der ersten Gruppe - bei der zweiten Gruppe vielleicht mehr - in Deutschland genommen werden soll. Die Reisekosten sind von 70 Personen zu tragen, deren Namen, Lebensverhältnisse und andere Angaben möglichst zu beschaffen sind.
- 2.) Der Film "Der große Sieg" wird in Deutschland in verschiedenen Städten gezeigt. Damit befaßten sich auch die jüdischen Flüchtlinge in Deutschland, die in den Film beschäftigt sind.
- 3.) Der Film "Der große Sieg" wird in Deutschland in verschiedenen Städten gezeigt. Damit befaßten sich auch die jüdischen Flüchtlinge in Deutschland, die in den Film beschäftigt sind.
- 4.) Die Filmgesellschaft "Der große Sieg" wird in Deutschland in verschiedenen Städten gezeigt. Damit befaßten sich auch die jüdischen Flüchtlinge in Deutschland, die in den Film beschäftigt sind.
- 5.) Die Filmgesellschaft "Der große Sieg" wird in Deutschland in verschiedenen Städten gezeigt. Damit befaßten sich auch die jüdischen Flüchtlinge in Deutschland, die in den Film beschäftigt sind.

III. Außer den unter I und II genannten Einwanderungsmöglichkeiten wurden noch Einzelheiten beschrieben

- 1.) Über das Verfahren der Einreise von jüdischen Flüchtlingen für die Passagen der amerikanischen "American Service de Transmigration in Brüssel".
- 2.) Über die Schenkung einiger tausend Litres Kaffeebohnen, die der JOINT der Reichsvereinigung zur Verteilung an die rituell lebenden Juden in Deutschland, vornehmlich der jüdischen Jugend aus dem Herstellungsland und der Kindererziehung nach Deutschland, zu überlassen bereit ist.

Berlin, den 23. Februar 1940

(Dr. Israel Vito Ulrich)

1. Anlage.

- 4.) Dr. Epstein berichtet, daß der Berliner Zentralrat für jüdische Auswanderung verlangt hat, daß von dem 1. 4. 1938 an jüdische Stellen zur Einleitung des Auswanderungsverfahrens eingerichtet werden.

Die Erfüllung dieser Forderung müssen die Anordnungen für Auswanderung nach den Vereinigten Staaten sowie vor der endgültigen Bestellung des Kiosks und zur Teilnahme an Schiffsreisen nach Palästina bewirkt werden.

Der Vorstand beschließt, der Vorschlagsstellung aus dem Palästina-Rat entsprechend Anweisung zu erteilen und keine Stellen zu beauftragen, die Auswanderungsstelle der Gemeinde Berlin fortlaufend mit dem zur Verfügung der Forierung nötigen Material zu versehen.

- 5.) Hinsichtlich der Beerdigung von Juden, die außerhalb ihrer Wohnorte versterben, werden folgende Richtlinien beschlossen:

a) Wenn ein mittelloses Jude außerhalb seines Wohnortes stirbt, ist er durch die Jüdische Kultusvereinigung des Sterbortes zu beerdigen.

b) Die Kosten der Beerdigung sind der Jüdischen Kultusvereinigung des Sterbortes auf Verlangen von der Jüdischen Kultusvereinigung des Wohnortes oder gewöhnlichen Aufenthaltes des Verstorbenen zu erstatten. Sie sind unter dem Titel "Allgemeine Fürsorge-Ausgaben" zu verbuchen.

c) Die erstattungsberechtigte Jüdische Kultusvereinigung kann von der erstattungspflichtigen nur die reinen Beerdigungskosten verlangen.

Gebühren für den Begräbnisplatz und Beerdigungskosten für die Funktionäre dürfen nicht erhoben werden.

d) Sofern nicht außergewöhnliche Umstände, insbesondere Transportkosten dies bedingen, darf die Erstattungsforderung an die Jüdische Kultusvereinigung des Wohnortes den Betrag von RM 100,- nicht übersteigen.

- 6.) Es wird berichtet über die Bemühungen wegen Fürsorge für die aus Stalin abtransportierten Juden und wegen Regelung der Verwaltung ihres zurückgelassenen Vermögens.

In **Erstatter** Beziehung darf die Reichsvereinigung eine Tätigkeit/nicht entfalten, in letzterer Beziehung können Anträge an die zuständige Behörde gestellt werden.

- 7.) Über die vorübergehende Unterbringung der Juden aus der früheren Grenzmark in Schneidemühl und über die Vorschläge wegen ihrer dauernden Unterbringung in verschiedenen Orten des Altreiches wird Bericht erstattet.

- 8.) Der Vorstand nimmt Kenntnis von den wegen der Haftentlassung interlierter früherer polnischer Staatsangehöriger gestellten Anträge.

- 9.) Die Aktenvermerke über die Rücksprachen mit dem Hauptamt Sicherheitspolizei sollen zur jeweiligen Einsichtnahme für die Mitglieder des Vorstandes in einem Exemplar im Sekretariat Dr. Hirsch gesammelt werden.

gez. Dr. Hirsch

Handwritten notes at the top of the page, including "RV" and other illegible scribbles.

VEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN, KÖNIGSTRASSE 158

Am 14. März 1934, 14. März 1934

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, am 14. März 1934, 14. März 1934

Anwesend: Dr. Baer, als Vorsitzender, Dr. Epstein, Dr. Rosenfeld, Dr. Fisch, Dr. Krown, Dr. Lilienthal, Dr. Seligman

Sachbearbeiter für die Reichsvereinigung: Dr. De Lauer, Dr. Cohn, Fürst, Karminski, Meyerheim

Sachbearbeiter für die Gemeinde Berlin: Bräsch

In den Vorstand der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland wird anstelle des ausgeschiedenen Dr. Stahl Dr. Conrad gewählt.

Karl Fuchs soll gebeten werden, an den Vorstandssitzungen der Reichsvereinigung regelmäßig teilzunehmen.

Die Änderung der Schulgeld-Ordnung in der Form der beiliegenden Vorlage wird genehmigt.

Ferner wird - gegen die Stimme von Krown - beschlossen, die Schulgeld-Ordnung in der nunmehrigen Fassung auch für die Berliner Schulen einzuführen.

Über die Frage der Eintragung der zusätzlichen Vornoten im Fernsprechnach soll mit der Postverwaltung Rücksprache genommen werden.

Es soll der Antrag gestellt werden, die Ausgehzeit im Sommer um zwei Stunden zu verlängern.

gez. Dr. Lilienthal

Anlage.

Handwritten number "19" in the bottom left margin.

R.V.

U111

105

VEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTR. 158

Berlin, den 26. März 1940
L/Dr. Lilienthal

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Mittwoch, den 26.3.1940

Anwesend: Dr. Bauck als Vorsitzender
Dr. Epstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kosower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn

Dr. Berliner
Brusch
Dr. Cohn
Furst
Fuchs
Kurminski
Meyerheim
Dr. Rosenthal zu Punkt 3

- 1.) Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes wird Dr. Hirsch gewählt.
- 2.) Dr. Berliner und Meyerheim sollen, ohne förmlich Mitglieder des Vorstandes der Reichsvereinigung zu sein, vom Vorstand so behandelt werden, als ob sie es wären, insbesondere das Recht haben, auch an vertraulichen Sitzungen des Vorstandes teilzunehmen.
Epstein soll in Zukunft an den (nicht vertraulichen) Sitzungen des Vorstandes teilnehmen.
- 3.) Jüdische Kriegsoffer, die wegen ihrer Bedürftigkeit durch das Versorgungsamt Zusatzrenten zugewilligt bekommen haben, oder die wegen ihrer Bedürftigkeit Beihilfen erhalten, sollen auf Antrag vom Kopfgeld freigestellt werden, wenn ihre wirtschaftlichen Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung ihrer durch die Kriegsbeschädigung verursachten Bedürfnisse dies angezeigt erscheinen lassen.

gez. Dr. Lilienthal

20

Berlin, den 1. April 1940
1/Dr. 1/47.

Protokoll der ersten Sitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, vom 1. April 1940

Anwesend: Dr. Bieck als Vorsitzender
Dr. Eppstein
Henschel
Dr. Hirsch
Korotzer
Dr. Lillenthal
Dr. Seligsohn
Dr. Berliner
Dr. Bach
Dr. Cohn
Fuchs
Furst
Kaminski
Lewenstein
Leyersheim

- 1.) Dem von Dr. Eppstein vorgelegten Antrag auf Entzug einer Eingabe an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung wird zugestimmt.
 - 2.) Der Zentralstelle soll vorgeschlagen werden, daß in der Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung am Sonnabend - von dem vorhandenen Notdienst abgesehen - auch künftig nicht gearbeitet wird, dafür aber am Sonntag vormittag.
Die Abreise von Zugewiesenen an die Zentralstelle für die Pessachfeiertage soll nicht erfolgen. Es soll jedoch der Zentralstelle mitgeteilt werden, daß ein Teil der Zugewiesenen aus religiösen Gründen voraussichtlich statt an den Pessachtagen an den folgenden Tagen kommen wird.
 - 3.) An den beiden letzten Pessachtagen soll in allen Abteilungen je die Hälfte der Belegschaft Dienst tun.
- Es wird beschlossen, daß in der Heil- und Pflegeanstalt Sayn der Reichsvereinigung der Juden, Benlorf-Sayn, die Unterteilung in Klassen aufgehoben und in Zukunft nur eine Einheitsklasse geführt werden soll. Der Pflegegeldsatz für die Selbstzahler soll so berechnet werden, daß zu dem Selbstkostenpreis pro Anstaltsinsassen ein Zuschlag von 30% hinzugerechnet wird, mit der Maßgabe, daß im Bedarfsfalle Ermäßigung gewährt werden kann.

gez. Dr. Lillenthal

17. Mai 1930

Protokoll des Vorstandes des Reichsausschusses für Juden in Deutschland, am 17. Mai 1930

- Anwesend: Dr. Bock als Vorsitzender
Dr. Eppstein
Hanschei
Dr. Hirsch
Kerwer
Dr. Lillenthal
Dr. Seligsohn

Brasch
Fuchs
Löwenstein
Meyerheim

Fehlend: Dr. Berliner
Dr. Cohn
Eilat
Kaminiski

Der Beschluss des Vorstandes vom 11.5.1930, Ziffer 1 b des Protokolls betr. Auswandererabgabe bei Passstrafen, die gestellt werden, obwohl die Möglichkeit der Auswanderung zweifelhaft ist, wird bekräftigt.

Ziffer 1 b und c der Durchführungs-Vorsatz zur Auswandererabgabe-Ordnung wird nach Erörterung der vorliegenden Angelegenheiten der Konsulentenkreise folgendes beschlossen:

Grundsätzlich sollen die Generalvollmachten zur Sicherstellung der Auswandererabgabe sowie Aufträge zur Veranlassung von Vermögenswerten, die sonst der Sicherung der Auswandererabgabe dienen, nach wie vor der PKI übertragen werden. Wenn jedoch der Konsult im Einzelfall die Bestellung eines bestimmten anderen Verwalters vorschlägt, so soll dessen Bestellung in der Regel erfolgen, falls sich eine sachliche Eignung und seine Zuverlässigkeit als Bedenken bestehen.

Zur Durchführung ihrer nachträglichen Ermäßigung der Auswandererabgabe von jenen Juden, die ohne Entrichtung einer Auswandererabgabe ausgewandert sind, sollen die abschriftlich beigelegten Vorseitige der Behörde eingereicht werden.

Der von Dr. Eppstein vorgetragene Denkschrift über die Errichtung von Durchgangsheimen in Berlin zu Ausbildungszwecken für Auswanderer aus dem Reich wird mit folgender Maßgabe zugestimmt:

- Die Kosten der Reise von und nach Berlin sollen nur im Bedarfsfalle ersetzt werden, wobei jedoch an die Prüfung der Bedürftigkeit kein allzustrenger Maßstab angelegt werden soll.
- Die Frage, zu welchem Zeitpunkt die Auswandererabgabe erhoben werden soll, soll noch einmal geprüft werden.
- ebenso soll noch geprüft werden, ob die Heimatgemeinden zur Tragung der Kosten herangezogen werden sollen.

gez. Dr. Lillenthal

22

Handwritten: Hannover

Handwritten: 232

Berlin, den 14. 1. 1940
Dr. Lilienthal

Protokoll des Vorstandssitzungs der
Rechenvereins der Juden in Deutschland, Sonntag, 1. d. 1. 1940

- Anwesend: Dr. Maack als Vorsitzender
Dr. Sohn
Dr. Eppstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kosover
Dr. Lilienthal
Dr. Seeligmann

Brasch
Fuchs
Fürst
Karmanski
Löwenstein

Entschuldigt: Dr. Berliner

1. Der Vorsitzende gibt davon Kenntnis, daß Dr. Conrad Israel Cohn als Vorstandsmitglied bestätigt ist.
2. Senatspräsident Dr. Spittl wird als Obmann der Schiedsstelle bestätigt.
3. Auf einen Bericht von Frau Fuchs findet eine eingehende Erörterung der Lage des jüdischen Schulwesens statt. Dabei wird besonders die Notwendigkeit betont, im Rahmen des Möglichen die schulische Versorgung der Kinder in einer Reihe von kleinen Gemeinden zu bessern, zuerstenfalls auch durch Aufhebung dieser Schulen und Umschulung der Kinder in Gemeinden mit größeren Schulen.
Die Schulverwaltung wird gebeten, die Möglichkeit zu prüfen, ob nicht in geeigneten Fällen besonders schlechte Lehrer durch geeignete Laien im Unterricht ersetzt werden können, im übrigen um eine regelmäßige Inspektion gerade der kleinen Schulen bemüht zu sein.
Erörtert wurde auch der Stand der jüdischen Erziehung der Schulkinder, insbesondere die Möglichkeit, diese jüdische Erziehung durch Einführung täglicher Morgenandachten zu fördern.

gez. Dr. Lilienthal

23

Berlin, den 17. Mai 1940
1/T. 11/41.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Freitag, 12.5.40

Anwesend: Dr. Bloch als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Epstein

Gonschel

gez. Ver.

Dr. Lillenthal

Baron

Korwinski

Lewenstein

Lyón

Meyersheim

- 1.) Der von Dr. Epstein vorgelegte, in der Anlage beigefügte Bericht an die Zentralstelle für Jüdische Auswanderung wird genehmigt.
- 2.) Die in Aussicht genommene Abberufung des Herrn Paul Israel Hirschfeld, Stettin; als Vorstandsmitglied der Jüdischen Kultuervereinigung Synagogen-Gemeinde Stettin soll nunmehr erfolgen.

gez. Dr. Lillenthal

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

Berlin, den 27. 8. 1940
I/Dr.Hi/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, am Montag, den 27.8.40

Anwesend:

Dr. Baack als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Hensel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Milienthal
Dr. Saligsohn

Brack
Fuchs
Karmilski
Löwenstein
Meyerstein

- 1.) Dr. Cohn erstattet einen eingehenden Bericht über den Stand der Berufsausbildungs- und Umschichtung sowie des Arbeitseinsatzes und über das Verhältnis der beiden zueinander.
- 2.) Der Vorstand stimmt einer Verkürzung der diesjährigen Urlaubsfrist für die Angestellten auf drei Wochen zu und beauftragt die Geschäftsführung mit der Veranlassung des Weiteren.
- 3.) Berichtet wird:
 - a) über die Sperre der Erteilung von Transitvisen durch Italien und die Bemühungen um sonstige Ausreisemöglichkeiten, insbesondere über Japan,
 - b) über die Verhandlungen wegen Passage-Devisen,
 - c) über die Verhandlungen betreffend Sondertransporte nach Palästina,
 - d) über die weitere Behandlung der in Schneidemühl und Stettin vorläufig sicherge teilten Werte und Gegenstände der jüdischen Bevölkerung,
 - e) über die Erteilung der Genehmigung für das neue Unterstützungsmark-Verfahren durch das Reichswirtschaftsministerium vorbehaltlich der Zustimmung durch die Stillhaltegläubiger.

gez. Dr. Hirsch

Blatt 1
SE 17

VEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLINER RINGSTRASSE 163

Berlin, den 19. Juni 1943
1/56.111/11

Protokoll der Verhandlung der
Juden in Deutschland, Freitag, 14. 6. 43

- Anwesend: Dr. Boeck, als Vorsitzender
Dr. Sohn
Dr. Engelstein
Dr. Hirsch
Koschew
Dr. Lilienthal
Dr. E. Ligson
Dr. Brach
Luchs
Korinski
Kohnstein
Koverholm

Dr. Hirsch berichtet eingehend über seine Reise nach Budapest vom 5.- 10. 6. 43 und die Verhandlungen, die er mit dem Vertreter in der JOINT sowie der an der Fortführung der Palästina-Transporte interessierten Organisationen geführt hat. Der Bericht ist weitgehend mit dem Inhalt des Beschlusses im Zusammenhang damit wird ferner über die Verhandlungen berichtet, die in Berlin gemeinschaftlich mit den Vertretern von Zion und der Zentralstelle für jüdische Auswanderung sowohl wegen der Palästina-Transporte, sowie wegen der Vorbereitung der Fernreisen zur Auswanderung nach Nord- und Südamerika stattgefunden haben.

2.) Dr. Lilienthal berichtet im Zusammenhang mit dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans für das zweite Halbjahr 1943. Der Haushaltsplan wird in folgenden Punkten geändert, im übrigen aber nach dem Entwurf angenommen.

- a) Gesamt-Etat Titel I, 1: Zu der Verbrauchszahl soll in einer Anmerkung darauf hingewiesen werden, daß sie sich auf eine Zeit bezieht, in der Ausreisepässe nur ausnahmsweise vorkamen, und daß deswegen ein Vergleich mit der Veranschlagte Zahl für das zweite Halbjahr nicht möglich ist.
- b) Gesamt-Etat Titel III, 1: Der Veranschlag wird auf RM 6.750.000.- erhöht.
- c) Gesamt-Etat Titel V, 1: Die Verbrauchszahl soll in einer Anmerkung erläutert werden.
- d) Zentral-Etat Titel IV, A 2 b: Der Veranschlag wird auf RM 38.000.- erhöht.

26

Zentralrat Titel VI, B 1 b: Der Vorschlag wird auf RM 340.000.--
herabgesetzt.

B 2 b: Der Vorschlag wird auf RM 150.000.--
erhöht.

Die Abteilung Wanderung wird freigelegt,
im Bedarfsfall, nach Vereinbarung der Verordnungs-
abteilung mit der Finanz-Abteilung, ihre
Gesamtausgaben für Schlichter und säch-
liche Verwaltungsausgaben auf
Mark 740.000.-- zu erhöhen.

erner wird folgender Beschluss gefasst:

Die Gemeinden sollen, das die Vorschläge der Gemeinden und Bezirksstellen
in der bisherigen Weise zur Deckung der Ausgaben herangezogen werden,
sollten in Zukunft Zuschüsse der Spezial-Sachabteilungen an Ge-
meinden und Bezirksstellen nur mit Zustimmung der Generaldirektion
gewährt werden. Die Zuschüsse für den Unterhalt von Gemeinden
und Bezirksstellen, die ihrer nach Angabe ihrer Verordnungsabteilung
nicht bedürftig sind, sollen grundsätzlich unterbleiben.

Der Reichsausschuss über den vom Oberfinanzpräsidenten (Reichsanstalt für
Stuttgart) als den Leiter der Jüdischen Kultivereinigung (Stuttgart)
Dr. Gumbel, eingeleitetes Verfahren wegen Nicht-Einhaltung der gegen den
kaiserlichen Oberst erlassenen Sicherungsanordnung und die von Dr. Gum-
bel vorgeschlagene Forderung, ob er eine Geldstrafe in Höhe von RM 20.000.--
im Unterwerfungsverfahren annehmen soll. Es sollen noch Rückfragen gestellt
werden, falls sich Dr. Gumbel zu der Unterwerfung entschließt, soll der
Fall nicht weiterverfolgt werden.

gez. Dr. Kirsch

über die Auslandsreise nach JDA 131 vom 6. - 10. Juni 1944

FINANZIERUNG

Nach Mitteilung von H. LANGE hat die bisherige Ergebnis der noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen des Joint Distribution Committee in den Vereinigten Staaten unter dem starken Anprache zu lauten, daß die von Verwandten und Freunden der in Betracht kommenden Kreise in Nordamerika in Bezug auf die Hergabe nicht nur von Hilfsgütern, sondern von Geldbeträgen für Passagen, Verpflegungsgeldern und Mitteln für die Einmündung der Einkäufer in steigendem Maße gestellt werden. Die von der Wanderungs-Abteilung der Reichsvereinigung gezeichneten und geförderten Bemühungen in dieser Beziehung werden von H. Troper zur Auswertung gebilligt; ihr als Sammlungsanstreben mildernder Einfluß sei aber mehr erheblich. Andererseits seien seit dem Frühjahr die Anforderungen, die sowohl in den Vereinigten Staaten selbst als aus den verschiedenen europäischen Ländern an den JOINT gestellt werden, sehr in starkem Maße angewachsen. Diese Tatsachen haben den JOINT dazu veranlaßt, alle seine Aufgaben für die nächste Zeit herabzusetzen, von einer Festlegung seiner Monatsbeiträge auf längere Sicht abzusehen und zu nehmen. Im einzelnen ist folgendes zu berichten:

1. Monatliches Budget.

Der Betrag für den Monat Juni wurde auf £ 7.000.- festgesetzt; für Juli kann mit der selben Summe gerechnet werden. Für die zurückliegende Zeit konnte die Zusage erreicht werden, daß die Abträge, die von dem Budget von je £ 4.000.- in den Monaten April und Mai gemacht worden sind, nachgeprüft und, wenn möglich, wiedererstattet werden sollten.

2. Für das Generalgouvernement sollen der Reichsvereinigung zunächst zusätzlich zu den bisher schon bewilligten 200.000.- £ - weitere 50.000.- £ für die Auswanderung aus dem Altreich zur Verfügung gestellt werden. Als Gegenwert hierfür Mark 250.000.- bzw. 300.000.- zahlt man dem JOINT in Warschau überwiesen werden.

Dazu kommt ein Betrag von etwa Mark 2.500.-, über den die Reichsvereinigung erforderlichenfalls zum Zwecke von Einreisegeldern aus Danzig verfügen soll.

Weitere Beträge sind in Aussicht gestellt worden, stehen aber noch nicht fest. Die Leitung des JOINT hat uns darum gebeten, die notwendige Genehmigung zur Entsendung eines ihrer amerikanischen Mitarbeiter zu Besprechungen mit der Vertretung des JOINT in Warschau an Ort und Stelle nachzusuchen.

3. Die Fortsetzung der Sondertransporte nach Palästina, und zwar zunächst mit über 4000 Auswanderern aus dem Altreich, der Ostmark, Danzig und dem Protektorat, von denen 500 auf das Altreich und 550 auf Danzig entfallen, hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, die über 1000 Auswanderer, die in Cladovo in Jugoslawien seit vielen Monaten auf die Weiterbeförderung warten, von dort weg und nach Palästina zu bringen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf rund £ 100.000.-. In eingehenden und schwierigen Verhandlungen ist eine Verständigung dahin erzielt worden, daß die

jüdischen Organisationen im Altreich, in Preussig, in der Ostmark und im Protektorat hiervon zusammen 3 30.000.-- übernehmen, die der JOINT von ihrem ordentlichen Budget einbehält; die Reichsvereinigung trifft zu hiervon mit 2 4.000.--.

Daher und durch die inzwischen erfolgte Überweisung einer Anzahl von insgesamt 3 30.000.-- erscheint nunmehr die finanzielle und technische Seite des Auswanderungs-Transportes von 500 Auswanderern aus dem Altreich und 550 Auswanderern als einzig gesichert.

II. WANDERUNGSFRAGEN.

1. Die Notwendigkeit, für die Auswanderung nach Nord- und Südamerika, neben dem Weg über Italien und erforderlichenfalls statt seiner denjenigen über den Fernen Osten zu nehmen, und die Einzelheiten hiergegen vorübergehend bargelegt. Der JOINT wird unsere Bemühungen um die Einstellung eines Sonderschiffes durch die japanische NYK-Linie unterstützen. Er wurde außerdem gebeten, für die Auswanderer, die diesen Weg benutzen, Hilfskomitees in Kobe und Yokohama zu gründen, oder Vertrauensleute zu bestimmen. Hr. Trepper sagte zu, hierauf sofort die Erforderliche in die Wege zu leiten. Ebenso wird der JOINT für an der Westküste von Nordamerika ankommende Auswanderer sorgen.
2. Auch für die Stellung in SANTO DOMINGO wurde der gesamte Weg für den Fall, daß Transitvisen durch Italien endgültig nicht zu erreichen sind, gut gemacht und in Aussicht gestellt, daß auch die bei dieser Route entstehenden Kosten zusätzlich zu den sonstigen Leistungen des JOINT beschafft werden.
- Im Zusammenhang mit der Auswahl der Stadler für Santo Domingo besteht auch vor der Wunsch des Board der Dominican Republic Settlement Association, daß sein Mitglied, Hr. TROSE, die Möglichkeit zur Einreise nach Deutschland und zum Aufenthalt daselbst erhalten möge.
3. Eine Aussprache mit dem Leiter des Palästina-amtes in Budapest unter Zuziehung des vorübergehend sich in Budapest aufhaltenden Leiters des Palästina-amtes Pressburg ergab die Möglichkeit, für die bereits vorgemerkten Jugendlichen das Palästina-Visum zu erlangen und sie über Pressburg-Budapest zur Auswanderung nach Palästina zu bringen.

III. ORGANISATORISCHES.

Neben dem Büro in Genua hat der JOINT ein provisorisches Büro in Budapest eingerichtet. Die Anforderungen an Passagen sollen bis auf weiteres alle an dieses Büro gerichtet werden.

Berlin, den 11. Juni 1940

(Dr. Otto Israel Hirsch)

korrei

97

BERICHT ÜBER DEN VERLAUF DER ARBEITEN DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-GRUPPE, MONAT JULI 1940

Berlin, den 16. Juli 1940
1/Dr.HH/kl.

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 1.7.1940

Anwesend: Dr. Baack als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kozover
Dr. Lillenthal
Dr. Seligsohn
Bräsch
Fuchs
Fürst
Karminski
Lewenstein
Meyersohn

1. Der Vorsitzende schlägt vor, als Mitglieder der Oberschiedsstelle vorzusuchen.

Die Besetzung:
Landgerichtsdirektor a.D. Dr. Levy - Lingen,
Landgerichtsrat a.D. Neumann
Justizrat Plötzek, Berlin, Jöndorfstr. 31.
Justizrat Dr. Bruno Sachs, Berlin W. 35, Lützowstr. 42.
Landgerichtsrat a.D. Böhm
Landgerichtsrat a.D. Lohmann, früher 1/13.3. mit d. Landesgericht
Dr. Viktor Reuter, Karlsruhe i. B., Beethovenstr. 7
Landgerichtsrat Dr. Carl Neumayer, München, Königsstr. 15 a.

Dr. Lillenthal wird zu Beginn der Sitzung wie zu Streichungen an der selben ersucht.

2. Herr Lewenstein berichtet eingehend über die Reisemöglichkeiten über den Fernen Osten für Auswanderer nach Nord- und Südamerika und nach China, Ind. und über die dabei zu überwindenden Schwierigkeiten.

Über die Auswanderungsfrage berichten Dr. Seligsohn und Dr. Epstein, ersterer mit besonderer Berücksichtigung von Santo Domingo, letzterer insbesondere Hinblick auf die Kontainertransporte nach Palästina. Dabei wird die Verwendung von Jüdischen Devisen in Höhe von 42.000.-- zur Deckung der Kosten der Teilnahme von 500 Auswanderern aus dem Altreich, soweit als möglich gegen Ersatz durch den von Verwandten und Freunden eines Teiles der Auswanderer hierfür aufzubringenden Devisenmitteln, gutgeheißen.

3. Der Vorstand nimmt Kenntnis von den für 3. und 14. Juli 1940 vorgesehenen Besprechungen mit Vertretern der mittleren und größeren Kultusvereinigungen in der Bezirksstellen.

gez. Dr. Hirsch

30

2. Von dem der Behörde erstatteten Bericht über die Verkleinerung des Palastins-Amtes wird zustimmend Kenntnis genommen.

3. Einen Vorschlag von Dr. Littenhal zur Regelung der Arbeitszeit mit Rücksicht auf die Beschränkung der Einkaufszeit für Juden, wird zugestimmt. Es soll aber versucht werden, Milderungen der Bestimmung zu erreichen.

4. Dr. Cohn richtet über die Verlegung der Insassen von Heil- und Pflegeanstalten.

gez. Dr. Hirsch

Karte

36

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

Berlin, den 16. Juli 1940
I/Dr.Hi/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, den 8.7.1940

Anwesend: Dr. Baack als Vorsitzender
Dr. Gohn
Dr. Eppst
Henschel
Dr. Hirsch
Kosower
Dr. Lillienthal
Dr. Seligsohn
Brasch
Fuchs
Fürst
Karminski
Löwenstein
Meyerheim

Der vorgelagerte Entwurf einer Anstellungsordnung wird genehmigt.

Auf der der Anstellungsordnung beigelegten Gehälter-Ordnung werden die folgenden Änderungen vorgenommen:

In GEHALTSGRUPPE 2 werden die Worte: "Rabbiner mit mehr als 5 Dienstjahren" geändert in: "Rabbiner mit mehr als 10 Dienstjahren."

Dabei besteht Einigkeit darüber, daß Rabbiner, die außerhalb des rabbinischen liegende Tätigkeiten ausüben, auch auf Grund dieser Tätigkeit eingruppiert werden können.

In GEHALTSGRUPPE 3 wird eingefügt: "Rabbiner mit 3 Dienstjahren, soweit nicht in Gruppe 2"

former wird: "Leiter der Bezirksstellen Baden, Bayern, Land Hessen, Rheinland und Westfalen"

geändert in: "Leiter besonders großer Bezirksstellen."

Dazu wird beschlossen, daß nur 2. als besonders große Bezirksstellen angesehen werden sollen: Baden, Bayern, Land Hessen, Rheinland und Westfalen.

In GEHALTSGRUPPE 7: Selbständige Kursorger sollen auch in Gemeinden zwischen 1000 und 2000 Seelen in Gruppe 7 fallen

Jugendleiterinnen werden von Gruppe 7 in Gruppe 9 versetzt.

In GEHALTSGRUPPE 10: Die Kolonnenführer und deren Stellvertreter in Beerdigungsgesellschaften werden gestrichen.

Ein Antrag, die Familienzuschläge in der Weise zu erhöhen, daß eine Verheirathetenzulage von Mark 30.-- sowie eine Kinderzulage von Mark 25.-- für jedes Kind gewährt wird, wird mit Rücksicht auf die einer solchen Regelung entgegenstehenden politischen Bedenken mit Mehrheit abgelehnt.

2. Von dem der Behörde erstatteten Bericht über die Verkleinerung des
Palästina-Amtes wird zustimmend Kenntnis genommen.

3. Einen Vorschlag von Dr. Lilienthal zur Regelung der Arbeitszeit mit
Rücksicht auf die Beschränkung der Einkunftszeit für Juden wird zuge-
stimmt. Es soll aber versucht werden, Milderungen der Bestimmung zu
erreichen.

4. Dr. Cohn berichtet über die Verlegung der Insassen von Heil- und
Pflegeanstalten.

gez. Dr. Hirsch

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE

Berlin, den 26. Juli 1940
I/Dr.Hi/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 22.7.40

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kozow
Dr. Lilienthal

Brach
Fuchs
Furst
Karminski
Lyon
Löwenstein
Meyerheim

wegen Erkrankung
entschuldigt Dr. Seligeohn

- 1.) Nach einem Bericht von Dr. Lilienthal werden die Fragen des Sammlungswe-
sens in Berlin und insbesondere die aus dem nebeneinander Herlaufen meh-
rerer größerer und kleinerer Sammlungen sich ergebenden Schwierigkeiten
eingehend besprochen. Die anwesenden Mitglieder des Vorstandes der Berli-
ner Jüdischen Gemeinde erklären sich bereit, in diesem die Angelegenheit
noch einmal zu erörtern und Vorschläge zur Beseitigung dieser Schwierig-
keiten zu machen.
- 2.) Dr. Lilienthal berichtet über Anregungen, die Oberrabbiner Dr. Carlebach,
Hamburg, in bezug auf das religiöse Leben in den Anstalten der Reichs-
vereinigung, die Kulturbundveranstaltungen und die Förderung des geistigen
Lebens in den mittleren und kleineren Gemeinden gemacht hat. Ein Beschluß
wird nicht gefaßt.
- 3.) Über die Auswanderungs-Situation findet eine Besprechung statt.
- 4.) Kozow berichtet über die Lebensmittel- und Kohlenversorgung.

gez. Dr. Hirsch

Berlin, den 30. Juli 1941
I. Dr. Hirsch

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 29.7.1941

Anwesend: Dr. Basch als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lillenthal
Dr. Seligsohn
Brasch
Fuchs
Fürst
Kartinski
Lowenstein
Meyerheim

- 1.) Dr. Lillenthal berichtet über die Regelung des Genehmigungsverfahrens für die Einstellung von Personal bei den Kultusvereinigungen.
- 2.) Nach einem Bericht von Dr. Hirsch stimmt der Vorstand der Einrichtung von Fortbildungskursen auf dem Gebiet der Tropenhygiene und Tropenkrankheiten zu.
- 3.) Zu der neuen Regelung betr. das Umzugsgut für Auswanderer soll eine Eingabe gemacht werden.
- 4.) Die Frage der Handhabung der Auswandererabgabe gegenüber den früheren Stettiner Mitgliedern der Reichsvereinigung wird besprochen.
- 5.) Kozower berichtet über die Einkaufszeitregelung sowie über Arbeitseinsatzfragen.

gez. Dr. Hirsch

Berlin, den 9. August 1940
1/Dr. 1/HA.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, vom 8.8.1940

Anwesend: Dr. Baezel als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kozober
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn

Brauer
Fuchs
Furst
Kaminski
Lowenstein
Myerhoff

Bosenheim zu Punkt 1.
Auerbach zu Punkt 5.

1.) Dr. Seligsohn und Dr. Hirsch berichten über die Besprechung, die sie mit einem Beamten des State Department in Washington bei der Konsularabteilung der Amerikanischen Botschaft in Berlin über die neue Praxis der Konsulate in Bezug auf die Einschränkung der Erteilung von Visa an Auswanderer nach USA gehabt haben.

2.) Myerhoff berichtet über eine Anfrage der Zweigstelle Stuttgart wegen der Möglichkeit der Gewährung von Darlehen aus Mitteln der Reichsvereinigung oder der Gemeinden an Eigentümer von Grundstücken und Hypothekengläubiger, die ohne Barmittel sind, welche aber für die Zukunft aus der Veräußerung der Grundstücke bzw. der Hypotheken erwarten können und über die Betreuung der FMI mit derartigen Geschäften..

Es wird darauf hingewiesen, daß ein nicht allzu großer Fonds aus den Mitteln der früheren Zentralstelle für Darlehenskassen besteht, aus dem derartige Darlehen in beschränktem Rahmen gegen Sicherheit gewährt werden können. Darüber hinaus kommt die Zurverfügungstellung von Mitteln der Reichsvereinigung oder der Gemeinden nicht in Betracht. Die von Stuttgart angeregte Einschaltung der FMI, die sich auch um Vermittlung dieser Darlehen bei Dritten bemühen kann, begegnet keinen Bedenken.

3.) Auf Vortrag von Dr. Epstein wird der Höchstbetrag des Kostenzuschusses für Gepäckbeförderung, der im allgemeinen RMk 40.-- beträgt, für Auswanderer über den Fernen Osten auf RMk 135.-- erhöht.

4.) Dr. Cohn berichtet über ein Schreiben der Stadtverwaltung Berlin an die Reichsvereinigung, in dem im Widerspruch mit dem seiner Zeit mit der Gemeinde Berlin getroffenen Abkommen ein nachträglicher Ersatz für die von der Stadtgemeinde bezahlten Kosten der offenen Wohlfahrtspflege für Juden in Höhe von vorläufig rund RMk 300.000.-- über den als Gesamtbetrag für die Zeit bis Ende 1941 von der Gemeinde Berlin bereits bezahlten Betrag

1/Dr.Hi/Bl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 17.8.1943

Anwesend:

Dr. Baeck
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Denschel
Dr. Hirsch
Kozover
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn
Brasch
Fuchs
Fürst
Lewenstein
Lyon
Reim
Kaminski auf Dienstreise

- 1.) Dr. Hirsch berichtet über den derzeitigen Stand der von JOINT für das geschehene in Aussicht gestellten Beträge.
- 2.) Auf Bericht von Dr. Lewenstein stimmt der Vorstand der Übernahme der Kosten für den Aufenthalt der Teilnehmer am Sondergruppen-Transport in Breslau bis zur Breischo in-soweit zu, als sie nicht von den Teilnehmern selbst getragen werden können.
- 3.) Kozover berichtet über Besprechungen zur Regelung der Einkaufszeit für Juden in bezug auf die Anstellungen und die Angestellten der jüdischen Organisationen.
- 4.) Der Vorstand nimmt Kenntnis von der Rückkehr der aus Breslau abtransportierten Juden, bis alle wieder in Breslau untergekommen sind.
- 5.) Dr. Baeck regt eine stärkere Berührung der jüdischen Feiertage durch den Kulturbund und bei seinen Veranstaltungen an.
- 6.) Von der Notwendigkeit der Teilnahme einer größeren Anzahl von Mitarbeitern der jüdischen Organisationen in Berlin an einem Luftschutzkursus wird Kenntnis genommen.

gez. Dr. Hirsch

I/Dr. 11/11.

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 19.3.1940

Anwesend:

Dr. Basch als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein ~~entschuldigend~~ fehlt
Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn
Grisch
Fuchs, Carl
Furst
Karnitzki
Kohnstein
Lyon
Lyonhoff
Fuchs, Franz Eugen

- 1.) Dr. Hirsch berichtet über die der Vorstandssitzung des Dr. Eppstein folgenden Besprechungen und die zeitliche Übernahmung seiner Vertretung durch ihn selbst in engster Zusammenarbeit mit der Leitung des Abt. Wanderung (Hilfsverein) und des Palästina-amtes. Schließlich Mitteilung des Vorstandes bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß Dr. Eppstein in kürzester Zeit auf seinen Posten zurückkehren werde.
- 2.) Meyerheim berichtet über die Entwicklung des Erziehungs-Clearings und die für seine Durchführung in einer Reihe von Ländern in den letzten Wochen entstandenen Schwierigkeiten, insbesondere auch hinsichtlich der bisher vom JEWI gegebenen Bezeichnung für das Fachlehrer-Wieringen. Hiergegen und wegen der Miterunterstützung der in Holland befindlichen Teilnehmer am Erziehungs-Clearing soll zunächst mit dem holländischen Comité verhandelt werden.
- 3.) Kozower berichtet darüber, daß lt. mündlicher Mitteilung die Beschränkung der Zahl der zur Mitnahme durch Auswanderer gestatteten Textilien auf die seinerzeitige "Normalliste" für Berlin zurückgenommen worden sei.
- 4.) Dr. Hirsch berichtet darüber, daß nunmehr sämtliche Teilnehmer am Sondergruppen-Transport aus dem Altreich in Wien auf die Durchführung des Transportes, der in wesentlichen in der Regelung der Fluggenfrage für die Hochseeschifffahrt abhängt, warten.
- 5.) Der Vorstand nimmt davon Kenntnis, daß die zuletzt noch in einem Lager in Schneidemühl verbliebenen 29 Juden zunächst in 3 Heizen in Berlin und dann auch bei Versandten, jedoch ohne jede Inanspruchnahme von Eigenwohnungen, untergebracht werden sollen.

gez. Dr. Hirsch

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, am 2.8.1941

Anwesend: Dr. Blech als Vorsitzender
Dr. Cohn
Mandel
Dr. Hirsch
Kozowar
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn
Dr. Epstein fehlt
Bräuer
Fuchs Carl
Fuchs Franz Eugen
Firtz
Kurwinski
Lewenstein
Lyon
Leyerkrim

- 1.) Es werden Berichte entgegengenommen betreffend den Stand:
 - a) der Beförderungsmöglichkeiten für Auswanderer nach Nord- und Südamerika über den Fernen Osten und über Lissabon
 - b) des Sondergruppen-Transportes
 - c) der Bewilligung von Ausnahmen von Kündigung der Fernsprechan-schlüsse
 - d) der Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Zahlungen aus Auswanderer-Sperrkonten für Unterhalts- und Pensionszwecke
 - e) der Regelung der Wiederinstandsetzung von Schuhwerk
 - f) der Lohnversorgung.
- 2.) Von einer Mitteilung des Roten Kreuzes, Auslands-Abteilung, über An-fragen wegen Rückführung nichtarischer Kinder aus Holland und Belgien wird Kenntnis gegeben.

gez. Dr. Hirsch

I/Dr. H/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, den 2.10.1940

Anwesende: Dr. Baer als Vorsitzender
Dr. John
Henschel
Dr. Hirsch
Kosover
Dr. Lillenthal
Dr. Seligson
Dr. Epstein fehlt
Dr. Berliner
Brach
Fuchs, Carl
Fuchs, Franz Eugen
Furst
Karminski
Lorenstein
Lyon
Meyerheim

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Vorsitzende die nach langer Krankheit vom Erholungsurlaub zur Arbeit zurückgekehrte Frau Dr. Berliner.

- 1.) Auf Bericht von Dr. Lillenthal gibt der Vorstand die Ermächtigung zu Verhandlungen, um die bisher vom Palästina-Amt und weiteren jüdischen Organisationen, zum Teil auch der Reichsvereinigung selbst benutzten Räume in dem der Jüdischen Rundschau G.m.b.H. i/Lyq. gehörigen und von der Zwangsversteigerung bedrohten Gebäude Reineckestr. 10 zur Deckung des Bedarfs in Mieten zu erhalten.

Der Vorstand ist, falls die Sicherung der Räume auf andere Weise nicht möglich ist, und unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der G.m.b.H. im allgemeinen und des Hauses im besonderen dem nicht entgegenstehen, damit einverstanden, daß die Eingliederung der G.m.b.H. Betrieben, sowie daß im Falle der Eingliederung die fällige Hypothek von RM 20.000.-- durch die Reichsvereinigung zurückgezahlt wird.

- 2.) Dr. Lillenthal legt dem dem Protokoll beigelegten Entwurf einer Abänderung der Auswandererabgabens-Ordnung vor, der im wesentlichen die Erhebung des nach den zugelassenen Abgaben verbleibenden Vermögens des Auswanderers zu 100% bezweckt. Nach eingehender Erörterung wird die Weiterberatung auf eine später Sitzung vertagt.

- 3.) Auf Bericht von Dr. Hirsch erklärt sich der Vorstand damit einverstanden, daß, falls Verhandlungen mit dem JOINT zur Bereitstellung von Mitteln für jüdische Wohlfahrtszwecke in Ost-Oberschlesien und im Warthgau, insbesondere Litzmannstadt, führen, die Reichsvereinigung aus eigenen Mitteln bis zur Summe von monatlich RM 60.000.-- für die genannten Zwecke abführt, um dagegen einen entsprechenden zusätzlichen Devisenbetrag für Auswanderungszwecke vom JOINT zu erhalten.

./.

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinnigung der Juden in Deutschland, Freitag, 18.11.1943

Anwesend: Dr. Baeg, als Vorsitzender

Dr. Ueha

Hansel

Dr. Krich

Geiger

Dr. B. L. L. L.

Dr. B. L. L. L.

Fehlend:

Dr. Epstein

Dr. Berliner

Bruse

Dr. Sachs

Kubet

Kurjak

Koyen, L. L.

Lyon

Leyen, L. L.

- 1.) Für eine ständige Besprechung mit Herrn L. L. L. werden Richtlinien aufzustellen sein.

Die finanziellen Besprechungen werden sich sowohl auf die Vergangenheit als auf die Zukunft beziehen. Hinsichtlich der Vergangenheit handelt es sich um die Abrechnung seit der Verlegung des JOINT von Brüssel. Hinsichtlich der Zukunft ist von besonderer Bedeutung, in welchem Umfang wir neben dem uns geschenkte überlassenen Beträgen auch solche, für die wir Reichsmark aufzuwenden haben, aufnehmen können. An den bisherigen Leistungen für den Osten ist festzuhalten. Die Störungsgefahr dieser Leistungen wird davon abhängig sein, wie weit es möglich ist, Dollarbeträge auch zu anderen Zwecken als für Passagen (Depots, Vorabgebühren) zu verwenden.

Vom ORT ist ein Angebot eingegangen: 2.25.000 -- zu übernehmen und die entsprechenden Reichsmarkbeträge den Schulen des ORT im Osten zukommen zu lassen. Die Entscheidung über die Annahme dieses Angebotes hängt von dem Ergebnis der Besprechungen mit dem JOINT ab. Inwieweit politischer Hinsicht mit dem JOINT unter anderem zu besprechen, die Fortführung des Tages über den Fernen Osten; insbesondere nach den Ländern, die über westliche Häfen nicht zu erreichen sind, eventuell neue Reisemöglichkeiten für diese Länder, die Betreuung der Durchwanderer durch Spanien und Portugal, die Fürsorge für die Internierten in Südfrankreich, insbesondere auch für ihre Weiterwanderung, die Erschließung neuer Einwanderungsmöglichkeiten auch für Ausen-Lokalisation.

- 2.) Die in der vorigen Sitzung beschlossene Eingabe über die Beschäftigung Jugendlicher im Arbeitseinsatz ist inzwischen eingereicht worden. Die Eingabe zur Aufstellung von Richtlinien über das Verhältnis von Berufsausbildung und Arbeitseinsatz war noch einmal zurückgestellt worden, da es den Anschein hatte, daß eine Verständigung mit dem Arbeitsamt Berlin über die Heranziehung der Praktikanten der Ausbildungsstellen erfolgen

In Berlin werden in erheblichem Umfang die Praktikanten aus den Ausbildungsstellen zum Arbeitsamt vorgeladen. Versuche, mit dem Arbeitsamt zu einer Verständigung über die Ausschlüsse abzukommen, haben bisher nicht zu einem praktischen Ergebnis geführt.

Ein anderer wichtiger Umstand ist die Beschäftigung von Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren unter Schutzvorschriften für jugendliche Arbeitskräfte.

Es wird beschlossen, in einer Eingabe an die Gewerbeaufsichtsbehörde für die Verhältnisse bei der Beschäftigung der Kinder unter 16 Jahren hinzuweisen, und um Sicherung der Schutzvorschriften für diese Kinder nachzusehen. Abschrift dieser Eingabe sollen der Staatspolizeistelle Berlin und dem Reichsicherheitshauptamt zugeleitet werden.

Über den rechtlichen Schutz der Praktikanten der Berufsausbildungseinrichtungen sollen in einer Eingabe an das Reichsicherheitshauptamt Richtlinien vorgeschlagen werden, um die Aufrechterhaltung der Auszubereitungsverordnung durch Berufsausbildung und Berufsausschichtung zu gewährleisten.

3. Der Vorstand stimmt dem Vorschlag zu, die Ausgabe des am Jahre 1936 von Wittelsbacher herausgegebenen Buches "SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSRECHT" eine Zustellung der für die jüdische Arbeit maßgeblichen Rechtsvorschriften, als Manuskript zu drucken und ausschließlich für den Handgebrauch der jüdischen Stellenbestimmten herauszugeben. Bei der Bearbeitung soll der höhere Rechtswert des Kammergericht Oskar Lenz' Gutachten beauftragt werden.

Es wird berichtet über

- die Bemühungen um eine rechtliche Unterbringung der Breslauer Schalehaiger Platz 3,
- die Aufforderungen der Abteilung IV des Polizeipräsidenten in Berlin an jüdische Pensionsinhaber, ihren Gasebetrieb aufzugeben, und die Bemühungen, diese für die Unterbringung von Juden unerlässlichen Pensionen zu erhalten,
- entsprechende Vorgänge bei jüdischen Pflegestellen größeren Umfangs in Berlin.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichseinreingung der Juden in Deutschland, Montag, 25.11.40

Anwesend: Dr. Baack als Vorsitzender
Dr. Gohn
Benschel
Dr. Hirsch
Kornau
Dr. Lillenthal
Dr. Eppstein
Dr. Seligsohn

Fehlend: Braach
Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Kohnstein
Lyon
Meyersohn

1.) Kozover berichtet über Gepäck, das bei Speditionen im Inland lagert, während die Inhaber des Gepäcks ausgewandert sind und weder die Möglichkeit haben, das Gepäck nachkommen zu lassen noch hier weiterhin die Lagerkosten zu bezahlen. Es droht daher die Gefahr, daß dieses Gepäck zur Versteigerung kommt und Gegenstände, die für den Bedarf der jüdischen Allgemeinheit sehr benötigt werden, verloren gehen, ohne daß der Besitzer irgend einen Vorteil davon hat.

Es wird beschlossen, daß

- a) versucht werden soll, von den Angehörigen der Eigentümer des Gepäcks Vollmachten für den Erwerb desselben zu erhalten, gegebenenfalls gegen Zahlung der Speditionskosten,
- b) in Einzelfällen das Gepäck freihändig erwerben werden kann,
- c) der Erwerb durch die Kleiderkammern erfolgen soll, die den Bedarf an Mitteln für den Rückkauf der Reichseinreingung zu melden und die Freisergenehmigung einzuholen haben.

2.) Es wird berichtet, daß die Ausgleichsabgabe von Polen nach der Verordnung über die Erhebung einer Sozial-Ausgleichsabgabe vom 6.8.1940 (RGBl. I S. 1077) gelegentlich auch von jüdischen Arbeitnehmern ehemals polnischer Staatsangehörigkeit erhoben wird. Trotzdem es zweifelhaft ist, ob diese Verordnung auf Juden Anwendung findet, soll die Angelegenheit nicht weiter verfolgt werden, da es sich nur um vereinzelte Fälle handelt.

3.) Das Arbeitsamt Berlin hat 3000 Arbeitskräfte für den Postpaketverkehr im Dezember abgefordert. Aus den Ausbildungs- und Umschichtungsstellen sollen durch Einlage von Ferien 1500 männliche und weibliche Jugendliche für diesen Zweck dadurch freigemacht werden. Außerdem sollen 1200 Männer aus den Jahrgängen 50 - 55 und aus den Arbeitskräften, die für Schwerarbeit als ungeeignet befunden werden, gestellt werden.

4.) Es wird berichtet über

a) Arbeitsinsatz in Bräunau,

b) vorläufigliche Anforderung von 2 - 3000 Arbeitern für die
Bildungsinspektoren in Berlin,

c) die Aufhebung des Ausgehverbotes in Lehnhausen,

d) Wohnungsverhältnisse in Stettin,

e) Unterbringung der Kranken aus dem Krankenhaus Göttingen.

5.) Dr. Mühlenthal berichtet über einige Gesichtspunkte, unter denen die neue
Beitragsforderung für 1931 aufgestellt werden soll. Insbesondere erörtert er
die nachfolgenden Punkte:

- 1.) Eine erhebliche Erhöhung der von Vermögen zu erhebenden Prozentsätze
ist unumgänglich. In Aussicht genommen sei, bei vorsichtiger Behand-
lung der kleinen Vermögen, eine Baraufstaffelung bis 5%.
- 2.) Nach der Mitteilung fast aller Erhebungsstellen sei die Freigrenze
von RM 20.000.--, die zur Zeit bei der Beitragshebung nach dem
Vermögen gelte, zu hoch.
- 3.) Es sei angeregt worden, anstelle der bisherigen Berechnung vom Vermögen
bei der jedes Vermögen nach einem einheitlichen Prozentsatz herangezo-
gen wird, eine Durchstaffelung nach Art des Einkommensteuergesetzes
treten zu lassen. Die Beamten äußerten überwiegend hauptsächlich deshalb,
weil dann zur Vermeidung von Ausfällen mit den Höchstprozentsätzen noch
über 5% hinausgegangen werden müßte.

Den vorgetragenen Gesichtspunkten wird allgemein zugestimmt.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandsitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 20.12.1940

Anwesend Dr. Baeck als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein

Henschel

Dr. Hirsch

Kenover

Dr. Lilienthal

fehlend

Dr. Seligsohn

Dr. Berliner

Brasch

Dr. Fuchs

Fürst

Karminski

Löwenstein

Lyon

fehlend

Meyerheim

1. Dr. Baeck dankt Frau Käthe Rosenheim, die sich vor ihrer Auswanderung nach USA vom Vorstand verabschiedet, für alle geleistete Arbeit und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß Frau Rosenheim auch in Amerika mit dieser Arbeit verbunden bleiben wird.
2. Frau Fürst berichtet über die Auflösung von 25 Zwergschulen und schildert die Probleme, die dabei zu überwinden waren. Vor allem aus finanziellen Gründen wird es nicht möglich sein, alle Schulen, die weniger als 20 Kinder umfassen, aufzulösen. Die bisher aufgelösten Schulen sollen dem Reichssicherheitshauptamt genannt werden unter Darlegung der Gründe, aus denen zunächst weitere Auflösungen nicht in Aussicht genommen werden können.
3. Dr. Lilienthal legt Entwürfe von Rundschreiben an Bezirksstellen und Gemeinden vor, die als vorläufige Informierung bezüglich der sich aus der Sozialausgleichsabgabe ergebenden Härtefälle gedacht sind. Gleichzeitig wird die Abt. Fürsorge in einem Rundschreiben an die Bezirksstellen, Kultusvereinigungen, selbständigen jüdischen Organisationen und Institutionen darlegen, wie die Unterstützung von Personen, die infolge der Sozialausgleichsabgabe trotz eines Arbeitseinkommens hilfsbedürftig werden, zu regeln ist.

Die Entwürfe werden angenommen

4. Die Besoldung der Rabbiner soll folgendermaßen geregelt werden: für Rabbiner gilt eine Besoldung nach Gruppe II, soweit nicht das in Betracht kommende Höchstgehalt der betreffenden Gemeinde höher liegt. In diesem Fall ist das Rabbiner-Gehalt diesem Höchstgehalt anzugleichen. In Gemeinden, in denen höhere Gehälter als Gruppe II vorgesehen sind, sollen die Rabbiner nach 15 Dienstjahren zur höheren Gehaltsstufe aufrücken.

- 5.) Anlaßlich der Überleitung der offenen Fliegerei auf die jüdische Gemeinde Berlin ist bei der Gesundheitsverwaltung eine Prüfstelle für Rezepte eingerichtet worden, die nach der Bezahlung der Rezepte prüft, ob die Grundsätze einer sparsamen Rezeptur eingehalten worden sind. Es wird beschlossen, diese Stelle auch mit der Prüfung der Rezepte in den jüdischen Kultusvereinigungen außerhalb Berlins zu betrauen.
- 6.) Dr. Fuchs berichtet über die notwendig gewordene Räumung der beiden Altersheime: Olga-Stern-Haus (54 Plätze) und Heinrich Stahl-Haus (170 Plätze); durch engere Belegung der anderen Altersheime, insbesondere auch Belegung von Gemeinschaftsräumen, sowie durch Bereitstellung eines Flügels im jüdischen Krankenhaus, Iranischestraße wird für den größten Teil der Insassen eine, wenn auch zum Teil sehr notdürftige Unterkunft geschaffen werden. Die Frage der Vergütung ist noch nicht endgültig geregelt.
- 7.) Das Polizeipräsidium hat die Einstellung des Gewerbebetriebs (Inhaber Janowill ungarischer Staatsangehöriger) zum 31. 12. 1941 angeordnet. Die Angelegenheit ist insoweit von allgemeiner Bedeutung, als die jüdischen Zahnbeamten bei den wenigen noch in Betrieb befindlichen, in jüdischen Besitz befindlichen Laboratorien nicht unterkommen können. Ein Ausweg soll auf dem Wege erreicht werden, daß die Zahnbeamten gemeinsam versuchen, die Genehmigung zur Einrichtung eines eigenen Laboratoriums zu erhalten.
- 8.) Die Kriegssachschadenverordnung vom 30. 11. 40 sieht vor, daß ihre Bestimmungen nur nach Maßgabe besonderer Richtlinien, die der Innenminister erlassen wird, auf Juden Anwendung finden. Es soll über das Reichssicherheitshauptamt eine Eingabe an den Herrn Reichsfinanzminister vorgelegt werden.
- 9.) Über die Fortführung der Aufgaben, die bisher dem Büro Pfarrer G r e b e r oblagen soll erst nach der Rückkehr von Dr. Hirsch Beschluß gefaßt werden. Zunächst erfolgt die Beratung und Betreuung in den zuständigen Abteilungen der Reichsvereinigung, d.h. in der Abteilung Wanderung, Abteilung Fürsorge und der Schulabteilung.
- 10.) In einer Baracke des Umschulungslehrgangs PADERBORN ist ein Brand ausgebrochen. Die Versicherungssumme reicht nicht aus, um den Wiederaufbau der Baracke zu finanzieren und den Insassen, deren Ausstattung verbrannt ist, die notwendige Bekleidung zu beschaffen. Bezugscheine sind bewilligt worden. Der Fehlbetrag von RMark 8.000.-- wird bewilligt.
- 11.) Für ein zweites Lernseminar der IBI. Berufsvorbereitung des Palästina-Amtes wird ein Zuschuß von RMark 4.800.-- bewilligt.
- 12.) Es wird berichtet über:
 - a) eine Aussprache über die Durchführung der von der Reichsvereinigung herausgegebenen Erziehungsrichtlinien in der Berufserziehung, die am 23. 1. 41 stattfinden soll.
 - b) die Art, in der von der Konsularabteilung der amerikanischen Botschaft zur Zeit Einwanderungsgesuche bearbeitet werden.

gez. Dr. Berliner

Dr. 1120

Dr. J. J. Pontius

R. S. J. G. M. van der Wal

Dr. J. F. Allen

Br. Sch.

Dr. Sachs

1551

Kermiszi

Journalism

Lyön

59-11

Bird in Pol. Party, says Rep. Har.

b) Wird feststellt, dass der Beschäftigte sich nicht
 freiwillig zur Abstellung zur Verfügung stellt, so
 ist so schnell als möglich nach Möglichkeit in der
 und der Betriebsverwaltung der § 34 Abs. 1 der
 des VBA die Abstellung der Person der
 des VBA.

c) Die Leitung der Lehrungsabteilung stellt vorzuschaltende
stunde unterrichtliche Regelung nach Absprache von Dr. Seif-
sohn Dr. Bier voran zunächst bei.

Die Neuordnung soll am 2. Januar 1941 in Kraft treten.

In der Verordnungsregelung war unter Ziffer 6 vorgesehen, daß bei vollbesetzten Anstalten, die für eine weitere Tätigkeit eine Funktionärsgelohn erhalten, Gehalt und Funktionzulage zusammen 4.000 RM 190.-- nicht übersteigen sollen. Von den Vertretern der Gemeinde ist geltend gemacht worden, daß dieser Betrag für kleinere Gemeinden zu hoch sei. Der Beschuß wird deshalb dahingehend abgeändert, daß Gehalt und Funktionzulage nicht über 3.000 RM 190.-- übersteigen sollen:

Ortsklasse 5	2 Mark 400.--
" A.u.B	2 Mark 400.--
" C u. D	2 Mark 400.--

Dr. Cohn berichtet über einen Erlass des Reichsministeriums des Innern vom 12. Dezember 1940 über die Aufnahme jüdischer Epileptiker in Heil- und Pflegeanstalten.

GEORGE. Dr. Berliner

49

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 30.12.1930

Anwesend: Dr. Brach als Vorsitzender

Dr. Brach

Dr. Epstein

Handel

Dr. Hirsch

Kosower

Dr. Lissitzin

Fehlend: Dr. Gellach

Dr. Berliner

Brach

Dr. Rudin

Fürst

Kardinski

Levinstein

Wien

Weyersheim

1.) Brach berichtet über Besprechungen im Bildungsrat Berlin über die Unterbringung von jüdischen Kindern, die ihre Wohnungen auf Verlangen der Zentralstelle für jüdische Auswanderung aufgeben müssen. Es werden eine Reihe Möglichkeiten erörtert, den erforderlichen Wohnraum zu beschaffen. Von einer Erklärung liegen der zuständigen Stelle, dass die Beschaffung eines Wohnraums nicht möglich sei, soll Abstand genommen werden.

2.) Dr. Hirsch berichtet über die Besprechungen wegen der Siedlerschule und im Zusammenhang damit über die Notwendigkeit einer Festlegung der Grundsätze zur erzieherischen Vorbereitung der Gruppen- und Massensiedlung. Er schlägt dafür folgende Fassung eines insbesondere an die Erzieher zu richtenden Rundschreibens vor:

Der Rückgang der Einzel-Auswanderung hat es der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland so immer desto mehr zur Pflicht gemacht, Gruppen- und Massensiedlung vorzubereiten. Als Grundlage für die in diesem Zusammenhang zu leistende Erziehungsarbeit - in der Schule, in der Berufsausbildung und in der Erwachsenenbildung - ist eine erneute Besinnung auf das Wesen der jüdischen Gemeinschaft not. Für diese Erziehungsarbeit gelten folgende Grundsätze:

- 1.) Träger der jüdischen Gemeinschaft ist das jüdische Volk. Das Bewusstsein der volkstümlichen Verbundenheit ist deshalb in jeder Weise, insbesondere durch die Aufzeichnung des Zusammenhangs der jüdischen Geschichte, zu wecken und zu stärken.

2.) Die jüdische Gemeinschaft mit ihrem Geist und ihrer Prägung erhalten durch die jüdische Religion. Der Zugang zu ihr muß deshalb jedem Einzelnen und jeder Gruppe eröffnet werden.

3.) Das Hebräische als die Sprache des jüdischen Volkes und seiner Religion ist wesentlicher Bestandteil jeder jüdischen Erziehung.

4.) Die Aufgaben der Massensiedlung fordern Erziehung zur sozialen Gemeinschaft in der Gemeinschaft.

*5.) Ziel der Erziehung ist die Vorbereitung für das Leben in der jüdischen Siedlung. Der Ort ihrer Verwirklichung ist nach unserem Wunsch das jüdische Land Palästina. Die Grundsätze gelten aber für die erzieherische Vorbereitung jeder jüdischen Siedlung, wo immer sie ihren Platz finden möge.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland Berlin, 18.1.1941

Anwesend: Dr. Brückner als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Zuckstein
Hansch
Kosow
Dr. Lilienthal
fehland: Dr. Hirsch
Dr. Schiffmann
Dr. Pollitzer
Bruch
Dr. Fuchs
Ficht
Löwenstein
Lyon
fehland: Kurminski
Meyerheim

1.) Dr. Cohn berichtet über die Verhandlungen der Jüdischen Gemeinde Berlin mit dem Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin über die Verlegung von Siedlungen aus öffentlichen Anlagen und aus dem Siedlungsgebiet der Jüdischen Gemeinde Berlin in die Schulstraße.

2.) Die vom Vorstand in der Sitzung vom 9.12.1940 beschlossene Besoldungsregelung wird in folgendem geändert:

a) Als Höchstgehälter werden die Sätze des im Juli 1940 der Behörde vorgelegten Gehälter-Entwurfes wieder hergestellt; der 10 bzw. 50ige Abschlag von diesen Sätzen wird aufgehoben. Die sonstigen Höchstbeträge der Besoldungsregelung vom 9.12.1940 sind dem anzupassen.

b) Ziffer 3 Satz 2 der Besoldungsregelung vom 9.12.40 wird durch folgende Regelung ersetzt:

Gehaltserhöhungen sollen insoweit, als Gehälter wirklich unter den tatsächlichen Durchschnitt der betreffenden Beschäftigungsgruppe liegen, zur Anpassung an die tatsächliche durchschnittliche Besoldung der betreffenden Beschäftigungsgruppe vorgenommen werden. Insbesondere ist darauf zu achten, daß das Existenzminimum durch das Netto-Einkommen nicht unterschritten wird.

gez. Dr. Lilienthal

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 27. 1. 1941

Anwesend	Dr. Basch als Vorsitzender
	Dr. Cohn
	Dr. Eppstein
	Hensel
	Dr. Hirsch
	Kozower
	Dr. Lillenthal
fehlend	Dr. Seligsohn
	Dr. Berliner
	Brasch
	Dr. Fuchs
	Furst
	Karminski
	Löwenstein
	Lyon
	Meyerheim

- 1.) Als stellvertretender Vorsitzender der Oberschiedsstelle wird Herr Kammergerichtsrat a.D. Berthold Israel Lehmann, der bereits zu den beisitzenden der Schiedsstelle gehört, bestimmt.
- 2.) Der Leiter der Hebräischen Lehranstalt in Berlin, Herr Baum ist von Gemeindevorstand veranlaßt worden, sein Amt niederzulegen, weil seine arische Ehefrau, die gelegentlich ihrer Heirat zum Judentum übergetreten war, jetzt aus dem Judentum ausgetreten ist.
Eine darüber von Baum an die Reichsvereinigung gerichtete Beschwerde wird zurückgewiesen.
- 3.) Dr. Eppstein entwickelt ein Erziehungsprogramm für die ausserfachliche Erziehungsarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Berufsausbildungs- und Umschichtungsstellen, die auf Grund der vom Vorstand beschlossenen Richtlinien durchgeführt werden soll. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der sehr eingehenden Aussprache wird Dr. Eppstein beauftragt, dem Vorstand vorformulierte Richtlinien vorzulegen.
- 4.) Der Jüdische Religionsverband HAMBURG ist aufgefordert worden, die noch in Hamburger Freihafen lagernden Lifts von 700 Personen, die sich noch in Deutschland befinden und etwa 5000 Lifts von bereits ausgewanderten Juden zu entfernen. Es wird beschlossen, zunächst mit dem Reichssicherheitshauptamt Fühlung zu nehmen, um zu erwirken, daß die Reichsvereinigung von geplanten Veräußerungen Mitteilung bekommt und das Recht erhält, die in den Lifts befindlichen Textilien und Lederwaren freiwillig zu erwerben, um die jüdischen Kleiderkammern damit zu versorgen.

- 5.) Hinsichtlich der Betreuung der bisher von Büro Pfarrer Gruber erfassten evangelischen Mitglieder der Reichsvereinigung wird folgendes beschlossen:

Die Auswanderungsberatung wird unmittelbar durch die Abt. Wanderung der Reichsvereinigung vorgenommen, wobei über die Frage der Übernahme von Mitarbeitern des Büros Pfarrer Gruber noch verhandelt werden soll. Die Wohlfahrtsbetreuung wird durch die Wohlfahrtsstellen der Jüdischen Kultusvereinigungen erfolgen, doch sollen gegebenenfalls für Ermittlungen, seelsorgerische Betreuung, sowie für Sammlungen im Kreise der nichtjüdischen Christen ehrenamtliche Mitarbeiter dieses Personalkreises herangezogen werden.

- 6.) Es wird berichtet, über die Verlegung von Jüdischen Geisteskranken in Sammelanstalten bzw. Anstalten des General-Gouvernements. Aufgrund des Erlasses vom 12. Dezember 1940 ist für jüdische Geisteskranken, die nach dem 1. Oktober 1940 in Heil- und Pflegeanstalten eingewiesen sind, bzw. jetzt neu erkrankten, lediglich die Jüdische Heil- und Pflegeanstalt S A F N zuständig.

Eine Erweiterung der Jüdischen Heil- und Pflegeanstalt S A F N für jüdische Geisteskranken durch Aufstellung von Baracken ist in Aussicht genommen, ferner sollen Kranke, die vor dem 1. Oktober 1940 in Heil- und Pflegeanstalten untergebracht waren, nach Möglichkeit in Schwachsinnigen-, Blöden oder Altersheimen der Reichsvereinigung verlegt werden.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, den 3. 2. 1941

Anwesend: Dr. Baeck Vorsitzender

Dr. Coh
Dr. Epstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal

fehlt:

Dr. Seligson

Dr. Berliner
Brach
Dr. Buchs
Kaminski
Lewenstein
Lyon
Leyersheim

fehlt:

Härt

- 1) Der Polizeipräsident Berlin hat auf Veranlassung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten gelegentlich eines Antrages der Jüdischen Gemeinde Berlin beantragt, dass die Gemeinde nicht als "Jüdische Kultusvereinigung" firmiert. Es wird beschlossen, in Zukunft die Bezeichnung "Jüdische Kultusvereinigung, Jüdische Gemeinde zu Berlin" zu wählen und eine entsprechende Benachrichtigung an den Polizeipräsidenten zu richten.
- 2) Der Entwurf einer Schwestern-Ordnung wird mit unwesentlichen Einschränkungen genehmigt.
- 3) Die von Dr. Epstein im Auftrag des Vorstandes formulierten Richtlinien für die ausserfachliche Erziehungsarbeit werden mit geringen Abänderungen genehmigt. Die vom Vorstand der Reichsvereinigung aufgestellten Erziehungsrichtlinien sollen mit den Unterschriften von Dr. Baeck und Dr. Hirsch, unter Hinweis auf den einstimmigen Vorstandsbeschluss allen Bezirke- und Zweitzellen, sowie den für Erziehungsarbeit zuständigen Stellen (Schulen, Ausbildungsstellen, Erziehungsheimen usw.) zugehen.
- 4) Der von der Reichsvereinigung eingerichtete Siedlungs-Lehrgang soll am 2. Februar in Neuendorf eröffnet werden. Der Lehrgang wird von Herrn Durchinszky unter Leitung von Fräulein Dr. Unger geleitet und umfasst 49 Teilnehmer. Zur Bezahlung der Lehrkräfte, Bezahlung des Lehrmaterials, für Verpflegung und alle übrigen Spesen wird ein Betrag von RM 7.000,- bewilligt.
- 5) Da mit Kündigungen jüdischer Wohnungen in arischen Häusern in größerem Masse zu rechnen ist, muss der vorhandene Wohnraum noch stärker belegt werden. Ein Aufsatz im "Jüdischen Nachrichtenblatt" wird die

Jüdische Bevölkerung auf diese Notwendigkeit vorbereiten.

- c) Es wird beschlossen, Filialstellen für Mütterhilfe in Alten-
Stetten- und Kinderheimen ab 1. April 1941 nicht mehr zu bezah-
len, sondern nur recommendationsweise zu erheben.
- d) Der Vorstand beschließt, Schulkindern von 10-14 Jahren in den
Monaten Februar, März, April und Mai ein Vitamin C-Präparat zu
verabfolgen. Grundsätzlich sollen Eltern, die auch zur Schulgeld-
zahlung verpflichtet sind, zur Deckung der Selbstkosten contribu-
ieren werden.
- e) Der Vorstand nimmt Kenntnis von einem Abschiedsbrief des Herrn
Oberstaatsgerichtsrat Dr. Neumayer, welche, den nach Argenti-
nien auszuwandern ist.

gez. Dr. Berliner

I/-/86

57

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin, 10.2.1941

Anwesend: Dr. Baer, als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Epstein

Dr. Gluck

Dr. Hirsch

Dr. Kohn

Dr. L. Hirschthal

Fehlend:

Dr. Seifert

Dr. Weidner

Dr. Zuck

Dr. Fuchs

Dr. Kohn

Dr. Kohn

Dr. Kohn

Dr. Kohn

Dr. Kohn

- 1.) Künftig das Werbepersonal, wenn aufgehoben wurde, ist ein Teil der Werber, soweit es nicht vom Arbeitsdienst beansprucht worden sind, in die Werbeabteilung der Abteilung Wahlprüfung übernommen worden.
- 2.) Es wird berichtet, daß in nächster Zeit voraussichtlich in größerem Umfang kurzfristige Vermietungen von jüdischen Mietern in arischen Häusern erfolgen wird. Die Möglichkeit der Unterbringung in jüdischen Häusern wird erörtert. Beschlüsse werden nicht gefaßt. Es für den nächsten Tag eine Besprechung des ganzen Judenkomplexes im Büro des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt angesetzt worden ist.
- 3.) Im Monat Januar sind insgesamt 300 Visa für USA, und zwar bei der Konsularabteilung Berlin 200, in Stuttgart 100, in Hamburg 25 - 30 erteilt worden. Der Fortgang der USA-Auswanderung wird davon abhängen, wieviel Quotennummern zur Verteilung in Deutschland verbleiben und wieviel Schiffsplätze zur Verfügung stehen werden.
- 4.) Im Arbeitsdienst stehen bei einer einsetzenden jüdischen Bevölkerung von insgesamt 50.200 Personen zurzeit 24.500 Männer und 10.500 Frauen. In der Berufsbeschäftigung befinden sich rund 2.800 Männer und 1.200 Frauen, in zugelassenen selbständigen Berufen rund 1.500 Männer und 500 Frauen.
- 5.) Es wird berichtet über
 - a) Versteigerung von Lifts und anderem Spezialgütergut in München und Hamburg,
 - b) Vorbereitungen zu einem Abtransport von 900 Juden aus Wien.

gez. Dr. Berliner

25

Protokoll der Verhandlung zwischen
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und ...

Anwesend: Dr. Black, als Vorsitzender

Dr. ...

Dr. ...

Dr. ...

Dr. ...

Dr. ...

Dr. ...

Fehlend:

Dr. ...

Dr. ...

Dr. ...

Dr. ...

Dr. ...

Dr. ...

Dr. ...

- 1.) Vom Generalplan, der für die Reichshauptstadt aufgestellt worden, ist keine Auszug von Juden aus deutschen Häusern für Instanzsetzung kosten, die aus vertragsmäßig her. widervertraglicher Benutzung entstehen, als die Jüdische Gemeinde zu haftig ist. Die Verantwortlichkeit von Richtlinien, insbesondere über die Kompetenzen der Verwaltungsgastelle der Jüdischen Gemeinde Berlin soll im Wege eines Memoriettes beseitigt werden.
- 2.) Für die beordentlich geforderten Personaleinsparungen werden auf dem Gebiet der Fürsorge die Richtlinien für Heilungsdarstellung beseitigt; für das Gebiet der Schule ist durch Aufteilung von Zweischulen, Zusammenlegung von Klassen und Verrechnung der Stufenzahl von bisher nicht vollbeschäftigten Lehrern ein weiterer Personalsparung vorgesehen. Die Anpassung von Kräften in der allgemeinen Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit den Jüdischen Kultusvereinigungen nochmals durchgeprüft. Es soll versucht werden, eine behördliche Genehmigung für die Einführung von Pflichtarbeit für Wohlfahrtsunterstützte zu erhalten.
- 3.) Für den Jüdischen für vorgesehenen Pflichtfortbildungunterricht soll der Mittwoch vormittag (die Zeit von 7-12 für 6 Kurstunden) festgesetzt werden. Der Sonntag Vormittag ist für den freiwilligen Besuch von Veranstaltungen, die der Fortbildung dienen, vorgesehen.
- 4.) In der Zeit vom 10.1. - 15.2. sind gegen 700 USA-Visen erteilt worden.
- 5.) Die Infektionsabteilung im Jüdischen Krankenhaus Berlin, die in den letzten Jahren als Siechenheim diente, muss für den ursprünglich gedachten Zweck zum 15.3.40 freigegeben werden, da 60 jüdische Hospitaliten, die noch in städtischen Heimen untergebracht worden sind, auf Anordnung des Hauptgesundheitsamtes bis Ende Februar in jüdische Heime verlegt werden müssen, werden gegebenenfalls auch auswärtige Siechenheime, die infolge von Zuzugsbeschränkung zurzeit nicht voll belegt werden können, nach Einholung der behördlichen Genehmigung für die Unterbringung von jüdischen Siechen aus Berlin in Anspruch genommen werden müssen.

gez. Dr. Berliner

65

1/K. 1/1.
41/-/1919

Protokoll der Vorstandssitzung der
Rechtsvereinigung der Juden in Basel-Stadt, Montag, 21. April 1919

Anwesend: Dr. Baack als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Honschel
Kosower
Dr. Millenthal
Festend: Dr. Hirsch
Dr. Berliner
Brück
Dr. Fuchs
Rüst
Kurtinski
Löwenstein
Wolff
Meyerheim

- 1.) Ein monatliches Schulgeld von Mk. 1.-- sollen in Zukunft auch die Eltern zahlen, deren Jahresbeitrag zur Rechtsvereinigung weniger als Mk. 50.-- beträgt; schwachläufige bleiben lediglich Wohlfahrtsamfänger.
Ein Schulpflichtiger, der für den gleichen Zeitraum Schulgeld für mehr als ein Kind zu zahlen hat, erhält Ermäßigung des Schulgeldes für das zweite Kind auf die Hälfte, für das dritte Kind auf ein Viertel, für das vierte und jedes weitere Kind Befreiung von der Schulgeldzahlung. Für 3 Schulgeld für mehrere Kinder soll der Beitrag zur Rechtsvereinigung nicht ansteigen.
- 2.) Dr. Hirsch wird während seiner Abwesenheit in der Abteilung Wanderung sowie bei Verhandlungen bei der Behörde durch Dr. Epstein, im übrigen durch Dr. Millenthal vertreten.
- 3.) Die Ausstellung AWOE wurde mit einer musikalischen Feier, bei der Ansprachen von Dr. Baack und Dr. Epstein gehalten wurden, am Montag, den 21. April 1919 eröffnet.
- 4.) Nach Darlegung von Herrn Meyerheim wird beschlossen, die Einnahmen der Rechtsvereinigung zunächst durch ein Zwangsgeldopfer durch Steigerung der freiwilligen Mittelaufbringung zu vermehren. Bei der Beitragserhebung stellen sollen Anhaltspunkte über die Vermögenslage der Gemeindeglieder erhoben werden; Konsulenten und Vermögensverwalter sind für die Aufbringung von Spenden im Kreis ihrer Mandanten verpflichtet. Eine zeitliche und gegebenenfalls auch personelle Abstimmung der verschiedenen Sammlungen muß erfolgen.

6.) Für eine Vorlage über Überwachung bzw. Neuernstung von Lehrern (Lehrern bei der Aufsichtsbearbeitung sind die recht juristischen Fragen (Berufsstop-Verordnung) zu klären.

7.) Die für den Bezug der Reichssteuer (einstufige) angeleiteten Steuerbefreiungen sollen fortgesetzt werden.

7.) Die Verteilung von Passagen zwischen Altrhein, Ostmark und Protektorat sollen nach folgenden Schlüssel erfolgen:

Altrhein	50
Ostmark	10
Protektorat	10

8.) Es wird berichtet über:

- a) Umsiedlung der jüdischen Bevölkerung in den Kreisen Erkelenz und Aachen/Rheinland,
- b) die Konzentration jüdischer Frauen in Staltp/Polen zum Straßenbau (Arbeitseinsatz),
- c) eine Rücksprache im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Kinder von auswärtigen höheren Schulen sollen nicht, wie geplant, die höhere Schule in Berlin besuchen, können jedoch in ihrem Heimatland privat für die Reifeprüfung durch besondere Förderkurse vorbereitet werden. Die Prüfung selbst sollte dann in Berlin erfolgen. Noch nicht geklärt ist die Frage, wie bei der gebotenen Personaleinschränkung der technische Unterricht hierbei (Turnen, Zeichnen, Handarbeit) fortgeführt werden kann.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Sonntag 1.2.1941

Anwesend: Dr. Baur, als Vorsitzender
Dr. Jang
Dr. Epstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kosch
Dr. Lillenthal
Fehlend: Dr. Seeligmann
Dr. Berl
Bräsch
Dr. Fuchs
Borst
Kaminski
Lewenstein
Lyon
Meyerheim

- 1.) Eine neue Gehälter-Ordnung wird beschlossen und den Mitgliedern des Vorstandes überreicht werden. Über den Abbau der Gehälter hinaus sollen Einsparungen erzielt werden:
 - a) Durch Abbau von 1.180 Angestellten (330 sind bereits im Sommer 1940 abgebaut, weitere 750 sollen zum Abbau kommen) = 2 - 2.500.000.--
 - b) Kürzung der Ausgaben der Abteilung Wanderung im Vergleich mit dem eingereichten Vorschlag (durch Portfall der Reichsparkbeträge für den Ostweg) = 250.000.--
 - c) Durch Kürzung der Ausgaben in der Abteilung Berufsumschichtung durch Abbau von Angestellten in Umschichtungsbetrieben und Einstellen von Subventionen an sog. "unechte" Kurse (Entflecken, Putz, Kosmetik usw.) = 40.000.--
 - d) Durch Kürzung der Ausgaben der Abteilung Pflege, und zwar durch Herabsetzung des Verpflegungssatzes von 90 Pf. auf 75 Pf. pro Tag in den Heimen und Anstalten = 360.000.--
in der Gesundheitsfürsorge = 40.000.--
durch Wegfall von Pflegekosten für nervenkranken Juden in allg. Heilanstalten = 100.000.--

2.) Von einer Tagung der Betriebsleiter, Nachricht. Ass. soll Abstand genommen werden, hingegen sollen die Leiter der Fortbildungsbildung der Zeit vom 2. bis 4. März 1932 nach Berlin zu einer Anstaltsbesprechung kommen.

3.) In den Erziehungs-Richtlinien der Reichsvereinigung soll das Wort "Lern-
abstimmung" durch "KUPPEL" ersetzt werden.

4.) Im Pflichtfortbildungunterricht der Jugendlichen sind im außerfachlichen Unterricht sechs Stunden wöchentlich vorgesehen, und zwar

- 3 Stunden Judentumskunde incl. Hebräisch
- 2 Stunden Geographie als Anschauungsstud.
- 1 Stunde Lebenskunde

Unterricht in einer Fremdsprache (Englisch, Spanisch) soll fakultativ sein. Eine Fortbildung in den Elementarfächern soll im Rahmen des Fachunterrichtes stattfinden. Als Unterrichtstag wird zunächst der Freitag der Sonntag Vormittag in Aussicht genommen, es soll einem Fachlehrer-Vormittag Schulleiter und Lehrer nicht der Vortag gestellt werden können, vor allem aber die Fachlehrer eine Verkürzung der praktischen Ausbildung für unannehmbar halten.

5.) Das Schuldezernat der Reichsvereinigung soll die Zukunft von der Abteilungsleiterin, Frau F. F. S. übernehmen werden.

Das Dezernat mit Schulsozial in der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin ist in das Sozialdezernat des Dezernats Dr. Conrad Israel Cohen - überführt worden.

6.) Der Beschluss, von jüdischen Schulkinder zwischen 10 und 14 Jahren Gebion zu verabreichen, wird revidiert. Künftige Beiträge der Jüdischen Kultusvereinigungen sollen daher abgelehnt werden.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Mittwoch, 26.2.41

Anwesend Dr. Bueck als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Epstein

Henschel

Dr. Hirsch

Kozodor

Dr. Lillenthal

fehlt

Dr. Saligson

Dr. Berliner

Brusch

Dr. Fuchs

Fürst

Kaminski

Leventhal

Lyon

Meyerheim

Es wird über die gelegentlich des Besuchs der Vertreter des Reichssicher-
heitshauptamtes und der Staatspolizeileitstelle Berlin in der

Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung, Artilleriestr. 31

Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums, Artilleriestr. 14

Zentrale Kantstrasse 158

ergangenen Weisungen berichtet und deren Durchführung besprochen.

gez. Dr. Berliner

1. April 1941

Protokoll der Versammlung des Reichsverbandes der Jüdischen Kulturreiseveranstalter am 1. April 1941 in Berlin

Anwesend: Dr. Berliner
Dr. F. F. F.
Dr. F. F. F.
Dr. F. F. F.
Dr. F. F. F.
Dr. F. F. F.

- 1.) Den zum 31. März Teil nationalsozialistischen Reichsverbandes soll zum Ausgleich wirtschaftlicher Interessen eine Unterabteilung in Höhe des Differenzbetrags zwischen dem bisherigen Gehalt und dem jetzigen Arbeitsverdienst gewährt werden.
- 2.) Die Reichsverbandes-Ausschüsse sollen unter Vermittlung besonderer Propaganda vom 15. bis 18. April 1941 durchgeföhrt werden.
- 3.) Von Reichsverbandesauschüssen ist zu fordern, daß in Zukunft nur Gemeinden, in denen sich Juden ansiedeln, -insgesamt 17- eine selbständige Verwaltung beibehalten sollen. Die übrigen Gemeinden sind durch die Bezirksstellen zu verwalten. Kostenveranschläge für den kommenden Monat sind bis zum 10. jeden Monats, erstmalig am 10. April 1941, durch die Reichsverbandesstellen einzureichen. Die von den Gemeinden bezogenen Beträge sind den 17 Gemeinden und Bezirksstellen freizugehen. Die Verwaltungen der 17 Großgemeinden sollen zur Erörterung der mit dieser Umorganisation verbundenen Fragen nach Berlin bestellt werden; die Organisationsform dieser Gemeinden ist der der Jüdischen Kultusvereine Berlin anzugleichen.
- 4.) Die eingereichte Beitragsbindung ist endgültig genehmigt worden.
- 5.) Die Belogung der Jüdischen Heil- und Pflegeanstalt SAYI mit Gesunden, im Orte Bendorf-Sayn wohnhaften Juden soll im Interesse der Ausnutzung aller Anstaltsplätze für die Unterbringung von Kranken und das erforderliche Personal abgelehnt werden.
- 6.) Es wird berichtet über den Auftrag, für die Reorganisation des Ghettos in Litzmannstadt 6 geeignete ledige Männer zu benennen. Unter den Vorgeschlagenen befindet sich neben wirtschaftlich und organisatorisch erfahrenen Persönlichkeiten ein Krankenbehandler.

gez. Dr. Berliner

65

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 17.3.1941

Anwesend: Dr. Baezel als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. E. E. Stein

Henschel

Kosch

Dr. L. L. L.

Fehlend:

Dr. Hirsch

Dr. B. B.

Dr. B.

Dr. B.

Dr. B.

Dr. B.

Dr. B.

Dr. B.

Dr. B.

- 1.) Eine Übergangsbeihilfe für die russisch-jüdischen Mitarbeiter der Reichsvereinigung wird nicht genehmigt. Insbesondere darf eine Beihilfe nach ihrer persönlichen Verhältnisse erfolgen.
- 2.) Die Eingliederung der Abteilung Berufsberatung des Palästina- und der Jüdischen Jugendhilfe i. V. in die Reichsvereinigung, Abteilung Berufsausbildung wird in der von Dr. E. E. Stein vorgeschlagenen Form genehmigt. Die Sachbearbeiter beider Stellen werden in Rahmen der Reichsvereinigung und in Übereinstimmung mit den allgemeinen Erziehungsrichtlinien der Reichsvereinigung die zionistische Erziehung und Schulung der auf Palästina befindlichen Praktikanten in den Ausbildungsstätten, die auch bisher ihrer Betreuung unterstanden, übernehmen.
- 3.) Am 16.3.41 fand für die Leiter der Lehrwerkstätten - 7 außerhalb Berlins - und die dieses Gebiet betreuenden Sachbearbeiter der Jüdischen Kultusvereinigungen eine Arbeitsbesprechung in Berlin statt. Die Arbeitsbesprechung hat zur Annahme folgender Richtlinien geführt:
 - a) Zur Umschichtung werden in Zukunft nur nichtarbeitseinsatzfähige Personen zugelassen.
 - b) Die bereits in Berufsumschichtung befindlichen Personen sollen nach einjähriger Dauer ihrer Umschichtung dem Arbeitseinsatz zugeführt werden.
 - c) Für die Erstausbildung soll die Ausbildung in Landwirtschaft 3 Jahre, die handwerkliche Ausbildung 2 Jahre betragen. Mädchen haben vor jeder handwerklichen Ausbildung ein Haus- bzw. landwirtschaftliches Jahr abzulegen. Die hauswirtschaftliche Ausbildung wird vorzugsweise in Heimen erfolgen. Mädchen mit guten hauswirtschaftlichen Vorkenntnissen können gegebenenfalls nach einem halben Jahr in die handwerkliche Ausbildung überführt werden. Die praktische Ausbildung auf landwirtschaftlichen, handwerklichen und hauswirtschaftlichen Gebiet wird durch theoretische Pflichtfortbildungsstunden (fachliche und außerrichtliche Fächer) ergänzt.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 11. April 1943

Anwesend: Dr. Black als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Menschel
Korower
Dr. Lilienthal
Fehlen: Dr. Hirsch
Dr. Berliner
Braach
Dr. Sachs
Ferst
Karmanski
Löwenstein
Lyon
Meyerheim

1. Die durch die Auflösung der Abteilung Wanderfürsorge der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin notwendige Abgrenzung zwischen Abteilung Wanderfürsorge und der Wohlfahrtsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin wird gemäß den Vorschlägen der Herren Löwenstein und Dr. Cohn angenommen.
2. Aus den Kreisen der Wohlfahrtsunterstützten, die soweit sie arbeitsfähig sind, bereits dem Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt worden sind, werden nur wenige für Wohlfahrts-Pflichtarbeit in Frage kommen. Es wird jedoch beschlossen, Jugendliche, die an Halbtagskursen (insbesondere Schneiderei und Putz) teilnehmen, auch soweit die Selbstzahler sind, halbtätig zur Wohlfahrts-Pflichtarbeit einzusetzen.
3. Der Zusatz-Jahres-Etat für die Unterabteilung "EINZIEHUNG IN DEN BERUFS-
BILDUNG" (Eingliederung der Berufsvorbereitung der Palästina-Arbeiter und der Jugendhilfe e.V.) wird mit monatlich Mark 1.000.-- angenommen.
4. Die Abteilung Weißenberg, die sich bisher vorwiegend mit der Bearbeitung der Auswanderung von Ausweisungs- und Häftlingen befaßt hat, soll aus Gründen verwaltungstechnischer Vereinfachung künftig die Bearbeitung aller einschlägigen Fälle zusammenfassen und den entsprechenden Briefwechsel führen mit Ausnahme einer entsprechenden Anwendung der Arbeitsverteilung, die für die Regelung der Wanderfürsorge mit der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin (Siehe Punkt 1) getroffen ist. Umschulungsbescheinigungen können nur noch ausnahmsweise erteilt werden, da die verfügbaren Ausbildungsplätze in erster Linie Schülantlassen zur Verfügung gestellt werden müssen. Über die Ausstellung von Bescheinigungen in diesen Ausnahmefällen entscheidet, wie bisher, die Abteilung Berufsausbildung.

In den Fällen, in denen eine Auswanderung in absehbarer Zeit nicht eingeleitet werden kann, soll versucht werden, die betreffenden Personen für den Arbeitseinsatz zu beantragen. Eine Entscheidung über die Bearbeitung von Arbeitseinsatzanträgen bleibt vorbehalten.

- Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 23.2.41

Anwesend: Dr. Baack als Vorsitzender
Dr. Jann
Dr. Epstein
Menschel
Hofmann
Dr. Hillenbrand

Fehlend: Dr. Hirsch
Dr. Berliner
Bräuer
Karl Fuchs
Fischer
Karmelich
Lichtenstein
Lyon
Savovskij

- 1.) Das Gehalt von Herrn Dr. Baack wird von der Vereinigung übernommen.
- 2.) In Übereinstimmung mit einem Beschluss der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin soll den Angestellten der Reichsvereinigung und der Jüdischen Kultusvereinigungen in Reichsgebiet ein Urlaub von 15 Arbeitstagen gewährt werden.
- 3.) Eine Sondersammlung der Abteilung Fürsorge zur Bezahlung der laufenden Fürsorge-Ausgaben soll nach Abschluss der Jüdischen Winterhilfe von Mitte Mai bis Mitte September unter der Parole "Masse, wir wollen leisten" erfolgen.
- 4.) Eine Heraussetzung bzw. Neuverteilung der Leistungsgebühren soll auf folgenden Gebieten stattfinden (siehe auch Beschluss der Schulgelderhebung im Protokoll vom 11.2.41):

I. BERUFSAUSSCHÜSS:

- 1.) Für die Bearbeitung der Einweisung soll bei Selbstkern eine Gebühr von RMark 5.-- neu eingeführt werden.
- 2.) Das Ausbildungsgeld für Heimschülerinnen soll auf Mark 50.-- monatlich, für Tagesheimschülerinnen auf Mark 30.-- monatlich, für Kranken- und Säuglingsschwester auf Mark 75.-- monatlich erhöht werden.

20

V. KULTUSGESSEN:

1.) Beerdigungsgebühren:

Über den bisher erhobenen Beerdigungsgebühren sollen zusätzliche 2.- bis des in der letzten Vermögensverteilung festgestellten Vermögens erhoben werden.

- 2.) Ebenso soll in jenen Orten, in denen die regulären Gebühren nicht die durchschnittliche Höhe erreichen, deren entsprechende Erhebung veranlaßt werden. Höhere Beerdigungsgebühren von Auswärtigen sollen in Zukunft nicht erhoben werden, wenn es sich um Personen handelt, die am Orte gestorben sind, oder bei denen der Heimatort keine Beerdigungsmöglichkeit besteht.

2.) Notenanklassischen Funktionen:

Es soll veranlaßt werden, daß die Tragungsgebühren nicht weniger als Reich 75.-- bis 150.-- betragen.

VI. VEREINIGUNG

- 1.) Für die Ausstellung von Unablenklichkeitsscheinungen der Auswandererabgabe in denjenigen Fällen, in denen eine Auswandererabgabe nicht zu zahlen ist, soll eine Gebühr von Reich 1.-- neu erhoben werden. Für Bescheinigungen, durch die die Gültigkeit von Auswandererabgabenscheinungen verlängert wird, ist vorgesehen, Gebühren von Reich 0.50 bis 10.-- zu erheben.

- 2.) Für die Ausstellung von Bescheinigungen über die Mitgliedschaft in der Reichsvereinigung oder der Kultusvereinigung soll eine Gebühr von Reich 1.-- erhoben werden.

- 3.) Wo Schlichtungsstellen bestehen, sollen bei deren Inanspruchnahme mindestens Reich 2.-- erhoben werden. Die Erhebung eines höheren Betrages in besonderen Fällen soll dabei vorbehalten bleiben.

- 4.) Für Inanspruchnahme der Wohnungsberatungsstelle sollen Gebühren von Reich 0.20 bis 3.-- erhoben werden.

Es wird in Aussicht genommen, von Nichtmitgliedern der Reichsvereinigung als Ausgleich dafür, daß sie keine ordentlichen Beiträge entrichten, höhere Gebühren zu fördern.

- 5.) Anträge auf Grundstücksverkäufe sollen künftig vor Abschluß des vorbereiteten Vertrages der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden.

- 6.) Von den Juden aus Baden und der Pfalz ist die nachträgliche Erhebung einer Auswandererabgabe nicht genehmigt worden.

II. Pflege

- 1.) Alters- und Siemenheim: Es soll eine Aufnahmegebühr von Reichsmark 3.00.-- not-eingeführt und das laufende Pflegegeld auf Reichsmark 120.-- bzw. 130.-- erhöht werden.
- 2.) Kindersheim: Das Pflegegeld soll auf Reichsmark 75.-- monatlich erhöht werden.
- 3.) Sonderheime:
 - a) Das Pflegegeld in der Blinderanstalt soll auf Reichsmark 120.-- monatlich erhöht werden.
 - b) Das Pflegegeld in dem Landesheim für Schwerkretinliche in Berlin-Weidenburg ebenfalls.
 - c) In dem Landesheim Rhein soll das Pflegegeld in der Abteilung für alte Leute auf Reichsmark 150.--, in der Schulkinderabteilung auf Reichsmark 30.-- (einschließlich Schulgeld) festgesetzt werden.
 - d) In dem Erziehungsheim für schwachsinnige Kinder in Berlin soll das Pflegegeld (einschließlich Schulgeld) auf Reichsmark 25.-- erhöht werden.
- 4.) Krankenhaus: Die Tagessätze für Patienten 1. und 2. Klasse sollen auf die von dem Oberfinanzpräsidenten jeweils örtlich zugelassenen Höchstsätze heraufgesetzt werden.
- 5.) Einrichtungen der halboffenen Pflege: In den Kindergärten und Kinderkonten, in welche grundsätzlich nur Kinder aufgenommen werden, deren beide Elternteile in Arbeit stehen, sollen auch dort, wo die Gebühren bisher niedriger waren, Reichsmark 3.-- wöchentlich erhoben werden. Wenn ausnahmsweise Plätze auch für Kinder verfügbar sind, deren Eltern nicht in Arbeit stehen, soll eine erhöhte Gebühr von Reichsmark 5.-- wöchentlich erhoben werden.
- 6.) Kleiderkammern: Für Anträge sollen künftig Gebühren zwischen Reichsmark 0.20 und 2.-- erhoben werden.

IV. Auswanderung

- 1.) Für die Absendung von Telegrammen in Auswanderungsangelegenheiten soll eine Gebühr von Reichsmark 3.-- erhoben werden.
- 2.) Bei Inanspruchnahme der Auswandererstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin soll eine Gebühr von 3% des Vermögens erhoben werden, mindestens aber Reichsmark 3.--.

Soweit in anderen Kultusvereinigungen entsprechende Einrichtungen bestehen, soll die Erhebung derselben Gebühr veranlaßt werden.

4
Für die Weiterführung der Schule der nichtmossischen Juden soll zunächst eine Rücksprache im Erziehungsministerium durch Frau Fürst stattfinden. Eine Weiterführung der Schule scheint dem Vorstand der Reichsvereinigung nur möglich, wenn der Reichsvereinigung dadurch keine Kosten entstehen, und wenn die Schule unmittelbar der Aufsicht des Reichserziehungsministers unterstellt wird.

3. Behördlicher Anordnung ist das Palästina-Gut aufzulösen. Von den vier bisher noch verbliebenen Mitarbeitern (3 Beschäftigte, 1 Sekretärin) dürfen von der Reichsvereinigung drei übernommen werden. Derin besonderer Bedarf an technischen Kräften besteht, wird auf einen Sachbearbeiter vorzuziehen werden müssen.

Dr. Berliner

I/XI/12/KI.-11/-/232

Protokoll der Vorstandssitzung der
Jüdischen Kultusvereinigung, Berlin in deutscher Sprache, Montag, 5.5.1941

Anwesend: Dr. Bock als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Epstein

Hershel

Kosow

Dr. Hilsenthal

Fehlend:

Dr. Hirsch

Dr. Berliner

Dr. Pilsch

Dr. Rost

Dr. Scharf

Dr. Winkler

Dr. Zuck

Dr. Zuck

Fehlend:

Dr. Zuck

1. Der infolge der Kündigung von 1000 jüdischen Wohnungen in der Wohnungsberatungstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin ersuchte Personalbedarf soll nach Möglichkeit durch die Jüdische Kultusvereinigung selbst gedeckt werden. 10 Ersatzkräfte sind von der Abteilung Wohnung (IV) zur Verfügung gestellt worden.

2. Die von der Abteilung Wohnung geplante Schmelaktion soll nun mit "Kasse" "JÜDISCHE RICHT" genannt werden. Die vorgelagerten Richtlinien für die Bewertung der Spenden werden geändert. Die Sammlung soll am 20. Mai 1941 mit einer Kundgebung eröffnet werden.

3. Die laufenden Sammlungen der Führerbeiträge sollen durch intensivere Werbung im Nachrichtenblatt unterstützt werden.

4. Der Etat der Jüdischen Vereinigung auf die behördlich vorgeschriebene Summe zu bringen, müssen sowohl auf dem Gebiet der Büroausbildung und Schule als auch vor allem auf dem Gebiet der Fürsorge neue Einsparungen durchgeführt werden. Der Brief der Jüdischen Winterhilfe soll künftig teilweise auf den ordentlichen Fürsorge-Etat übertragen werden.

5. Die Eintragung der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin ist im Amtsregister erfolgt.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 12. 6. 1941

Anwesend: Dr. Haack als Vorsitzender

Dr. Jahn

Dr. Epstein

Henschel

Kozover

Dr. Lillenthal

Fehlend:

Dr. Hirsch

Dr. Berliner

Brasch

Dr. Fuchs

Finst

Kaminski

Löwenstein

Lyon

Meyerheim

- 1.) Hinsichtlich der Gewinnung von ehrenamtlichen Mitarbeitern wird die Jüdische Kultusvereinigung Berlin gebeten, zunächst einen Plan für die Werbung ehrenamtlicher Mitarbeiter aufzustellen, der dann mitentsprechenden Änderungen auch die Grundlage für gleiche Maßnahmen außerhalb Berlins sein soll.
- 2.) Die Gehalts-Ordnung ist genehmigt worden. Sie tritt am 1. Juni 1941 in Kraft. Den Kultusvereinigungen und Bezirksstellen ist mitgeteilt worden, daß die Einstufungsvorschläge für die Gruppen 1 - 4 der vorherigen Genehmigung der Reichsvereinigung bedürfen; die Gendler, die die Gruppen 5 - 7 betreffen, können zunächst ausbezahlt werden, bedürfen aber zur endgültigen Bestätigung ebenfalls der Genehmigung der Reichsvereinigung.
- 3.) Der für Juni eingereichte Ausgabenveranschlag der Reichsvereinigung ist um Mark 500.000.-- gekürzt worden, und zwar sind die Kürzungen, die in den verschiedenen Abteilungen der Reichsvereinigung erfolgen sollen, behördlich festgesetzt worden.

gez. Dr. Berliner

1/Dr. Ei/Kl.

41/15

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag 16.3.41

Anwesend: Dr. Bauck als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein

Henschel

Kozlov

Dr. Millenthal

Fehlend: Dr. Hirsch

Dr. Berliner

Brach

Dr. Fuchs

Kurt

Kurialski

Löwenstein

Lyen

Mayerheim

Mit Rücksicht darauf, daß die starke Kürzung der Kultusaufgaben zur äußersten Einschränkung sowohl auf dem Gebiet des Beerdigungswesens wie bei der Veranstaltung von Gottesdiensten zwingt, wird folgendes beschlossen:

- 1.) Ausgaben der Reichsvereinigung und der Kultusvereinigungen für den Kultus können nur insoweit erfolgen, als das Beerdigungswesen von den für die Gesamt-Kultus-Ausgaben festgesetzten Beträge etwas frei läßt. Im Beerdigungswesen ist auf äußerste Sparsamkeit hinzuwirken.

Soweit Beträge für den Gottesdienst nicht frei bleiben, soll in erster Linie versucht werden, die Gottesdienste mit in anderen Aufgabengebieten regulär beschäftigten Funktionären aufrecht zu erhalten. Soweit das nicht möglich ist, ist die Aufrechterhaltung der Gottesdienste nur dadurch möglich, daß die erforderlichen Mittel von Privaten aufgebracht werden.

Die Aufrechterhaltung der Mikwoth muß entsprechend ohne Verwendung von Mitteln der Reichsvereinigung oder der Kultusvereinigungen erfolgen.

- 2.) Hinsichtlich des Beerdigungswesens wird folgendes beschlossen:

- a) Allgemein soll in der Pflege der Friedhöfe nur das zur ordnungsmäßigen Instandhaltung Notwendige geschehen. Auf Ausschmückungen durch die Kultusvereinigungen selbst muß, soweit keine vertraglichen Verpflichtungen vorliegen, verzichtet werden.

c) In kleinen Kulturbereinigungen, in denen Beerdigungen nur noch selten stattfinden, deren Friedhofsanstalten nicht vorhanden sind. Soweit diese die Gemeindeglieder, besonders in ländlichen Gegenden, die Friedhof selbst instandhalten können, muß die Verwilderung in Kauf genommen werden.

d) In kleineren und mittleren Kulturbereinigungen soll versucht werden, die Friedhofspflege, ggf. ebenfalls auch das Beerdigungswesen auf privatrechtlicher Grundlage zu stellen, jedoch nur dann, wenn dies Beerdigungswesen hier seinen Zweck erfüllt.

Dr. Lilienthal

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 23. Mai 1941

Anwesend: Dr. Baack als Vorsitzender
Dr. Gann
Dr. Epstein
Hense
Kosover
Dr. Hillethal

Fehlend: Dr. Hirsch
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karlinski
Lewenstein
Lyon
Meyerheim

- 1.) Der Werbeauftrag für ehrenamtliche Mitarbeiter im "Jüdischen Nachrichtenblatt" soll konkrete Angaben über die Gebiete, auf denen ehrenamtliche Mitarbeiter benötigt wird, enthalten.
- 2.) Es wird beschlossen, Zahlungen von Reichsvereinigungen untereinander, d.h. also auch von Kultusvereinigungen untereinander in Zukunft nicht mehr vornehmen zu lassen.
- 3.) Die blauen Blöcke, die der RFL verwahrt hat, sollen zwar nicht neu verteilt werden, aber im Rahmen der bisherigen Verteilung weiter benutzt werden. Besondere Feiertagsveranstaltungen des RFL sollen jedoch in Zukunft unterbleiben. Es soll versucht werden, die Ergebnisse der Blockausstellungen der Berufsausbildung zuzuführen.
- 4.) Die Festsetzung der Mittel für Berufsausbildung auf RM. 18.100.-- im Monat Juni (anstatt 191.000.--) zwingt zu einer völligen Umstellung auf diesem Gebiet. Lehrwerkstätten können nur weitergeführt werden, wenn sie sich völlig ohne Zuschüsse durch Zahlungen der Selbstzahler und Übernahme von Aufträgen erhalten. Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen aufgelöst, einige wenige können auf Einsatzbetriebe umgestellt werden. Für die Verwaltung dieser Einsatzbetriebe verbleiben in der Abteilung Berufsausbildung der Zentrale die Herren Dr. SCHNEIDER, ALTAM, SELEGER. Die weibliche Berufsausbildung kann nur zur Heranbildung eines Nachwuchses der für die Fürsorgeeinrichtungen benötigten pflegerischen und hauswirtschaftlichen Kräfte weitergeführt werden.

Das Arbeitsheim ~~und in der Folge~~ geht ab 1. Juli 1941 in die Verwaltung der Abteilung FÜRSONNE über.

- 5.) Die Übernahme des Herrn Kurt Israel ROSENBERG und der Frau KIRSCHBAUM vom Palästina-Amt ist genehmigt worden. Herr Rosenberg wird zunächst der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin zur Verfügung gestellt.
- 6.) Von den Mitarbeitern der Zentrale der Reichsvereinigung einschließlich der Abteilung Wanderung sind eingestuft worden:

in Gehaltsgruppe 1	=	5 Personen
" " " 2	=	3 "
" " " 3	=	14 "
" " " 4	=	79 "
" " " 5	=	139 "
" " " 6	=	9 "
" " " 7	=	9 "

Die Jüdische Kultusvereinigung Berlin hat 3 Personen in Gruppe 1 und 69 Personen in Gruppe 2 eingestuft.

- 7.) Die für das Altreu-Passageverfahren eingereichte neue Tabelle ist mit sofortiger Wirkung genehmigt worden. Die neue Regelung erstreckt sich jedoch nur auf Passagegelder, nicht auf Gepäckkosten und Vorzeigegelder.
- 8.) Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der Bahntransporte nach LISSABON infolge des eingeschränkten Zugverkehrs ergeben hatten, konnten behoben werden. Neue Transporte werden nur unter der Voraussetzung genehmigt, daß jüdische Auswanderer aus LUXEMBURG gleichzeitig in einer Anzahl von 10% der jeweiligen Gesamtzahl der Transportteilnehmer zur Auswanderung gebracht werden.

gez. Dr. Berliner

Berlin-Charlottenburg, den 14. Mai 1941
Kontst. 156
51 51 61

An die

- Jüdischen Kultusvereinigungen über 1000 Seelen.
- Bezirksstellen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

Betreff: Reorganisationsmaßnahmen - Personalentlassungen

III C Tr. Le./Kd. No. 41/173/275

Im Zuge der Reorganisationsmaßnahmen hatten wir durch Rundschreiben vom 26.4.1941 bei den jüdischen Kultusvereinigungen über 1000 Seelen die Durchführung der vorgesehenen Entlassungen angeordnet. Die gleiche Anordnung hatten wir für die Bezirksstellen durch Rundschreiben vom 12.5.41 und für die jüdischen Kultusvereinigungen unter 1000 Seelen durch Rundschreiben vom 14.5.41 erteilt. In allen Fällen war vorgesehen, dass die Entlassungslisten in doppelter Ausfertigung der zuständigen Staatskanzlei (leit)stelle mit der Bitte zu übermitteln sind, die Liste in das zuständige Arbeitsamt weiterzuleiten. Es war ferner gesagt, dass die Gehaltszahlung bis auf Befehl des Arbeitsamts die entlassenen Mitarbeiter anderweit vermittelt.

Damit wir einen Überblick darüber gewinnen, wie weit noch Gehaltszahlungspflichten laufen, bitten wir um Bericht, in welchen Fällen Vermittlungen der entlassenen Mitarbeiter durch das Arbeitsamt stattgefunden haben und in welchen Fällen und in welcher Höhe noch Gehaltszahlungspflichten weiterlaufen.

Dieser Bericht ist einzureichen:

- a) von den jüdischen Kultusvereinigungen über 1000 Seelen bis zum 15.6.1941.
- b) von den Bezirksstellen der Reichsvereinigung für ihr eigenes Personal bis zum 15.6.1941.
- c) von den Bezirksstellen über die Mitarbeiter der Kultusvereinigungen unter 1000 Seelen bis zum 15.6.1941.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Gemeinde - Abteilung

(Dr. Israel Arthur Lilienthal)

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 2.6.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein

Henschel

Kozow

Dr. Lilienthal

Fehlend:

Dr. Hirsch

Dr. Berliner

Dr. Sachs

Parst

Karmi ski

Lewenstein

Lyon

Meyerhaem

- 1.) Für Angestellte der Reichsvereinigung, die schwerkriegsbeschädigt sind, kann grundsätzlich nicht, wie es von der Abteilung KRIEGSOFFER beantragt war, eine Urlaubsverlängerung gewährt werden. Eine solche Verlängerung ist grundsätzlich nur bei Vorliegen eines vertrauensärztlichen Zeugnisses möglich. Es wird beschlossen, bei schwerkriegsbeschädigten auch ohne Vorliegen eines solchen Attestes eine Urlaubsverlängerung um drei Arbeitstage zu genehmigen, da unterstellt werden kann, daß bei diesem Personalkreis gesundheitliche Gründe vorliegen.
- 2.) Es wird beschlossen, den Jüdischen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen in Abänderung der Richtlinien vom Juli 1940 mitzuteilen, daß nach Einführung der neuen Gehalts-Ordnung Ersatz Einstellungen für Mitarbeiter der Gehaltsgruppen 1 - 5 in jedem Falle der Zustimmung der Zentralen der Reichsvereinigung bedürfen. Ersatz Einstellungen für Mitarbeiter der Gehaltsgruppen 5 - 7 können, wie bisher, nach sorgfältiger Prüfung der Neubesetzung einer Stelle durch die Jüdischen Kultusvereinigungen bzw. Bezirksstellen selbst erfolgen.
- 3.) Durch den vorgenommenen Personalabbau reichen zur Durchführung der Sammlungen (Fördererbeiträge der Reichsvereinigung) die besoldeten Werber nicht mehr aus. Da eine Einstellung neuer Kräfte ausgeschlossen ist, soll versucht werden, ehrenamtliche Kräfte gegen Ersatz der Spesen zu gewinnen.
- 4.) Die Annahme von letztwilligen Zuwendungen, an die bestimmte Bedingungen geknüpft sind, kann nur erfolgen, wenn die mit diesen Zuwendungen verbundenen Auflagen von der betreffenden Jüdischen Kultusvereinigung bzw. der Reichsvereinigung ohne zu starke Belastung erfüllbar sind.

- 5.) Das Ausscheiden der arischen Angestellten innerhalb der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin ist bereits geregelt; auch außerhalb Berlins sollen in der Regel die arischen Angestellten, wenn möglich im gegenseitigen Einverständnis, ausscheiden. Anderenfalls muß eine fristgemäße Einholung der Genehmigung des Arbeitsamtes erfolgen. Nur wenige arische Angestellte werden weiterhin als Angestellte der Reichsvereinigung verbleiben. Auf diese Personen wird die Gehalts-Ordnung nicht angewandt werden können.
- 6.) Die "ORT"- Gesellschaft ist in die Reichsvereinigung eingegliedert, die Verwaltung der "ORT"-Schule Berlin der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin übertragen worden. Die Firma S i e m e n s hat der "ORT"-Schule, zunächst für 2 1/2 Monate Lieferungsanträge übertragen.
- 7.) Für den Etat des Monats JULI werden die verschiedenen Abteilungen ihre Ausgaben nochmals senken und die Beträge einsetzen, die sie als Mindestbeträge sachlich verantworten können.
- 8.) Es wird berichtet über:
 - a) die Tätigkeit der Wohnungsbearbeitungsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin. Im Mai sind 761 jüdische Wohnungen geräumt worden. Eine Räumungsliste für Juni ist noch nicht eingegangen.
 - b) den Auftrag, eine Mitgliederkartei der Reichsvereinigung anzufertigen. Das dafür notwendige Material soll durch eine Erhebung bei den Jüdischen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen angefordert werden.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 18.6.1941

Anwesend: Dr. Basch als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Kozower
Dr. Lillenthal

Fehlend: Dr. Hirsch
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Faret
Grafinski
Jewenstein
Lyon
Meyerheim

- 1.) Frau Dr. Berliner und Herr Löwenstein berichten über den Stand der Auswanderung und die technischen Erfahrungen der Auswanderertransporte.
- 2.) Der unter Berücksichtigung der von der Aufsichtsbehörde gewünschten Änderung eingereichte Voranschlag für den Monat JULI 1941 ist genehmigt worden.
- 3.) Für den Urlaub der Lehrer gelten die gleichen Grundsätze wie für die übrigen Angestellten der Reichsvereinigung.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 23. Juni 1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal

fehlend: Dr. Hirsch
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Löwenstein
Lyön
Meyerheim

Dr. Baeck eröffnet die Sitzung mit Worten des Gedenkens für Martin B r a u n .
Die Beisetzung wird am 25. Juni 1941 erfolgen.

- 1.) Es wird beschlossen, in allen denjenigen Fällen, in denen von der Reichsvereinigung und den Kultusvereinigungen Gebühren erhoben werden, die Gebühren von Personen, die weder Mitglieder der Reichsvereinigung noch der Kultusvereinigungen sind, in dreifacher Höhe zu erheben. Dieses gilt nicht für die von Vermögen berechneten zusätzlichen Beerdigungsgebühren.

Für die Ausstellung der Bescheinigung, daß eine Auswandererabgabe nicht zu zahlen ist, weil der Auswanderer nicht der Reichsvereinigung als Mitglied angehört, wird eine Gebühr von 1 % des Vermögens erhoben. Der Höchstbetrag der Gebühr ist RMark 1.000.--.

- 2.) Dr. Lilienthal berichtet über Beanstandungen in der Geschäftsführung in der Kultusvereinigung D ü s s e l d o r f . Der Vorstand ermächtigt Dr. Lilienthal, gegebenenfalls den Vorsitzenden der JKV Düsseldorf abzuverufen.

- 3.) Da der jetzige Leiter der Bezirksstelle Baden i. L. seinem Posten nicht allein gewachsen ist, wird dem Vorschlag von Dr. Lilienthal, einen zweiten Sachbearbeiter dorthin zu entsenden, prinzipiell zugestimmt. Allerdings würde der bisherige Leiter der Bezirksstelle dann nicht mehr in Gruppe 3, sondern in Gruppe 4 der Gehalts-Ordnung einzustufen sein. Dem bisherigen Liquidator der Bezirksstelle Pfalz soll gekündigt werden.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Vereinsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 30.8.1941

Anwesend: Dr. Boeck als Vorsitzender
Dr. John
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karpinski
Lewenstein
Lyon
Meyerheim

Dr. Boeck eröffnet die Sitzung mit Worten des Gedenkens an Dr. Otto Hirsch, der am 19. Juni 1941 verstorben ist.

- 1.) Es wird beschlossen, in Ziffer 2 der Durchführungsanweisung der Auswandererabgabe-Ordnung den Abschnitt b) zu streichen. Ziffer 9 erhält folgende Fassung:

"Änderungen, die nach Festsetzung der Auswandererabgabe eingetreten sind, führen nur dann zu einem nachträglichen Erlaß aus Billigkeitsgründen, wenn sich nachträglich eine Transfer-Möglichkeit ergeben hat. Anträge, die nach der Auswanderung gestellt werden, können nicht berücksichtigt werden."

2.) Betreffs der Versorgung der jüdischen Bevölkerung in Berlin mit Kartoffeln und anderen Nahrungsmitteln soll zunächst eine Fühlungnahme mit dem Haupternährungsamt erfolgen.

- 3.) Herrat a.D. Jacoby soll gebeten werden, einen Plan zur Schaffung einer Material-Ausgleichsstelle aufzustellen. Es soll dadurch erreicht werden, daß das jetzt frei werdende Inventar des Umschichtungsstellen nachgemäÙ verwertet wird.

- 4.) Es wird berichtet über:

- a) die Übernahme des Vertrages der Telefongesellschaft im Hause Meiskestraße 10,
- b) die Ergebnisse der jüdischen Winterhilfe 1940/41
- c) die Vorgänge in der Jüdischen Kultusvereinigung DORTMUND, die zur Abberufung des Vorstandes führen.

gez. Dr. Berliner

I/Kard./Kl.
41/375

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 7.7.1941

Anwesend: Dr. Baeck... als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Furst
Korninski
Lyon
Meyerheim

- 1.) Über die Unterbringung von Jugendlichen, die infolge der Einstellung der Berufsausbildung aus Hachscharah-Kursen und Umschichtungsstellen entlassen werden müssen, wird eine generelle Entscheidung nicht getroffen. Es soll versucht werden, einen Teil dieser Jugendlichen nochmals in die oberste Schulklasse einzureihen und für andere, die dem Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt werden müssen, Kurzarbeit zu erreichen, um auch ihnen noch die Möglichkeit einer ergänzenden Fortbildung zu geben.
- 2.) Beirat a.D. Jacoby berichtet über die Unterbringungsmöglichkeiten der Reichsvereinigung bei einem Umzug aus der Kantstraße 158. Mit Ausnahme der Abteilungen Wanderung, Abwicklungsstelle und Statistik könnte die gesamte Reichsvereinigung im Verwaltungsgebäude der JEV Berlin Oranienburger Straße 31 Unterkunft finden, wenn die dort untergebrachte Wohnungsberatungsstelle in das Gebäude Artilleriestraße 31 verlegt wird. Der Vorstand schließt sich diesen Ausführungen an.
- 3.) Die Wohnungsberatungsstelle der JEV Berlin hat im Mai dieses Jahres 762 jüdische Wohnungen in arischen Häusern gemietet. Für den Juli 1941 sind bisher 51 derartige Wohnungen angegeben worden.
Für Renovierungskosten in 100 Wohnungen sind rund RMark 75.000.-- zu erstatten.
- 4.) Es wird beschlossen, Spesen, die durch Inanspruchnahme von Konsulenten entstehen, generell nicht zu erstatten. In besonderen Fällen, die von Dr. Lilienthal zu entscheiden sind, kann gegebenenfalls der Dispositionsfonds, nicht aber Fürsorgemittel für derartige Zwecke herangezogen werden.
- 5.) Durch die Übernahme von Spinnstoffwaren aus Baden im Wert von ca. RM 26.500.-- (ohne Nebenkosten) ist der Bedarf der jüdischen Kleiderkammern zurzeit annähernd gedeckt. Falls es gelingt, noch einige Artikel, für die ein besonderer Bedarf besteht, zu erhalten, wird ein nochmaliger Betrag von höchstens RMark 25.000.-- genehmigt.
- 6.) Dr. Berliner berichtet über die neuen Vorschriften für USA-Visen.

gez. Dr. Berliner.

1/11. 11.
41/-/37

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 16.7.41

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karmilowski
Lyon
Meyerheim

Die Dienststelle Arbeitssektors der JKV Berlin hat der Staatspolizei mitgeteilt, dass alle weiblichen Personen bis zu 50 Jahren und alle männlichen Personen bis zu 60 Jahren zur Weiterleitung an das Arbeitsamt, Dienststelle für Juden, Aufzugsbahn, Frauen, die Kinder oder andere Familienmitglieder zu versorgen haben, können gegebenenfalls für Hausarbeit vorgeschlagen werden.

Eine endgültige Entscheidung über die Unterbringung auswärtiger Jugendlicher in Wohnheimen in Berlin soll in Gemeinschaft mit der JKV Berlin, Herrn Kozower, getroffen werden. Bis zum 1. August 1941 soll geprüft werden, ob die Mieträume des Wohnheimes 2 durch gemeindeeigene Räume zur Unterbringung der 30 Insassen dieses rituell geführten Heimes ersetzt werden können. Die dann noch freien Plätze in Wohnheim 1 werden durch die JKV Berlin mit auswärtigen Jugendlichen, die hier in Arbeitseinsatz sind und bisher in möblierten Zimmern wohnen, besetzt werden.

Ausgehend von dem Einzelfall der jüdischen Siedlungsgemeinschaft BOMM wird festgestellt, dass derartige Siedlungsgemeinschaften auch in ihren aus der Siedlung sich ergebenden Angelegenheiten selbstverständlich der Reichsvereinigung bzw. ihren Bezirksstellen unterstellt bleiben. In der Regel soll der Leiter derartiger Gemeinschaften der Beauftragte der betreffenden Bezirksstelle sein.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 27.7.1941

Anwesend	Dr. Baack als Vorsitzender
	Dr. Cohn
	Dr. Boppstein
	Henschel
	Kozower
	Dr. Lilienthal
	Dr. Berliner
	Dr. Fuchs
	Fürst
	Karłinski
	Lyon
Fehlend	Löwenstein
	Meyerheim

- 1.) Da behördlich genehmigt worden ist, die Kürzung des Schulköntingentes um RMark 25.000.-- durch eine zusätzliche Sondersammlung auszugleichen, soll eine Werbung für Schulkinderpatenschaften veranstaltet werden. Um die Kleinsammlungen der RV nicht zu gefährden, sollen nur Vollpatenschaften von RMark 50.-- bzw. Halb- oder Viertelpatenschaften entgegengenommen werden. Ein Werbeaufruf, der sich insbesondere um kostenlose Pflegestellen für Schulkinder bemüht, wird genehmigt.
- 2.) Eine behördliche Entscheidung über den Weiterbestand der Schule der nichtmosaischen Juden steht noch aus. Falls eine Genehmigung erteilt wird, soll die Finanzierung im wesentlichen durch einen Beitrag der kirchlichen Kreise gedeckt werden.
- 3.) Es wird über die Lage der jüdischen Bevölkerung berichtet. Die Abteilung Wanderung der Reichsvereinigung (Hilfsverein) beschäftigt nach dem geforderten Abbau noch 91 Mitglieder in Berlin und 31 im Reich.
- 4.) Die Bilanz des Jüdischen Kulturbundes hat ergeben, daß diese Organisation noch über flüssige Mittel und Reserven verfügt. Eine Rücksprache der Vorstandsmitglieder des Kulturbundes im Propagandaministerium soll auch die Frage, ob ein Teil dieser Reserve nicht satzungsgemäß für Aufgaben der Reichsvereinigung verwendet werden darf, zur Erörterung stellen.
- 5.) Es wird berichtet über:
 - a) die Räumung des Altersheimes Pankow zum 15. August 1941,
 - b) Aussiedlungen von bisher 10 Familien aus BRESLAU nach der Anstalt Zoar in Thormersdorf, wo sich bereits das Beate-Guttmann-Heim aus Breslau befindet,
 - c) die Möglichkeit, jüdische Personen in Berlin, die dem Arbeitsersatz zugeführt werden sollen, wieder durch Vertrauensärzte der Jüdischen Kultusvereinigung untersuchen zu lassen.

gez. Dr. Berliner

88

1. Dr. Berl/Ml.

41/-

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 7.8.1941

Anwesend: Dr. Busck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Hirschel
Kozower
Dr. Lillenthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Lyon
Meyerheim

entschuldigt: Fürst
Germanski
Löwenstein

- 1.) Es wird beschlossen, allen Angestellten der Reichsvereinigung und der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin einen Ausweis auszuhandigen, aus dem sich ergibt, daß und in welcher Stellung sie bei der Reichsvereinigung oder der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin beschäftigt sind.

Für einen ganz eng beschränkten Kreis von Mitarbeitern, die sehr häufig Abends länger beschäftigt sind, sollen darüber hinaus Ausweise ausgestellt werden, aus denen sich ergibt, daß sie aus Arbeitsgründen nicht zur vorgeschriebenen Zeit zu Hause sein können. Die Zeit, bis zu der diese Mitarbeiter gegebenenfalls beschäftigt sein werden, soll angegeben werden.

Für solche Mitarbeiter, die an einzelnen Tagen zur Erledigung bestimmter Aufträge länger beschäftigt sind, sollen Ausweise für den bestimmten Tag gegeben werden.

Der Fortlaut aller Bescheinigungen soll zwischen den beteiligten Stellen noch vereinbart werden.

- 2.) Den Vorstandsmitgliedern der Reichsvereinigung und der Kultusvereinigung Berlin soll eine Abschrift des Briefes der Reichsvereinigung an die Abteilung Arbeitseinsatz der Kultusvereinigung Berlin, den Arbeitseinsatz der Ehefrauen der Vorstandsmitglieder betreffend, übermittelt werden.

- 3.) Es ist zu befürchten, daß eine große Anzahl von Personen, die sich für die Auswanderung vorbereitet und die Auswandererabgabe bereits bezahlt hatten, jetzt nach Schließung der USA-Konsulate, die Auswandererabgabe zurückverlangen wird. Dadurch könnten die Rückzahlungen in sehr erheblicher Höhe erforderlich werden.

Es wird beschlossen, mit einer generellen Anweisung über die Rückzahlung solcher Beträge noch einige Zeit zu warten, bis sich übersehen läßt, ob aufgrund der neuen Vorschriften für die Visa-Erteilung diese vielleicht in gewissem Umfang auch für in Deutschland lebende Personen wieder in Gang kommt.

88

- 4.) Die Fürsorgeabteilung kommt mit dem ihr für August zustehenden Kontingent nicht aus. Es wird ein Fehlbetrag von schätzungsweise RMark 150.000.-- entstehen.

Nach Erörterungen verschiedener Vorschläge wird beschlossen, die Deckung dieses Fehlbetrages durch die Verwendung von RMark 100.000.-- des Überschusses der abgelaufenen Winterhilfe und von RMark 50.000.-- aus den Überschüssen des Kulturbundes vorzuschlagen.

- 5.) Bezüher von Pensionen der Reichsvereinigung und der Kultusvereinigungen sind zum Arbeitseinsatz zu melden, sofern sie arbeitseinsatzfähig sind und das Alter von 60 Jahren bei Männern und 55 Jahren bei Frauen nicht überschritten haben. Der Arbeitsverdienst ist auf die Pension anzurechnen.

Bei Berechnung der Pension ist ferner zu berücksichtigen, daß die Versicherungsrenten, die gleichfalls anzurechnen sind, erhöht sind.

Bei den Fürsorgeleistungen tritt eine Anrechnung der Erhöhungsbeträge aufgrund allgemeiner Bestimmungen nicht ein.

- 6.) Dem früheren Angestellten der Abt. Fördererbeiträge, Herrn Drucker, der ausgeschieden ist, weil er vom Arbeitseinsatz beansprucht worden ist, war zum Ausgleich von entgangenen Provisionen eine Abfindung von RMark 975.-- angeboten worden. Herr Drucker berechnete demgegenüber den ihm zustehenden Betrag auf mindestens RMark 2.500.--. Die Schlichtungsstelle hat einen Vergleich von RMark 1.400.-- vorgeschlagen. Dieser Vergleichsvorschlag ist zunächst gescheitert.

Es soll versucht werden, in einer persönlichen Verhandlung mit dem Konsulenten Schlesinger, der Herrn Drucker vor der Schlichtungsstelle vertreten hat, zu einem Ausgleich zu kommen.

- 7.) Es wird beschlossen, zum Vorstand der Jüdischen Kultusvereinigung DORTMUND die Herren Wolf, Meyer und Rosenbaum zu bestellen.

- 8.) Der Leiter der Anlernwerkstätte MÜNCHEN Herr S a n g e r, hat beantragt, daß ihm neben seinem Gehalt aus Gehaltsstufe 3 für die von ihm abgehaltenen Abendkurse eine besondere Vergütung gewährt wird.

Dieser Antrag wird abgelehnt, da die Einstufung nach Gehaltsgruppe 3 bereits unter Berücksichtigung seiner gesamten Beschäftigung erfolgt ist.

gez. Dr. Berliner

Karm/Kl. 41/-/448

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 11.3.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Kozower

Auf Dienstreise Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Kulinski
Lyon
Meyerheim

fehlend Löwenstein

Es wird folgendes berichtet:

Die Aufsichtsbehörde hat gestattet, in Zukunft die Einnahmen und Ausgaben von Ertragsgrundstücken zu saldieren. Eine Saldierung darf auch nach Antrag der Abt. Fürsorge für die Siechenheime und das Dauerheim für Schwachsinnige stattfinden. Durch diese Maßnahme wird das Fürsorgekontingent entlastet. Zur Deckung des dann noch vorhandenen Fehlbetrages ist die Verwendung von RMark 100.000.-- aus dem Überschuß der Jüdischen Winterhilfe 1940/41 gestattet worden. Ein Bericht über die jüdischen Organisationen, die noch außerhalb der Reichsvereinigung bestehen, ist angefordert worden.

Für die Aussiedlung der Juden aus K & L n in Baracken sind von der Reichsvereinigung RMark 800.000.-- vorzulegen. RMark 50.000.-- sollen monatlich durch Erhebung von Mieten zurückerstattet werden.

Eine Besichtigung der Synagoge Heidereuthergasse und des Verwaltungsgebäudes der Jüdischen Kultusvereinigung Rosinstraße 2/4 hat durch die Polizeileitstelle Berlin der Geheimen Staatspolizei stattgefunden. Im Anschluß daran wurden die Wohnungsberatungsstelle Oranienburger Straße und die Abteilung Wanderung der Reichsvereinigung (Hilfsverein) Artilleriestraße besucht.

Die Haupttreuhandstelle Ost hat die Reichsvereinigung beauftragt, Unterstützungen an diejenigen Personen ehemaliger polnischer Staatsangehörigkeit zu zahlen, deren Vermögen durch die Haupttreuhandstelle Ost beschlagnahmt ist. Die Haupttreuhandstelle Ost wird der Reichsvereinigung zu diesem Zweck monatlich die Summe von RMark 12.500.-- überweisen.

Personen, deren Visa für USA verfallen sind, werden nach einer Mitteilung des JOINT, falls keine mahen Angehörigen in Deutschland zurückbleiben, bei einem amerikanischen Konsulat in Spanien Visa erhalten. Die Abteilung Wanderung der Reichsvereinigung wird daher für Personen, bei denen diese Voraussetzungen zutreffen, einen Transport nach Spanien vorbereiten.

gez. Dr.. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 18.3.1941

Anwesend: Dr. Baack als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Lyon
Meyerheim
krank: Löwenstein

- 1.) Es wird beschlossen, für den Transport und die Aufbewahrung von persönlichen Urkunden, Familienbildern etc., die der Jüdischen Kultusvereinigung HAMBURG aus den Listen ausgewandert Personen zur Verfügung gestellt werden, künftig nicht mehr zu genehmigen.
- 2.) Es wird beschlossen, daß in Zukunft auch Friedhofsgrundstücke nicht ohne angemessene Bezahlung verkauft werden sollen. Soweit eine solche nicht erzielbar ist, soll der Verkauf zurückgestellt werden.
- 3.) Es soll beantragt werden, von den Einnahmen aus der Vermietung von Synagogenplätzen die Hälfte für die Erhaltung des Kultus bereitzustellen. Jedoch soll die Jüdische Kultusvereinigung Berlin nicht mehr als monatlich 2.000.-- für Kultuszwecke verwenden.
- 4.) Es wird mitgeteilt, daß die Bibliothek der Lehrenstalt für die Wissenschaft des Judentums provisorisch in der Artilleriestraße 31 aufgestellt werden soll.
- 5.) Es wird ein Plan erörtert, Bücher bei Privaten zu sammeln und sie bei der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin zu einer Leihbibliothek zusammenzustellen. Da auch beim Jüdischen Kulturbund Pläne zur Errichtung einer Leihbibliothek schweben, soll vor weiteren Verhandlungen der Frage mit dem Kulturbund Führung genommen werden.
- 6.) Es wird über die Umbesetzung des Vorstandes in FRANKFURT/MAIN berichtet. Der Vorstand setzt sich jetzt wie folgt zusammen:
1. Vorsitzender Simon-Wolfskehl, Stellvertretender Vorsitzender Weil, Kauffmann, Marxheimer.
- 7.) Es wird über die Notwendigkeit eines weiteren Personalabbaus berichtet. Bis Ende September sollen 100 Angestellte, etwa 10 bei der Reichsvereinigung und etwa 90 bei der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin gekündigt werden.

- 8.) In der Angelegenheit DRUCKER ist es zu einer Einigung auf folgender Grundlage gekommen:

Die beim Ausscheiden des Herrn Drucker in Aussicht genommene Abfindung von RM 975.-- soll gezahlt werden. Außerdem soll Herr Drucker zusätzlich zur Abfindung an Provisionszahlungen 10% der aus den Spenden Veilchenfeld und Jalovitz eingehenden Beträge erhalten. Vorweg wird zusätzlich zu den genannten RM 975.-- eine A-Conto-Zahlung von RM 125.-- geleistet.

- 9.) Es wird geplant, die Bezirksstelle Baden/Pfalz zur Entlastung von Herrn Eisemann durch Herrn WÖLLEHM zu verstärken. Die Zusagegenehmigung für Herrn Wöllehm ist auch erteilt worden, nicht aber die Genehmigung für seine Familie. Es soll zunächst versucht werden, ihn zu bestärken, die Stelle auch ohne seine Familie anzutreten; anderenfalls soll eine andere zusätzliche Besetzung erfolgen.

Bezüglich des Herrn Pinkus verbleibt es bei dem Entlassungsbeschluss.

- 10.) Dem bisherigen Leiter der bisherigen Umschichtungsstelle ELLGUTH, Herrn Spöck, soll mitgeteilt werden, daß es bei den durch die Abteilung Berufsausbildung getroffenen Maßnahmen bleibt.

- 11.) Im Zusammenhang mit dem Altreu-Transfer seines Bruders hat Herr Dr. Elsaß, Ludwigsb., wie durch die Bezirksstelle München mitgeteilt wird, in Briefen die Reichsvereinigung in Bezug auf ihr Finanzgebahren und die Begründung der Sammlungen verdächtigt. Es wird beschlossen, Dr. Elsaß binnen einer kurzen Frist zur Rücknahme seiner Behauptungen gegenüber der Reichsvereinigung und gegenüber denjenigen Personen, die seine Briefe empfangen haben, aufgefordert, anderenfalls weitere Schritte unternommen werden sollen.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Jüde in Deutschland, Montag, 25.8.41

Anwesend:	Dr. Black als Vorsitzender
	Dr. Sohn
	Dr. Epstein
	Henschel
	Kozower
	Dr. Lilienthal
	Dr. Sachs
	Fürst
	Karminski
	Lyon
	Meyerheim
erkrankt:	Dr. Berliner
	Löwenstein.

- 1.) Es wird beschlossen, künftig auch für Rechtsauskünfte, die im Rahmen der Reichsvereinigung erteilt werden, eine Gebühr von Mark 2.-- für jede Rechtsauskunft zu erheben; ebenso für Bearbeitung von Telefonanträgen.
- 2.) Da die Bezahlung der Kultusfunktionäre jetzt in der Regel durch private Sammlungen ermöglicht wird, so daß die Funktionäre weder steuer- noch beitragspflichtig sind, soll ein Weg gefunden werden, den Beiträgen entsprechende Beträge für die Reichsvereinigung aus der ohne rechtliche Verpflichtung von den Kultusfunktionären zu erhalten.
- 3.) Das September-Kontingent ist insbesondere in den Posten Verwaltung, Schule und Fürsorge wieder erheblich gekürzt worden.
- 4.) Es wird beschlossen, die Ehefrauen der Herren Dr. Levy und Friedrich Meyer, die durch häufige Nachterbeit ihrer Männer in der Haushaltsführung besonders beansprucht sind, durch die Jüdische Kultusvereinigung Berlin nicht zum Arbeitseinsatz zu melden.
- 5.) Die neue Fassung des § 11 a der Auswandererabgabe-Ordnung ist in folgender Fassung angenommen:

"Die Auswandererabgabe ist fällig, sobald der Auswanderer zwecks Durchführung seiner Auswanderung, insbesondere zwecks Erlangung seines Passes die Unbedenklichkeitsbescheinigung haben muß.

Die Auswandererabgabe wird zurückbezahlt, wenn eine Auswanderungsmöglichkeit für das Mitglied nicht mehr besteht. Bei der Zurückzahlung wird ein Betrag von 25% der geleisteten Auswandererabgabe als Gebühr einbehalten. Auf diesen Betrag werden 4% jährliche Zinsen für jeden abgelaufenen vollen Monat seit Leistung der Auswandererabgabe angerechnet. Die einzubehaltende Gebühr von 25% kann bis zu 10% ermäßigt werden, wenn dies nach der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Mitgliedes angemessen erscheint."

Es soll hinzugefügt werden, daß der bei der Zurückzahlung der Auszahlungssumme zu einem mittleren Betrag bei künftigen Fälligkeiten der Auszahlungssumme der Anrechnung kommen soll.

67) Es wird berichtet über

- a) Bemühungen für Frauen, die über den Arbeits-Einsatzpflichtig (hier: Hilfs-) sind, Hilfsarbeit-Aufträge zu erhalten. Ein größerer Auftrag einer Maschinen-Firma in Berlin steht bereits in Aussicht.
- b) Bemühungen, in der Heilstätte für jugendliche Lungenerkrankte in Nordfriesland, die Aufnahme männlicher Patienten zu erreichen, nachdem zunächst eine Genehmigung des badischen Innenministeriums vorlag. Diese Genehmigung ist jetzt infolge einer Äußerung des Reichsstaatsanwalts von Baden zurückgezogen worden.
- c) die Genehmigung der Verwendung von 50% der bei der Vermietung von Synagogenplätzen erzielten Einnahmen für Hilfszwecke.
- d) die Entscheidung der Aufsichtsbehörde, daß bei Arbeits-Einsatzpflichtigen, die im Ruhegehalt stehen, die Hälfte des Verdienstes in Arbeits-Einsatz auf das Ruhegehalt angerechnet werden soll.

Herr Dr. Lilienthal

- e) Da eine Minderung der Rente in der offenen Fürsorge nicht noch einmal erfolgen kann, findet eine Erörterung darüber statt, ob eine Lösung durch Saldierung der Altersrente angängig ist.

I/Dr. Li./Kl.
41 / - / 515

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 8.9.1941

Anwesend: Dr. Baeck Als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Epstein

Menschenel

Kozower

Dr. Lilienthal

Dr. Fuchs

Fürst

Karninski

Lyon

Meyerheim

Dr. Löwenthal zu 1.

fehrend: Dr. Berliner

Löwenthal

- 1.) Es wird beschlossen, die Richtlinien für die einheitliche Bewertung der Sachbezüge auch für die Angestellten der Reichsvereinigung anzuwenden.
- 2.) Für einen Lesezirkel der Reichsvereinigungs-Angestellten des Hauses Kantstr. 155 sind aus Privatbesitz Bücher zur Verfügung gestellt worden.
- 3.) Der Beschluß, auch für Rechtsauskünfte, die im Rahmen der Reichsvereinigung erteilt werden, eine Gebühr zu erheben, wird aufgehoben. Die Zweig- und Bezirksstellen der Reichsvereinigung sollen im übrigen darauf hingewiesen werden, daß auch an sich zulässige Rechtsauskünfte nur an Unbemittelte erteilt werden sollen. Bemittelte sind an die Konsulenten zu verweisen.
In den Kleiderkammern soll künftig für Umtausch von Kleidungsstücken eine Gebühr von RMark 1.-- erhoben werden.
- 4.) Der Abbau von 100 Angestellten, der bis Ende September durchgeführt werden muß, soll so verteilt werden, daß die Abt. Wanderung zunächst nur 5 Angestellte entläßt, etwa 15 weitere Personen werden von der Zentrale der Reichsvereinigung abgebaut, so daß bei der JKV Berlin nur 60 Angestellte zu entlassen sind.
- 5.) Über die Durchführung der Verordnung über die Kennzeichnung der Juden, die am 19. September 1941 in Kraft tritt, wird berichtet.
- 6.) Es wird berichtet über:
 - a) einen Besuch im Erziehungsministerium, das anerkennt, daß auch in Zukunft Dienstreisen der Schulabteilung notwendig sind, und daß Kinder, die nicht an ihrem Wohnort zur Schule gehen, für die tägliche Fahrt zur Schule Ausweise erhalten müssen,
 - b) die Auflösung der Schule der achtmosaischen Juden
 - c) die Einsetzung von Dr. Schönfeld als Leiter der Abt. Fördererbeiträge.

gez. Dr. Lilienthal

I/Dr. Lf./Rf.
41/-/527

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Dienstag 10.9.41

Anwesend: Dr. Black als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozover
Dr. Lilienthal
Fürst
Kardiner
Lyon
Meyersheim
fehlend: Dr. Berliner
Dr. Buchner
Löwenstein

- 1.) Es findet eine Aussprache darüber statt, ob nicht allmählich der Schule der nichtmosaischen Juden die Kinder, die bisher diese Schule besucht haben, in Sondergruppen innerhalb der jüdischen Schule unterrichtet werden sollen. Die Beschlußfassung wird dem Vorstand der JKV Berlin überlassen.
- 2.) Die Büros der Reichsvereinigung und der JKV Berlin sollen an den beiden Neujahrsfeiertagen und am Versöhnungsfest geschlossen bleiben, unter Ansetzung eines verstärkten Notdienstes. An den Hauptfeiertagen des Laubhüttenfestes soll je die Hälfte der Mitarbeiter beurlaubt werden.
- 3.) Es wird berichtet über:
 - a) die Ausführungsbestimmungen der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden,
 - b) die Auflösung des jüdischen Kulturbundes,
 - c) das bisherige Sammlungsergebnis der Sammlung "JÜDISCHE PFLICHT" bis zum 31. August 1941 RMark 675.000.--.

gez. Dr. Lilienthal

I/Dr. Bawl/Kl.
41/-/359

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 29.9.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lillenthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
First
Karminski
Lyon
Meyerheim
fehlend: Löwenstein

- 1.) Es wird beschlossen, die Sammlung des Keren Kajemet in der Form fortzusetzen, daß die vorhandenen Büchsen bleiben und weiterhin regelmäßig geleert werden sollen. Von einer Neuaufstellung von Büchsen soll Abstand genommen werden. Die Irregularitäten der Sammlung sollen dem Schulwesen, insbesondere zur Förderung von hebräischem Unterricht, zufließen.
Die Büchseninhaber sollen in einem einmaligen Schreiben von der Fortsetzung der Sammlung und der neuen Zweckbestimmung der Ertragnisse in Kenntnis gesetzt werden.
- 2.) Zum Zwecke der Ersparnis im Schuletat soll der Etat der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums auf die Möglichkeit weiterer Einsparungen nochmals überprüft werden.
Es soll ferner geprüft werden, ob zusätzliche Mittel außerhalb des Etats für die Lehranstalt gewonnen werden können.
Im übrigen soll zunächst abgewartet werden, welche statemäßigen Ersparnisse die Saldierung der Kinderheime aufweisen.
- 3.) Herr Dr. E l s a s s , Ludwigsburg, hat durch den Konsulenten Dessauer, Stuttgart, mitteilen lassen, daß er bereit sei, der Aufforderung der Reichvereinigung, die gegen diese ausgesprochenen Verdächtigungen ausdrücklich zurückzunehmen, nachzukommen, sofern seine Erklärung weder veröffentlicht noch einer Behörde vorgelegt würde. Es soll ihm mitgeteilt werden, daß eine Veröffentlichung nicht beabsichtigt sei, daß aber hinsichtlich der Vorlage eine Bindung nicht eingegangen werden könne.
- 4.) Das Angestelltenverhältnis mit Angestellten in privilegierten Mischehen wird erörtert. Beschlußfassung wird vertagt.

gez. Dr. Berliner

86

1/Dr. Berl/Kl
42/ - / 38

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 7.10.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuhs
Fürst
Karminski
Lyon
Meyerheim
fehlend (krank) Löwenstein.

1.) Es wird beschlossen, die Mitarbeiter bei der Sammlung FÖRDERERBEITRÄGE in bezug auf Gehälter oder Personalangelegenheiten nicht mehr bei der Abteilung Wanderung, sondern unmittelbar bei der Personalverwaltung in der Zentrale Kantstraße zu führen.

2.) Es wird berichtet über

- a) Wohnungskündigungen in Berlin,
- b) die Beschäftigung von jüdischen Bibliothekaren,
- c) die Notwendigkeit der Verstärkung der Hauspflege in Berlin.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 3.11.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel.
Kozower
Fr. Lillienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Lyon
Meyerheim
fehlend (krank) Löwenstein

- 1.) Die Änderung der Auswandererabgabe-Ordnung wird gemäß Vorlage beschlossen.
- 2.) Es wird beschlossen, für die Jüdische Winterhilfe, deren Genehmigung in Aussicht gestellt ist, als Richtsatz 10% der Einkommensteuer bzw. 8% der Vermögenssteuer monatlich für 6 Monate zu erheben.
- 3.) Es wird berichtet über
 - a) die Abwanderungsmaßnahmen in Berlin und die Betreuung der betroffenen Personen durch die Gemeinde,
 - b) die entsprechenden Maßnahmen im Reich,

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 24.11.1941

Anwesend:	Dr. Baeck	als Vorsitzender
	Dr. Cohn	
	Dr. Eppstein	
	Henschel	
	Kozower	
	Dr. Lillienthal	
	Dr. Berliner	
	Dr. Fuchs	
	Fürst	
	Lyon	
	Meyerheim	
fehrend (krank)	Löwenstein	
	Karminski	

- 1.) Es wird über Bemühungen berichtet, die Umwandlung von JOINT-Devisen für die Fortsetzung der Zahlungen in das Generalgouvernement in der Form durchzuführen, daß Personen über 60 Jahre gegen Hergabe entsprechender Reichsmarkmittel (die in gewissem Umfang auch für Personen, die selbst über Mittel nicht verfügen, Verwendung finden sollen), die Auswanderung ermöglicht wird.
- 2.) Es wird beschlossen, zur Deckung der Auswanderungskosten sowie darüber hinaus für die allgemeinen Zwecke der Reichsvereinigung von den Teilnehmern an den Abwanderungstransporten freiwillige Spenden in Höhe von mindestens 25% der flüssigen Mittel (ohne Wertpapiere) zu erheben.

gez. Dr. Berliner

11. - 1941
11. - 1941

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 11.2.1941

Anwesend: Dr. Meck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Menschel
Kozover
Dr. Lillenthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Kaminski
Lyon
Meyerheim

- 1.) Es wird beschlossen, die für das Jahr 1941 beschlossene Beitrags-Ordnung unverändert für 1942 beizubehalten.
- 2.) Es wird für erforderlich gehalten, das Gehalt von Herrn Victor Israel L. & S. n. s. t. in mit Rücksicht auf die lange Dauer seiner Erkrankung und die Unbestimmtheit des Zeitpunktes seiner Wiederherstellung herabzusetzen, und zwar etwa derart, daß im Januar das Gesamteinkommen unter Berechnung seiner Pension dem seiner Gehaltsgruppe (Gruppe II) entspricht, ab Februar der Mark 150.-- brutto zusätzlich zur Pension von der Reichvereinigung bezahlt.
- 3.) Die Entscheidung von Anträgen, die an die Antrag-Prüfstelle gelangen, weil die örtliche Antragstelle ihre Befürwortung und Weitergabe abgelehnt hat, soll vom Prüfungsausschuß getroffen werden. Diesem Prüfungsausschuß sollen die Herren Kozover, Conrad Cohn, Dr. Eppstein und Dr. Lillenthal angehören; sofern es sich um Berliner Fälle handelt, tritt an die Stelle von Herrn Kozover dann Herr Menschel.
Die vom Prüfungsausschuß gefällten Entscheidungen sollen dem Vorstand zur Kenntnis gebracht werden.
Über eine Reihe von Zweifelsfragen der Anordnung über Verfügungsbeschränkungen soll eine Klärung herbeigeführt werden.
- 4.) Die Richtsätze für die Jüdische Winterhilfe werden mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Winterhilfeperiode frühestens im Dezember beginnen kann, in folgenden Punkten abgeändert:
Bei der Berechnung des Richtsatzes vom Einkommen werden statt 6 x 10% jetzt 5 x 12% der Lohnsteuer erhoben,
bei Berechnung des Richtsatzes vom Vermögen werden statt 6 x 3% jetzt 5 x 10% des Reichsvermögensteuerbetrages erhoben.
- 5.) Es wird darüber berichtet, daß die jüdischen Friedhöfe vielfach zur Bestattung von russischen Kriegsgefangenen in Anspruch genommen werden. Gegen diese Inanspruchnahme bestehen keine Bedenken.

gez. Dr. Berliner.

1/Berl/Kl.
42/-/41

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 22.12.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozover
Fr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Kirst
Lyon
Meyerheim

1.) Es wird beschlossen, die Sammlung FÖRDERERBEITRÄGE zum 1.1.1942 aufzulösen.

Die zentrale Sammlung der Reichsvereinigung soll durch einen Teil der Sammler der Fördererbeiträge verstärkt werden.

2.) Es wird berichtet über

a) die Schließung des JOINT-Büros in Krakau,

b) die Betreuung derjenigen Personen, deren Vermögen durch die Haupttreuhandstelle Ost eingezogen worden ist,

c) die Verhandlungen über die Räumung der Wohnungen von Abgewanderten in Berlin.

gez. Berliner

7/Dr. Berk
42/-/53

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 26.1.1942

Anwesend: Dr. Back als Vorsitzender
Dr. Koppstein
Hansche
Kosower
Kreindler

fehlgend (krank): Dr. Cohn
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Lewerhaim

- 1.) Die Zuwahl von Herrn Leo Israel K r e i n d l e r als Leiter des in die Reichsvereinigung als Abteilung einzugliedernden Rest-Kulturbundes (Nachrichtenblatt und Buchvertrieb) in den Vorstand der Reichsvereinigung wird vollzogen.

Die Vorkahrungen für die Eingliederung des Rest-Kulturbundes sollen nunmehr getroffen werden, und zwar in der Weise, daß -wie bei allen anderen Abteilungen- die Finanzverwaltung der Finanzabteilung, die Personalien der Personalabteilung eingegliedert werden, während die sachliche Leitung der Abteilung in den Händen des Herrn Kreindler verbleibt. Die kulturelle Aufsicht über diese Abteilung wird weiterhin durch das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda geführt werden.

- 2.) Da zu erwarten ist, daß mit dem 1. Februar 1942 die Postzustellung von Zeitungen und Zeitschriften an Juden -mit Ausnahme des Jüdischen Nachrichtenblattes- eingestellt wird, soll versucht werden, der Aufsichtsbehörde Vorschläge zu unterbreiten, durch die die Versorgung der jüdischen Bevölkerung mit den für sie notwendigen Nachrichten soweit als möglich sichergestellt wird. Diese Vorschläge sollen sich beziehen auf die Zustellung von

- a) zentralen amtlichen Publikationsorganen (Reichsgesetzblatt, Reichsanzeiger, Reichsarbeitsblatt usw.) an die Reichsvereinigung, die selbständigen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen sowie die größeren Verwaltungsstellen.
- b) örtlichen oder bezirklichen amtlichen Publikationsorganen (z.B. Kreisblättern) an die örtlichen Verwaltungsstellen der Reichsvereinigung.

- c) Fachblättern an die Jüdischen Konsulenten und jüdischen Krank- und Zahnbehandler.
 - d) allgemeinen Nachrichten an die jüdische Bevölkerung durch Freigabe einer Tageszeitung zur Lieferung an die jüdische Bevölkerung oder -falls dieses nicht möglich sein sollte- durch Aufnahme solcher Nachrichten in das Jüdische Nachrichtenblatt, ferner durch Verbreitung von Nachrichten durch eine besondere Nachrichtenorganisation (in Gr. S.-städten: Blicksystem), schließlich durch Einrichtung von Lesestuben usw.
- 3.) Aus Anlaß eines Einzelfalles wird vorgeschlagen, die Form der Todesanzeigen im Jüdischen Nachrichtenblatt nach Möglichkeit zu vereinfachen.
 - 4.) Über das statistische Ergebnis der Meldungen von Verfügungen seit dem 15. Oktober 1941 wird berichtet sowie ein Überblick über die Tätigkeit der Antragsstelle bei der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin gegeben. Der Vorstand nimmt von einer Entscheidung der Antrag-Prüfungsstelle Kenntnis.
 - 5.) Nachdem die Zahlungen des JOINT-Komitees an die Gemeinden in Ostoberschlesien, Warthegau und Sud-Ostpreußen in Fortfall gekommen sind und diese Gemeinden um weitere finanzielle Unterstützung dringend gebeten haben, soll geklärt werden, ob und wieweit die Ghettoverwaltung in Litzmannstadt in der Lage ist, eine Fürsorge für diese Gemeinden zu übernehmen.
 - 6.) Es wird berichtet über:
 - a) das Gesamtergebnis der Abgabe von Pelz-, Ski- und Wollsachen,
 - b) den Abgang des Transportes vom 25.1.1942 aus Berlin.

gez. Berliner

705

I. Fern/Kl.
42/-/37

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 9.2.1942

Anwesend: Dr. Bogen als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Herschel
Kosower
Kreindler
Dr. Lilienthal
Dr. Fuchs
Pürst
Karminski
fehlend: Dr. Berliner
Meyerheim.

- 1.) Der Vorschlag, zwecks zusätzlicher Mittelaufbringung eine einmalige Abgabe, die in einem bestimmten Prozentsatz zum Vermögen steht, zu erheben, wird gründlich erörtert. Ein detaillierter Plan soll dem Vorstand vorgelegt werden.
- 2.) Es wird berichtet über:
 - a) die Herabsetzung der Freigrenze für Inhaber mit beschränkt verfügbarem Sicherungskonto.
 - b) die schädliche Ablehnung der Inbetriebnahme der Mazzöth-Bäckereien in Frankfurt/Main und Hamburg,
 - c) die Übernahme des Zeitungsverlages und Buchvertriebes des ehemaligen jüdischen Kulturbundes in die Buchhaltung und Personalverwaltung der Reichsvereinigung zum 1. März 1942.
 - d) die Anordnung betreffend Auflösung der Paltreu und Eingliederung der Altren. Es soll dafür eingetreten werden, daß die FWI (Gesellschaft zur Förderung wirtschaftlicher Interessen von in Deutschland lebenden oder wohnhaft, gewesenen Juden) zunächst erhalten bleibt.

gez. Dr. Lilienthal

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 23.2.1942

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschei
Kozover
Kreindler
Dr. Lillenthal
Dr. Berliner
Dr. Sachs
Fürst
Karminski
Meyerheim

- 1.) Es wird darüber berichtet, daß die Palästina-Fonds eine Reihe von Rentenverpflichtungen eingegangen sind, die nach Eingliederung der Fonds die Reichsvereinigung stark belasten. In einem Einzelfall (Frau Jenny Joseph geb. Erlanger, früher Köln, jetzt Berlin), soll versucht werden, die Rente der Frau Joseph durch Aufnahme in ein Altersheim abzulösen.
- 2.) Die Rente von Frau Maria SEELIGSBERGER geb. Grundmann in Schöna (Sachs. Schweiz) in Höhe von monatlich RM 300.--, die aus einer Verpflichtung der eingegliederten Simon und Maria Seeligberger Stiftung herrührt, soll nach Möglichkeit durch eine Kapitalauszahlung in Höhe von RM 35.000.-- bis 40.000.-- abgelöst werden.
- 3.) Herr Kreindler referiert über die Arbeit der Reichsvereinigung. Er regt die Erörterung allgemeiner jüdischer Fragen im Vorstand an, insbesondere die Erweckung des Verständnisses für das Ostjudentum in der jüdischen Erziehung. Er empfiehlt ferner die Besprechung der laufenden Angelegenheiten in regelmäßigen Dezernentenbesprechungen.
- 4.) Es wird über die Notwendigkeit eines weiteren Abbaus im März berichtet.
Als allgemeine Richtlinien für die Durchführung wird beschlossen, die Verteilung auf die Zentrale der Reichsvereinigung, Berlin und Reich etwa im Verhältnis 1 : 9 : 10, die Verteilung zwischen der Abteilung FÜR SORGE und den VERWALTUNGSABTEILUNGEN etwa im Verhältnis 5 : 3 vorzunehmen.

gez. Dr. Berliner

101

I/Dr. Berl/Kl.
42/4/191

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 9.3.42

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kotover
Kreindler
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
~~Karlin~~
Meyerheim

- 1.) Die Änderung des § 10 der Satzung der Reichsvereinigung und die Ordnung über die Erhebung eines außerordentlichen Beitrages 1942 wird der Vorlage entsprechend beschlossen.
- 2.) Der Etat der Lehranstalt soll künftig 1 1/2 % des Schul-Etats nicht übersteigen.

gez. Dr. Berliner

I/Dr. Berl/Kl.
42/ - /191

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 26.3.1942

Anwesend: Dr. Faack als Vorsitzender
Dr. Eppstein
Henschel
Koxow
Kreindler
Dr. Lilienthal
Dr. Cohn
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Meyerheim

1. Die Bilanz per 31. Dezember 1940 wird vorgelegt und genehmigt.
2. Mit Rücksicht auf den Rückgang der jüdischen Bevölkerung durch Abwanderung soll die Zahl der selbständigen jüdischen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen verringert werden. Dabei sollen je nach Lage des Einzelfalles entweder bisherige Gemeinden in Bezirksstellen eingegliedert oder die Arbeit von Bezirksstellen von einer selbständigen Kultusvereinigung mit übernommen werden.
3. Der außerordentliche Beitrag soll von Kultusvereinigungsmitgliedern nicht erhoben werden.
4. Mit Rücksicht auf die vielen Behördenarbeiten wird beschlossen, von einer Schließung der Büros an den Poßach-Feiertagen - mit Ausnahme des zweiten Tages, der mit Karfreitag zusammenfällt - Abstand genommen werden.
5. Es wird berichtet über
- a) die Kennzeichnung der jüdischen Wohnungen, die bis zum 15. April 1942 durchgeführt werden soll,
 - b) das Verbot der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ab 1. Mai 1942.
 - c) Durchführung des nächsten Abwanderungstransportes aus Berlin.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Deutschen in Fürstenberg, Berlin-Granz, 15.4.42

Anwesend: Dr. Baack als Vorsitzender

Dr. Epstein

Hennekel

Kunze

Kretzschmar

Dr. Lillig

fehlend:

Dr. Grosse

Dr. Berliner

Dr. Fack

Ferst

Kaminski

Meyerheim

II

III

IV

16.4

1. Es wird beschlossen, während der Sommermonate die Sammlung ANDERSCH PFLICHT wie im vorigen Jahre wieder durchzuführen, und zwar vier Monate hindurch, wobei vorbehalten bleibt, sie um einen Monat zu verlängern, falls der Beginn der WINTERHILFE sich verschiebt. Die Richtigkeit bleiben die Leistungen bei der Winterhilfe; die Sammlung soll in der letzten Mai-Woche eröffnet werden.
2. Es wird berichtet über
 - a) die technische Regelung hinsichtlich der Anträge auf Fahrerlaubnis - insbesondere in Berlin - für diejenigen Personen, die nach dem Rundschreiben Nr. 42/107/181 vom 30.3.1942 zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel berechtigt sind,
 - b) die Durchführung der drei letzten Abwanderungstransporte aus bzw. über Berlin,
 - c) die finanzielle Entwicklung der Reichsvereinigung in den letzten Monaten.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 11.5.1942

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Eppstein
Benschel
Kozower
Freindler
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Meyerheim

1. Aufgrund eines Berichtes über das bisherige Verfahren beim Abschluß von Heimeinkauf- und Heimaufnahmeverträgen wird beschlossen, in Zukunft grundsätzlich Heimeinkaufverträge zu bevorzugen, auch wenn das Vermögen der Heimanwärter für die dem Verträge zugrundeliegende Kostenberechnung nicht voll ausreicht. Werden Heimaufnahmeverträge abgeschlossen (in Fällen, in denen nur laufende Einnahmen oder kleine Vermögen zur Verfügung stehen), so sollen nach Möglichkeit Vorauszahlungen vereinbart werden, die beim Ableben oder Ausscheiden des Heiminsassen der Reichsvereinigung verbleiben; es sei denn, daß das Ausscheiden im gegenseitigen Einvernehmen erfolgt.

Die Heimverträge sind aufrecht zu erhalten, auch wenn die Leistungen z.B. durch Verlegung in Wohngemeinschaften herabgesetzt werden müssen.

2. Es wird beschlossen, die Heime der JKV Berlin durch Mitarbeiter sowohl der RV wie der JKV kontrollieren zu lassen. Für die RV werden neben den bereits früher beauftragten Herren EYER und SELBINGER Frau Dr. Berliner und Frau Fürst benannt, für die JKV außer den ständigen Revisoren die Herren ABRAHMSOHN und Herbert LEVY, und zwar mit der Maßgabe, daß die Kontrollbesuche jeweils gemeinsam von einem männlichen und einem weiblichen Mitarbeiter durchgeführt werden sollen. Unabhängig von diesen Kontrollen soll die hygienische Überwachung der Heime durch die Gesundheitsverwaltung der JKV fortgeführt werden.

Die Federführung soll bei der A b t. F ü r s o r g e der RV liegen; diese wird die beauftragten Mitarbeiter der RV und JKV zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenbitten. Es wird in Aussicht genommen, auch die Heimkontrollen außerhalb Berlin, die durch die Bestellung der bisherigen Heimrevisorin zur Leiterin des Kinderheims Berlin, Schönhauser Allee 162 in Fortfall gekommen sind, wieder aufzunehmen und hierfür gleichfalls sowohl Mitarbeiter der RV wie der JKV heranzuziehen.

3. In Ergänzung des Merkblattes "Gesundheitsschutz - Gemeinschaftsschutz" sollen die verantwortlichen Leiter von Gemeinschaftsunterkünften noch ausführliche Anweisungen bezüglich der Durchführung erhalten.

Die Bezahlung der Leistungen von Arbeitern der Reparatur-
werkstatt der JAV Berlin an die Zentrale der RV (z.B. bei
Lieferung von Material zu herfordernden Einrichtungsgegenständen
oder sonstigen Vorarbeiten) wird festgelegt, daß die Kosten zwischen
JAV Berlin und Zentrale der RV kontinuierlich aufgerechnet werden, um die
Kosten der Zentrale zu vermeiden.

gez. Dr. Berliner

I/Dr. Berl/Kl.
42/ - /295

712

der Vorstandssitzung vom 29. Juni 1942, 17 Uhr

Anwesend: Satck, Epstein, Menschel, Kozower, Karminski,
Levy, Meyerheim, Lönitz

1. Wohnungsraumung in Berlin

KOZOWER berichtet über Umfang und Verfahren der Wohnungsraumung in Berlin, insbesondere über die Arbeit der Wohnungsberatungsstelle im Zusammenhang mit der anderseitigen Unterbringung von Mislern oder Unteraltern. Bisher sind rund 6.000 Wohnungen geräumt worden. Der Personalbedarf, der durch die seitens der JKV Berlin zu stellenden Hilfsarbeiter für die Wohnungsraumungen entstanden ist, wird im Zusammenhang mit den weiteren Abbau-Massnahmen erörtert.

2. Abwanderung

a) Heimeinkaufsverträge für Theresienstadt

EPSTEIN berichtet über den Entwurf des der Aufsichtsbehörde vorgelegten Rundschreibens über den Abschluss von Heimeinkaufsverträgen für Theresienstadt und über die verfügbaren Abänderungen. Zweck der Überweisung der erforderlichen Mittel nach Theresienstadt ist monatlich über die Zahl der dorthin abgewanderten Personen besonders zu berichten.

b) Altersheim-Transporte aus Berlin

KOZOWER berichtet über die eröffnete Verzehrung der Anzahl der Transporte nach Theresienstadt von wöchentlich drei auf fünf, unter gleichzeitiger Erhöhung der Teilnehmerszahl von 50 auf 100 je Transport. Die hierdurch bedingten Personaldispositionen werden erörtert. Angesichts des vermehrten Personalbedarfs soll die Entscheidung der Aufsichtsbehörde darüber eingeholt werden, ob und in welcher Weise hierauf bei dem angeordneten Personalabbau Rücksicht genommen werden kann.

3. Schulkinder-Betreuung

KARMINSKI berichtet über die vorgesehenen Massnahmen zur Betreuung von Schulkindern nach Schliessung der jüdischen Schulen. Die Fragebogen-Aufnahme in Berlin hat ergeben, dass von rund 1400 Volksschulern die zusätzliche Unterbringung für 625 Volksschüler in Kintertagesheimen, davon 372 ganztägig, erforderlich werden wird. Die Möglichkeiten des Einsatzes älterer Schüler für Arbeiten in jüdischen Einrichtungen werden besprochen und festgelegt. Entwurf eines Rundschreibens soll der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden.

713

4. Abrechnung der Jüdischen Winterhilfe 1941/42

KAMINSKI berichtet über das Ergebnis der Jüdischen Winterhilfe 1941/42. Das Spendenaufkommen belief sich trotz der Verringerung der Anzahl der Juden auf RM 1.537.214,26. Der Endbestand von RM 1.269.179,51 soll derart verwandt werden, dass ein Betrag von 1,2 Millionen Reichsmark für die satzungsmässigen Zwecke der RV verwandt wird, während der Spitzenbetrag von rund RM 69.000,- dem Ausgleichsfonds zugeführt werden soll.

5. Ablieferung von Schreibmaschinen, Fahrrädern, optischen Geräten, usw.

Über die zur Durchführung der Ablieferung von elektrischen Geräten, von Plattenspielern und Schallplatten, von Schreibmaschinen, Fahrrädern und optischen Geräten ergangenen Anweisungen wird berichtet. Die Organisation der Ablieferung in Berlin (1. bis 5.7.1942) wird besprochen. Für die Voraussetzungen, unter denen eine Weiterleitung von Anträgen von Mitarbeitern der RV und JKV Berlin gemäss Ziffer 11 der Anordnung auf Belassung von Schreibmaschinen zum dienstlichen Gebrauch an die zuständige Staatspolizeistelle erfolgen kann, werden Richtlinien aufgestellt.

6. Organisation

Über die aufsichtsbefuglich genehmigten Organisationspläne der Zentrale der RV und der JKV Berlin wird berichtet und dementsprechend beschlossen. Mit der räumlichen Zusammenlegung der Zentrale der RV in zwei Stockwerke des Hauses Kantstrasse 158 sowie mit der damit verbundenen Zuordnung des Personals zu den einzelnen Abteilungen erklärt sich der Vorstand einverstanden.

gez. Paul Israel Appstein

114

Protokoll

der Vorstands- und Ausschuss-Sitzung
am 6. Juli 1942, 19.30 Uhr

Anwesend: Baeck, Eppstein, Henschel, Isakower, Kreindler,
Kaminski, Weyerheim

1. Finanzfragen

a) Steuererklärung der RV

EPPSTEIN berichtet über das Ergebnis der vorläufigen Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der RV im 1941, die mit einem Ausgaben-Überschuss von rund 3 Millionen RMark, bei Einnahmen von rund 39,7 Millionen RMark abschliesst. Aus der Aufstellung ergibt sich, dass der Körperschaftsteuer Einnahmen im Betrag von RM 1.428.000,- unterliegen. Die Körperschaftsteuer wird sich daher voraussichtlich auf RM 642.600,- belaufen, wovon RM 559.800,- durch Vorauszahlungen gedeckt sind. Die Umsatzsteuer-Vorausberechnung ergibt eine Steuersumme von RM 356.285,-, wovon durch Vorauszahlungen rund RM 149.000,- gedeckt sind. Nach Eingang der Steuerveranlagungen muss daher mit Körperschafts- und Umsatzsteuer-Abschlusszahlungen für 1941 von rund RM 291.000,- gerechnet werden.

b) Liquidität der Zentrale der RV

MEYERHEIM berichtet über die bei der Zentrale der RV verwalteten liquiden Mittel, die sich per 30.6.42 auf rund 57 Millionen RMark belaufen, hiervon Effekten im Buchwert von rund 27 Millionen RMark, Bankkonten im Betrag von rund 30 Millionen RMark. Festangelegt sind rund 28 Millionen RMark. In diesen Beständen ist das zentrale Sonderkonto W mit rund 2,9 Millionen RMark, davon fest angelegt 2,4 Millionen RMark, enthalten.

2. Personalfragen

Für den Jüdischen Buchvertrieb wird nach einem Bericht von KREINDLER die Entlassung von drei der bisher bei Mitarbeitern nach Durchführung des Umzugs von der Wilsnackerstrasse 3 in die Artilleriestrasse 31 beschlossen, ausserdem die Einstellung des bisherigen Abteilungsleiters Pless als Sachbearbeiter in Gehaltsgruppe IV statt bisher III.

3. Fürsorge

a) Einzelbeihilfen

Es wird nach Berichten von BAECK und HENSCHEL beschlossen, Einzelbeihilfen grundsätzlich nur noch im Rahmen der Fürsorge und nach Massgabe der Fürsorge-Richtlinien

545

zu gewähren. Soweit noch für Unterstützungen Sonderkonten, Dispositions- oder ähnliche Fonds bestehen, sollen sie mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden. Dies gilt auch für bisher zweckgebundene Stiftungsvermögen, wie z.B. der Mendelssohn- und Salinger-Stiftung, in Vermögen der RV vereinnahmt und deren Zinserträge nicht mehr gesondert ausgewiesen und verwandt werden soll. Zuwendungen an Stiftungen, die in die RV eingegliedert sind oder werden, müssen daher auf Übergangsbeihilfen nach Massgabe der hierzu erlassenen aufsichtsbehördlichen Richtlinien beschränkt werden. Über Sonderbeihilfen (z.B. für Wohnungsräumungskosten) entscheidet die Abteilung Fürsorge, in Zweifelsfällen der Vorstand.

b) Armenrechteskosten

KOZOWER berichtet über Fälle, in denen, z.B. bei Ehescheidungen, angeforderte Gerichtskosten-Vorschüsse infolge Hilfsbedürftigkeit nicht gezahlt werden konnten. Da Juden das Armenrecht nicht mehr zugebilligt wird, wird, vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung, in Aussicht genommen, sofern der Kinsselfall es vertretbar erscheinen lässt, Gerichtskosten, jedoch keine Rechtshilfe-Gebühren, aus Fürsorgemitteln zu bewilligen. Um einen Überblick über in Betracht kommende Fälle zu erlangen, behält sich der Vorstand bis auf weiteres die Entscheidung hierüber vor.

4. Abwanderung

KOZOWER berichtet über den am 11. ds. Mts. vorgesehenen Abwanderungstransport mit etwa 200 Teilnehmern aus Berlin sowie über die Durchführung der Transporte nach Theresienstadt mit wöchentlich 300 Teilnehmern. EPPSTEIN über die Abwanderungstransporte aus den anderen Bezirken.

ges. Paul Israel Eppstein

216

4.

Protokoll

der Vorstands-Ausschusssitzung
am 9. Juli 1942, 19 Uhr

Anwesend: Babek, Epstein, Henschel, Kosower, Kreindler,
Meyerheim

zu Ziffer 2: Karminski, Simonis

zu Ziffer 3: Henschel (Kataster)

1. Finanzen

a) Steuerzahlungen der
RV

Meyerheim berichtet in Zusammenhang mit der durch die RV abgegebenen Körperschafts- und Umsatzsteuer-Erklärungen über den Gesamtbetrag, auf den sich voraussichtlich die Gesamteinzelschuldungen der RV in 1942 belaufen werden. Körperschafts-, Umsatz-, Vermögens- und Schenkungssteuer werden unter Einbeziehung der entsprechenden Verpflichtungen der eingegliederten Organisationen sich auf rund 2,5 Millionen RM belaufen. Hiervon dürften durch Vorauszahlungen gedeckt sein rund RM 900.000,-, sodass noch zu zahlen sein werden rund 1,4 Millionen RM, und zwar einschließlich der Vorauszahlungen für 1942.

b) Inventarerlöse

Meyerheim berichtet über die Entwicklung des Kontos Inventarerlöse, das sich bei der Zentrale auf rund RM 110.000,- beläuft. Um einen Überblick über das Ergebnis der Inventar-Verwertung zu erlangen, soll künftig bei der Zentrale ein Inventarerlöse-Evidenzkonto geführt werden, das eine Übersicht über die Inventarverwertungen, besonders auch der Se ulen und Heime, ermöglicht.

2. Fürsorge

a) Heimeinkaufverträge

Henschel berichtet über Zweifelsfragen in Zusammenhang mit der Durchführung der Anweisung über den Abschluss von Heimeinkaufverträgen K. Es wird klargestellt, dass die Heimeinkaufsummen nach Massgabe des Rundschreibens vom 30. v. Mts. nach der Lebenserwartung zu berechnen und dem Sonderkonto H zuzuführen sind. Auf das darüber hinaus etwa noch vorhandene Barvermögen sollen die Spendenrichtsätze für das Sonderkonto W in Anwendung gebracht werden. Sofern noch Aufnahmen in Heime im Altreich stattfinden, sollen Heimeverträge nach dem bisherigen Muster abgeschlossen werden mit der Massgabe, dass ausser dem Einkaufsgeld der

monatliche Pflegekostensatz von der Heimeinkaufssumme abgeschrieben, der verbleibende Betrag im Zeitpunkt der Abwanderung nach Theresienstadt jedoch auf Sonderkonto H überwiesen wird. Bei den Heimeinkaufsverträgen H soll grundsätzlich von einer Übereignung von Hausrat Abstand genommen werden. Bei Heimeinkaufsverträgen für Heime im Altreich kann wie bisher eine Überfignung von Einrichtungsgegenständen und Hausrat zwecks Verwertung stattfinden; es ist jedoch im Vertragsformblatt klarzustellen, dass, soweit Hausrat übereignet wird, dessen Schätzungswert Bestandteil der Heimeinkaufssumme, also des für die Heimaufnahme zu entrichtenden Leistungsentgelts, ist.

b) Kriegsofferbeihilfen

KARWINSKI berichtet über die Zahlung von wider-
rufflichen Beihilfen in halber Höhe der bis zum 20.6.1940 gewährten
staatlichen Kann-Leistungen für Eltern von Kriegsoffern, also
RM 7.50 im Monat für einen Elternteil oder RM 10,- im Monat für
beide Eltern. Nach dem Erlasse des Oberkommandos der Wehrmacht,
Abteilung Reichsversorgung vom 20.6.1940 sind Kann-Leistungen für
jüdische Kriegsoffer in Fortfall gekommen. Ob derartige Kann-
Leistungen künftig durch die jüdische Fürsorge zur Auszahlung ge-
bracht werden können, soll der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden.

3. Feststellung von Judensöhnungen in Berlin an Eisenbahnstrecken

EPPSTEIN berichtet unter Verpflichtung zur Ge-
heimhaltung über den am 9. ds. Mts. von der Aufsichtsbehörde erteil-
ten Auftrag, ein Verzeichnis der Juden in Berlin aufzustellen, die
an Eisenbahnstrecken wohnen oder von ihren Wohnungen Aussicht auf
Eisenbahnstrecken haben. Das Kataster der JKV Berlin wird mit der
Durchführung beauftragt mit der Massgabe, dass anhand einer Karte
von Berlin sämtliche Strassen ermittelt werden, die an Eisenbahn-
strecken liegen und alsdann ein Verzeichnis der Haushaltungsver-
stände in Wohnungen in diesen Strassen aufgestellt wird unter Be-
rücksichtigung der Lage der Wohnung zur Eisenbahnlinie in Vorder-
oder Hinterhaus, ferner dass anhand der Karte ein Verzeichnis der
jenigen Strassen aufgestellt wird, die Eisenbahnlinien schneiden,
um die an den Eisenbahnstrecken liegenden Eckhäuser und die in
dort wohnhaften Juden zu ermitteln.

4. Abwanderung

KOZOWER berichtet über die Vorbereitung des
Abwanderungstransports aus Berlin am 11. ds. Mts. unter Berücksich-
tigung der Anschluss Transporte aus den Bezirken der Staatspolizei-
stellen Hamburg, Magdeburg und Stettin.

gez. Dr. Paul Israel Eppstein

118

5.

Protokoll

der Vorstands-Kommitee-Sitzung
am 16. Juli 1942, 20 Uhr

ANWESEND: Basak, Epstein, Menschel, Kozower, Kreindler
Meyerheim
Zu Ziffer 1: Karnitski, Levy, Nisonis

1. Fürsorge

a) Heimeinkaufsverträge

EPSTEIN berichtet über den Plan einer Beseitigung der Heimeinkaufssummen für die Heimeinkaufsverträge H nicht, wie bisher, nur nach Massgabe eines Pauschsatzes für die Unterhaltskosten, vervielfacht mit der Anzahl der Jahre der Lebenserwartung, sondern nach Massgabe einer Staffel unter Berücksichtigung der Vermögensgrössenklassen und des Eintrittsalters. Zweck der Staffel ist, die grösseren Vermögen für das Sonderkonto H zu erfassen, bei denen nach dem bisherigen Verfahren gleicher Pauschsatz erhebliche Spitzenbeträge freiließen. Gegenüber einem nach Hunderttausend zu Staffeln den Zuschlag zu dem Pauschsatz für Unterhaltskosten bei Vermögen, die die Einkaufssumme übersteigen, wird eine Staffelung des Pauschsatzes für die Unterhaltskosten für zweckmässiger gehalten, weil sie die Aufstellung einer Tabelle ermöglicht, von der die jeweils zu zahlende Einkaufssumme abgelesen werden kann. Wenn das bare bzw. liquidierbare Vermögen geringer ist als die nach der Tabelle errechnete Einkaufssumme, soll eine Ansetzung des Spitzenfahrbetrags nach der Abwanderung unterbleiben. Es kann damit gerechnet werden, dass dieserausfall dadurch ausgeglichen werden kann, dass auch bei den höheren Staffeln grössere Barvermögensbestandteile in Sonderkonto H vereinnahmt werden. Der Vorstand beschliesst, der Aufsichtsbehörde einen entsprechenden Vorschlag zur Genehmigung einzureichen.

b) Heimeräumungen

KREINDLER berichtet über die Durchführung von Heimeräumungen in Berlin, insbesondere der Grundstücke, Altonaerstrasse 4, Derfflingerstrasse 17, Grabenstrasse 12, Iranschestrass 5 und Lützowstrasse 67 sowie über weitere in Zusammenhang mit der Abwanderung nach Theresienstadt bevorstehende Heimeräumungen.

c) Kriegsoffer-Beihilfen

EPSTEIN berichtet darüber, dass nach Vortrag bei der Aufsichtsbehörde Sonderbeihilfen an Kriegshinterbliebene und Schwerkriegsbeschädigte, soweit sie Kann-Leistungen darstellen, künftig nicht mehr ausgemahlt werden dürfen, dass vielmehr auch in diesen Fällen ausschliesslich eine Unterstützung nach Fürsorge-Richtlinien zu erfolgen hat.

2. Finanzen

a) Juniabrechnung-Augustvorschlag

über das Ergebnis der Juni-Abrechnung und über den August-Vorschlag, insbesondere über den Einnahmeüberschuss in Juni, über die Entwicklung des Aufkommens aus dem außerordentlichen Beitrag und aus Leistungsentgelten, über die Senkung der Vorkasse- und Verwaltungsausgaben, ferner über die Anweisung, die Stenografen künftig nicht mehr innerhalb der Sachausgaben, sondern in einer Summe gesondert auszuweisen. Bezüglich der Verwaltungsausgaben der JKV Berlin wird darüber berichtet, dass die Bezüge der Mitarbeiter, die für behördliche Sonderarbeiten in Zusammenhang mit der Abwanderung eingesetzt worden sind, in einem besonderen Titel im Rahmen der Verwaltungsausgaben zusammengefasst wurden. Die Aufrechterhaltung dieses Titels wird solange erforderlich sein, als die Staatspolizeileitstelle Berlin diese Mitarbeiter für die Durchführung von Sonderaufgaben (wie z.B. Wohnungs- und Heilungsmaßnahmen) benötigt. Die JKV Berlin hat daher jeweils für die Art der zu erledigenden Sonderarbeiten und für die Anzahl der hierbei einzusetzenden Mitarbeiter die Genehmigung der örtlichen Aufsichtsbehörde einzuholen.

b) Einziehung von Ausständen

RESC-L berichtet darüber, dass in einer Reihe von Fällen zur Einziehung von Ausständen an Mitgliederbeiträgen die Leistungsentgelten Zahlungsbefehle erlassen, Klagen erlassen bzw. Klagen eingereicht wurden sind. In welchen Fällen diese Verfahren bei säumigen Zahlern beibehalten werden, soll bei der Aufsichtsbehörde geklärt werden.

gez. Dr. Paul Israel Epstein

6.

Protokoll

der Vorstandsausschuss-Sitzung am 21. Juli 1942, 19.3 Uhr

Anwesend: Appstein, Henschel, Kozower, Kreindler

Zu Ziffer 1: Levy

--- --

1. Finanzen

a) Kürzungen des August-Voranschlags

Der H. H. M. berichtet über das Ergebnis der Vorbereitung einer Kürzung des Verwaltungsvoranschlags für August nach Massgabe der aufsichtsbehördlichen Entscheidung um RM 12.911,84 auf RM 280.000,-. Demzufolge sollen bei der Zentrale der RV Einsparungen von rund RM 3.000,-, bei der JKV Berlin von rund RM 4.500,-, der Rest bei den übrigen BStn und JKVn vorgenommen werden. Der Vorstand beschliesst nach Massgabe dieses Vorschlags (vgl. auch Ziffer 2).

b) Liquidität der JKV Berlin

H. H. M. berichtet über die Liquidität der JKV Berlin, deren flüssige Mittel sich auf RM 3.996.461,85 belaufen, hiervon rund 3,6 Millionen RM Festanlagen. Das Ergebnis des Aufkommens an ordentlichen Beitrag im ersten Halbjahr 1942 beläuft sich auf rund 2,2 Millionen RM gegenüber 2,8 Millionen RM im Vorjahr. Das Aufkommen des ausserordentlichen Beitrags im gleichen Zeitraum beläuft sich auf RM 2.250.000,-. Ein Bericht über Einzelheiten der finanziellen Entwicklung der JKV Berlin wird demnächst erstattet werden.

2. Fürsorge: Widerrufliche Beihilfen

In Zusammenhang mit der Kürzung des August-Voranschlags wird beschlossen, die Zahlung von freiwillig gewährten widerruflichen Beihilfen an frühere Funktionäre mit Wirkung vom 1.8.1942 an einzustellen. Dies soll den BStn und JKVn durch Rundschreiben bekanntgegeben werden.

gez. Dr. Paul Israel Appstein

Protokoll Nr. 6

Der Vorstandssitzung vom 3. Juli 1942, 19 Uhr

Anwesend: Oppstein, Henschel, Kozower, Weindler
 Gabschew

1. Organisation: Umzug der V-Zentrale

Der Vorstand hat beschlossen, die bisher für den Umzug der Zentrale der V aus den Mieträumen in Hause Kantstrasse 158 in ein V-Grundstück getroffenen Feststellungen, so wird beschlossen, eine gutachtliche Auswertung des Bausachverständigen zu veranlassen über die Möglichkeit einer Unterbringung von hierfür in Betracht kommenden Abteilungen der JKV Berlin aus den Grundstücken Granienburgerstrasse 29 und 31 in dem Verwaltungsgebäude Ehrenstrasse 2/4 und in dem Reimgrundstück Artilleriestrasse 31 derart, dass für die Zentrale der V das erste Stockwerk des Grundstücks Granienburgerstrasse 31 sowie entsprechende Räume in der Ehrenstrasse 29 freigesetzt werden können, notfalls unter Unterbringung solcher Abteilungen der V, deren Pflanzgebiet dies ermöglicht, in dem Reimgrundstück Artilleriestrasse 31. Hiernach soll zunächst der Verwaltungsräumbedarf in der Artilleriestrasse 31, um den die Reimverwendung des Grundstücks eingeschränkt werden müsste, ermittelt werden, selbstverständlich unter Durchführung weiterer Verwaltungsvereinfachungen. Der Bausachverständige hält auch eine Unterbringung der Zentrale der V im Vorderhaus des V-Grundstücks Joachimstalerstrasse 13 für möglich, was zwar eine Verlegung der Telefonanlage erforderlich machen würde, aber im Interesse der Erreichbarkeit, für die Aufsichtsbehörde in der Kurfürstenstrasse zweckmäßig erscheint. Zu dem Ergebnis der Feststellungen soll die Entscheidung der Aufsichtsbehörde eingeholt werden.

2. Fürsorge: Jüdisches Krankenhaus Berlin

Mit der Wahrnehmung der Aufgaben des abgewanderten Chefarztes Strauss wird auf Vorschlag von Lustig dessen bisheriger Assistent, Helmut Israel Cohen, beauftragt.

Über die Entwicklung der Einnahmen des jüdischen Krankenhauses wird berichtet und beschlossen, Kosten für die Wohlfahrtspatienten des Krankenhauses nicht zu Lasten der Fürsorge, sondern zu Lasten des Krankenhauses zu buchen.

3. Abwanderung

KOZOWER BERICHTET über die eröffneten Termine für drei weitere Abwanderungstransporte aus Berlin, die im August ausser den fünf je Woche stattfindenden Transporten nach Theresienstadt mit je 100 Teilnehmern durchzuführen sind, und zwar ein Transport nach Theresienstadt, zwei Ost-Transporte. Für diese Mitteilung besteht Schweigepflicht. Für den Transport, der Mitte August mit 1000 Teilnehmern nach Theresienstadt abgeht, wird die technische Durchführung erörtert im Hinblick darauf, dass die Sammlung und Durchschleusung in den Altersheimen erfolgen soll.

gez. Dr. Paul Israel Oppstein

M. Karwinski

Protokoll Nr.9

der Vorstandsausschues-Sitzung vom 6.8.1942, 19 Uhr

Anwesend: Kypstein, Menschei, Kosower, Kreindler
Meyerheim

1. Finanzen

a) Liquidität und Festenlage

KYPSTEIN und WEIKPHEIM berichten über den Umfang des liquiden RV-Vermögens unter besonderer Berücksichtigung seiner Anlage auf Bankkonten und in Wertpapieren. Von dem rund 62 Millionen Reichsmark zentral verwalteten Mittel sind rund 20 Millionen in Wertpapieren angelegt. Zu der Frage, ob ein grösserer Teil der Vermittel, die bisher mit einem Zinsertrag von 2 1/2% als Dreimonatsgeld angelegt sind, in Wertpapieren (u.B. 7 1/2%ige Reichsschatzanweisungen oder Industrie-Obligationen) angelegt werden sollen, ist die Entscheidung der Aufsichtsbörse abzuwarten.

b) Fahrtanlagen der Sammler

KYPSTEIN nimmt Bezug auf den Vorstandsbeschluss, wonach den Sammlern ein Bonus aus ihren Sammlungsansammlungen nicht sehr zu gewähren ist. Demnachrechnend sei eine Regelung für die Erstattung der tatsächlichen Fahrtkosten erforderlich, die von der Finanzabteilung unter Fortsetzung eines monatlichen Höchstbetrags veranlasst werden soll. Nachdem durch den Revisor eine Prüfung der Erstattungsunterlagen vorgenommen und hierüber im Vorstand berichtet worden ist.

2. Fürsorge

a) Siechenheim-Einkaufsverträge

KYPSTEIN schlägt vor, für Siechenheim-Einkaufsverträge das alte Heinein Kaufverfahren (Pflegekosten von monatlich RM 180,- mal 12 mal Lebenserwartung möglichst RM 2.000,- Eintrittsgeld) zugrunde zu legen, jedoch bei Vermögen, die die so errechnete Einkaufssumme übersteigen, die Nichtnahme des Heineinkaufs nach dem Muster II für Spenden zu verwenden. Die so eingehenden Spenden sollen örtlich einem Sonderkonto SI angeführt werden. Im Falle der Abwanderung von Siechenheim-Insassen hätte eine Umwandlung auf Sonderkonto II zu erfolgen. Infolgedessen bleiben die Einzahlungen auf Sonderkonto SI in Unterschied von den Einkaufssummen und den Eintrittsgeldern von der Saldierung ausgeschlossen, es sei denn, dass die Siechenheim-Einkaufsbeträge bedürftig werden. In diesem Falle könnte der Zuschussbedarf aus dem Sonderkonto SI abgedeckt werden, indem auf diese Weise ein Barverhältnis oder Ausgleich ermöglicht würde. Der Vorstand erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Entwurf eines Rundschreibens soll der Aufsichtsbörse zur Genehmigung vorgelegt werden.

Über die Genehmigung des Rundschreibens betreffend Abschließen von Heineinkaufsverträgen für eine Gemeinschaftsunterbringung (Theresienstadt) wird berichtet.

b) Beschäftigung von Schulkindern

In Zusammenhang mit einem Bericht über die Beschäftigung von Schulkindern teilt KUNDEL mit, dass in der Gartengrundstück Wörthstrasse 20, wie genehmigt, frühere Schulkinder zu Gartenarbeiten eingesetzt worden sind. Der Bezirksbürgermeister Weissensee erhält gegen Vortragsstellung den Ertrag an Obst und Gemüse. Der Ortsbauernführer in Madickendorf hat etwa 25 Jugendliche zum Kartoffelernteinsatz angefordert. Ob diese bereitgestellt werden können, soll der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung vorgetragen werden.

3. Abwanderung

KUNDEL berichtet über die im August vorgesehenen Abwanderungstransporte aus Berlin und deren technische Vorbereitung.

4. Organisation: Umgang der Zentrale der RV

KUNDEL berichtet, dass nach Vortrag über die bisher getroffenen Umzugsvorbereitungen die Aufsichtsbehörde, zuletzt anlässlich des Kontrollbesuchs in Hause Kantstrasse 158 am 5. d. Mts. entschieden habe, dass bis auf weiteres von einem Umzug Abstand zu nehmen ist und dass daher die Zentrale der RV zunächst in Hause Kantstrasse 15 verbleiben soll.

KUNDEL und KUNDEL berichten über den 17. anlässlich des Kontrollbesuchs bei der Zentrale der RV am 5. d. Mts. zur Abwanderung bestimmten Konsulenten. Wünschenswert soll die Abwicklung der von ihnen bearbeiteten Akten, soweit sie nicht mit einer Vertretung vor Gericht verbunden ist, durch die Zentrale der RV in Rahmen der FUL-Abwicklung erfolgen. Über die zweckmäßigste Form der Übertragung der Abwicklung soll mit den Chefs der Konsulenten erörtert und alsdann hierüber erneut berichtet werden.

Gen. Dr. Paul Israel Eppstein

127

Protokoll Nr. 10

der Vorstandssitzung am 10.8.1942, 19.42 Uhr

Anwesende: Baack, Appstein, Lenschel, Kosower,
Kaminski, Levy, Meyerheim

1. Tagesorden

a) Einnahmen und Ausgaben
in erstem Halbjahr 1942

KR. berichtet über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Statpositionen im ersten Halbjahr 1942 anhand der Monatsberichte. Daraus ergibt sich, dass die Einnahmen sich auf RM 10.680.400,49 und die Ausgaben auf RM 8.299.450,26 belaufen. Der Überschussüberschuss beträgt daher in diesem Zeitraum RM 2.321.145,93.

b) Sammlungen in Berlin

KR. berichtet über die Durchführung der Sammlung Jüdische Pflicht in Berlin. Zur Vermeidung einer Beeinträchtigung der Sammlung größerer Spenden soll die Sammlung Jüdische Pflicht Spenden nur nach Ausgabe der Richtsätze einziehen.

2. Tagesorden

a) Verpflegungskosten in Altersheimen
bei Bundesverkehrsreisen

KR. berichtet, dass eine Reihe von Altersheimen in Berlin Munchen ebenso wie das Altersheim Gruppe Hamburgerstrasse 26 zur Sammlung der zur Abwanderung nach Theresienstadt bestimmten Personen benutzt wird. Nach dem Abtransport der Altersheim-Insassen erfolgt eine vorübergehende Unterbringung dieser Heime mit den Abwanderern aus Privatreisungen. Soweit mit diesen ihnen Heimeinkaufsverträge abgeschlossen werden konnten, erfolgt die Kostenaufbringung für die kurzfristige Unterbringung und Verpflegung in Altersheim aus dem monatlichen Pflegegeld. Hieraus wird sich auch ein Überschuss gegenüber den Selbstkosten ergeben, aus dem die gleichen Kosten für Hilfsbedürftige, mit denen keine Heimeinkaufsverträge abgeschlossen werden konnten, gedeckt werden können. Soweit hierbei ein Fehlbetrag entsteht, wird beschlossen, ihn aus dem Sonderkonto zu decken.

b) Siechenheim-Einkaufsvertrag Bernheim

KR. berichtet über einen Einzelfall, in dem ein Jude, 95 Jahre alt, einen Siechenheim-Einkaufsvertrag abgeschlossen hat, aber vor Aufnahme in das Siechenheim verstorben ist. Die Einkaufssumme beläuft sich auf RM 42.000,- und war bereits gezahlt worden. Es wird mit Rücksicht darauf, dass der Vertrag vor dem Ableben von dem Erblasser unterzeichnet war, beschlossen, nach Annahme eines Betrags von RM 3.000,- zur Erfüllung eines Vermächtnisses die Einkaufssumme nicht zurückzahlen.

125

3. Personalfragen

a) Mitarbeiterverzeichnis

Im Interesse der Übersichtlichkeit der Personalverteilung bei der Zentrale der IV und der JKV Berlin wird beschlossen, mit sofortiger Wirkung in der monatlichen Personalstatistik die Angestellten bei derjenigen Stelle zu zählen, bei der sie tatsächlich arbeiten, ungeachtet dessen, ob im Arbeitsbuch Zentrale der IV oder JKV Berlin als Beschäftigungsgeber eingetragen ist. Für die Zentrale der IV ergibt sich daraus folgendes: Von den 188 ihr bisher zugerechneten Angestellten arbeiten bei der Zentrale nur rund 120, während die restlichen bei der JKV Berlin beschäftigt sind. Dies soll in der Personalstatistik, die nach dem Stand vom 1.8.1942 der Aufsichtsbehörde einzureichen ist, klargestellt werden.

b) Verwendung von Titeln

Im Zusammenhang mit den Handschriften vom 7. d. Mts., betreffend Angabe von Titeln in Eingaben an Behörden, wird beschlossen, die Dienststellen der IV anzuweisen, auch in dienstlichem Bereich die Verwendung von früheren Titeln oder Berufsbezeichnungen zu untersagen.

4. Kultus

Im Zusammenhang mit einem Bericht über die Abwanderungsliste von früheren Rabbinern gibt IPPSTEIN davon Kenntnis, dass aufgrund einer Mitteilung bei der Aufsichtsbehörde in diesem Jahre Gottesdienste zu dem hohen Feiertag nicht zu veranstalten sind. Dies soll durch ein Handschreiben bekanntgegeben werden.

Herrn Dr. Paul Israel Epstein

Dr. Paul Israel Epstein

Dr. Paul Israel Epstein, in dem ein Jude, 32 Jahre alt, einen Dischneider-Handelvertrag abgeschlossen hat, den vor Aufnahme in das Dischneider-Verzeichnis ist. Die Dischneider-Verzeichnis ist mit 12.000,- und wird durch den Vertrag vor dem Tod von dem Dischneider-Verzeichnis ausgenommen, was wiederum einen Betrag von 12.000,- zur Bildung eines Vermögens für die Dischneider-Verzeichnis ausmacht.

126

Protokoll Nr. 12

der Vorstandssitzung am 24.8.1942, 14.3 Uhr

Anwesend: Baack, Epstein, Henschel, Kozner, Reinzier
Kaminski, Meyerheim, Levy, Isonis

1. Finanzen

a) Aufhebung der Gebäudeentschuldungssteuer

HENSCHEL berichtet über die Auswirkungen der Aufhebung der Gebäudeentschuldungssteuer auf die Grundstücksverkäufe der RV. In den Fällen, in denen seitens der RV der Abgeltungsbetrag gezahlt wird, ergibt sich ein Wertzuwachs der bei Verkäufen an private Käufer im Kaufpreis Berücksichtigung finden sollte. Die Zahlung des Abgeltungsbetrags könnte bei der RV in den Fällen erspart werden, in denen Grundstücke, besonders in Berlin, an Behörden, vor allem an die Reichshauptstadt, vor der Fälligkeit des Abgeltungsbetrags veräußert werden. Meyerheim wird beauftragt, eine gutachtliche Äußerung zu veranlassen. Über das bei der Kaufpreisfestsetzung von Grundstücken, bei denen die Hauszinssteuer abzulösen ist, anzuwendende Verfahren soll die Entscheidung der Aufsichtsbehörde eingeholt werden.

b) Sammlungen: Fahrauslagen der Sammler

MEYERHEIM berichtet im Vollzug des Beschlusses vom 6. ds. Mts. über eine Revision der Erstattungsunterlagen der Sammler. Zur Intensivierung der Sammlung hält der Revisor die Erstattung der tatsächlichen Auslagen bis zu einem Monatshöchstbetrag von RM 70,- bei genauer Tagesabrechnung für vertretbar. Die Finanzabteilung wird grundsätzlich zu einer Erstattung bis zu diesem Betrag ermächtigt mit der Massgabe, dass die Sammler zu allen in Betracht kommenden Einsparungsmöglichkeiten verpflichtet werden.

2. Fürsorge: Heimeinkaufverträge

EPSTEIN berichtet über den Entwurf einer Neuregelung, derzufolge als Einkaufsbetrag das gesamte bewegliche Vermögen der nach Gheresienstadt abwandernden Personen auf die RV übertragen werden soll. Insbesondere werden folgende Fragen erörtert: Umfang des zu erfassenden beweglichen Vermögens, Schuldenhaftung nach Massgabe des übernommenen Vermögens gemäß § 419 BGB, Verfahren und Übergangsregelung, Formulierung der Vermögenserklärung und des Vertragsformblatts.

Da in Folge der Neuordnung sämtliche in Betracht kommende Mittel der Abwanderer auf Sonderkonto B einzuzahlen sind, also Spenden auf Sonderkonto entfallen, soll der Aufsichtsbefehl vorgesehen werden, den Spendenrichtsatz für das Sonderkonto von mindestens 25 auf mindestens 5 des Barvermögens (ohne Wertpapiere) zu erhöhen bzw. die tatsächlichen mit der Durchführung der Abwanderertransporte nach Theresienstadt verbundenen Kosten aus dem Sonderkonto B zu entnehmen.

3. Wohnverhältnisse

Es wird berichtet über das Ergebnis einer statistischen Umfrage bei den NSDAP und JKVn über die in der Zeit vom 1.10.1941, in Berlin vom Februar 1941 bis 1.8.1942 erfolgten Wohnungsverhältnisse. Danach sind in dieser Zeit geräumt worden 15.792 von Juden innegehabten Wohnungen, und zwar 9.291 aus arischen und 6.501 aus jüdischen Häusern, im Zusammenhang mit der Abwanderung 9.338 Wohnungen, aus anderen Gründen 6.454.

4. Personalfragen: Abbau bei der Zentrale der NSDAP

Im Anschluss an die Erörterung am 18. ds. Mts. berichtet EPPSTEIN über das Ergebnis einer weiteren Nachprüfung des Personalabbaus. Unter Beauftragung von Mitarbeitern mit der Sachbearbeitung in mehreren Abteilungen und unter entsprechender Verlängerung der Arbeitszeit sollen insgesamt 26 Mitarbeiter ausscheiden, und zwar 14 besoldete, 10 unbesoldete Mitarbeiter, ein Sozialpflichtarbeiter und eine Reinerachefrau. Nach diesem Abbau verbleiben bei der Zentrale 105 besoldete, 10 unbesoldete Mitarbeiter, 5 Reinigungspersonal und 2 Sozialpflichtarbeiter. Von den zur Entlassung gelangenden Mitarbeitern sind der Staatspoliseileitstelle Berlin 13 für den nächsten Osttransport gemeldet worden, 9 kommen zur Abwanderung nach Theresienstadt, ein Mitarbeiter, der sich jetzt an drei Wochentagen bei der Abwanderungshilfe der JKV Berlin eingesetzt war, soll der JKV für diesen Fall voll zur Verfügung gestellt werden, bei zwei Mitarbeitern in Mischehe, die nach den Richtlinien für eine Abwanderung nicht in Betracht kommen, soll eine Entscheidung darüber herbeigeführt werden, ob sie dem Arbeitsamt zu melden sind. Dem vorgelegten Entwurf eines neuen Stellenplans stimmt der Vorstand zu.

gez. Dr. Paul Israel Eppstein

129

Protokoll Nr. 14

der Vorstands-Ausschuss-Sitzung am 7.9.1942, 20 Uhr

Anwesend: Basch, Eppstein, Henschel, Komower, Kreindler,
Meyerstein, Karminski

1. Finanzen

a) Liquidität der Zentrale der RV

MEYERSTEIN berichtet über die Bar- und die Effektenbestände bei der Zentrale der RV. Daraus ergibt sich, dass für Überweisungen nach Theresienstadt auf dem Sonderkonto H zurzeit rund 9,5 Millionen RMark zur sofortigen Verfügung stehen.

EPPSTEIN gibt Kenntnis von der aufsichtsbehördlichen Entscheidung, wonach Übertragungen von Pfandbriefen und Industrie-Obligationen bei Zahlungen von Mitgliedern an die RV wie bisher auf die Depots der RV übertragen werden können. Inwieweit darüber hinaus weitere Barmittel der RV, die sich zurzeit auf rund RM 46 Millionen belaufen, in diesen Wertpapieren angelegt werden sollen bleibt weiterer aufsichtsbehördlicher Feisung vorbehalten.

b) Sammlungen

MEYERSTEIN berichtet über das Sammelergebnis in den letzten Monaten. Es wird beschlossen, mit Rücksicht auf den Abschluss von Reineinkaufsverträgen H mit Personen, die für eine Abwanderung nach Theresienstadt in Betracht kommen, von Sammlungen bei diesen Personen abzusehen, im übrigen jedoch die Sammlungen zu intensivieren mit der Massgabe, dass Anfang Oktober über das September-Aufkommen zu berichten ist. Alsdann wird entschieden werden, in welchem Umfang die Sammlungstätigkeit fortgesetzt werden soll.

Da die Genehmigung zur Sammlung der Jüdischen Winterhilfe noch nicht eingegangen ist, wird nach Vortrag von KARMINSKI beschlossen, die Sammlung Jüdische Pflicht, die im August Monaten einen Aufkommen von rund RM 770.000,- erbracht hat, im September fortzusetzen.

c) Inventarerlöse

EPPSTEIN berichtet über den Entwurf einer neuen Anweisung betreffend Erhebung sowie Be- und Verwertung von Inventarien, ferner über die Abrechnung von Inventarerlösen.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Abschluss der Schulinventarverwertung sollen die Schulinventarerlöse bei der Zentrale der RV zusammengefasst und abgerechnet werden. Die übrigen Inventarerlöse sind möglichst örtlich in den Beständen zu vereinnahmen und in den Monatsberichten unterstandsmäßig auszuweisen. Sie sind alsdann jeweils bis zum 15. des Folgemonats der Zentrale der RV mit besonderer Anzeige zu übermitteln.

2. Statistik der Juden in Berlin

Zur Bereinigung des Katasters der JKV Berlin wird beschlossen, bei der Aufsichtsbehörde die Genehmigung zur Durchführung einer Unerhebung zu erbitten. Für deren technische Durchführung wird nach Berichten von KIPPSTADT und KRAINDLER eine entsprechende Veröffentlichung in "Jüdischen Nachrichtenblatt" und die Beilage der Fragebogen bei der Berliner Ausgabe des "Jüdischen Nachrichtenblatts" in Aussicht genommen mit der Massgabe, dass innerhalb einer bestimmten Frist etwa bis 1.10.1942 jeder Jude im Sinne des § 3 der Ersten VO z.B.G. einem solchen Fragebogen ausgefüllt und bei einer Dienststelle der KV oder JKV Berlin abgegeben werden muss. Zur Vereinfachung soll die Aufnahme einer Person nicht in Form einer Personal-, sondern einer Haushaltstatistik vorgenommen werden derart, dass der Haushaltsvorstand einen Fragebogen für sich und für die mit ihm in der gleichen Wohnung zusammenwohnenden Personen auszufüllen hat.

ges. Paul Israel Eppstein

134

Protokoll Nr. 16

der Vorstandssitzung am 15. September 1942, 19 Uhr

Anwesend: Baack, Epstein, Henochel, Kosower, Kreindler,
Kerninski, Meyerheim
Levy, Lustig

1. Finanzen: Wertpapierüberweisungen an die NV

EPSTEIN berichtet über den Entwurf eines Rundschreibens, das auf Hinweis der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe der aufsichtsbefugten Vorgelegt worden ist. Nach der allgemeinen Genehmigung des Reichswirtschaftsministers können Zahlungen an die NV in Wertpapieren ohne Einholung einer Sondergenehmigung erfolgen, indem deutsche Reichsanleihen auf die Depots der NV umgelegt werden, während alle übrigen Wertpapiere unter Überweisung des Gegenwerts an die NV durch den Zahlungspflichtigen bzw. durch die deponhaltende Bank zu veranlassen sind.

2. Fürsorge: Besoldung der Krankenhausbehandler

LUSTIG berichtet über die bisherige Regelung der Besoldung der Krankenhausbehandler, die, soweit sie in einem freien Vertragsverhältnis zum Krankenhaus stehen, für die Behandlung von Kranken der ersten und zweiten Klasse von diesem unmittelbar Gebühren erheben konnten. Statt dessen schlägt er die Einführung einer Neuregelung vor, die den finanziellen Erfordernissen des Krankenhauses unter Aufrechterhaltung der Staffelung der Krankenhausgebühren nach drei Klassen Rechnung zu tragen versucht. Danach sollen die leitenden Krankenhausbehandler der grösseren Abteilungen in Gruppe 3 der Gehaltsordnung eingestuft werden mit der Massgabe, dass sie für die ordnungsgemässe ärztliche Versorgung sämtlicher Kranken ihrer Abteilung verantwortlich und verpflichtet sind, die Kranken der dritten Verpflegungsklasse unentgeltlich zu behandeln. Da diese Tätigkeit mit der Genehmigung zur Ausübung von Privatpraxis ausserhalb des Krankenhauses verbunden ist, sollen diese Behandler für ihre Krankenhausleistung nur den Bruchteil der Gruppe 3 als Fixum erhalten, der seitlich ihrer Beschäftigung im Krankenhaus entspricht. Dieser Bruchteil soll 30% bei der Augen- sowie bei der Hals-, Nasen- und Ohrenstation, 40% bei der Kinder-, Frauen- und Tuberkulosestation, 50% bei der Inneren und bei der Chirurgischen Abteilung betragen. Die Behandler sollen verpflichtet werden, für Kranke der ersten und zweiten Verpflegungsklasse eine Gebührenerhebung aufzustellen nach besonderen Bestimmungen, über die Vergütung der Krankenhausbehandlungstätigkeit im Krankenhaus. Jede Rechnung ist zu spezifizieren und zwar unter Erhöhung der entsprechenden Nummer der Preuge. Den Behandlern ist unterstellt, den Kranken für ihre Tätigkeit im Krankenhaus eine Rechnung unmittelbar zu übersenden. Vielmehr soll die Einsichtung der Rechnungen durch die Krankenhausverwaltung erfolgen, zusammen mit der Einsichtung der Krankenhausgebühren. Von dem eingehenden Betragen für seine Leistungen als Krankenhausbehandler soll der Behandler den Unterschiedsbetrag zwischen dem Bruchteil des Gruppengehalts als Fixum und dem Gehalt der Gruppe 1 der Gehaltsordnung in voller Höhe, darüber hinaus 50% des Restbetrags der durch das Krankenhaus für ihn eingesetzten Gebühren erhalten.

138

auf diese Weise wird die Aufbringung eines erheblichen Teiles der Vergütung für die Krankenbehandlung, die aus Mitteln der Kranken-, der ersten und zweiten Verpflegungsklassen ermöglicht, während der Übertrag aus dem von dem Krankenbehandler zu erhebenden Gebühren, der beträgt 125,- Übersteigendes, zur Hälfte des Krankenhauses zufällt. Der von dem Krankenbehandler die Verwaltung des Krankenhauses zur Ausübung der Privatverhältnisse gelassen sind, soll eine entsprechende Regelung mit der Ausgabe getroffen werden, dass das Krankenhaus nach dem Grundsatz des sogenannten "Offenen Hauses" wie der von ihnen behandelten Kranken beladen können.

Nach eingehender Förderung dieses Vorschlags, auch unter Berücksichtigung der Frage, ob statt der drei Verpflegungsklassen eine Einheitsklasse eingeführt werden soll, nachdem die tatsächlich geleistete Verpflegung ohnehin in den drei Klassen keinen erheblichen Unterschied aufweisen kann, wird beschlossen, den vorgetragenen Vorschlag einer Neuordnung zugrunde zu legen. Dabei soll nachgeprüft werden, inwieweit eine Beschränkung der Beträge der Krankenhaushändler auf das Gehalt der Gruppe 1 möglich ist im Vergleich zu der für die Gebührenhebung der freien Krankenbehandler geltenden Richtsätze. Bei Belegung des Krankenhauses mit Kranken nach dem Grundsatz des "Offenen Hauses" muss sich der privat behandelnde Krankenbehandler selbstverständlich der Krankenhausordnung unterwerfen, was auch für die Entscheidung über die Aufnahme des Kranken in Krankenhaus durch die Krankenhausverwaltung gilt.

gen. Dr. Paul Israel Epstein

Protokoll Nr. 17

der Vorstandsausschuss-Sitzung am 17. September 1942, 19 Uhr

Anwesend: Baack, Epstein, Henschel, Kosower, Kreindler,
Kaminski, Meyerheim
Zu Siffer 4: Metz

1. Finanzen

a) Grundstückveräußerungen

HENSCHEL berichtet über die Auswirkungen der Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnungen vom 14.8.1942 (RGBl. I S. 545) auf die Grundstückveräußerungen und -vermietungen in Berlin. Es soll eine Klärung darüber herbeigeführt werden, ob die Verordnung auch auf Zweckgrundstücke, wie Heime, Anwendung findet, die zwar Wohnzwecken dienen, in denen aber keine Einzelwohnungen vorhanden sind.

b) Eingliederung der FFI

MEYERHEIM berichtet anlässlich der Eingliederung der FFI gemäß § 5 der Zehnten VO z. EBG in die RV über deren derzeitige Tätigkeit. Die FFI verwaltet in 138 Fällen Vermögen einschl. derjenigen, deren Verwaltung sie von abgewanderten Konsulenten übernommen hat. Bezüglich der Übernahme weiterer Vermögensverwaltungen auf Antrag von Privatpersonen soll die Finanzabteilung von Fall zu Fall entscheiden.

2. Personalfragen/Organisation

a) Ruhegeld für Nichtpensionsberechtigte

KAMINSKI berichtet darüber, dass im Zusammenhang mit der Durchführung der Anweisung die Zahlung widerruflicher Beihilfen einzustellen, der Aufsichtsbehörde die Frage zur Entscheidung vorgelegt worden ist, ob sich diese Anweisung auch auf Ruhegeld und Hinterbliebenen-Versorgung für Nichtpensionsberechtigte bezieht. Nach der entsprechenden Dringung vom 1919 werden bei der JKV Berlin noch in 33 Fällen Ruhe- oder Witwengelder im Gesamtbetrag von wörtlich rund RM 2.600,- gezahlt. Bei dem Vortrag ist, unbeschadet der Praxis der Arbeitsgerichte, Ruhegeldzahlungen nach entsprechenden Urteilungen auch dann anzuerkennen, wenn ein Rechtsanspruch nicht besteht, eine Weisung in Aussicht gestellt worden, daraufhin die Zahlung von Beihilfen in Form von widerruflichen Ruhegeldern einzustellen ist.

b) Bedienung des Mitarbeiter im Behördensektor des RSMA nach VII

Es wird darüber berichtet, dass bei dem Hauptamt VII des RSMA nach dem derzeitigen Stande 17 Mitarbeiter (ohne die Bauarbeiter) beschäftigt werden, die durch die RV zu besolden sind. Diese Mitarbeiter haben bisher die Besoldung erhalten die sie nach Massgabe ihrer Einstufung in die Gehaltsordnung aufgrund ihrer letzten Tätigkeit bei der Zentrale der RV bzw. bei der JKV Berlin erhielten, nämlich drei die

134

Besätze der Gehaltsgruppe 3, sieben diejenigen der Gehaltsgruppe 4, zwei diejenigen der Gehaltsgruppe 5, zwei erhalten Ruhegehalt, drei unter ihnen zwei frühere Lehrer - Fürsorgeunterstützung. Zur Vereinheitlichung der Besätze wird beschlossen, der Aufsichtsbehörde vorzuschlagen, die Mitarbeiter im Behördensektor für das Hauptamt VII grundsätzlich in zwei Gehaltsgruppen neu einzustufen, nämlich die zuerst verpflichteten fünf Mitarbeiter in die Gehaltsgruppe 3, die übrigen zwölf Mitarbeiter in die Gehaltsgruppe 5.

c) Einspruch gegen eine Gehaltserhöhung

Der bei der Zentrale der JV beschäftigte Zeichner hat in einem Bericht an den Vorstand unter Darstellung seiner persönlichen Verpflichtungen darum gebeten, die vom Vorstand verfügte Zurückstufung in die Gehaltsgruppe 5 rückgängig zu machen. Es wird beschlossen, den Einspruch abzulehnen und die verfügte Gehaltserhöhung aufrecht zu erhalten. Nachprüfung der Steuerverpflichtungen im Hinblick auf deren Befreiung bei der Bemessung der Beiträge an die JV.

d) Gesamtarchiv

Mit Rücksicht auf die überörtlichen Aufgaben des Gesamtarchivs, das bisher als Abteilung der JKV Berlin geführt worden ist, insbesondere auch mit Rücksicht auf die dort erfolgende Verwahrung von Urkunden Abgewandelter, wird beschlossen, das Gesamtarchiv unmittelbar dem Vorstand der JV zu unterstellen. Im Hinblick auf die Erfordernisse des Reichsaussenamts verbleibt das Gesamtarchiv in seinem bisherigen Raum Cranienburgerstrasse 26.

X. Abwanderung

KOZAKER berichtet über die weiteren Abwanderungstransporte aus Berlin sowie über die Vorbereitung des nächsten Ost-Transports, ferner über den dritten grossen Alterstransport mit 1000 Teilnehmern nach Bismarckstadt. EPPSTEIN berichtet über die inzwischen eingegangenen Meldungen der BStA über Abwanderungstransporte aus deren Zuständigkeitsbereich.

4. Fürsorge: Belegung des Krankenhauses der JKV Berlin nach dem Grundsatz des "Offenen Hauses"

Zur Klärung von Richtlinien über die Belegung des Krankenhauses der JKV Berlin nach dem Grundsatz des "Offenen Hauses" wird Metz als Obmann der zugelassenen Krankenbehandler, soweit sie nicht im Krankenhaus angestellt sind, zum Bericht veranlasst. Aus dem Bericht ergibt sich, dass für die Belegung neben der noch in Berlin vorhandenen Privatklinik etwa bis zu 30 Betten im Krankenhaus benötigt werden. Bei der Belegung sollen die freien Krankenbehandler der Krankenhaussordnung unterstehen. Eine Abgabe der freien Krankenbehandler an das Krankenhaus wird von ihnen nicht für zweckmässig und erforderlich gehalten, da sie von ihnen behandelten Kranken ohnehin Gebühren nach dem Satz für die erste und zweite Verpflegungsklasse an das Krankenhaus zu zahlen haben. Eine Belegung der dritten Verpflegungsklasse nach dem Grundsatz des "Offenen Hauses" soll ausser Betracht bleiben. — Es wird beschlossen, die Gesundheitsverwaltung (Lustig) aufgrund des Ergebnisses der Erörterungen mit der Aufstellung eines endgültigen Entwurfs für eine Neuordnung der Krankenhausaufnahmebestimmungen und der Besetzung der Krankenhausbettstellen zu beantragen.

gez. Dr. Paul Israel Eppstein

135

pl. Kriminski

23
9

Protokoll Nr. 10

der Vorstandssitzung vom 23.9.1942, 15.30 Uhr

Anwesend: Epstein, Henschel, Kozower, Kneindler

1. Finanzen

a) Oktober-Voranschlag

EPSTEIN berichtet über den Oktober-Voranschlag mit rund 545.000,- (ohne Steuern), wovon rund RM 349.000,- auf Fürsorge und 122.000,- auf Verwaltung entfallen. Der Voranschlag ist um 33.600,- auf RM 641.528,12 gekürzt worden, hiervon RM 334.705,- für Fürsorge und 220.346,25 für Verwaltung. Auf die JKV Berlin entfallen rund 245.000,-.

b) Zusammenziehung der liquiden Bestände bei der Zentrale der JV

EPSTEIN berichtet über das Ergebnis der Nachprüfung der liquiden Bestände bei der JVZ und JKV. Diese Bestände belaufen sich (ohne Sonderkonten) per 31.8.1942 auf rund 22,8 Millionen Mark, von denen rund 16 Millionen Mark fest angelegt sind. Es wird, vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, beschlossen, diejenigen Bestände, die etwa das dreifache eines Monatsvoranschlags zusätzlich Steuerabgaben und Verwaltungskosten übersteigen, bei der Zentrale der JV zusammenzuziehen und notfalls für besondere Ausgaben der JV, die hierfür erforderlichen Mittel zu überweisen. Die Zusammenziehung soll jeweils nach Fälligkeit der Festanlagen vorgenommen werden, damit ein Zinsverlust bei vorzeitiger Kündigung der Festanlagen vermieden werden kann. Entsprechend sollen von den Beständen der JKV Berlin, die sich ohne Sonderkonto auf rund 5,3 Millionen Mark belaufen, entsprechend 3 Millionen Mark auf die Zentrale der JV übernommen werden.

2. Fürsorge

a) Heiz-Inventarverwaltung

HENSCHEL und KNEINDLER berichten über die Inventarverwaltung bei der JKV Berlin. Zwecks Arbeitsvereinfachung wird beschlossen, die JKV Berlin zu beauftragen, die Inventarverwaltung nach den Richtlinien der Zentrale in eigener Verantwortlichkeit vornehmen zu lassen mit der Forderung, dass das Inventarverzeichnis für die Einrichtungen der JKV Berlin bei dieser geführt wird.

b) Verechnungsstelle für jüdische Krankenkassen in Berlin

EPSTEIN und KOZOWER berichten über die dem Gesamt der jüdischen Krankenbehandlung in Berlin seitens der Ärztekammer Berlin gemachte Eröffnung, wonach mit Wirkung vom 1.10.1942 an die Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands die Auswahl der Krankenkassengutachter nicht mehr unmittelbar an die jüdischen Krankenbehandlung in Berlin, sondern über eine von den jüdischen Krankenbehandlern selbst einzurichtende Stelle vorzunehmen wäre.

136

die auch die Vorprüfung und Einreichung der Kassenscheine zu übernehmen hat. Es wird, vorbehaltlich der ausrichtsbezüglichen Genehmigung beschlossen, der Obmann der jüdischen Krankenkassen (JKA) zu beauftragen, bei der Zentrale der KV unter Kontrolle der Finanzabteilung, jedoch in eigener Verantwortung, eine solche Stelle einzurichten mit der Aufgabe, dass deren Kosten auf die jüdischen Krankenkassen aus den Überweisungen der Kassenscheidträger umgelegt werden.

5. Personalfragen/Organisation

a) RTN-Einteilung

HERMANN berichtet über eine Kartenscheine über die derzeitige RTN-Einteilung mit zwölf RTN unter der JKV Berlin. Es wird eine Zusammenlegung in sieben RTN unter der JKV Berlin vorgeschlagen, und zwar I Bayern, II Brandenburg-Gebiet, III Mitteldeutschland einschl. Ostdeutschland, IV Nordwestdeutschland, V Rheinland-Westfalen, VI Schlesien, VII Südwestdeutschland einschl. Baden-Pfalz, Hessen, Hessen-Nassau und Württemberg.

b) JKV Berlin: Gehaltskategorien

HERMANN berichtet über das Ergebnis einer Nachprüfung der Gehaltskategorien bei der JKV Berlin und wird beauftragt, in sieben Fällen Zurückstufungen in die nächstniedrigere Gehaltsstufe vorzunehmen.

ges. Dr. Israel Israel

der Vorstandssitzung am 28. September 1942, 19 Uhr

Anwesend: Baack, Epstein, Henschel, Kosower, Kreindler
Krasinski, Levy, Meyerheim

1. Finanzen

a) Beitragsordnung

Die Frage, ob eine Änderung der Beitragsordnung in Bezug auf die Bemessungsgrundlage des Beitrags erforderlich erscheint, wird erörtert. Levy berichtet über das Einkommen des ordentlichen Beitrags (rund 5,6 Millionen) und des außerordentlichen Beitrags (rund 6,1 Millionen) in 1942. Eine Änderung der Bemessungsgrundlage des ordentlichen Beitrags (30% der Einkommensteuer nach den Sätzen für Nichtjuden bzw. in Staffeln 4 bis 5 des Vermögens nach dem letzten Vermögenssteuerbescheid) und des außerordentlichen Beitrags (das eineinhalbfache des ordentlichen Beitrags, der im Vorjahre nach dem Vermögen erhoben worden ist) erscheint nicht notwendig. Es wird daher beschlossen, der Aufsichtsbehörde, falls ein satzungsmäßiger Beschluss für eine Beitragsordnung 1943 für erforderlich gehalten werden sollte, die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der derzeitigen Beitragsordnung für die Erhebung des ordentlichen Beitrags und eines außerordentlichen Beitrags, letzterer unter Zugrundelegung des ordentlichen Beitrags für 1942, vorzuschlagen.

b) Zusätzliche Beerdigungsgebühr

Bei der Erhebung einer zusätzlichen Beerdigungsgebühr hat sich die Zweifelsfrage ergeben, welche Gebühr bei dem gleichzeitigen oder unmittelbar nacheinander erfolgenden Ableben von Ehegatten fällig wird. In der Ordnung, betreffend Zusatzgebühr für das Beerdigungswesen, die mit Rundschreiben vom 21.5.1941 erlassen worden ist, wird die Hälfte des Vermögens der Berechnung zugrunde gelegt, wenn Ehegatten mit oder ohne Kinder zur Vermögenssteuer gemeinsam veranlagt sind. Die NST Bayern hat, wie sich bei einer Revision ergab, die zusätzliche Beerdigungsgebühr bei gleichzeitigem oder unmittelbar nacheinander erfolgendem Ableben von Ehegatten, jeweils nach der Hälfte des Vermögens, nicht nach dem ganzen Vermögen, berechnet. Nach Vortrag von Levy wird beschlossen, diese Bestimmung der Gebührenordnung dahin ausulegen, dass beim gleichzeitigen Ableben von Ehegatten, die gemeinsam zur Vermögenssteuer veranlagt sind, die Beerdigungsgebühr vom gesamten Vermögen zu berechnen ist. Bei nacheinander versterbenden Ehegatten ist beim Ableben des ersten die Hälfte des Vermögens der Gebührenberechnung zugrunde zu legen, beim Ableben des zweiten ist, wenn seit dem Ableben des ersten ein neuer Vermögenssteuerbescheid nicht ergangen ist, der Unterschiedsbetrag zwischen der bereits erhobenen Gebühr und derjenigen, die sich bei Zugrundelegung des Gesamtvermögens der beiden Ehegatten ergeben würde, zu erheben. Von einer Nacherhebung in den Fällen, die durch die Revision der NST Bayern zu dieser Entscheidung Anlass gegeben haben, soll Abstand genommen werden.

138

2. Fürsorge

a) Fürsorge-massnahmen

Kriminski berichtet über das Ergebnis der Auslösungspflicht, die in vier Monaten 11.959.177,42 betragte, gegenüber 11.905.000,- im gleichen Zeitraum des Vorjahres und gegenüber einem vorgeschlagenen Aufkommen von 7.500.000,-.

Kriminski berichtet über die Genehmigung der Jüdischen Internierung. Die geschuldeten Pensionsrückstellungen werden vom Reichsamt beschlossen.

3. Jüdisches Krankenhaus Berlin

Eppstein berichtet über die Verhandlungen mit der Bauverwaltung der Reichsjugendführung über den Ankauf des jüdischen Krankenhauses Berlin, Invalidenstrasse 44.

Mit Rücksicht darauf, dass der Zeitpunkt der Übergabe unbestimmt ist, soll die Leitung der Aufsichtsbehörde darüber eingeholt werden, ob im Vorstand erörterte Änderung in der Besoldung des Krankenhausbetriebs noch durchgeführt oder ob mit Rücksicht auf die Verkaufsverhandlungen das freie Vertragsverhältnis aufrecht erhalten werden soll.

4. Abwanderung

Kozower berichtet über die Durchführung des am 26.9.1942 aus Berlin abgegangenen Osttransports mit rund 800 Teilnehmern aus Berlin, 250 aus Frankfurt/Main und 8 aus Braunschweig. Ferner wird über die Vorbereitung des für den 3.10. vorgesehenen grossen Theresienstadt-Transports, auch in Hinblick auf die Einberufung der Insassen des Verwundeteneichens sowie von weiteren Konsumenten berichtet. Eppstein berichtet über die Abwanderungsberechnungen der SSJn. Unter Berücksichtigung der September-Verlängerungen durch Abwanderung und Sterblichkeitsberechnung beläuft sich die Zahl der Juden im Altreich per 1.10. auf 66.400.

5. Personalfragen: Besoldung der Mitarbeiter im Reichsdienst des NSDA, Amt VII

Über die Vorlage des Obmanns der für das Hauptamt VII abgestellten Mitarbeiter wird unter Bezugnahme auf die Erörterung am 17.10.1942 berichtet. Darin wird vorgeschlagen, die Einstufung der Mitarbeiter nicht nur nach der bisherigen Dauer ihres Behördeneinsatzes, sondern auch nach der Art ihrer Tätigkeit vorzunehmen, also ausser den vier unbesetzten Mitarbeitern zwei in Gruppe 7, vier in Gruppe 5, acht in Gruppe 4, den Obmann in Gruppe 3 einzustufen. Diese Regelung soll der Aufsichtshörde zur Genehmigung vorgetragen werden.

gez. Dr. Paul Israel Eppstein

139

Protokoll Nr. 21

3-
H. K. K. K.

der Vorstandssitzung am 12. Oktober 1942, 19 Uhr

12
10

Anwesend: Baack, Koppstein, Henschel, Kosower, Kreindler
Meyerheim

1. Finanzen

a) Überweisungen für Theresienstadt

K. P. STEIN berichtet über die Weisungen der Aufsichtsbehörde bezüglich der Aufstellung eines Plans für die Überweisung des flüssigen Vermögens der RV auf das Konto der jüdischen Selbstverwaltung in Theresienstadt bei der Böhmischen Unionbank in Prag mit der Massgabe, dass ausser dem Bestand des Sonderkontos H 70 Millionen RM in monatlichen Beträgen von acht Millionen RM zur Überweisung gelangen und dass nach der Zusammenziehung der Geldbestände der RV bei der Zentrale der RV weitere Überweisungen vorzunehmen sind. Überwiesen sind bereits 19 Millionen RM. Bankfreigabebrief zur Überweisung von weiteren acht Millionen RM als Oktober-Rate ist zur Abstempelung vorgelegt.

b) Durchführung der Heimeinkaufverträge

K. P. STEIN berichtet über das bisherige Gesamtaufkommen des Sonderkontos H. Es beträgt ohne Berücksichtigung der bisherigen Überweisungen per 12. ds. Mts. RM 36.182.316,92.

Es wird über die Erlasse berichtet, die die bisher aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Durchführung von Heimeinkaufverträgen in wesentlichen beseitigen werden, nämlich den Erlass des RM vom 25.9.1942, demzufolge Reichsfluchtsteuer bei der Wohnsitzverlegung nach Theresienstadt nicht zu erheben oder sicherzustellen ist, über den Erlass des RM vom 3.8.1942, demzufolge die Zahlung des Heimeinkaufbetrags aus BvS-Konten ohne Sondergenehmigung der OFPA erfolgen kann und über den Erlass des RM vom 8.10.1942, betreffend Umlage bzw. Verkauf von Wertpapieren. Ferner wird über das Rundschreiben Nr. 141 der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe, mit dem die Erteilung von Bankaufträgen in Zusammenhang mit der Abwanderung geregelt wird, berichtet.

c) Einheitliche Erhebung der zusätzlichen Beerdigungsgebühr

Den JKVn ist mit Rundschreiben vom 21.5.1941 aufgegeben worden, die aufsichtsbehördlich genehmigte Erhebung der zusätzlichen Beerdigungsgebühr durch Vorstandsbeschluss der JKV einzuführen. Mit Rücksicht darauf, dass die JKVn in die RV eingegliedert werden und dass in einer Reihe von Fällen Rückfragen von OFPA über die Rechtsgrundlage der zusätzlichen Beerdigungsgebühr, namentlich in Zusammenhang mit entsprechenden Forderungen der RV gegenüber Nachlassern, eingegangen sind, erscheint eine Vereinheitlichung derart erforderlich, dass die Ordnung für die Erhebung der Gebühr für die RV als solche durch Beschluss der RV-Vorstände eingeführt wird, dadurch die Gebühr unabhängig von der

Beschluss des örtlichen JAV-Vorstands zu erheben. Deszufolge wird beschlossen, die Ordnung betreffend Zusatzgebühr für das Beerdigungsessen gemäß Rundschreiben vom 21.5.1941 einheitlich für die RV einzuführen.

Über die Zahl der Beerdigungen bei der JAV Berlin berichtet KOZOWEY, dass im September 147 Beerdigungen stattgefunden haben gegenüber 172 im gleichen Monat des Vorjahres. Die Zahl der Beerdigungen im ganzen Jahr 1941 betrug 2.556, während in den ersten neun Monaten des Jahres 1942 allein bereits 2.552 Beerdigungen stattgefunden haben. Bei einer Verringerung der Anzahl der Juden in Berlin um etwa die Hälfte ist der Monatsdurchschnitt der Beerdigungen von 215 auf 281 gestiegen.

d) Gebührenerhebung bei Vermögensverwaltungen

WPFSTEIN berichtet, dass seitens der Aufsichtsbehörde grundsätzlich die Erhebung von Gebühren für Vermögensverwaltungen der RV im Zusammenhang mit der Eingliederung der RV und mit der Übernahme von Vermögensverwaltungen bzw. von Abwicklungen abgewandelter Konsulenten genehmigt worden ist. MEYERHEIM schlägt vor, bei unbeschränkten Generalvollmachten halbjährlich 0,5 v.H. von dem Wert des verwalteten Vermögens, bei beschränkt erteilten Vollmachten Gebühren nach Maßgabe der Preussischen Gebührenordnung für Rechtsanwälte, wie sie auch von Konsulenten erhoben werden sind, zu erheben. Demgemäß wird vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung, beschlossen.

2. Versorgungswesen

a) Lebensmittelteilung

KOZOWEY berichtet über die Forderung der Lebensmittelteilung für Juden, demzufolge Juden Fleisch und Fleischwaren, Weisenerzeugnisse, Eier und Frischmilch nicht mehr erhalten. Von Gemüse können nach Massgabe einer Regelung, die dem örtlichen Ernährungsamt vorbehalten ist, Kohlrüben und einfache Kohlarten abgegeben werden. Ausnahmen hiervon bestehen nur für Kriegsbeschädigte und anerkannte Lang-, Schwer-, und Nachtarbeiter, die die entsprechenden Rationen erhalten. Kinder bis zu 6 Jahren erhalten entgeltliche Frischmilch.

b) Kohlenentteilung

KOZOWEY berichtet über die Regelung der Kohlenentteilung für Juden, demzufolge ein örtlich festgesetzter Bruchteil der letztjährigen Menge zur Ausgabe gelangt.

3. Personalwesen

a) Abwanderung von Angestellten

Über die zur Abwanderung erfassten Angestellten wird berichtet. Soweit diese Angestellten noch für die Arbeit dringend benötigt werden, soll der Aufsichtsbehörde vorgeschlagen werden, sie gegen andere zur Abwanderung zu benutzende Angestellte abzusichern.

b) Schaltgruppenentteilung

Es wird beschlossen, die Leiterin der Gruppe von Schaltgruppe 5 in Schaltgruppe 6 (in VZO.-) umzuwandeln.

c) Anwendung der Ruhegeldordnung für Nichtpensionsberechtigten
auf deutschblütige Ruhegeldempfänger

HANDECHAL nimmt Bezug auf die anlässlich eines Einzelfalles (Apotheker Kuntelberg, Berlin) getroffene aufsichtsbehördliche Entscheidung, wonach künftig die Ruhegeldordnung für Nichtpensionsberechtigten, die für Juden bereits mit Wirkung vom 1. d. Mts. außer Kraft gesetzt worden ist, auch auf deutschblütige Angestellte keine Anwendung mehr findet und berichtet, dass in einer Reihe von Fällen bei der JKV Berlin aufgrund der Ruhegeldordnung für Nichtpensionsberechtigten zurzeit noch Ruhe-, Witwen- oder Waisengelder an deutschblütige Empfänger ausbezahlt werden. Es soll durch Vortrag bei der Aufsichtsbehörde geklärt werden, ob auch die Auszahlung dieser Bezüge einzustellen ist.

gez. Paul Israel Appstein.

142

VEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 156

Protokoll
der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung
am 21.10.1942, 19 Uhr

fr. Kaiminski

Anwesend: Baack, Epstein, Herschel, Kosower, Kreindler
Meyerheim

Organisation der JKV Berlin

Es wird über den anlässlich des Kontrollbesuchs der Aufsichtsbehörde bei der JKV Berlin verfügten Abbau von 327 der 1500 Mitarbeiter berichtet. Die hierdurch bedingten organisatorischen und personellen Änderungen werden erörtert. HERSCHEL übernimmt es, einen neuen Organisationsplan unter Wahrnehmung der Zusammenlegungsmöglichkeiten von bisher selbständigen Abteilungen zu entwerfen.

gez. Paul Israel Epstein

Protokoll Nr. 23
der Vorstandssitzung am 29. Oktober 1942, 19 Uhr

Anwesend: Bauck, Epstein, Hanschel, Kosower, Freindler,
Karminski, Meyerheim
ferner zu Ziffer 1 b und c: Levy, Werzbach
zu Ziffer 2: Rosenthal, Simons.

1. Finanzen

a) November-Voranschlag

EPSTEIN berichtet über den November-Voranschlag, der von rund RM 535.000 auf RM 514.000,- gekürzt worden ist. Die Durchführung der Kürzung der Verwaltungskosten bei der J V Berlin von RM 44.000,- auf RM 35.000,- wird erörtert.

b) Revision der JKV Berlin

Über die Revision der JKV Berlin, die zurzeit durchgeführt wird, berichtet der Revisor WERZBACH. Er weist insbesondere auf die erforderlichen Umstellungen der Buchhaltung hin, um eine in allen Teilen übereinstimmende Belegung der Abrechnung und der Bestandsmeldungen aus den buchhalterischen Unterlagen zu gewährleisten. HANSCHEL übernimmt es, die erforderlichen Umstellungen durchzuführen.

c) Vereinheitlichung der Gebühren

Levy berichtet über die Zweckmäßigkeit der Vereinheitlichung der von der JKVn Grund früherer Anweisungen der RV eingeführten Gebührenordnungen im Hinblick auf die Eingliederung der JKVn, falls über die Gebührenerhebung der Bearbeitung von Anträgen auf Verfügungserlaubnisse nach dem Bundesgesetz vom 1.12.1941 sowie bei der Bearbeitung von Eingaben an Behörden. Die einheitliche Gebührenerhebung wird beschlossen. Entwurf eines Handschreibens soll der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden.

2. Versorgungswesen

KOSOWER berichtet über Mitteilungen der BSTn über die Lebensmittelverteilung sowie über die Regelung der Kohlenverteilung in Berlin.

3. Personalfragen

HANSCHEL berichtet über die organisatorischen Umstellungen, die durch das Ausscheiden der anlässlich des aufsichtsbehördlichen Kontrollbesuchs am 20. ds. Mts. zum Abbau bestimmten Mitarbeiter der JKV Berlin erforderlich geworden sind. Bezüglich derjenigen Personen, die zum Abbau bestimmt wurden, aber noch nicht abgewandert sind, wird in Aussicht genommen, sie bis zum Zeitpunkt ihrer Abwanderung, jedoch ohne Entgelt, zu beschäftigen. Eine Aushändigung des Arbeitsbuches in diesen Fällen soll unterbleiben.

KPPSTEIN berichtet, dass im Oktober bei der Zentrale der 13 Mitarbeiter ausgeschieden sind. Für die verstorbene Sachbearbeiterin des Archivs wird mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde die bisherige Leiterin der BST Brandenburg-Ostpreußen unter Zurückstufung von Gehaltsgruppe 3 in Gehaltsgruppe 4 eingesetzt.

KPPSTEIN berichtet ferner über die genehmigte Neuregelung der Arbeitszeit bei der Zentrale der BV.

gez. Paul Israel Kppstein

145

